

Johannes Papalekas (Hrsg.)

**Institutionen
und institutioneller Wandel
in Südosteuropa**

Verlag Otto Sagner München · Berlin · Washington D.C.

Digitalisiert im Rahmen der Kooperation mit dem DFG-Projekt „Digi20“ der Bayerischen Staatsbibliothek, München. OCR-Bearbeitung und Erstellung des eBooks durch den Verlag Otto Sagner:

<http://verlag.kubon-sagner.de>

© bei Verlag Otto Sagner. Eine Verwertung oder Weitergabe der Texte und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung, ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlages unzulässig.

«Verlag Otto Sagner» ist ein Imprint der Kubon & Sagner GmbH.

SÜDOSTEUROPA-JAHRBUCH

Im Namen der Südosteuropa-Gesellschaft herausgegeben von
WALTER ALTHAMMER

25. Band

**Institutionen und
institutioneller Wandel
in Südosteuropa**

herausgegeben von
Johannes Chr. Papalekas

Südosteuropa-Gesellschaft

München 1994

**Bayerische
Staatsbibliothek
München**

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa /
Südosteuropa-Gesellschaft, München. Hrsg. von Johannes Chr.
Papalekas. – München : Südosteuropa-Ges., 1994**

(Südosteuropa-Jahrbuch ; Bd. 25)

94.09.00

ISBN 3-925450-45-9

NE: Papalekas, Johann Chr. [Hrsg.]; Südosteuropa-Gesellschaft
<Deutschland>

© 1994 by Südosteuropa-Gesellschaft e.V., München
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Genehmigung des Verlages gestattet.
Druck: Schoder Druck GmbH & Co. KG, 86368 Gersthofen

Inhalt

WALTER ALTHAMMER Vorwort	7
JOHANNES CHR. PAPALEKAS Die Frage nach den Institutionen	9
I. Grundsatzfragen	
WOLFGANG LIPP Institutionen, Entinstitutionalisierung, Institutionengründung. Über die Bedeutung von Institutionen, zumal im gesellschaftlichen Transformationsprozeß	19
HOLM SUNDHAUSSEN Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive	35
FRANZ RONNEBERGER Der Staat als Institution in Südosteuropa. Seine Rolle im Transformationsprozeß	55
ANASTASIOS KALLIS Die orthodoxe Kirche im Kontext des Umbruchs in Europa	63
II. Länderberichte	
GREGOR M. MANOUSAKIS Institutionen und institutioneller Wandel in Griechenland unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichs	77
HEINZ-JÜRGEN AXT Verzögerter Wandel und innovationshemmende Regulativmuster: Politische Institutionen in Griechenland	87
CHRISTODOULOS YIALLOURIDES Institutionen und institutioneller Wandel auf Zypern: Innen- und außenpolitische Aspekte	101
HANSJÖRG BREY Institutionen und institutioneller Wandel auf Zypern: Wirtschaftsrelevante Institutionen	109

ALEXANDRU DUȘU Kirche und Staat im heutigen Rumänien	123
ANNELI UTE GABANYI Rumänien: Die Wende als institutioneller Wandel	131
OGNIAN HISHOW Transformation der bulgarischen Volkswirtschaft - Eine Zwischenbilanz	145
WOLFGANG HÖPKEN Politische Institutionen in Bulgarien	157
GENT HALILI Institutionen und institutioneller Wandel in Albanien I	165
JOSEF BATA Institutionen und institutioneller Wandel in Albanien II	175
FRANCE VREG Die Dimensionen des institutionellen Wandels im ehemaligen Jugoslawien	185
DUŽAN RELJIĆ Institutionen in postkommunistischen Gesellschaften. Der Fall Jugoslawien	197
NIKO TOŠ Slowenien zwischen Westeuropa und Balkan	201
SÁNDOR KURTÁN Systemwechsel, Institutionen und Eliten in Ungarn	221
Verzeichnis der Autoren	243

Walter Althammer

Vorwort

Als die Südosteuropa-Gesellschaft 1991 während ihrer 32. Internationalen Hochschulwoche in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine aktuelle Podiumsdiskussion zum Thema "Die Zukunft Jugoslawiens" veranstaltete, waren sich die am Podium diskutierenden Vertreter der südslawischen Nationalitäten und die deutschen Experten schon damals in einem einig: Eine Zukunft für den Vielvölkerstaat Jugoslawien würde es nicht geben. Doch wer der damals Beteiligten hätte sich vorzustellen gewagt, Welch verheerende Verwüstungen der damals gerade begonnene Krieg noch anrichten würde! Ohne Zweifel überschatteten die blutigen Ereignisse im ehemaligen Jugoslawien die großen Errungenschaften eines epochalen politischen und wirtschaftlichen Umbruchs in den Staaten Ost- und Südosteuropas. Während wir unseren Blick noch staunend auf Rumänien, Bulgarien und Albanien richteten, wo die kommunistischen Herrschaftsgebäude wie Kartenhäuser einstürzten, braute sich schon in Jugoslawien das Unheil eines mehr und mehr ungezügelter Nationalismus zusammen. Heute ist uns klarer denn je: Demokratisierung und marktorientierter Umbau des Wirtschaftssystems bedürfen einer unabdingbaren Basis: Das ist der Frieden an sich, die friedliche Regelung der Beziehungen und Rechte von Nationalitäten und Minderheiten.

Wenn wir über die langfristige Herstellung und Sicherung von Frieden, Demokratie und Wohlstand reflektieren, stehen wir unter anderem vor der Frage, welcher Institutionen es hierzu bedarf. Welche Einrichtungen sind es, die ein verantwortungsvolles soziales Handeln gestalten, die das Wirtschaftsleben steuern? Die konkreten Bedingungen, unter denen der Aufbau oder Wiederaufbau der südosteuropäischen Länder erfolgen kann, erschließen sich u.a. durch die Analyse und Deutung institutioneller Zusammenhänge.

Die Institutionen und der institutionelle Wandel in Südosteuropa - dies war das Thema der 33. Internationalen Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft im Jahr 1992. Die in Tutzing unter der Leitung von Prof. Johannes Chr. Papalekas (Bochum) versammelte interdisziplinäre Runde von Wissenschaftlern aus Albanien, Bulgarien, Griechenland, Rumänien, Serbien, Slowenien, Ungarn, Österreich und Deutschland diskutierte das Problem der Institutionen zunächst anhand einiger grundsätzlicher, länderübergreifender Referate. Einzelne Länderberichte gaben anschließend Einblick in die spezifische institutionelle Situation in den verschiedenen südosteuropäischen Ländern. Ich freue mich, daß die Beiträge nun als Band 25 der Jahrbuch-Reihe der Südosteuropa-Gesellschaft in gedruckter Form vorliegen. Herrn Prof. Papalekas und allen Teilnehmern sage ich Dank für eine fruchtbare wissen-

schaftliche Arbeit. Danken möchte ich aber auch der Akademie für Politische Bildung, die als Mitveranstalter wieder einmal einen perfekten gastlichen Rahmen zur Verfügung stellte. Die Redaktion dieses Bandes sowie den Computer-Satz übernahm Frau Gudrun Kuhlmann M.A. Für ihren Einsatz gebührt ihr ein besonderer Dank.

Johannes Chr. Papalekas

Die Frage nach den Institutionen

Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus in Europa hat auch und gerade im Südosten des Kontinents eine völlig neue Lage entstehen lassen. Anders als die meisten Beobachter zunächst erwartet oder vermutet hatten, leitete der Umbruch keineswegs eine Periode der Harmonie und Prosperität, der Stabilität und Sicherheit ein. Das Bild, das Südosteuropa heute vermittelt, ist vielmehr gekennzeichnet durch enorme Schwierigkeiten bei dem Versuch, das nationale und soziale Leben der einzelnen Völker neu zu ordnen, durch ideologische Diffusion und Krisenstimmung, durch Enttäuschung, Irritation und Ratlosigkeit, bereichsweise sogar durch blutige Nationalitätenkonflikte. Parallel zu diesen gravierenden Entwicklungen stellten sich auch in den westlichen Gesellschaften krisenhafte Verhältnisse ein, die weit über das rein Ökonomische hinausweisen. Sie bilden eine Art Pendant zu den Vorgängen in Ost- und Südosteuropa. Mit dem Ende des Kommunismus und dem Fortfall des dialektischen Systemgegners kamen nämlich die im "Westen" latent vorhandenen und hausgemachten Widersprüche und Konflikte voll zur Geltung und wurden manifest. Damit verkomplizierte sich die Lage insgesamt ganz erheblich und schuf eine "Ost" und "West" übergreifende "neue Unübersichtlichkeit".

In dieser Situation stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten, die entstandene komplexe Problemlage zu entziffern und im Hinblick auf Südosteuropa zur weiterführenden Klärung der dortigen Verhältnisse beizutragen. Einen besonders geeigneten und erfolgversprechenden Weg zur Gewinnung tieferer Einblicke in die Sachlage und zur Erzielung tragfähiger Einsichten stellen die Institutionen dar, das sind Einrichtungen, die soziales Handeln vermitteln und durch die hindurch soziales Leben sich vollzieht und gestaltet. Sie sind die eigentlichen Gradmesser der Leistungsfähigkeit und der Belastbarkeit einer Gesellschaft. Die genauere Ermittlung der jeweiligen institutionellen Verhältnisse könnte deshalb in hohem Maße dazu beitragen, die innere Struktur und "Verfaßtheit" der in Frage stehenden Länder und Gesellschaften sichtbar werden zu lassen und zu verdeutlichen. Vordringlich erscheint in diesem Zusammenhang die systematische Erfassung der in Südosteuropa und seinen Regionen vorhandenen institutionellen Kapazitäten, aber auch der institutionellen Defizite, und zwar sowohl in bezug auf die "primären" als auch auf die "sekundären" Institutionen. Staat und Religion, Ehe und Familie sind zur Klärung der institutionellen Gesamtlage gleichermaßen wichtig und wesentlich wie die organisierten Interessen, die Parteien, das wirtschaftliche und das ihm nahestehende soziale Verbandswesen, das Schul- und Hochschulwesen, die Verwaltungsorganisation, das Rechtssystem, die kulturellen Einrichtungen. Hierbei käme es

auch darauf an, die vergleichende Perspektive zur Geltung zu bringen. Eine doppelte Komparatistik wäre anzustreben: zwischen den einzelnen Ländern und Regionen Südosteuropas, die bis zum Umbruch kommunistisch waren einerseits, und zwischen Ländern dieses Raumes, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter verschiedenen Systembedingungen ihre soziale Wirklichkeit aufgebaut haben andererseits. Auf diesem Wege wäre es möglich, ein umfassendes Bild der institutionellen Lage im Südosten Europas zu gewinnen und für die Begegnung der vielfältigen Probleme der dortigen Länder und Regionen nutzbar zu machen. Das ist natürlich ein großes Programm, das im Rahmen einer Hochschulwoche nur ansatzweise in Angriff genommen werden kann. Der Versuch dürfte sich aber lohnen. Er könnte den Ausgangspunkt für gezielte und weiterführende Forschungen in Südosteuropa bilden.

Obwohl die herausragende Bedeutung und die gesellschaftliche Schlüsselfunktion des Institutionellen nicht zu bestreiten sind, spielen die Institutionen in der sozialwissenschaftlichen und auch in der öffentlichen Diskussion nur eine marginale Rolle. Die Gründe hierfür liegen vornehmlich in den unter dem massiven Druck des "Zeitgeistes" besonders während der letzten Jahrzehnte vorgenommenen intellektuellen und ideologischen Weichenstellungen, die dazu geführt haben, daß vor allem die Soziologie sich von der zentralen Problematik institutioneller Ordnungszusammenhänge weitgehend abgekoppelt und sich zunehmend als Disziplin von den sogenannten "subinstitutionellen Wirklichkeiten des Sozialen" verstanden und profiliert hat. Diese radikale Abkehr vom Institutionellen erklärt auch die kaum zu übersehenden Schwierigkeiten großer Teile der Soziologie, sich auf die durch den Umbruch in Ost- und Südosteuropa entstandene neue Sachlage einzustellen bzw. den Zugang zur veränderten Problematik zu finden. Der Umbruch hat nämlich - den "Osten" und den "Westen" übergreifend - die fundamentale Bedeutung und den hohen Stellenwert der Frage nach den Institutionen drastisch vor Augen geführt - ein Umstand, der ein Umdenken in dieser Frage dringend erforderlich macht. Wissenschaft und Gesellschaft werden sich angesichts der drängenden Probleme einer solchen Einsicht längerfristig kaum entziehen können. Anzeichen dafür gibt es bereits. Noch kurz bevor der Umbruch im Osten und Südosten Europas definitiven Charakter annahm, distanzierte sich *Ralf Dahrendorf* in einem Aufsatz aus Anlaß des 40. Erscheinungsjubiläums der Zeitschrift "Soziale Welt" (1989) von seiner bekannten Schrift "Homo Sociologicus" aus dem Jahre 1959, in der er die Rollenwelt eine "ärgerliche Tatsache" genannt und ein von allen sozialen Rollen unabhängiges Individuum propagiert hatte, und bekannte reumütig: "Der Fehler des Ansatzes meiner Jugendsünde war fundamental: Freiheit ist nicht Freiheit *von* Institutionen, sondern Freiheit *durch* Institutionen; Fortschritt ist nicht Systemsprengung, sondern *strategische Reform*". An anderer Stelle beklagt er die antiinstitutionelle Haltung weiter Teile der Soziologie in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten und unterstreicht die schwerwiegenden Folgen, die der "Verlust der Institutionen" für die Soziologie nach sich gezogen habe. Es wäre hinzuzufügen: Nicht nur für die Soziologie, sondern für die Gesell-

schaft insgesamt hat sich die Abkehr von den Institutionen verheerend ausgewirkt.

Indessen scheint sich in dieser Frage eine Wende anzubahnen. Neuere Publikationen und Forschungsinitiativen deuten darauf hin, daß das Interesse an den Institutionen und der institutionellen Problematik im Wachsen begriffen ist. Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang das Buch von *Douglass C. North* "Institutions, Institutional Change and Economic Performance" (1990), das inzwischen in deutscher Sprache unter dem Titel "Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung" (1992) erschienen ist. *North*, einer der prominentesten Vertreter der Neuen Institutionen-Ökonomie (New Institutional Economics), hebt darin die eminente Bedeutung von Institutionen und institutionellen Zusammenhängen auch und gerade bei Transformationsprozessen hervor und spart auch nicht mit Kritik an der neoklassischen Theorie des wirtschaftlichen Handelns und des vollkommenen Wettbewerbs. Er weist nach, daß die institutionell voraussetzungslose Einführung oder Übertragung marktwirtschaftlicher Normen das Ziel verfehlen müsse. Seine Analysen sollten vor allem von den Ökonomen zur Kenntnis genommen werden, die oft zu gern "Modelle" in die Welt setzen und propagieren, ohne sich um die institutionellen Kapazitäten zu kümmern. Auch in Frankreich sind durchaus bemerkenswerte Bestrebungen zu verzeichnen, die als "Neue Konfiguration in den Sozialwissenschaften" bezeichnet werden. Es handelt sich um einen interessanten, an die Traditionen der französischen Soziologie, vor allem an *Emile Durkheim* anknüpfenden Versuch der Reformulierung der Handlungstheorie und deren Verschränkung mit dem Problem der Entstehung und Transformation von Institutionen. Im Mittelpunkt steht dabei die Problematik der Pluralität von Institutionengenese sowie die Frage nach der Stabilität und Kohärenz sozialer Handlungen. Eine recht ausführliche Darstellung dieses Forschungsansatzes unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiten von *Alain Desrosières*, *Laurant Thévenot*, *Luc Boltanski* u.a. veröffentlichte unlängst *Peter Wagner* unter dem Titel "Die Soziologie der Genese sozialer Institutionen - Theoretische Perspektiven der 'neuen Sozialwissenschaften'" (in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22/Heft 6, 1993). Nicht zu übersehen sind schließlich "Regungen" in der Soziologie in Deutschland, die eine gewisse Entkrampfung in Sachen Institution einzuleiten scheinen. So lautet der Titel des von *Wolfgang Zapf* und *Meinholf Dierkes* herausgegebenen Jahrbuchs 1994 des Wissenschaftszentrums Berlin bezeichnenderweise "Institutionenvergleich und Institutionendynamik". Ferner veranstaltete die Theorie-Sektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im November 1993 eine Tagung in Mannheim, die dem Thema "Sozialwissenschaftliche Institutionenanalyse" gewidmet war. Auch wenn dabei oft Heterogenes und auch Ungeordnetes unter Institution subsumiert wurde, signalisiert doch allein die Formulierung des Tagungsthemas eine Enttabuisierung zumindest des Begriffs "Institution".

Das Ende des Kommunismus in Europa und die damit verbundenen Umwälzungen haben eine Lage geschaffen, bei der die Frage nach den Institutionen sich geradezu aufdrängt. Die gravierenden Vorgänge der letzten Jahre ließen nämlich zweierlei erkennen: Zum einen führten sie das in seinen Ausmaßen nicht geahnte Trümmerfeld - auch und gerade im institutionellen Bereich - vor Augen, das die untergegangenen kommunistischen Regime hinterlassen haben, und zum anderen offenbarten sie in ihren Folgewirkungen auch beträchtliche Schwächen, zum Teil sehr zu Buche schlagende institutionelle Unzulänglichkeiten und Engpässe in den westlichen Industriegesellschaften. Dieser doppelte Sachverhalt ist schwerwiegend. Er macht deutlich, daß die in "Ost" und "West" in Bewegung geratenen Verhältnisse keine voneinander unabhängigen Prozesse darstellen, sondern ineinander übergreifen und sich gegenseitig bedingen und beeinflussen. So wirkt sich beispielsweise der im "Westen" expandierende "Wertewandel" ebenso auf den "Osten" aus wie der im "Osten" ausgeprägte Drang nach nationaler Identität nicht ohne Widerhall im "Westen" bleibt. Dieser Sachverhalt hat für die einzuschlagende Forschungsstrategie Konsequenzen. Es ist wenig sinnvoll, die Vorgänge in Ost- und Südosteuropa isoliert zu betrachten; es kommt vielmehr darauf an, diese Vorgänge zu den Verhältnissen im "Westen" in Beziehung zu setzen und aus dieser Interdependenz heraus zu untersuchen. Dazu bietet sich die institutionelle Problematik ganz besonders an.

In den ehemals kommunistischen Ländern Ost- und Südosteuropas ist - für alle vernehmbar und sichtbar - eine äußerst krisenhafte Situation entstanden. Die Krise erstreckt sich nicht nur auf Wirtschaft und Politik, sondern umfaßt nahezu alle Bereiche des sozialen Lebens. Aus den kommunistisch beherrschten Räumen sind krisenbeherrschte Räume geworden. Die Krise weist zwar in den einzelnen Ländern und Regionen unterschiedliche Schwerpunkte auf, und auch Umfang und Intensität der Krisenerscheinungen sind oft verschieden, aber die gravierenden institutionellen Defizite ziehen sich wie ein roter Faden durch den gesamten Krisenraum. Das ist nicht überraschend. Der Marxismus ist in allen seinen Schattierungen grundsätzlich institutionsfeindlich; er erblickt in den Institutionen Instrumente und Mechanismen der Unterdrückung, die es auszuschalten bzw. zu "überwinden" gelte. Folgerichtig machte denn auch der Marxismus-Leninismus die radikale Reduzierung und oft auch die Zerstörung der Institutionen, der "primären" wie der "sekundären", zu seiner Hauptaufgabe. Er unterwarf den Staat der Partei, bekämpfte die Religion und trocknete den "intermediären Raum", das ist der zwischen dem Individuum und dem Staat sich erstreckende soziale Raum, weitgehend aus. "Bei dem Versuch, den 'neuen Menschen des Sozialismus' zu erzeugen, war die geistige, kulturelle und soziale Verödung enorm", schrieb kürzlich *Leszek Kolakowski* in einem hochinteressanten Artikel unter dem Titel "Wir fürchten etwas Unbestimmtes" (F.A.Z. vom 5. Februar 1994, Bilder und Zeiten). Es entstand eine - um ein Wort *Max Webers* aufzunehmen - "dürre Wüste", wenn auch eine solche mit in den einzelnen Ländern und Regionen recht unterschiedlich gelagerten

und verteilten institutionellen "Oasen". Diese bewußt durchgeführte Entinstitutionalisierung, die übrigens entscheidend zum Untergang des Systems beigetragen hat, ließ ein institutionelles Vakuum mit allen damit verbundenen Konsequenzen entstehen. Die Ausfüllung dieses Vakuums ist deshalb eine vordringliche, allerdings nur langfristig zu bewältigende Aufgabe. Bei plötzlichen, institutionell voraussetzungslosen Übergängen können sich nämlich leicht anomische Verhältnisse einstellen. Wie *Emile Durkheim*, der den Begriff "Anomie" in die soziologische Terminologie eingeführt hat, und später vor allem *Robert K. Merton* am Beispiel der Armut gezeigt hat, besteht die Gefahr anomischer Entwicklungen in besonders hohem Maße in Situationen des abrupten Übergangs, wenn der Erwartungshorizont überbelichtet wird und sich tiefe Enttäuschung ausbreitet bei gleichzeitigem Zusammenbruch der eingeübten Normen. Solche anomischen Verhältnisse haben sich in Ost- und Südosteuropa vielfach eingestellt. Dazu haben allzu eilfertige Ratgeber nicht unwesentlich beigetragen.

Bei der Vergegenwärtigung des institutionellen Vakuums in den ehemals kommunistischen Ländern darf die kritische institutionelle Lage in vielen westlichen Industriegesellschaften nicht übersehen werden. Denn auch in diesen fanden insbesondere in den letzten Jahrzehnten, wenn auch "auf leisen Sohlen", weitreichende Entinstitutionalisierungen statt, die zur Erosion zentraler Institutionen geführt haben. *Ronald Inglehart* war wohl der erste, der in seiner "Silent Revolution" Anfang der siebziger Jahre auf die tiefgreifenden Veränderungen der Wertvorstellungen und Werthaltungen in den westlichen Gesellschaften aufmerksam machte. Der in mehreren Schüben vor sich gegangene "Wertewandel" hatte unter anderem einen radikalen Autoritätsabbau und eine beträchtliche Schmälerung der Legimitätsgrundlage fundamentaler Institutionen zur Folge. Die Bundesrepublik Deutschland, eines der stabilsten Länder der Welt, sieht sich neuerdings zunehmend inneren Spannungen und krisenhaften Entwicklungen ausgesetzt, die nicht allein aus den in der Tat beträchtlichen Belastungen, die die Wiedervereinigung mit sich bringt, zu erklären sind. Vielmehr hat die vornehmlich durch die Wiedervereinigung bedingte Stornierung der Wohlstandserwartung erhebliche institutionelle Krisenherde und Schwachstellen offenbar werden lassen. Läuft die "formierte Gesellschaft" Gefahr, deformiert zu werden? In diesem Zusammenhang sei eine sehr weitsichtige Aussage *Werner Webers*, eines der führenden deutschen Staatstheoretiker und Staatsrechtler der ersten Nachkriegsjahrzehnte, hingewiesen. In einem Vortrag vor dem Bundesverband der Deutschen Industrie im Jahre 1957 warnte er vor dem damals schon sich abzeichnenden Autoritätsverlust des Staates und der staatlichen Einrichtungen und bezweifelte die Dauerhaftigkeit einer - wie er sich ausdrückte - allein auf der "Balance der Gruppenmächte" beruhenden Stabilität. Vielmehr betrachtete er eine solche Stabilität als "temporär" und machte ihren Fortbestand von zwei Bedingungen abhängig: vom kontinuierlich ansteigenden Lebensstandard und vom anhaltenden außenpolitischen Druck. Entfielen eine der beiden Bedingungen oder gar beide, dann entstünde eine "prekäre"

Lage, meinte er. Die inzwischen eingetretene Entwicklung scheint ihm recht zu geben. Unbehagen und Krisenstimmung breiten sich aus, was bei der öffentlichen Diskussion sich in Aussagen wie "Fragilität des Triumphs" (*Ernst Nolte*), "Krise im Westen" (*Günther Nonnenmacher*), "Krise des Politischen" (*Joachim Fest*) oder in Fragen wie "Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben?" (Bergedorfer Gesprächskreis), "Hat die Demokratie Zukunft?" (*Hans Herbert von Arnim*) niederschlägt.

Die heute offen zutage tretenden Fragilitäten im Gefüge westlicher Gesellschaften werfen schwerwiegende Fragen auf, die gerade im Hinblick auf die Transformationsprozesse im Osten und Südosten Europas von besonderem Interesse sind. Sie thematisieren nämlich das Phänomen des gesellschaftlichen Pluralismus unter den Bedingungen eines autoritätsarmen Staates und eines sich ausbreitenden Subjektivismus und lassen das Problem der Übertragung bzw. der Übertragbarkeit des Pluralismus-Modells in einem neuen Licht erscheinen. Die Frage nach der Übertragbarkeit dieses Modells, das als "West" und "Ost" übergreifendes Strukturprinzip angesehen wird, stellt sich jetzt in doppelter Hinsicht: in bezug auf die in den Reformländern Ost- und Südosteuropas vorhandenen institutionellen Voraussetzungen, aber auch in bezug auf die in den westlichen Gesellschaften eingetretenen institutionellen Verschiebungen und Verlagerungen. Wie jedes Modell, so ist auch das Pluralismus-Modell dem Wandel in Raum und Zeit unterworfen. Es gibt keinen zeitlosen und raumunabhängigen Pluralismus. Welches Pluralismus-Konzept bzw. welche Elemente eines solchen Konzepts erscheinen übertragbar, welche nicht? Die Vernachlässigung dieses Aspekts hat bekanntlich oft dazu geführt, daß Regelsysteme einfach "übergestülpt" und Institutionen "aufgesetzt" wurden. Die Folgen waren denkbar negativ. Die Verhältnisse heute in "Ost" und "West" deuten darauf hin, daß die Auseinandersetzung um die Konkretisierung von Pluralismus-Konzepten überall in vollem Gange ist. Es sieht so aus, als bildeten sich unterschiedliche Ordnungen und Ordnungsalternativen heraus, die wesentlich von den jeweiligen geschichtlichen und kulturellen Traditionen mitbestimmt werden. Diese werden schließlich auch über das Schicksal des Pluralismus-Konzepts entscheiden.

Die 33. Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft stellt die Frage nach den Institutionen in den Mittelpunkt ihrer Beratungen und unternimmt den Versuch einer institutionellen Bestandsaufnahme in Südosteuropa unter Berücksichtigung länder- und auch systemübergreifender Aspekte. Zu diesem Zweck werden außer den ehemals kommunistischen Ländern auch Griechenland und Zypern in die Erörterungen einbezogen. Daraus hinaus wird die Entwicklung von Perspektiven angestrebt, die sich aus der Analyse ergeben.

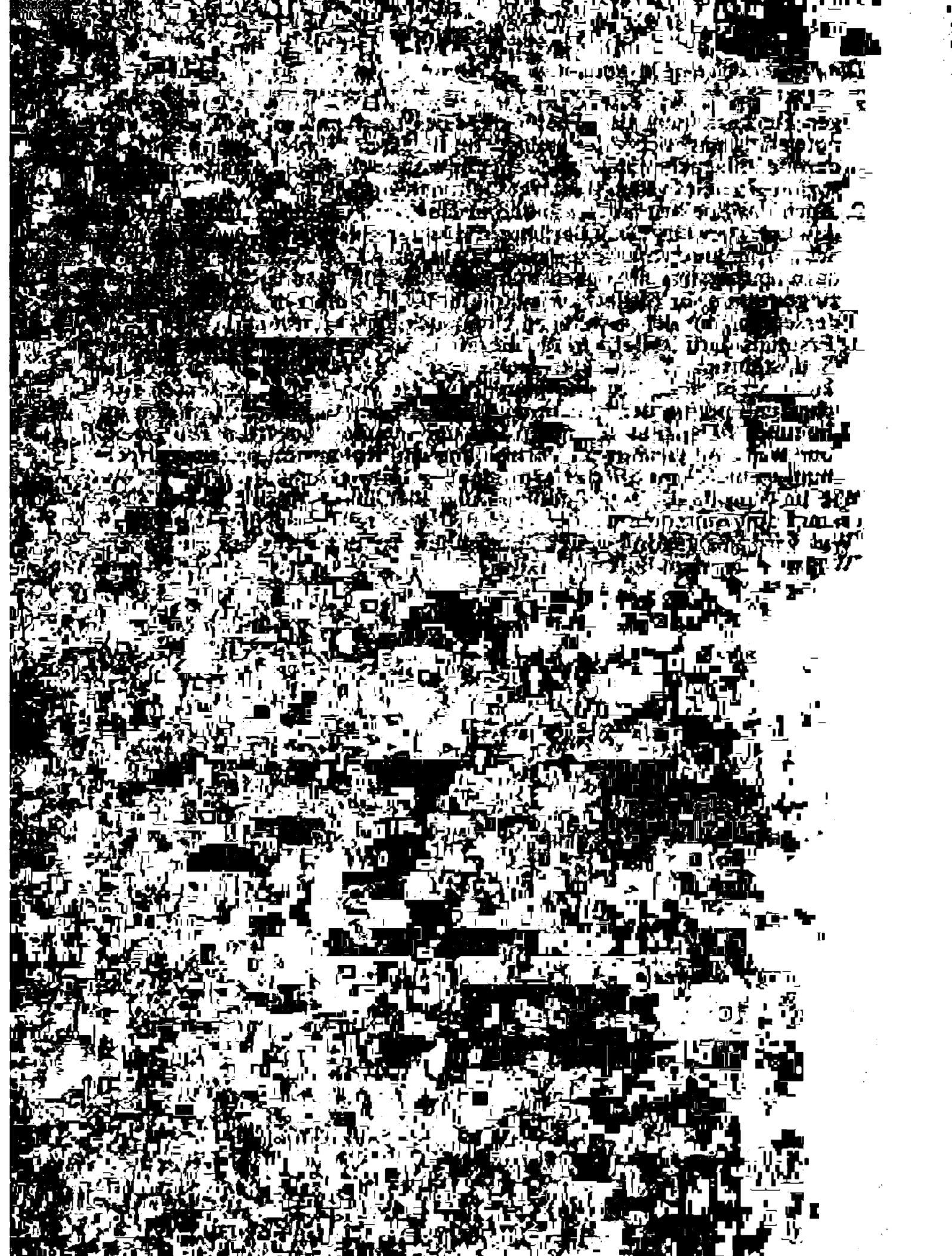
Gegenüber früheren Hochschulwochen wurden einige Neuerungen konzeptioneller Art eingeführt, die für die Klärung der anstehenden Probleme sich als nützlich und förderlich erweisen könnten:

1. Grundsatzfragen und länderübergreifende Fragestellungen werden mehr berücksichtigt und stärker akzentuiert, und zwar unter erstmalig-

ger Heranziehung der Theologie. Dies erscheint sinnvoll und auch notwendig angesichts der radikal veränderten Problemlage in Südosteuropa, die auch und gerade religionswissenschaftlichen und religionssoziologischen Fragen verstärkt Geltung verschafft.

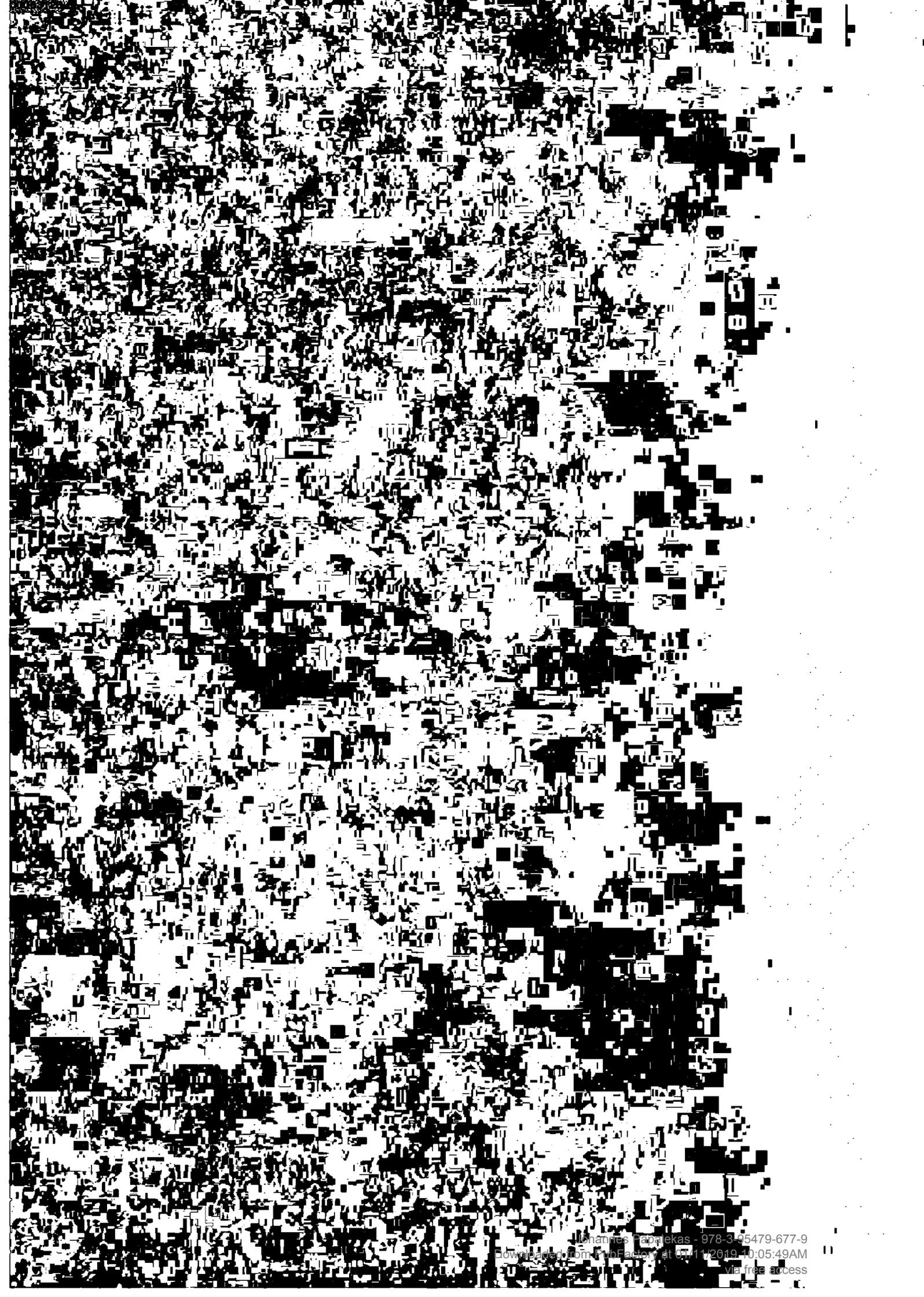
2. Auch das Spektrum der Länderberichte wird erweitert, indem für jedes Land jeweils zwei Berichte mit unterschiedlichen Ansätzen und Schwerpunkten vorgesehen sind. Ein solcher Modus könnte wesentlich dazu beitragen, ein möglichst umfassendes Bild von den Verhältnissen zu gewinnen. Es fördert zudem die kritische Reflexion und Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Untersuchungsgegenstand.
3. Erstmals wird Zypern in die Beratungen einer Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft einbezogen. Dieses Land ist zwar sehr klein, weist aber Besonderheiten auf, die von großer wissenschaftlicher und politischer Bedeutung sind. Seit der türkischen Invasion im Sommer 1974 ist es in einen freien und in einen besetzten Teil geteilt und weist auf Grund von Vertreibung und Kolonisierung des Vertreibungsgebietes spezifische institutionelle Entwicklungen auf.

Wie im Vorjahr ist eine Podiums- und Plenumsdiskussion in das Programm aufgenommen worden. Letztes Jahr stellten wir uns die Frage: "Was wird aus Jugoslawien?". Jetzt sehen wir uns veranlaßt zu fragen: "Was wird aus dem Balkan?".



Journal of Management Education

[The main body of the page contains a large, dense, and mostly illegible area of text, likely representing the abstract or the beginning of an article. The text is too small and blurry to transcribe accurately.]



Wolfgang Lipp

Institutionen, Entinstitutionalisierung, Institutionengründung.

Über die Bedeutung von Institutionen, zumal im gesellschaftlichen Transformationsprozeß

A) Einführung

1. Vorbemerkung

Mit den Institutionen geht es den Menschen wie mit dem "lieben Gott". In Zeiten der Prosperität, des Überflusses, will kaum einer von ihnen etwas wissen; ähnlich wie man in Zeiten der Not aber zum Wahrheitsgehalt, den die Religionen haben, zurückfindet, entdeckt man in sozialen Krisen die stabilisierende Leistung der Institutionen wieder. Wenn nicht alles täuscht, beginnt man gerade auch jetzt, angesichts der turbulenten Transformationen in Osteuropa, den Wert der Institutionen neu zu entdecken. Was sind Institutionen?

"Institutionen umschreiben die Bedingungen, die soziales Dasein erst ermöglichen; sie sind die Knotenpunkte, über die es läuft, und geben an, wie Gesellschaft insgesamt besteht, Gebildecharakter erhält und sich entfaltet" (Lipp, 1987, Sp.1344). "Analysiert man Institutionen näher, erscheint als die sie prägende Eigenschaft, daß sie das Dasein stabilisieren und ihm Führungssicherheit, Koordination und Ordnung geben. Institutionen üben normative Wirkung aus; sie können weder kausal als Antrieb, der >Vergemeinschaftung<, noch final als Zweck, der >Vergesellschaftung< bedingen würde, begriffen werden" (ebda., Sp.1345). Sie stellen imperativische Instanzen vielmehr eigener Geltung dar.

Institutionenbegriffe, Institutionenkonzepte haben in der Soziologie eine eigentlich lange, gute und anspruchsvolle Tradition, und besonders Émile Durkheim, Max Weber, Talcott Parsons und ihre Schulen, in jüngerer Zeit Arnold Gehlen und Helmut Schelsky (näher zu diesen jetzt Barheier, 1992), können als Institutionentheoretiker betrachtet werden, die die Diskussion entscheidend befruchtet haben.

Notieren wir aber, daß die Einsichten der Institutionenlehre geraume Zeit - ich denke an die 68er Jahre - auch negiert und verdrängt worden waren (s. dazu näher a. Lipp, 1990). Nicht zuletzt gewisse ideologische Strömungen der deutschen Soziologie hatten daran Anteil, und der erhebliche Realitäts- und Prognoseverlust der Disziplin, besonders was die Zukunft der osteuropäischen Gesellschaften betraf, ging wohl auf diese,

man möchte sagen: neurotische Institutionenblindheit zurück. Nicht vergessen darf man, daß die Intelligenzia auch des Sowjetsystems selbst, die monomanisch lediglich in Kategorien der sozialen "Klasse" dachte, den Faktor der Institutionen vernachlässigte und unfähig war, den drohenden sozialen Realzusammenbruch vorauszusagen. M.R. Lepsius hat den Zusammenhang unlängst sehr direkt benannt: "Die gegenwärtige Auflösung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung des Ostblocks zeigt die Mängel von Ordnungsvorstellungen, die, von der Klassenanalyse ausgehend, keine differenzierte Institutionenanalyse zu entwickeln vermochten. Durch die Auflösung, Homogenisierung und politische Fusion von Institutionen wurden die Gesellschaften des Ostblocks zunehmend ökonomisch entwicklungsgehemmt, kulturell ritualistisch und in der Lebensführung auf bloße Fügsamkeit diszipliniert. Das bestehende Institutionengefüge des Westens ist seinerseits nicht ohne Mängel. Doch im Vergleich mit dem Ostblock zeigt es, daß die Ausdifferenzierung, Heterogenität und konfliktorische Koordination von Institutionen größere Freiheit in der Lebensführung, raschere Anpassungselastizität in der Problemverarbeitung und höhere Differenzierung von Wertbeziehungen ermöglichen" (1990, S.7).

Was Lepsius heute, nach der Wende, nach dem Zusammenbruch im Osten, deutlich erkennt und ausspricht, hat vor 1989, um es nochmals zu sagen, teils aus Institutionenblindheit generell, teils aus entsprechender ideologischer Verbohrtheit, im Westen kaum ein Soziologe freilich ernsthaft zum Thema gemacht. Man wollte von Institutionen nichts wissen und hielt es für richtiger, Institutionen und ihre Sachwalter geringzuschätzen, als über Institutionen erst überhaupt nachzudenken.

2. Fragestellung

Wie also werden Institutionen beschaffen sein, wenn sie a) Mensch und Gesellschaft stabilisieren, und b) zugleich sozialen Wandel, Evolution, Modernisierung ermöglichen?

Die Punkte verweisen zurück auf a) die grundsätzliche theoretische Frage: Was "sind" Institutionen überhaupt, welchen Begriff können wir von ihnen haben; und b) auf das mehr praktische, ja tagespolitische Problem, wie Institutionen heute, in einer Zeit des Umbruchs, konkret in Osteuropa, gebaut sein sollen.

Ich werde mich im folgenden auf ersteren Frageteil konzentrieren; auf den zweiten Aspekt komme ich mit Schlußfolgerungen allgemeinerer Art erst im Ausblick zurück.

B) Hauptteil

Was ist zu Institutionen systematisch zu sagen? Lassen Sie mich folgende Problemdimensionen in den Vordergrund stellen:

1. "Institutionen und der Mensch". Anthropologische Aspekte der Institutionenlehre (bes. nach Gehlen, 1971;1977);
2. "Institutionen und Gesellschaft". Das institutionentheoretische Modell des sozialen Wandels (bes. nach Schelsky, 1952; 1970; vgl.a. Lipp, 1986);
3. "Defiziente" Formen von Institutionen (bes. nach Lipp, 1989);
4. Elemente einer Theorie der "Gründung" (bes. nach Hauriou, 1925; Rassem, 1979; vgl.a. Lipp, 1973).

ad 1) Institutionen und der Mensch. Anthropologische Aspekte:

- a) Anthropologisch gesehen, stellt der Mensch das "von Natur aus" gefährdete, "riskierte" Wesen dar; "instinkt-reduziert", von "Antriebsüberschuß" gekennzeichnet, leidet er unter "chronischer Dauerbedürftigkeit", "Reizüberflutung" und motivationeller Labilität; er unterliegt der Tendenz, sich bloßen Subjektivismen hinzugeben, und erscheint konstitutionell als "verfallsbereit".
- b) In dieser Lage sind es notwendig die Institutionen, die als abschirmende, Halt gebende Instanzen, als "Stabilisationskerne" des Daseins dienen können; sie machen das Handeln an "Außenhalten", nämlich "Ritualen", aber auch an "Aufgaben", die durch Kontroll- und Prüfungsvorgänge abgesichert sind, fest, führen es über "Sachen", "objektivieren" es und "stellen es auf Dauer".
- c) Die Institutionen leisten vorab dabei "Hintergrundserfüllung". Sie garantieren die Befriedigung elementarer Bedürfnisse z.B. nach Nahrung, Kleidung, Sicherheit etc., sichern aber auch abgeleitete Bedürfnisse ab und gewährleisten, daß der Mensch kontinuierlich auch höheren, kulturellen Interessen nachgehen kann.
- d) Blickt man auf die Struktur des "Handelns" - der Mensch ist anthropologisch als das "handelnde Wesen" zu bestimmen -, so bewirken Institutionen, daß es zur "Umkehr der Antriebsrichtung", zur Abkoppelung der Bedürfnisse von Basisantrieben einerseits, ihrer Anbindung an die "Sachen" - an "objektive" äußere Verumstände - zum anderen, d.h. zum "Umschlag in die Eigengesetzlichkeit" der dem Menschen vorgeordneten, größeren dinglichen und sozialen Realitäten kommt.
- e) Faßt man die verschiedenen, hier nur stichwortartig genannten Leistungen zusammen, die die Institutionen für den Menschen erbringen, stößt man auf die Grundfunktion der "Entlastung". In der Tat entla-

sten Institutionen den Menschen davon, Daseinsvorsorge elementar, Tag für Tag, neu treffen zu müssen; sie setzen ihn frei, sich unabhängig von Bedürfnissen und Bedürfnisrelationen, in deren Zwänge er eingespannt blieb, tendenziell abzukoppeln und sich auf die Sachen selbst: objektive Inhalte, Symbolgehalte, "Leitideen" einzustellen. Institutionen befähigen den Menschen, seine Bedürfnisse erst überhaupt zu kultivieren, unter Kontrolle zu nehmen und schöpferisch zu steigern; sie geben dem Menschen erst höhere, differenziertere, "zweite Natur"; sie leiten "Natur" in "Kultur" über und ermöglichen "geistiges" Leben.

ad 2) Institutionen und Gesellschaft. Soziologische Interpretationen

Soziologisch gesehen erfüllen Institutionen eine Doppelfunktion: nämlich einmal: den Menschen selbst, als anthropologisch "riskiertes" Wesen, zu stabilisieren, und zum anderen: den Betrieb der Gesellschaft als ganzer, die Abläufe des umfassenden sozialen Lebens aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß wichtige Einzelleistungen, so die Grundfunktionen des Wirtschaftens, der Politik, der Rechtsprechung, der kulturellen Wertbildung kontinuierlich erbracht werden. Nur wenn die Institutionen auf Posten sind und funktionieren, wird die Gesellschaft als ganze ihr zivilisatorisches Niveau halten, ja im Normalfall steigern können. Wohlgemerkt: Institutionen, mehrere Institutionen, sind es, die den Bestand einer Gesellschaft auf Dauer garantieren. Erst sie, die Institutionen, sorgen dafür, daß soziale Abläufe, soziale Verhältnisse, "in Ordnung kommen"; sie garantieren, daß die Gesellschaft "Struktur" aufbaut, und zwar Struktur aufbaut im Sinne differenzierter, nach unterschiedlichen Bezügen gegliederter Verknüpfungsmuster.

Die Lehre von den Institutionen läuft insoweit auf eine Lehre von Institutionen im Plural hinaus; monolithische Konzepte legten falsche Prämissen zugrunde; sie führten in die Irre. Die Institutionenlehre, um es nochmals zu sagen, hat prinzipiellen pluralistischen Gehalt: Die Institutionen stellen nicht nur Instanzen dar, die dem Menschen angeben, "was zu tun ist" - so die seinerzeit von Helmut Schelsky geprägte Formel; sie geben dem oder den Menschen zugleich auch an, was nicht zu tun oder was zu unterlassen ist, und weiterhin: was an anderer Stelle anderes zu tun oder zu unterlassen ist, und ermöglichen, indem sie als Trenninstanzen fungieren, den Aufbau unterschiedlicher, autonomer, für sich rationalisierbarer sozialer Handlungsfelder.

Wie schon sichtbar geworden, haben Institutionen mit sozialem Wandel, mit zivilisatorischer Entwicklung und kultureller Steigerung zu tun, und ich gehe auf dieses mehrfache "dialektische" Verhältnis nunmehr näher ein. Dialektisch zu nennen ist das Verhältnis vorab insofern, als Institutionen Wandel, kontrollierten Wandel, erst überhaupt in Gang setzen. Schematisch am bündigsten hat den Zusammenhang wohl Helmut Schelsky dargestellt. Nach ihm kann Wandel - Schelsky spricht von einer "hierarchischen Entwicklungsrichtung der Kultur" - gerade deshalb

vonstatten gehen, weil die Institutionen gegebene soziale Grundbedürfnisse absichern durch Hintergrundserfüllung; sie stabilisieren die Basis des Geschehens, und erst nun kann es möglich werden, daß sich Folgebedürfnisse, Interessen immer höheren Grades, bilden; sie bündeln sich ihrerseits und finden in Folgeordnungen, Institutionen dritten und weiteren Grades, Halt gebende, neue Basis. Erst wenn das Frühstück täglich bereit steht, kann ich zur Zeitung greifen und mich wirtschaftlich, politisch, kulturell informieren; erst wenn ich informiert bin, bin ich in der Lage, ins Geschehen kompetent, überraschungsfest und spezifisch einzugreifen; erst wenn es eine harte Währung gibt, kann man weltweit Geschäfte machen, und erst, wenn Institutionen der Gewaltenteilung existieren, setzen dynamische freiheitliche Entwicklungen ein.

Ein zweites dialektisches Verhältnis, das zwischen Institutionen und sozialem Wandel besteht, liegt darin, daß Institutionen Wandel nicht nur erst ermöglichen; sie schirmen gegen Wandel - allzu raschen, allzu turbulenten, allzu katastrophischen Wandel - gleichsam auch ab, halten Grundordnungen aufrecht und schaffen Sicherheitszonen. Wandel kann in der Tat ja umbruchsartigen Charakter annehmen. Aktuelle Beispiele liegen auf der Hand, aber auch die Erfahrungen, die die Völker Europas mit und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht haben, sind einschlägig genug. Sie zeigen etwa für Deutschland, daß die Alltagspraxis damals dazu neigte, sich in den emotionalen - wie funktionalen - Windschatten von Institutionen zurückzuziehen, die die Katastrophe überdauert hatten und sich anboten, als Plattform eines ersten, vorsichtigen Wiederaufbaus zu dienen. Schelsky (1953) hat für Deutschland hier besonders die Bedeutung der Familie, der Verwandtschaft, der nachbarschaftlichen örtlichen Institutionen hervorgehoben. Mit Blick auf die gegenwärtigen osteuropäischen Verhältnisse hat sich herausgestellt, daß ähnliche Funktionen die Restbestände des Nationalen - die Gemeinsamkeiten, Vertrautheiten, Solidaritäten der überlieferten ethnischen Kulturen - erfüllen.

Hieran zeigt sich schließlich eine dritte dialektische Figur: Stürzen in Gesellschaften, die sich zu teils hochartifizialen, ideologisch abgehobenen, teils durchbürokratisierten, hoch zwangshaften Systemen entwickelt haben, die "Superstrukturen" (Gehlen) plötzlich ein, treten notwendig die tiefer liegenden, institutionellen Wurzeln der Kultur wieder hervor; Mutterboden tut sich gleichsam auf, Ursprünglichkeit in all ihrer Kraft - und freilich auch all ihrer Schwäche -, und eben diese Dialektik ist es, die die Werte etwa des Nationalen, der ethnischen Solidarität, aber auch von alten religiösen Bindungen, die in Osteuropa so lange unterdrückt waren, zum Hoffnungsanker für Neuaufbau und endlich reelle, zivilisatorische Entwicklung macht (vgl. z.B. Papalekas, 1992).

ad 3) Defiziente Formen von Institutionen. Entinstitutionalisierung

Die Institutionenlehre ist eine schwierige Lehre. Bisher waren wir davon ausgegangen, daß Institutionen für Mensch und Gesellschaft positive, sowohl stabilisierende als auch dynamisierende, kulturschöpferische Funktionen ausüben. Blickt man auf die Realität, erkennt man freilich schnell, daß dem nicht immer so ist. Institutionen können auch "dysfunktionale" Wirkung haben; sie "entlasten" Mensch und Gesellschaft nicht nur und setzen sie frei zu gesteigerter Leistung, sondern "belasten" sie auch, schränken die Handlungsspielräume ein oder setzen sie gegenläufigen, irrationalen Verformungen aus. Wie sind Institutionen dieser Art - "defiziente" Institutionen (vgl. z. f. bes. Lipp, 1989; s. schon ders., 1968) -, wie sind Prozesse der "Entinstitutionalisierung" (Lipp 1989), wie sie hier freigesetzt werden, näher zu charakterisieren?

Blicken wir zunächst auf den reinen, "eufunktionalen" Typus von Institutionen zurück: Institutionen gewähren einerseits "Basisleistungen": Dienste in Form sozialer Hegung, Versorgung, Sicherung aller Art, auf die der Mensch immer angewiesen bleibt; und Institutionen transportieren zum anderen, was ich "Spitzenanforderungen" nennen möchte.

Sie zeigen hier an, wo die Pflichten liegen, was zu tun ist und welche Ziele gelten. Bestimmen die Basisleistungen, die Institutionen erbringen, das "Sein" der Dinge: d.h. den Stand der Absättigung, Befriedigung und Speisung gegebener - kulturell immer vorgeprägter - Bedürfnisse, so ihre "Spitzenanforderungen" das dezidierte soziokulturelle "Sollen". Daß Sein und Sollen nicht identisch sind, ist eine keineswegs neue Erkenntnis; auch Institutionen heben den Unterschied, heben die Spannung nicht auf. Gerade sie, die Institutionen, sind es aber, die Vermittlung, u.d.h.: Vermittlung auch von "Gesellschaft und Individuum", hier faktisch bewirken und es erreichen, daß kulturproduktive, gleichwohl in Routinen überführte, dynamische Balancen entstehen. Schlägt die Vermittlung fehl, ist es um die Chance von Kultur, die Zukunft des Gemeinwesens, den Menschen selbst hingegen schlecht bestellt: Entflechtungen, Abspaltungen, Reduktionen treten ein; Entinstitutionalisierung greift um sich; das Dasein gerät in den Sog von Verfall.

Baut man Zuordnungen dieser Art systematisch aus, enthalten defiziente Institutionen das doppelte Gesicht a) primär "totalistisch", oder b) primär "libertär" gerichteter Dysfunktionalität. Geht man aus von den Grenzmöglichkeiten, werden Institutionen - im totalistischen Falle - zwar überhöhte Spitzenanforderungen stellen, in nur geringem Maße aber fähig sein, ausreichende, kontinuierliche Basisleistungen zu erbringen; umgekehrt schütten sie - im libertären Fall - anwachsende Basisleistungen aus, erzeugen kaum jedoch noch Forderungen, die in die Spitzen gehen. Totalistische Institutionen sind charakterisiert zum Beispiel durch Wertmonismus, die "Tyrannei der Werte" (Carl Schmitt) und hochrepressive normative Instanzen. Sie weisen, was die Befriedigung sozialer Grundbedürfnisse betrifft, dabei schwere distributive Defizite auf. Libertäre Institutionen, umgekehrt, sind erkenntlich an wachsendem Wertpluralismus; sie praktizieren Permissivi-

tät, ein *laissez faire* auf vielen Linien, blähen zugleich aber das System der Mittel, der Mittelapparaturen und Mittelbefriedigung in einem Maße auf, daß Überdruß entstehen und das Dasein teils ins Hybride schießen, teils platt werden und primitivisieren kann. Kann man Niedergang, wie er aus totalistischen Institutionen resultiert, als unmittelbar drückende, "harte" Verfallsform bezeichnen, so das libertäre Gegenstück als "weichen" Prozeß.

Nimmt man die totalistische Variante unter die Lupe - sozialistische, faschistische, autokratische Systeme -, wird man von institutionellen Defiziten evidentermaßen dann sprechen, wenn a) die Systeme mit Füßen treten, was man "Menschenrechte" nennt, und es zu Verfolgungen, Folterungen, Morden in großer Anzahl kommt; wenn b) unter den Machthabern sich Menschenverachtung, Brutalität und Aggressivität breit machen; oder schließlich c) Programme der Menschenvernichtung, bis hin zum Genozid, anrollen, denen "Klassenfeinde", "Rassenfeinde", "Fremde" generell zum Opfer fallen. Soziologisch gesehen, neigen Systeme dieser Art dazu, wirtschaftlich und kulturell apathisch, unproduktiv und leer zu sein; die Versorgung der Bevölkerung mit Basisleistungen sinkt insoweit ab, und im Maße, in dem die Menschen imperativisch überfordert werden, bleiben sie faktisch unbefriedigt und in ihrer Not im Stich gelassen. Legitimitätsentzug, Flucht oder stillschweigende Abkehr ins Private sind die Folge.

Wenden wir uns defizienten Institutionen am Beispiel der libertären Variante zu, ist es der Typus vor allem von "Gesellschaften im Überfluß" (J.K. Galbraith), sind es perfektionierte "wohlfahrtsstaatliche" Systeme, die ins Auge springen. Sie weisen ein Übermaß an Basisleistungen bei gleichzeitig schrumpfenden, für das soziale Ganze wie die einzelnen geltenden Spitzenanforderungen auf. Ohne ins einzelne gehen zu können, rufe ich die hohen Quoten z.B. von Suchtkranken, psychiatrischen Fällen, Suizidanten in Erinnerung, die die fraglichen Systeme produzieren, oder jenes Anwachsen von Perversion und Aggression, das sich teils in den Kriminalitätsstatistiken, teils in den Akten der politischen Polizei (Provokationen, Demonstrationen, Terrorismus) niederschlägt. Das Dasein wird hochgradigen Belastungen am Ende hier deshalb unterzogen, weil das System - "permissiv" und "lose", wie es ist - verbindlichen Sinn, Führung und Halt hier nur noch schwach vorgibt. Es erzeugt, wie es seinerzeit Durkheim benannt hat, den sozialen Zustand vielmehr latenter "Anomie".

ad 4) Elemente einer Theorie der Gründung

Die Auseinandersetzung mit dem Tatbestand defizienter Institutionen bliebe ohne Sinn, wenn sie nicht in der auch praktischen Absicht geschehen könnte, Institutionen, die in Schief lagen geraten sind, durch geeignete vorgeordnete Maßnahmen wieder zu korrigieren. Überlegungen dieser Art setzen voraus, daß man Institutionen ändern kann (vgl. in diesem Sinne jetzt a. Gebhardt, 1992, mit weit. Lit.hinweisen; ferner bes.

Hettlage, 1992, Teil I, mit Blick namentlich auf die "Familie"), und in der Tat muß man - entgegen Positionen, die die Unverrückbarkeit, die Heiligkeit, den status quo der Institutionen beschwören - unterstreichen, daß auch und gerade Institutionen auf menschliches Tun, auf Gründungshandeln, zurückgehen und Reformen, Planungen, bewußtem Neubau unterliegen müssen.

Im folgenden will ich versuchen, auf einige Gesichtspunkte, die den aktiven Umgang mit Institutionen, und hier vor allem: das Phänomen der "Institutionengründung", betreffen, kurz einzugehen. Gründung hebe ich dabei deshalb hervor, weil es in Zeiten des Umbruchs weniger darauf ankommt, die alten defizienten Institutionen nur zu reformieren; es ist vielmehr geboten, neue Anfänge zu setzen, "gründlich" in der Tat vorzugehen und ggf. tiefgreifende, radikale Maßnahmen zu treffen. Hier wie dort erscheinen die Probleme, die beim Neubau von Institutionen zu lösen sind, als ebenso zwingend wie paradox (vgl. z.B. Roth, 1988): Institutionen zu gründen heißt am Ende, Ordnungen aufzuheben, die im Maße, in dem sie gegen Institutionen - die überkommenen, alten Mächte - gerichtet sind, institutionelle Prinzipien selbst aktivieren und versuchen, neuen institutionellen Halt zu geben.

Dabei kann es nicht darum gehen, stramme dezisionistische Maximen zu vertreten. Gründung, Institutionengründung, zählt, gerade auch theoretisch gesehen, zu den delikatesten sozialwissenschaftlichen Gegenständen, und schon vorab muß man sich klarmachen, daß man damit ein Phänomen von Macht und Machtkonflikten, von Führung und Führungsanspruch, von Legitimität anschneidet. Wenn Maurice Hauriou, beispielsweise, an Institutionen drei Faktoren: 1. die "Leitidee" des zu schaffenden Werks, 2. das sie durchsetzende, konkrete "Führungs-" und "Verwaltungspersonal", die "Organe" der Institution, und 3. die Mitglieder der Institution und ihre Zustimmung- und "Gemeinsamkeitsbekundungen" unterschied, hat er den Akzent auf Herrschaft, die Träger von Herrschaft und ihre nötige soziale Bestätigung, schon sehr deutlich gelegt. In der Tat liegt das Problem von Gründungen nicht nur darin, über die richtigen Gründungsideen zu verfügen, sondern die tauglichen Menschen einzusetzen, und man wird immer danach fragen müssen, in welchem Umfang in Situationen des Umbruchs, der Krise, der Ratlosigkeit und Aporie zuallererst Umschichtungen beim Personal, den Führungskörpern und Kadern des Systems vorzunehmen sind. Die besten institutionellen Ideen taugen nichts, wenn die Menschen, die sie realisieren können, fehlen, und am Ende setzen sich die alten Kräfte, die Apparatschiks von gestern wieder durch. Daß fortschrittliche, nach Neuerung strebende Initiativen dadurch bald gestoppt werden können, ist evident; schon Max Weber hat diese Gefahr gesehen, und er beschrieb sie, für die Zeit nach dem ersten Weltkrieg für Deutschland (Bayern), wie folgt:

"Jetzt (Frühjahr 1919) ist infolge des gewaltigen Zusammenbruchs, den man Revolution zu nennen pflegt, vielleicht eine Umwandlung im Gange ... Zunächst treten Ansätze zu neuen Arten von Parteiapparaten auf. Erstens Amateurapparate. Besonders oft vertreten durch Studenten der verschiedenen Hochschulen, die einem Mann, dem sie Führungsqua-

litäten zuschreiben, sagen: Wir wollen für Sie die nötige Arbeit versehen. ... Zweitens geschäftsmännische Apparate ... Unter rein technisch-politischen Gesichtspunkten wäre wohl der letztere dieser beiden Apparate für verlässlicher zu halten. Allein, beide waren schnell aufsteigende Blasen, die rasch wieder verschwanden. Die vorhandenen Apparate schichteten sich um, arbeiteten aber weiter. Jene Erscheinungen waren nur ein Symptom dafür, daß die neuen Apparate sich vielleicht schon einstellen würden, wenn nur die Führer da wären. ... (Aber) nur ein paar Diktatoren der Straße entstanden" (1964, S. 1079).

Zu Gründungen, die den Namen verdienen, kommt es in der Tat nicht leichthin. Nicht "Reflexion und Kritik", ein "offene(s), flexible(s)" Umgehen mit "polymorphe(n) Struktur(en)" allein - wie in nachholender, später Annäherung an die 68er noch Gebhardt (1992, S. 364) meint - kann es sein, das die Institutionen erneuert; es handelt sich vielmehr um angespannte, sozial wie existentiell zentral angreifende, innere institutionelle "Kämpfe" (im Sinne Webers, 1964: Grundbegriffe), die Wandel erst herbeiführen, und es scheint mir analytisch sinnvoll hierbei, drei Strukturmodelle zu unterscheiden: ein Modell, erstens, des "dramatisch-charismatischen" Typs; ein Modell, zweitens, "demokratischer" Prägung, und ein Modell, drittens, mit "prokurativem" Akzent; ich möchte es auch als "Treuhand"-Modell bezeichnen.

- a) Gründungen, die dem dramatisch-charismatischen Schema folgen, bilden den Vorgang m.E. am reinsten ab; sie bewältigen die Aufgabe, neue institutionelle Wege zu finden, auf gleichsam prototypische Weise. Dabei zeigt sich ein Mehrfaches: Charismatiker, aus der Masse herausragende Führerfiguren, die neue politische Ziele propagieren und hohe ausstrahlende Wirkung haben, gehen in aller Regel aus Sozialsagen hervor, die durch Not und Benachteiligung, Unterdrückung und Verfolgung geprägt sind (vgl., in Fortführung von Max Weber, zum Folgenden bes. Lipp, 1985; ferner in dieser Linie z.B. Bertelli, 1992, exempl.). Die grundsätzliche existentielle Haltung, aus der heraus sie agieren, ist die des Widerstands, und sie ist nicht nur verbunden mit Kampfbereitschaft generell, sondern mit asketischer Disziplin, mit Opfermut und Bereitschaft zur Selbsthingabe. Es handelt sich um eine Situation, die in ihrem objektiven, antinomischen Charakter als "dialektisch", in ihrer subjektiven Erfahrung, ihrem besonderen, zugespitzten Handlungsgehalt als "dramatisch" (s. dazu a. Lipp, 1976; 1984) zu bezeichnen ist. Charismatiker fordern die etablierten Mächte heraus, weil sie bisher unterdrückte, elementarere Daseinsmotive, an denen ihr ganzes Leben, ihre Selbstachtung, ihre Wertbindung hing, zu neuer freierer Geltung bringen wollen; "Umwertung der Werte" (Nietzsche) ist ihr Ziel, und sie erzeugen Begeisterung, ziehen Gefolgschaften an, setzen die Massen in Bewegung, weil sie den Kampf, den sie führen, und das Risiko, das sie auf sich nehmen, stellvertretend für die anderen, das gedemütigte, in die Passivität gedrückte Volk selbst austragen.

Hat eine charismatische Bewegung einmal Platz gegriffen, entsteht neues institutionelles Leben insoweit, als neue, im Konflikt gleichsam geläuterte Leitideen fixiert, neue Führungsorgane gewonnen, neue Loyalitäten geschaffen sind. Das Gewicht einer Institution erhält der Zusammenhang nicht zuletzt hier dadurch, daß jenes Drama der Gründung, das er durchlief, das Opfer und Selbstopfer der Führerfiguren, bei den Gefolgschaften zu nachhaltigen rituellen Selbstverpflichtungen, zu Ordnungs- und Regelmäßigkeiten selbsttragender Art führen kann. Gründung des dramatisch-charismatischen Typs ist Gründung im Sinne von vermächtnishafter, "heroischer Stiftung"; sie hat, wie gesagt, prototypischen, für soziales Dasein modellhaften Charakter, und es nimmt nicht Wunder, daß Institutionen auch generell - soweit ihre Ursprünge zu entschlüsseln sind - auf diese Grundfigur zurückführen.

Nun wissen wir seit Max Weber, daß charismatische Bewegungen im Panorama der Geschichte nur punktuelle Ereignisse darstellen, und daß im Zuge der "Veralltäglicung", der sie unterliegen, gerade auch die positiven, eufunktionalen Eigenschaften verloren gehen können. Einer der Gründe hierfür liegt sicherlich darin, daß die fraglichen Systeme dazu neigen, teils in traditional verkrustete, teils in autokratische, teils in totalitäre Formen umzuschlagen; die Basislegitimation von Institutionen, "Gemeinsamkeitsbekundung", verfällt insoweit wieder, und man wird danach fragen müssen, ob und wie dieses Element erhalten bleiben, gepflegt und in Institutionen auf Dauer aktiviert werden kann.

- b) Damit leite ich über zum "demokratischen" Modell. Ich streife es freilich nur kurz. Richtig ist sicherlich: Gerade in Zeiten des Umbruchs wird es darauf ankommen, am Neubau der Institutionen die Gesellschaft breit zu beteiligen und Mechanismen einzurichten, die Partizipation auf dem Wege nicht nur abstrakter Stimmenabgabe und Wahl, sondern konkreter, themenspezifischer, sozialer Einmischung ermöglichen. Mechanismen dieser Art sind in Räten, Ausschüssen, Stäben, in Gründungskomitees und Runden Tischen zu sehen; sie liegen aber auch vor in den Formen der öffentlichen und medialen Kommunikation, erfordern freiheitliche Praktiken der Publizistik und setzen die Existenz gegliederter, verfahrensgestützter, pluralistischer Regeln der Willensbildung überhaupt voraus. Eckart Pankoke (1992) hat unlängst gezeigt, daß Preußen, das nach der Niederlage gegen Napoleon in eine schwere institutionelle Krise geraten war, mit forcierten Reformen versucht hat, diesen "demokratischen" - das hieß damals konkret: einen "konstitutionellen" - Weg zu gehen, und er wies nach, daß mit der Einbeziehung nicht-feudaler, nicht-militärischer Führungsgruppen, nämlich bürgerlich-kultureller, akademischer und fachlicher Eliten, dies z.T., wenn auch nur übergangsweise, auch gelungen ist.

Was man am demokratischen Modell unschwer als positiv erkennt, nämlich den Umstand, daß Mechanismen der Beteiligung hohe, teils

ideengenerative, teils versachlichende, teils Loyalitäten schaffende Wirkung haben können, wird im zweiten Hinblick als freilich auch möglicher, funktionaler Nachteil sichtbar. Zwar stellen Institutionen demokratischer Art, sind sie in insgesamt stabilen, durchzivilisierten sozialen Ordnungen verankert, einen Gipfelpunkt sozialrationaler Organisiertheit dar; fehlen diese Voraussetzungen, kann der Versuch, bei Neuordnungen demokratisch zu verfahren, durchaus aber kontraproduktive, am Ziel sozialer Stabilisierung vorbeischießender Effekte haben und zu noch vermehrten, sozialen und politischen Fraktionierungen, zu Bürgerkrieg und Chaos führen. Sollte es schwer sein, Beispiele hier zu benennen? So oder so wird es nötig, Ausschau nach weiteren, teils absichernden, teils gegensteuernden institutionellen Mechanismen zu halten, nach Instanzen, die Halt ins Gefüge bringen und Entwicklung, Weiterentwicklung, so erst ermöglichen.

- c) Ich komme hier zum dritten, "prokurativen" Modell von Gründung und stelle damit eine abschließende, praktische Möglichkeit vor, Institutionen einzurichten. Den Grundmechanismus zu verdeutlichen ist nicht schwer; die Phänomene sind evident; sie fallen unter Handlungsweisen, denen im sozialen Leben Bedeutung generell zukommt, lassen sich subsumieren unter Praktiken wie "Fürsorge" und "Hilfe", "Stellvertretung" oder "kommissarische" Funktion und zeigen an, daß - ähnlich wie Einzelmenschen - auch Institutionen einander stützen, partiell ergänzen, ja ersetzen, schließlich grundsätzlich einander "trauen" können. Zwar weist die Bandbreite bei Institutionen, die in Leistungsverhältnissen dieser Art zueinander stehen, von gleichberechtigter Partnerschaft bis hin zu Abhängigkeiten, Unterstützung bis hin zur Belehrung, Anerkennung bis hin zur Vormundschaft große Spielräume auf. Von "Entnazifizierung" und "Reeducation", wie sie die amerikanische Besatzungsmacht 1945 in Deutschland vornahm, oder den Methoden der "Abwicklung", wie sie die Bundesrepublik gegenüber diversen Einrichtungen, Rechtsverhältnissen und Personengruppen der ehemaligen DDR praktizierte, bis hin zum Einsatz von UNO-Truppen oder den Hilfen des Internationalen Roten Kreuzes, wie sie der Balkan gegenwärtig erfährt, ist in der Tat ein weiter Bogen gespannt. Tritt man an die Phänomene vom Blickwinkel unseres Grundproblems, nämlich der Frage heran, wie Mensch und Gesellschaft fundamentale soziale Transformationsprozesse bewältigen, erweisen sich freilich schnell die Gemeinsamkeiten: Hier wie dort springen besondere "prokurative" Institutionen in Krisensituationen in Lücken ein, die die Problemgesellschaften selbst, aus eigener Kraft, effektiv zunächst nicht schließen können. Die Hilfe, die sie geben, wird den Charakter bloßer Außenlenkung - von "Fremdhilfe" also - dabei freilich allmählich zurücktreten lassen; sie wird - wie die Sozialstaatssysteme des Westens es schon lange nach innen hin, im Bereich des Sozialwesens, praktizieren - tendentiell vielmehr "Hilfe zur Selbsthilfe" sein (vgl. f.a. Asam/Heck/Knerr/Krings, 1989) und versuchen, bei den Zielgruppen auf Dauer die regenerativen eigenen

Kräfte anzuregen. Daß der Zusammenhang eine nicht nur "technische", rein organisatorische, sondern erklärte "moralische" Seite enthält, ist dabei deutlich. Gesellschaften - und ihr Kern: die Institutionen - stellen moralische, an obersten Zielen, Ideen, Werten ausgerichtete Unternehmen ja *expressis verbis* dar. Es erscheint nicht nur als legitim, sondern geradezu als geboten, wenn sie - aus gegebenem Anlaß, gewiß, und der Not des "Ausnahmestands" heraus - Beistand von überlegenen externen Instanzen auch auf dieser Ebene, der Ebene der Legitimitätskonzepte, der großen ordnungspolitischen Entwürfe, der Idealmodelle der Zivilisation, anrufen. Daß die sicherlich schwierige, identifikativ prekäre Situation, in die Gruppen, die ins Schlepptau genommen werden, hier geraten, sozialpsychologisch gesehen spürbar dann abgemildert wird, wenn es ein "großer Bruder", ein "reicher Onkel", eine angesehene "internationale Organisation" ist, die treuhänderisch tätig werden und die Entwicklungen lenken, ist offensichtlich. Ostdeutschland hat mit jener "Treuhand" (s. dazu z.B. Cox, 1991; Möschel, 1991; Schmidt, 1992), die der zwar fremdartige, aber doch im ganzen verlässliche, nationale Vetter aus dem Goldenen Westen bei ihm walten läßt, es insoweit gut getroffen. Vielleicht können die Institutionen der EG, ja überhaupt Westeuropas, für das übrige Europa in Zukunft eine ähnliche Rolle spielen, sei es wirtschaftlich, politisch oder administrativ.

C) Schluß

Lassen sich aus den diversen institutionentheoretischen Modellen, aus den Begriffen und Unterbegriffen, die ich vorgestellt habe, Schlußfolgerungen für die Realität, die Steuerung der laufenden ost- und südosteuropäischen Transformationsprozesse gewinnen?

1. Festzuhalten ist erstens, daß Institutionen Herrschaftsgebilde sind. Ihre Funktion, Mensch und Gesellschaft zu stabilisieren, aber auch ihre Fähigkeit, Perspektiven zu geben, Ziele zu setzen, Hindernisse aus dem Weg zu räumen, steht und fällt mit ihrem Mut zur Herrschaft. Gerade wenn es gilt, Halt inmitten von Zusammenbrüchen zu finden, wird man akzeptieren müssen, daß Institutionen Macht ausüben, und wird ihnen Macht noch zusätzlich geben. Umgekehrt wäre es falsch, nach Institutionen zwar zu rufen, ja Institutionen auf dem Papier einzurichten, ihnen praktische Wirkung, praktische Autorität aber zu verwehren.
2. Falsch wäre es allerdings nicht weniger, den Herrschaftsanspruch von Institutionen ins Absolute auszudehnen; zwar stellen Institutionen generelle regulative Mechanismen dar; sie können oder dürfen aber nicht alles regeln. Grenzformen wie Gefängnisse, geschlossene Anstalten u.ä. - "totale Institutionen" (s. dazu näher Goffman, 1973), die

das Dasein bis ins letzte Glied unter Kontrolle nehmen -, sind als Perversion zu verstehen. Im eufunktionalen Falle haben Institutionen vielmehr differenzierenden, Trennlinien ziehenden, nicht totalisierenden Charakter; sie definieren die Reichweite, für die ihre Normen gelten, sehr spezifisch und setzen voraus, daß an ihren Grenzen teils andere, autonome Institutionen stehen, teils das Reich des Privaten beginnt oder spontane neue Unmittelbarkeiten erwachsen. Blickt man auf das Problem der Steuerung etwa gemischter multiethnischer Kulturen, würde das Gebot, totale Institutionen zu vermeiden, insoweit bedeuten, darauf zu verzichten, einer einzigen ethnischen Gruppe absoluten Vorrang zu verschaffen; es würde vielmehr fordern, für Trennregeln und Hierarchien zu sorgen, die Differenzierung ins Gefüge bringen, Andersartigkeit zuerkennen und Abstände markieren.

3. Was die Spaltung dysfunktionaler institutioneller Mechanismen in einerseits "totalistische", zum anderen "libertäre" Momente betrifft, gilt es - ich beschränke mich bewußt hier auf die klassische Formel - die Extreme zu vermeiden und einen "Mittelweg", den Weg der Gleichgewichte und eufunktionalen Balancen, zu gehen.
4. Einen mittleren Weg zu gehen empfiehlt sich schließlich mit Blick auf die Möglichkeit, Krisen durch Neugründung zu bewältigen. Legt man die erörterte dreiteilige Gliederung zugrunde, unterscheidet man also "charismatische", "demokratische" und "prokurative" Arten von Gründung, wird man nach geeigneten institutionellen Mischverhältnissen suchen:

a) Die Empfehlung setzt voraus, daß die Einzeltypen, würden sie in Reinform zum Zuge kommen, über nur beschränkte soziale Steuerungskapazität verfügen: Nur charismatische, nur demokratische, nur prokurative Gründungen stünden in Gefahr, ihre Chance, neue Stabilitäten aufzubauen, einseitig zu verfehlen. So stellt charismatische Gründung zwar den Urtyp von Gründung dar; um einen "Führer" zentriert, wird sie der Komplexität der Probleme in der Regel aber nur näherungsweise gerecht; sie hat archaische - oder doch archaische Züge und führt gerade dort, wo höhere zivilisatorische Niveaus erreicht werden sollen, zum Folgeproblem, wie es weitergehen, praktikabel weitergehen soll: weitergehen soll auch nach der großen sozialheroischen Initialzündung.

b) Auf andere Weise als problematisch erweisen sich demokratische Gründungen. Können sie einerseits für sich reklamieren, als Börse für Sachvorschläge, Filter für Zielkonflikte und Mechanismen der Konsensfindung zu dienen, agieren sie - gerade in Zeiten des Umbruchs - oft ohne Stoßkraft; es kann dazu kommen, daß sie statt Mehrheiten Richtungskämpfe, Fraktionierungen, Zersplitterungen bewirken, und während bei Eliten, der politischen Klasse, den Intellektuellen ggf.

Betriebsamkeit entsteht, die wenig oder nichts bewirkt, greift bei den Massen Apathie, dann Unruhe, am Ende Aggressivität um sich; der besondere funktionelle Vorteil, den demokratische Mechanismen haben können, nämlich: Legitimität und Loyalität zu erzeugen und Probleme rational zu lösen, schlägt dann um ins Gegenteil.

c) Ähnlich, schließlich, ist es mit Gründungen des prokurativen Typs bestellt. Bei allem Machtvorsprung, den sie haben, bei aller Sachkompetenz, Erfahrung und Qualifikation, die sie in die Waagschale werfen, ja bei offenkundiger zivilisatorischer Überlegenheit gerät ihnen doch zum Nachteil, daß es in der Regel Fremdmächte, oft Siegermächte, in jedem Falle äußere - nicht autochthone, innergesellschaftliche - Kräfte sind, auf die ihr Einsatz zurückgeht. So sehr eine Bevölkerung, die in Not geraten ist, prokurative Leistungen hier erwarten mag, so sehr kann sie den Instanzen, die sie erbringen, doch auch mißtrauen und ihnen die Legitimität, helfend einzuspringen, zuletzt ganz absprechen. In die Vorgänge nicht einbezogen, an der Allokation von Gütern, Rechten, Stellen oder Ämtern nicht selbst beteiligt, entziehen die Menschen dem Geschehen ihre Zustimmung, und die Stabilisierung, Zivilisierung, Modernisierung einer Gesellschaft gerät erneut in Gefahr.

Im Ausblick erscheint es für die konkrete politische und soziale Praxis in der Tat als geboten, bei der Bewältigung von Krisen einen Mittelweg: den "goldenen" institutionellen Mittelweg, zu gehen. Welch näheres, definitives Verhältnis zu finden ist, in das die Elemente der Institutionen, die Modi institutioneller Gründung, ihre Verknüpfung und ihre Zeitabfolge zu bringen sind, kann freilich nicht am grünen Tisch entschieden werden. Es bleibt Aufgabe - Daueraufgabe - der Gestaltung, Verantwortung und Tatkraft der Entscheidungsträger vor Ort. Es wird Streitsache sein.

Literatur

ASAM, Walter H., HECK, Michael, KNERR, Iris und Michael KRINGS, 1989: *Hilfe zur Selbsthilfe. Ein Konzept zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen*. München.

BARHEIER, Klaus, 1992: "Leipziger Schule" der Soziologie. Über die Bedeutung ihrer Fragestellungen. Bochum. Vervielf. Ms., 12 S.

BERTELLI, Bruno, 1992: Charisma und Stigma: Ehre und Unehre. Der Fall "San Patrignano", in: *Annali di Sociologia. Soziologisches Jahrbuch* 7, 1991, II, S. 350-381.

COX, Helmut, 1991: Entflechtung, Privatisierung und Vermögenspolitik. Perspektiven des Umstrukturierungsprozesses in den neuen Bundesländern, in: *Der Umbau. Von der*

Kommandowirtschaft zur öko-sozialen Marktwirtschaft, hg. von U. Jens. Baden-Baden, S. 113-130.

GEBHARDT, Winfried, 1992: Individualisierung, Pluralisierung und institutioneller Wandel. Für eine "kritische" Theorie der Institutionen, in: *Der Staat* 31, 3, S. 347-365.

GEHLEN, Arnold, 1971: *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. 9. Aufl. Frankfurt/M.

GEHLEN, Arnold, 1977: *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*. 4. verbesserte Aufl. Frankfurt/M.

GOFFMAN, Erving, 1973: Über die Merkmale totaler Institutionen, in: ders., *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt/M., S. 13-123.

HAURIOU, Maurice, 1925/1965: *Die Theorie der Institutionen und der Gründung* (franz. 1925). In: Ders., *Die Theorie der Institution und zwei andere Aufsätze*, hg. von R. Schnur, Berlin, S. 27-66.

HETTLAGE, Robert, 1992: *Familienreport. Eine Lebensform im Umbruch*. München.

LEPSIUS, M. Rainer, 1990: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen.

LIPP, Wolfgang, 1968: *Institution und Veranstaltung. Zur Anthropologie der sozialen Dynamik*. Berlin.

LIPP, Wolfgang, 1973: *Plan, Sprache und Gründung*, in: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Beiträge zur Habermas - Luhmann Diskussion*, hg. von F. Maciejewski (= *Theorie-Diskussion, Supplement 1*). Frankfurt/M., S. 162-209.

LIPP, Wolfgang, 1976: *Institutionen - Mimesis oder Drama? Gesichtspunkte zur Neufassung einer Theorie*, in: *Zeitschrift für Soziologie* 5, S. 360-381.

LIPP, Wolfgang, 1984: *Kultur, dramatisch*, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 9, Heft 1/2 (= *Schwerpunkt Kunst-Kultur-Gesellschaft*), S. 8-25.

LIPP, Wolfgang, 1985: *Stigma und Charisma. Über soziales Grenzverhalten* (= *Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 1*). Berlin.

LIPP, Wolfgang, 1986: *Institutionen, Reflexion und Freiheit - Wege in Widersprüche. Helmut Schelskys Institutionenlehre*, in: *Helmut Schelsky - ein Soziologe in der Bundesrepublik. Eine Gedächtnisschrift von Freunden, Kollegen und Schülern*, hg. von H. Baier. Stuttgart, S. 78-95.

LIPP, Wolfgang, 1987: *v. Institution*, in: *Evangelisches Staatslexikon*. 3. Aufl. Stuttgart. 2 Bde. Bd. 1, Sp: 1344 -1351.

LIPP, Wolfgang, 1989: Entinstitutionalisierung. Wie erfaßt man sozialen Verfall?, in: Kulturelle Integration und Kulturkonflikt in der technischen Zivilisation, hg. von J.C. Papalekas. Frankfurt/M. New York, S. 86-114.

LIPP, Wolfgang, 1990: Institution und Veranstaltung. Zur neueren Entwicklung institutionellen Bewußtseins in den Sozialwissenschaften, in: Institution und technische Zivilisation. Symposium zum 65. Geburtstag von Johannes Chr. Papalekas, hg. von E. Pankoke. Berlin, S. 31-50.

MÖSCHEL, Wernhard, 1991: Treuhandanstalt und Neuordnung der früheren DDR-Wirtschaft, in: Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht 20, H. 1, S. 173-188.

PANKOKE, Eckart, 1992: "Reform von innen" und "Revolution von oben", in: Zeitenwende. Ost und West nach dem Umbruch, hg. von J.C.Papalakes. Wien, S. 27-47.

PAPALEKAS, Johannes Chr., 1992: Die Revolution in Ostmittel- und Südosteuropa, in: ders., Hg., Zeitenwende. Ost und West nach dem Umbruch. Wien, S. 10-19.

RASSEM, Mohammed, 1979: Entwurf einer Stiftungslehre, in: ders., Stiftung und Leistung. Essais zur Kultursoziologie. Mittenwald, S. 163-181.

ROTH, Roland, 1988: In und gegen Institutionen. Anmerkungen zur paradoxen Situation neuer sozialer Bewegungen, in: Politik und Repräsentation. Beiträge zur Theorie und zum Wandel politischer und sozialer Institutionen, hg. von W. Luthardt und A. Waschkuhn, Marburg, S. 184-203.

SCHLSKY, Helmut, 1952: Über die Stabilität von Institutionen, besonders Verfassungen, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 3, S. 1-21.

SCHLSKY, Helmut, 1953: Wandlungen der deutschen Familie der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Dortmund.
SCHLSKY, Helmut, 1970: Zur soziologischen Theorie der Institution, in: ders., Hg., Zur Theorie der Institution. Düsseldorf, S. 9-26.

SCHMIDT, Hilmar, 1992: Neustrukturierung durch Privatisierung. Die Rolle der Treuhandanstalt, in: Die deutsch-deutsche Integration. Ergebnisse, Aussichten und wirtschaftspolitische Herausforderungen (= Beihefte zur Konjunkturpolitik, Hef 39). Berlin, S. 47-57.

WEBER, Max, 1964: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Studienausgabe. 2 Hlbbde. Köln - Berlin.

Holm Sundhaussen

Institutionen und institutioneller Wandel in den Balkanländern aus historischer Perspektive

Im folgenden geht es um Ziele, Merkmale und Ergebnisse der Institutionalisierung in den Balkanländern vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg.

Seit Beginn ihrer politischen Unabhängigkeit haben sich in den Balkanstaaten einschneidende Veränderungen vollzogen. Unter den verschiedenen Sektoren des Wandels hebt sich derjenige des institutionellen Wandels insofern hervor, als dort die Neuerungen schneller und sichtbarer waren als in den meisten anderen Sektoren. Die Radikalität und das Tempo der Transformation werden deutlich, sobald man sich die *Armut an Institutionen* in den traditionellen Gesellschaften des Balkanraums vergegenwärtigt. Unter "Institutionen" verstehe ich alle gesellschaftlich relevanten Organisationsformen und Einrichtungen, "die auf Dauer bestimmen, 'was getan werden muß'"¹, alle *konkreten* Einrichtungen und Satzungen, die soziales Handeln ordnen und normieren.² Sieht man vom osmanischen Staat ab, der die sozialen Interaktionen der christlichen Bevölkerung in seinen europäischen Provinzen über Jahrhunderte hinaus nur mittelbar reguliert hatte³, so beschränkte sich die Zahl der sozial prägenden Organisationen bei den Balkanvölkern im wesentlichen auf den Haushalt (die erweiterte "Familie"), auf die Dorfgemeinschaft oder den Stamm (je nach Region) sowie auf Einrichtungen

¹ Wörterbuch der Soziologie. Hg. von Günter Endruweit und Gisela Trommsdorff, Bd.2, Stuttgart 1989, S. 306.

² Die Betonung des *konkreten* Charakters von Einrichtungen und Satzungen (in Abgrenzung zu abstrakten Wertsystemen) ist notwendig, da der Begriff "Institution" mitunter so weitgefaßt wird, "daß er sich präziser Abgrenzbarkeit entzieht". "Da gibt es Rechtsinstitute, also Mittel, die das Recht den Bürgern an die Hand gibt, und es gibt die Auffassung vom Recht insgesamt als Institut. (...) Analog läßt sich etwa der Kulturbetrieb, der Sport, der Konsumbereich, die Medienforschung und so manches andere mehr - ja fast alles, was irgendwie Ordnungs- und Systemcharakter aufweist, als Institut, also als Setzung bezeichnen." Karl-Peter Markl: Zum handlungstheoretischen Defizit der soziologischen Institutionenlehre oder Verantwortet sich die Institutionalisierung selbst?, - in: Gerhard Göhler (Hg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand - Probleme - Perspektiven, Opladen 1987, S. 192.

³ Vgl. u.a. Benjamin Braude: *Foundation Myths of the Millet System*, - in: Ders. u. B. Lewis (eds.): *Christians and Jews in the Ottoman Empire. The Functioning of a Plural Society*. Bd. 1, New York 1982, S. 69-88. Zu Recht betont B. Braude, "that there was no overall administrative system, structure, or set of institutions for dealing with non-Muslims".

der Kirche, insbesondere der Volkskirche. Diese wenigen Institutionen, die über lange Zeit hinaus außerordentliche Stabilität bewiesen hatten, regelten praktisch alle Funktionen, die den Leistungsbereich von Institutionen abstecken, d.h. sie regelten die generative Reproduktion, die Vermittlung spezifischer Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse, die Nahrungsvorsorge und Versorgung mit Gütern, die Aufrechterhaltung der geltenden sozialen Ordnung nach innen sowie die Orientierung des Handelns im Rahmen von Wertbeziehungen. Die Dorfgemeinschaft als Verwaltungs- und Gerichtseinheit, als fiskalische Instanz sowie als sozio-ökonomische und religiös-rituelle Gemeinschaft stellte die wichtigste multifunktionale Institution der Balkanvölker im osmanischen Überschichtungsstaat dar.⁴

Die Armut an Institutionen in Rumelien entsprach den gesellschaftlichen Gegebenheiten, also der Tatsache, daß wir es bis zum Beginn des vorigen Jahrhunderts (und z.T. noch weit darüber hinaus) mit "segmentären Gesellschaften" im Sinne Emile Durkheims zu tun haben⁵, mit Gesellschaften, die für das Individuum überschaubar waren, die einen niedrigen Grad von Arbeitsteilung besaßen, deren Ökonomik auf den Gesetzen der Subsistenzwirtschaft beruhte und deren Normensystem durch Gewohnheitsrecht und Volksglaube geprägt wurde.⁶ Zur Regelung die-

⁴ Zu den traditionellen balkanischen Dorfgemeinschaften existiert eine umfangreiche Literatur. Auswahlweise sei verwiesen auf Henri H. Stahl: *Traditional Romanian Village Communities*. Cambridge, Paris 1980; Christo Christov: *Za samoupravenieto na bulgarije v osmanskata dържава prez XV-XVIII vek*, - in: *Istoričeski pregled* 1973, 1, S. 18-42; Elena Grozdanova: *Über einige Besonderheiten der bulgarischen Dorfgemeinde im 15.-18. Jahrhundert*, - in: *Recueils de la Société Jean Bodin* 45 (1986), S. 219-243; Y.V. Ivanova: *Commune rurale des Albanais (XVIIIe-début du XXe siècle)*, - in: ebda. S. 167-187; Dušan Pantelić: *Selo i porodica*, - in: *Glasnik Etnografskog muzeja u Beogradu* 27 (1962), S. 10-132.

⁵ Emile Durkheim: *De la division du travail social*. Paris 1893, Kap. 6 u. passim. Zu den Merkmalen der "segmentären Gesellschaft" vgl. auch Dieter Fröhlich: *Nationalismus und Nationalstaat in Entwicklungsländern. Probleme der Integration ethnischer Gruppen in Afghanistan*. Meisenheim am Glan 1970, S. 31 ff. "Segmentär" kann mit undifferenziert übersetzt werden und bezeichnet die mangelnde personelle und institutionelle Trennung gesellschaftlicher Funktionen. (...) Weitere Indikatoren sind ein geringer Grad sozialer Arbeitsteilung, eine schwach entwickelte soziale Schichtung mit rudimentärer Berufsdifferenzierung, weitgehender Uniformität sozialen Verhaltens ihrer Mitglieder, ein relativ rigider Satz allgemein akzeptierter sozialer Normen und Werte, deren Nichtbefolgung starken negativen Sanktionen unterliegt."

⁶ Vgl. Anm. 4; ferner Elena Grozdanova: *Les fondements économiques de la commune rurale dans les régions bulgares (XVe-XVIIIe s.)*, - in: *Etudes balkaniques* 13 (1974), S. 18-42; zum Brauchtum und Gewohnheitsrecht vgl. die Beiträge im Sammelband: *Običajno pravo i samouprave na Balkanu i u susednim zemljama*. Beograd 1974; Friedrich S. Krauss: *Sitte und Brauch der Südslaven. Nach heimischen gedruckten und ungedruckten Quellen*. Wien 1885; Michail Andreev: *K voprosu ob obyčnom prave v Bolgarii v epochu tureckogo feodalizma*, - in: *Annuaire de l'Université de Sofia, Faculté de droit* 47 (1954/55), S. 55-100; Ch. Papastathis: *L'église et le droit coutumier aux Balkans pen-*

ser wenig differenzierten "Grundbedürfnisse" war kein aufwendiger Apparat von Institutionen erforderlich. Die Leistungskapazität der gewohnheitsrechtlichen, vom osmanischen Staat aus administrativ-fiskalischen Überlegungen heraus akzeptierten Einrichtungen⁷ reichte völlig aus, um soziales Handeln in Bereichen mit gesellschaftlicher Relevanz dauerhaft zu strukturieren, zu regeln und zu legitimieren. Mit anderen Worten: Wir haben es in den vormodernen Balkangesellschaften mit einem fast klassischen Fall des Subsidiaritätsprinzips zu tun. Lediglich bei der Aufrechterhaltung der geltenden Ordnung nach außen (etwa gegen Eingriffe des osmanischen Staats in die "geheiligte" Dorfautonomie oder gegen die Willkürherrschaft regionaler Potentaten) war das Leistungsvermögen der traditionellen Institutionen in der langwährenden Verfallszeit der osmanischen Herrschaft mehr und mehr überfordert. Weder die Dorfgemeinschaft noch der Stamm als dominante soziale Organisationsformen waren infolge ihrer zahlenmäßigen Begrenztheit in der Lage, die Sicherheit der jeweiligen Gemeinschaft nach außen zu garantieren. Zwar hatte es auch zwischen diesen traditionellen Kleinsystemen Formen der Kooperation gegeben (z.B. anlässlich der zahlreichen "Türkenkriege"), da aber die Kooperation nicht institutionalisiert worden war, war auch die Zusammenarbeit stets zeitlich begrenzt und äußerst fragil geblieben.

Nach der Separation der Balkanländer vom osmanischen Reich begann eine völlig *neue Ära in der Institutionengeschichte*. Mit Übernahme der Regierungen durch modernisierungswillige Eliten setzte ein Transformationsprozeß ein, dessen Ziel die Bildung eines nach außen wie innen stabilen Nationalstaats war. Die Zielvorstellungen der neuen Führungsschichten orientierten sich an zeitgenössischen Modellen West- und Mitteleuropas, allen voran am Modell des zentralisierten Nationalstaats nach französischem Vorbild. Die Konstruktion von Nationen und Nationalstaaten sowie die Etablierung eines modernen ordnungspolitischen Systems auf der Basis des römischen Rechts, des ökonomischen Liberalismus, des Konstitutionalismus etc. bildeten die Leitideen der angestrebten Modernität. Da man jedoch Modernität selbst und in toto nicht übernehmen kann, sondern nur die Instrumente, von denen man vermutet, daß sie Modernität hervorbringen und befördern, konzentrierten sich die Anstrengungen der jungen Eliten auf den institutionellen Sektor, konkret: auf die Schaffung jener Institutionen, die geeignet erschienen, den Traditionalismus der Bevölkerung aufzubrechen und den angestrebten Wandel voranzutreiben. Staatliche Penetration, nationale Integration und Steigerung der Leistungskapazitäten des Staates

dant la domination ottomane, - in: Običajno pravo, S. 187-196; Nikola F. Pavkovic: Le village en tant que communauté rituelle et religieuse. (Slaves des Balkans, XVIIIe-XXe s.), - in: Recueils de la Société Jean Bodin 45 (1986), S. 57-75.

⁷ In der Literatur werden die Selbstverwaltungsrechte der christlichen Bevölkerung oft - aber irreführend - unter dem Begriff "millet"-System zusammengefaßt. Zu Kritik und Problematik vgl. Michael Ursinus: Zur Diskussion um "millet" im Osmanischen Reich, - in: Südost-Forschungen 48 (1989), S. 195-207.

bildeten die drei - eng miteinander verwobenen und sich wechselseitig überschneidenden - Aufgabenbereiche, die mittels der neuen Institutionen bewältigt werden sollten.⁸ Mangels nennenswerter Trägerschichten der Modernisierung in den segmentären Gesellschaften mußten die zahlenmäßig schwachen Eliten die Transformation selbst in die Hand nehmen. Dies war zugleich der Anfang vom Ende für die Subsidiarität und der Beginn eines (staatlich-bürokratischen) Paternalismus.

Der nun einsetzende, langwierige Prozeß steckte voller *Konflikte und Widersprüche*. Während die serbischen und griechischen Bauern, die sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts gegen die osmanische Herrschaft aufgelehnt hatten, einzig und allein die Wiederherstellung des "guten alten Rechts" und die Sicherung der Funktionsfähigkeit ihrer traditionellen Institutionen im Auge gehabt hatten, verfolgten die neuen Führungsschichten die Errichtung eines Staats, der im eklatanten Gegensatz zu den Wünschen und Vorstellungen der Bevölkerungsmehrheit und ihrer bisherigen Führungsschichten stand. Die Befreiung von osmanischer Herrschaft hatte einen Zuwachs an Entscheidungsmöglichkeiten und Entscheidungszwängen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens - von der Außenpolitik bis zur Markterweiterung - zur Folge. Die dadurch dramatisch gesteigerte Umweltkomplexität, die sich radikal vom begrenzten Umwelthorizont der archaischen Dorfgemeinschaften unterschied, sprengte die Anpassungs- und Steuerungskapazitäten der traditionellen Institutionen und verlangte nach neuen Lösungsmöglichkeiten. Die Staatsbildung wie die ihr nachfolgende Nationsbildung mußten sich somit zwangsläufig an jenen traditionellen, gewohnheitsrechtlichen Selbstverwaltungsinstitutionen brechen, die für die Bevölkerungsmehrheit sakrosankt waren. Die westlich orientierten Protagonisten der sich formierenden Balkanstaaten erkannten zwar die Bedeutung der traditionellen Institutionen als Elemente einer neuen eigenstaatlichen Ordnung in vielen Fällen widerstrebend an, waren jedoch zugleich davon überzeugt, daß der Staat seine Funktion nach außen nur erfüllen könne, wenn er im Innern gefestigt sei; und Festigung nach innen war ihnen gleichbedeutend mit Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, mit Penetration und Zentralisation.

In dieser Hinsicht gab es keine grundlegenden Unterschiede zwischen einheimischen und "importierten" Dynastien. Das war in Serbien, wo nie ein fremder Fürst den Thron bestieg, nicht anders als in Griechenland, Rumänien oder Bulgarien. Der in der Balkan-Historiographie stark strapazierte Topos vom "fremden Herrscher" verdeckt nur das Grundproblem, das in allen Balkanländern zur Lösung anstand: die Überbrückung der tiefen Kluft zwischen der traditionsorientierten Bevölkerungsmehrheit und den alten Honoratioren auf der einen und den modernisierungentschlossenen Eliten auf der anderen Seite. Ob es sich um die

⁸ Zu den Funktionen staatlicher Gemeinschaften als Effizienzgemeinschaft, Traditionsgemeinschaft, Indifikationsgemeinschaft und Solidargemeinschaft vgl. Burkhard Wehner: Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat. Neue Staatsgrenzen für neue Staatstypen. Darmstadt 1992, S. 2 ff.

"Bayernherrschaft" in Griechenland, um die oligarchische Herrschaft der "Verfassungsverteidiger" in Serbien, oder um die Herrschaft Carols I. in Rumänien handelte, - überall existierte (wenn auch mit landesspezifischen Modifizierungen) dasselbe Kernproblem: Die Formierung von Nation und Nationalstaat sowie die Implementierung dessen, was dem Nationalstaat Stärke und Prestige zu geben versprach, erfolgte *von oben* mit Hilfe des neu eingerichteten Staatsapparats und gegen die leidenschaftliche Abneigung der Bevölkerungsmehrheit, die mit dem Konstrukt Nation nichts anfangen konnte, den Staat seit jeher als potentiellen Gegner empfunden hatte, das kapitalistische System als Angriff auf die traditionelle Solidarität sowie das römische Recht als Perversion ihrer eigenen Vorstellung von Gerechtigkeit erlebte.

Der Konflikt zwischen der angestrebten "Allzuständigkeit" des Staates⁹ und der Bewahrung lokaler Autonomie und traditioneller Institutionen zog sich in allen Balkanländern über mehrere Jahrzehnte mit wechselnden Ergebnissen für die eine oder andere Seite hin. Besonders heftig gestalteten sich die Auseinandersetzung in Griechenland und Serbien, wo sie bereits während der Befreiungskriege begonnen hatten und nach deren Beendigung (bzw. nach dem Wegfall des gemeinsamen Gegners) mit vermehrter Heftigkeit fortgesetzt wurden. Die ersten bürokratischen Maßnahmen im neugriechischen Staat, "die im wesentlichen zur Zeit von I. Kapodistrias und der Bayerischen Vizeregentenschaft, d.h. in der reformfreundlichsten Regierungsperiode des jungen...Staates durchgeführt wurden, waren...gerade in dem Bereich erfolglos, den sie zu modernisieren trachteten. Der Mißerfolg dieser Modernisierungsmaßnahmen erklärt sich daraus, daß sie den fundamentalen Interessen der lokalen, kirchlichen und insgesamt der traditionellen Machthaber der griechischen Gesellschaft /jener/ Zeit...entgegenstanden."¹⁰

In Serbien erstreckte sich die Auseinandersetzung zwischen Zentralgewalt und segmentärer Gesellschaft (Dorfgemeinschaft/Gemeinde oder Region) über das ganze 19. Jahrhundert und erreichte mit dem Aufstand im Timok-Gebiet 1883 einen letzten spektakulären Höhepunkt.¹¹ Auch in Bulgarien ist das "Beziehungsgeflecht von Staat und

⁹ Vgl. Wehner, S. 43: "Der herkömmliche Staat ist historisch als eine Institution gewachsen, die für die Gesamtheit der öffentlichen Aufgaben zuständig war und diese Gesamtzuständigkeit in ihren Spitzenorganisationen zusammenfaßte. (...) Ein in diesem Sinne allzuständiger Staat hat auf seinem jeweiligen Territorium das Monopol für die Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben. (...) Er läßt...nicht zu, daß sich auf seinem Staatsgebiet andere, eigenständige Institutionen bilden, die einen Teil der öffentlichen Aufgaben quasi als Parallelstaaten wahrnehmen."

¹⁰ Einzelheiten bei Vassiliki Georgiadou: Griechenlands nicht-kapitalistische Entwicklungsaspekte im 19. Jahrhundert. Frankfurt/M. /u.a./ 1991, S. 116 ff.; hier: S. 121. Vgl. ferner Edgar Hösch: Die "Bayernherrschaft" und das Problem der Modernisierungsstrategien in Griechenland, - in: Der Philhellenismus und die Modernisierung in Griechenland. Hg. vom Institute for Balkan Studies, Thessaloniki 1985, S. 77-92.

¹¹ Tihomir Djordjević: Selo kao društvena zajednica za vreme prve vlade kneza Miloša, - in: Prilozi za književnost, jezik, istoriju i folklor 2 (1922), S. 129-138; Ružica Guzina:

Kommune im Prozeß der Staatsbildung" nach 1878 überaus widerspruchsvoll und konfliktbeladen gewesen, wie Wolfgang Höpken im Detail dargestellt hat.¹² Ähnliches gilt für Rumänien und den "late-comer" Albanien.

Der zentralisierte Nationalstaat als Leitidee der Führungsschichten und Demiurg der Entwicklung geriet überall in einen scharfen Gegensatz zum tradierten Normen- und Wertesystem der Bauern, das auf Dezentralisierung, auf Gewohnheitsrecht, Basisdemokratie und lokaler/regionaler Autonomie beruhte. Der Gegensatz hatte viele Gesichter und spielte sich auf vielen Ebenen ab: Regionalismus vs. Zentralismus, traditionelle vs. moderne Führungsschichten, Nicht-Eliten vs. Eliten, segmentäre vs. komplexe Gesellschaft, Land vs. Stadt, lokales Brauchtum und Sitte vs. universalistische Normierung, personifizierte vs. anonymisierte Sozialbeziehungen usw. usf. Überall stellte sich die Überwindung der segmentären Gesellschaft - bzw. im Falle der Stammesgesellschaft: die Detribalisierung - als Voraussetzung für die Konsolidierung des "modernen" Staats dar.¹³

Wie konnte eine derartig komplexe Aufgabe gelöst werden? Auf den ersten Blick recht einfach: Man gründete eine Institution und gab ihr einen entsprechenden Auftrag. Stellte sich heraus, daß der Auftrag zu umfassend und daher unlösbar war, so mußte man ihn untergliedern und neue Institutionen ins Leben rufen. Drohte die Zahl der Institutionen schließlich unüberschaubar zu werden, so wurde der Ruf nach weiteren Institutionen laut, die die Tätigkeit der bereits bestehenden Institutionen koordinieren und dafür Sorge tragen sollten, daß die eingangs gesetzten Ziele nicht aus dem Auge verloren wurden. Die Zahl der Institutionen multiplizierte sich so innerhalb weniger Jahrzehnte nach der Staatsgründung um ein Vielfaches und führten zu einer Hypertrophie des öffentli-

Opština u Srbiji 1839-1918. Pravno-politička i sociološka studija. Beograd 1976; H.-Michael Miedlig: Patriarchalische Mentalität als Hindernis für die staatliche und gesellschaftliche Modernisierung in Serbien im 19. Jahrhundert, - in: Südost-Forschungen 50 (1991), S. 163-190.

¹² Wolfgang Höpken: Zentralstaat und kommunale Selbstverwaltung in Bulgarien 1880-1910. Zum Charakter eines "Modernisierungskonfliktes", - Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 200.

¹³ Fröhlich, S. 32 f.: "Wie die Ereignisse in Asien und Afrika zeigen...erweisen sich die aus Segmenten zusammengesetzten Stammesgesellschaften als das größte Hindernis für die Nationwerdung der Neuen Staaten. Europäer wie Nicht-Europäer sind sich darin einig, daß die Aufgabe von Stammesbindungen, die 'detribalization', die erste Voraussetzung für das Entstehen einer dauerhaften nationalen Identifikation der Bevölkerung in Entwicklungsländern ist." Der langwierige und komplizierte Prozeß der Detribalisierung als Voraussetzung für die Bildung des neuzeitlichen Staates läßt sich am Beispiel der montenegrinischen und albanischen Stämme eindrucksvoll dokumentieren. Vgl. V. Glötzner: Vom Stammesverband zum Staat. Montenegro von 1796 bis 1851, - in: P. Bartl - H. Glassl (Hgg.): Südosteuropa unter dem Halbmond. Untersuchungen über Geschichte und Kultur der Südosteuropäischen Völker während der Türkenzeit, München 1975, S. 73-86.

chen Sektors in allen Ländern. Die wichtigste traditionelle Institution der Balkanvölker, die Kommune als patriarchalisch verfaßter Genossenschaftsverband mit weitgehender rechtlicher und wirtschaftlicher Autonomie, verlor im Verlauf dieses Prozesses jede sozialprägende Bedeutung oder wurde vollständig transformiert. Diese Entwicklung war zwangsläufig: Denn selbst dann, wenn die Eliten versuchten, die traditionellen Institutionen in den neuen Staat einzubinden, scheiterten sie und mußten sie scheitern, denn es handelte sich um gänzlich unterschiedliche "Welten", die nicht mischungsfähig waren und nicht miteinander kooperieren konnten, ohne daß die eine oder andere sich selber aufgeben mußte. Die Integration der kleinen Systeme in ein größeres und nach völlig neuen Prinzipien strukturiertes Sozialsystem war nur möglich über den Autonomieverlust der traditionellen Institutionen und deren Einbindung in eine *neue hierarchische Struktur*. Eine staatliche Buchführung z.B. konnte nicht funktionieren, wenn sie nicht auch die Gemeinden miteinbezog. Die damit verbundene "Professionalisierung" (und "Disziplinierung") der Gemeindevertreter kam einem Todesstoß für die traditionelle Autonomie und die Lebendigkeit der Dorfgemeinschaft gleich. Es konnte gar nicht anders sein. Ähnliches gilt für die Durchsetzung des normierten Rechts oder die Schaffung einer Marktwirtschaft. Es handelte sich um typische Strukturprobleme einer sich modernisierenden Gesellschaft. Der "Demiurg" Staat und seine Träger-schichten mußten mehr und mehr Kompetenzen an sich ziehen und mit Hilfe immer neuer Institutionen in allen Bereichen - von der Makro- bis zur Mikroebene - durchsetzen. Und da dies auf den nachhaltigen Widerstand der Bevölkerung stieß, trat an die Stelle der Integration schließlich das Streben nach Beseitigung der überlieferten Kleinsysteme, - ein Prozeß, der in Westeuropa über Jahrhunderte hinaus vorbereitet worden war und während des Absolutismus seinen Kulminationspunkt erreicht hatte, in den Balkanländern dagegen innerhalb weniger Jahrzehnte in Form einer Art "Schocktherapie" durchgesetzt wurde.

An die Stelle der streng persönlichen, durch Gewohnheitsrecht bestimmten Gefolgschaftsbeziehungen trat Schritt für Schritt ein - zumindest dem Anspruch nach - versachlichtes, nach rationalen Prinzipien geregeltes System von Über- und Unterordnungen, das zur Grundlage der neuen bürokratischen Macht und der allmählich entstehenden komplexen Gesellschaft¹⁴ wurde. Wenn Serbien bereits Mitte des vorigen Jahrhunderts von kritischen Zeitgenossen als "Beamtenland" empfunden wurde¹⁵, so lag dies weniger an der großen Zahl von Staatsdienern (die zu diesem Zeitpunkt noch durchaus überschaubar war) als vielmehr an der kafkaesk anmutenden Fremdartigkeit des gesamten Systems im Rahmen des traditionsverhafteten bäuerlichen Milieus und den daraus resultierenden Konflikten. Vor diesem Hintergrund sind auch die vehe-

¹⁴ Zur komplexen Gesellschaft vgl. Fröhlich, S. 33 ff.

¹⁵ Vgl. H.-Michael Boestfleisch: *Modernisierungsprobleme und Entwicklungskrisen: Die Auseinandersetzungen um die Bürokratie in Serbien 1839-1858*. Frankfurt/M. /u.a./ 1987, S. 81.

menten Angriffe des serbischen Frühsozialisten Svetozar Marković gegen die serbische Bürokratie aus den 60er Jahren und die seinen Schriften folgende Ausbreitung populistischen Gedankenguts zu verstehen.¹⁶ Die Schmerzhaftigkeit des Transformationsprozesses wurde dadurch verschärft, daß zwischen Anspruch und Realität des modernen Verwaltungsstaats jahrzehntelang eine unüberbrückbare Kluft bestand, da der zur Ausübung versachlichter Herrschaft rechtlich und technisch geschulte Beamtenstab fehlte. Die funktionale und institutionelle Differenzierung wucherte dennoch ungebremsst fort und ließ eine mehr und mehr verzweigte Ämterhierarchie entstehen, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Form und Aufbau kaum noch von den Verwaltungseinrichtungen anderer europäischer Staaten unterschied.¹⁷

Was hier für die Verwaltung gesagt wurde, gilt in ähnlicher Weise für das *Rechtssystem*. Die gewohnheitsrechtliche Konfliktregelung im Rahmen der Dorfgemeinschaft¹⁸ erwies sich infolge der gestiegenen Umweltkomplexität nach der Befreiung von den Osmanen und infolge der gleichzeitig einsetzenden Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mehr und mehr als ungeeignet, alle neuen Konflikte zu regeln. Die staatsbildenden Eliten versuchten, die Lücke zwischen traditionellem Angebot und tatsächlichem oder antizipiertem Bedarf durch den Import westeuropäischer Rechtskodifikationen zu schließen. Diese Ausdifferenzierung des Rechts schuf neue Optionen und neue Bedürfnisse. Inwieweit das importierte Rechtssystem der sozialen Realität in den Balkanländern vauseilte oder eine Anpassung an bereits erfolgte Veränderungen darstellte, läßt sich allerdings nicht immer zweifelsfrei feststellen.

Die Ausdifferenzierung des Rechts als Folge oder in Vorwegnahme gewachsener Umweltkomplexität ist jedenfalls "kein naturalistischer Anpassungsprozeß, sondern es ist ein Prozeß, dessen handlungstheoretische Grundlagen wir deutlich aufzeigen können. Das gilt zunächst für die Rationalisierung des Rechts. Sie ist das Werk von Intellektuellen. Das sind Akteure, die nach dem Prinzip der Konsistenz handeln, die das Recht nach diesem Prinzip bearbeiten, systematisieren und zur weiteren Generalisierung und Abstraktion treiben. Die marktförmige Öffnung des Rechts ist das Werk der Rechtsinteressenten. Das sind...Akteure, die sich nach einem anderen Prinzip orientieren, nämlich nach dem Prinzip der /wirtschaftlichen/ Optimierung. (...) Die Herausbildung der Zweckrichtung des Rechts ist das Werk von politischen Interessenten. Die politischen Interessenten orientieren sich am sogenannten Maximierungs- und Realisierungsprinzip; das heißt, sie wählen bestimmte Zweckrich-

¹⁶ Vgl. insbes. Svetozar Markovićs Schriften "Srpske obmane" von 1869 und "Srbija na istoku" von 1872.

¹⁷ Zu Einzelheiten vgl. Boestfleisch, S. 35 ff.

¹⁸ Vgl. Tihomir Djordjević: Selo kao sud u našem narodnom običajnom pravu, - in: Zbornik Filozofskog fakulteta (Beograd) 1 (1948), S. 267-287.

tungen aus und benutzen dann das Recht, um diese Zwecke zu erreichen."¹⁹

Infolge der unterschiedlichen Interessenlagen - sowohl auf Seiten der Akteure wie auf Seiten der Betroffenen - erwies sich die Modernisierung des Rechtssystems als ein komplizierter, von Rückschlägen und halbherzigen Kompromissen begleiteter Prozeß. In Serbien z.B. setzte die Umgestaltung und Kodifizierung des Rechts nach römischrechtlichen Normen in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts unter Federführung des aus Südungarn stammenden Serben Jovan Hadžić ein. Das von ihm verfaßte Zivilgesetzbuch, das 1844 in Kraft trat, stellte zu wesentlichen Teilen eine stark gekürzte Übersetzung des Österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches von 1811 dar. Mit vielen seiner Bestimmungen eilte es den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Serbien voraus, so daß Hadžić im Familien- und Erbrecht einige Änderungen im Sinne des serbischen Gewohnheitsrechts (die Verankerung der Hauskommunion/zadruga als Rechtsperson, Gemeinschaftseigentum der Kommuniionsmitglieder, Ausschluß der Töchter von der Erbfolge etc.) hatte vornehmen müssen.²⁰ Er war dabei aber nicht immer konsequent vorgegangen, indem er z.B. die Teilung der zadruga, die bis dahin verboten bzw. nur unter besonderen Umständen erlaubt gewesen war, zuließ und auch die individuelle Verschuldung der zadruga-Mitglieder in gewissen Grenzen duldete. Damit wurden der Bevölkerung neue Optionen eröffnet, die zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen in den geistigen Eliten führten. Immer wieder forderten konservative Apologeten der zadruga, "dass man auch in Serbien in Bezug auf die Hauskommunion zum einfachen volkstümlichen Gewohnheitsrechte zurückkehre und die gelehrten §§ hinwegstreiche, welche dem letzteren entgegen sind. (...) Die 'Civilisation' macht nach Osten reissende Fortschritte, um das heimische Recht zu zerstören, und den befesten /sic!/ ²¹ und beturbanten Balkan mit einem bis an den Himmel reichenden modern-juristischen Cylinderhute zu versehen. Man sollte sich auch dort merken, was der berühmte Stüve...so geistvoll bemerkt, dass nämlich die wissenschaftliche Verfeinerung der Rechtsanschauungen und des Processganges die Rechtspflege verdorben habe. Durch wissenschaftliche Erfassung und technische Ausbildung sei die Stetigkeit und Sicherheit des Rechts in Fluss gerathen und die Rechtspflege habe aufgehört, eine ars boni et aequi zu sein, seitdem die Gelehrsamkeit im Spiel mit der Wissenschaft das Bewusstsein ihres Zweckes verloren

¹⁹ Richard Münch: Zwischen Handlungstheorie und Systemtheorie: Die Analyse von Institutionen, - in: Göhler (Hg.): Grundfragen, S. 181.

²⁰ Vgl. Vera Petrić: Poreklo Srpskog gradjanskog zakonika i njegov značaj u stvaranju pravnog sistema buržoaske Srbije, - in: Zbornik Istorijskog muzeja Srbije 5 (1968), S. 79 ff.; zu weiteren Einzelheiten vgl. H. Sundhausen: Historische Statistik Serbiens 1834-1914. Mit europäischen Vergleichsdaten. München 1989, S. 563 ff.

²¹ Abgeleitet von der Kopfbedeckung Fes, Fez. Der Fes mit schwarzer oder blauer Quaste (je nach Rang des Trägers) war 1832 durch Sultan Mahmud II. für die osmanischen Staatsbeamten und Soldaten anstelle des Turbans eingeführt worden.

habe."²² Auch ein so nüchterner Beobachter wie Felix Kanitz attackierte die "zersetzenden Paragraphen" des neuen Familienrechts und fügte hinzu: "Glücklicherweise stehen die letzteren nur auf dem Papier."²³ Daß in einer so elementaren Frage wie dem Familien- und Erbrecht Kompromisse eingegangen und daß die neuen Gesetze vielfach nicht eingehalten wurden, ist kein Spezifikum Serbiens.²⁴ Dennoch steht außer Zweifel, daß die Bevölkerung mehr und mehr die sich ihr bietenden Möglichkeiten (in Berufung auf oder in Überschreitung der neuen Gesetze) nutzte und daß die *zadruga* - gleich der Dorfgemeinschaft - einem rasanten Verfallsprozeß ausgesetzt wurde.²⁵

Als der serbische Fürst Alexander Karadjordjević 1855 dem Staatsrat eine Systematisierung der verschiedenen strafrechtlichen Detailgesetze und Verordnungen vorschlug, die seit Inkrafttreten der serbischen Autonomie erlassen worden waren, lehnte der hohe Rat das Ansinnen mit der Begründung ab: "Unser Volk lebt noch in einem patriarchalen Zustand... Ein guter Mensch braucht keine Gesetze. Das Gesetz ist ein Produkt des Zwangs zur Verhinderung des Bösen und es wird für diejenigen geschrieben, die böse sind. (...) Unser Volk ist in seinen Auffassungen so gut und so gesund wie vielleicht kein anderes in Europa. Also benötigt es auch keine Heilmittel..., vielmehr sollte man es vor allzu vielen Gesetzen schützen, aus denen es erst eine Vielzahl von Verbrechen erlernen könnte."²⁶ Die Vorstellung, daß die seit Mitte des 19. Jahrhunderts explosionsartig zunehmenden Zivil- und Strafverfahren in Serbien²⁷ durch Konservierung des Gewohnheitsrechts hätten vermieden werden können, ist in dieser pauschalen Form abwegig. Dennoch ist nicht auszuschließen, daß der Import eines ausdifferenzierten Rechtssystems und ungewohnter Institutionen mitunter in einer Art gewirkt hat, die einer "self-fulfilling prophecy" gleichkam. Das Überstülpen eines "modern-juristischen Cylinderhuts" hat ungeachtet der dabei eingegangenen Kompromisse die Bevölkerung ebenso verunsichert wie die permanenten Angriffe der Zentralgewalt auf die - schon infolge ihres Alters - heilig erachtete Dorfkommune.

²² O.M. Utiešenović: Die Hauskommunionen der Südslaven. Eine Denkschrift zur Beleuchtung der volksthümlichen Acker- und Familienverfassung des serbischen und kroatischen Volkes. Wien 1859, S. 50 f.

²³ Felix Kanitz: Serbien. Historisch-ethnographische Reisestudien aus den Jahren 1859-1868. Leipzig 1868, S. 83 f.

²⁴ Vgl. u.a. Georgiadou, S. 113 und 164 ff. Wie in Serbien, so mußten auch in den anderen Balkanländern mehr oder minder weitreichende Kompromisse zwischen Gewohnheitsrecht und importiertem römischem Recht eingegangen werden (besonders ausgeprägt in Griechenland, Montenegro und Albanien).

²⁵ Zum Wandel der "Familien"- und Haushaltsstruktur in Serbien vgl. Sundhaussen: Historische Statistik, S. 70 ff.

²⁶ Zit. nach Dragoslav Janković: Istorija države i prava Srbije XIX veka. 3. Aufl. Beograd 1960, S. 110.

²⁷ Vgl. Sundhaussen: Historische Statistik, S. 569 ff.

Parallel zum Aufbau des Staates als Effizienzgemeinschaft durch Einrichtung von Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen erfolgte die Nationsbildung bzw. der Ausbau des Staates zur Identifikations- und Traditionsgemeinschaft. Institutionen haben nicht nur ein vorrangiges Interesse an ihrer Selbsterhaltung, sondern sie produzieren auch neue Bedürfnisse, zu deren Befriedigung wiederum neue Institutionen geschaffen werden. Das Grundbedürfnis der segmentären Gesellschaft zum Schutz ihrer Autonomie gegen Eingriffe von außen wurde scheinbar durch Errichtung des Nationalstaats befriedigt. Doch die Errichtung und Sicherung des Nationalstaats führten nicht nur zur Beseitigung der traditionellen Autonomie (und machten somit das ursprüngliche Grundbedürfnis obsolet), sondern schufen auch neue Bedürfnisse - sowohl bei den Mitgliedern der sich formierenden komplexen Gesellschaft als auch bei den Trägerschichten der neugegründeten Institutionen.

Die Sozialbeziehungen gestalteten sich in zunehmenden Maße unüberschaubar und anonym, und diese Entfremdung weckte soziale Bedürfnisse, die nach Befriedigung verlangten. Die dem Verfall ausgesetzten tradierten Werte mußten durch neue Mechanismen der *Konsensbildung und Legitimationsbeschaffung* ersetzt werden. Diesem Ziel dienten die angestrebte Nationsbildung und die nationale Homogenisierung, die mittels einer Vielzahl von Institutionen realisiert werden sollten. Die Überwindung der Dorfgemeinschaft als Fokus der gemeinschaftlichen Identität zugunsten einer abstrakten und anonymen Nation stellte eine gewaltige Herausforderung dar, die auf vielen Ebenen in Angriff genommen werden mußte, vor allem auf der kulturellen und ideologischen Ebene, etwa durch Vereinheitlichung der Sprache, durch "Schöpfung" einer gemeinsamen Vergangenheit, durch Vermittlung identitätsstiftender Mythen, durch Schaffung gemeinsamer Symbole, durch die Propagierung von Feindbildern u.v.a.m. Diese vielschichtige Aufgabe hat die staatlichen Institutionen über mehrere Jahrzehnte hinaus beschäftigt und den Großteil ihrer Energien in Anspruch genommen, und zwar derart in Anspruch genommen, daß die Erfüllung anderer Aufgaben (etwa die Steigerung der Leistungskapazitäten des gesellschaftlichen Systems durch Agrarmodernisierung, Vermittlung praxisorientiertes Wissens, Industrialisierung usw.) ins Hintertreffen gerieten oder gänzlich auf der Strecke blieben.²⁸ Die von oben in Angriff genommene Nationsbildung endete dagegen überall - spätestens zu Beginn unseres Jahrhunderts

²⁸ Vgl. u.a. H. Sundhaussen: Alphabetisierung und Wirtschaftswachstum in den Balkanländern in historisch-komparativer Perspektive, - in: N. Reiter - H. Sundhaussen (Hgg.): *Allgemeinbildung als Modernisierungsfaktor: Zur Geschichte der Elementarbildung in Südosteuropa vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg* (im Druck); H. Sundhaussen: Die verpaßte Agrarrevolution. Aspekte der Entwicklungsblockade in den Balkanländern vor 1945, - in: R. Schönfeld (Hg.): *Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa*, München 1989, S. 45-60; Ders.: Strukturelle Engpaßfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung Bulgariens von der Staatsgründung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges, - in: K.-D. Grothusen (Hg.): *110 Jahre Wiedererrichtung des bulgarischen Staates 1878-1988*, München 1990, S. 155-165.

oder in der Zwischenkriegszeit - mit einem überwältigenden Erfolg. Aber die Modernisierung als Gesamtprozeß geriet darüber ins Stocken, führte bei Teilbereichen in eine Sackgasse, hinterließ ein Defizit an gesellschaftlicher und politischer Emanzipation und blockierte die Entfaltung pluralistischer Strukturen. Die institutionelle Revolution konnte sich von ihrer Staatshörigkeit nie befreien und erstickte schließlich die gesamten Gesellschaft. Ihre Protagonisten wurden sich dieser Entwicklung nie bewußt, da sie Gesellschaft und Nation gleichsetzten. Für sie war die Nation ein unteilbares Ganzes; und es gab nur eine Alternative: Jemand war Mitglied einer bestimmten Nation (gleich Gesellschaft) oder er war es nicht - tertium non datur. Tatsächlich aber ist die komplexe Gesellschaft (im Unterschied zur Nation als "imaginierte Gemeinschaft")²⁹ ein Konglomerat sozialer Teilsysteme, die ungeachtet der zwischen ihnen bestehenden Unterschiede und Gegensätze miteinander kooperieren sowie arbeits- und funktionsteilig aufeinander bezogen sind. Die Nationalideologen versuchten dagegen, die objektiven Unterschiede und Widersprüche innerhalb der Gesellschaft durch das Konstrukt Nation zu überbrücken. Zwar verschwanden die Gegensätze damit nicht, aber sie wurden ignoriert und tabuisiert. Dies schlug sich auch in der Einstellung zu Institutionen nieder. Institutionen, die vermeintliche Partikularinteressen vertraten, galten als "anrühig" oder "illegitim".

Zu den Besonderheiten des Institutionalisierungsprozesses in den Balkanländern gehörte nicht nur das vergleichsweise atemberaubende Tempo, mit dem der Prozeß durchgesetzt wurde, sondern auch die Tatsache, daß dieser Prozeß aufgrund völlig andersgearteter gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Ausgangsbedingungen als in Westeuropa fast ausschließlich von oben induziert wurde. In der Regel wurden die Institutionen in Anlehnung an ausländische Vorbilder geschaffen.³⁰ Und mit der Übernahme der Institutionen glaubten die Führungsschichten, zugleich auch deren *Funktionsfähigkeit* zu übernehmen. Doch diese Erwartung erfüllte sich in vielen Fällen nicht. Was in Frankreich oder Belgien funktionierte, mußte in den Balkanländer noch lange nicht funktionieren, auch wenn sich die äußeren Formen der Institutionen (z.B. die Verfassungen) weitgehend glichen. So wie die Übernahme modernster Technologien die ökonomische Modernisierung nur dann nachhaltig befördern kann, wenn günstige Vorbedingungen für die breitenwirksame Adaption bestehen und die importierte Modernität nicht in

²⁹ In Anlehnung an Benedict Anderson: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London 1983.

³⁰ Vgl. u.a. Dmitrije Djordjević: *Foreign Influences on Nineteenth Century Balkan Constitutionalism*, - in: K.K. Shangriladse - E.W. Townshend (Hgg.): *Papers for the V. Congress of Southeast European Studies 1984, Columbus/Ohio 1984*, S. 72-102; Georg Stadtmüller: *Westliches Verfassungsmodell und politische Wirklichkeit in den balkanischen Staaten*, - in: *Saeculum* 9 (1958), S. 405-424; Alexandre Tilman-Timon: *Les influences étrangères sur le droit constitutionnel roumain*. Paris 1946; Michael Tsapogas: *Staatsrationalisierung und Verfassungsbewegung in Griechenland 1832-1843*. Athen 1992.

einer Sackgasse endet³¹, so können auch moderne Institutionen nur dann sinnvoll übernommen werden, wenn die importierende Gesellschaft in der Lage ist, die Institutionen zu adaptieren, ohne dadurch überfordert zu werden. Dies war in den Balkanländern nicht der Fall (die zahllosen Integrations-, Penetrations-, Legitimations- und Entwicklungskrisen belegen dies anschaulich), und darauf beruht das eigentliche Kernproblem der institutionellen Modernisierung in den Balkanländern von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Die "institutionelle Revolution" eilte der Wandlungsfähigkeit der Mentalitäten und des Alltags davon.³² Fernand Braudel hat einmal treffend formuliert: "Ich glaube, daß die Menschheit bis zum Hals im Alltäglichen steckt. Unsere gesamte Existenz wird durch unzählige überkommene Gesten bestimmt, die kreuz und quer akkumuliert wurden. Sie sind in unendlichen Wiederholungen auf uns gekommen; nun helfen sie uns zu leben, halten uns gefangen und entscheiden für uns."³³ Auch die modernsten Institutionen (und sie insbesondere) können die Macht und Zählebigkeit der Gewohnheit nicht von heute auf morgen beseitigen, sondern sind oft ebenso entwicklungshemmend wie die veralteten Institutionen, die sie ersetzen sollen.

Die Mehrheit der Institutionen wurde aber nicht nur von oben und nach ausländischen Vorbildern gegründet, sondern blieb auch stets aufs engste mit dem Staat verflochten. Eine *Autonomie der Institutionen* gegenüber dem Staat konnte sich unter diesen Voraussetzungen allenfalls in Ansätzen entwickeln und blieb stets in höchstem Maße bedroht. Deutlich läßt sich dies z.B. an der Stellung der Genossenschaften³⁴ und der Gewerkschaften, aber auch an der Schwäche der privaten Unternehmensvereinigungen³⁵ ablesen, die ständig in Gefahr standen, vom Staat vereinnahmt zu werden (und oft genug auch vereinnahmt wurden).³⁶ Schon in vorsozialistischer Zeit wurden die Institutionen eher als "Transmissionsriemen" für die Umsetzung staatlicher Entscheidungen denn als intermediäre Einrichtungen genutzt. Unter "intermediären Einrichtungen" verstehe ich Institutionen, die nicht nur in der Mitte zwi-

³¹ H. Sundhaussen: Über Nutzen und Nachteil der phasenverschobenen Übernahme von Ergebnissen der agrarischen und industriellen Revolution: Das Beispiel der Balkanländer vor dem Zweiten Weltkrieg, - in: H. Haselsteiner (Hg.): Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen dem Donau- und dem Balkanraum seit dem Wiener Kongreß, Graz 1991, S. 113-127.

³² Vgl. u.a. Miedlig, S. 186 ff.; Georgiadou, S. 130 ff.

³³ Fernand Braudel: Die Dynamik des Kapitalismus, Stuttgart 1986, S. 16.

³⁴ Vgl. Janine Calic: Zur Geschichte der Genossenschaften in den jugoslawischen Ländern. Von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg, - in: E. Oberländer - H. Lemberg - H. Sundhaussen (Hgg.): Genossenschaften in Osteuropa. Alternative zur Planwirtschaft? Wiesbaden 1993, S. 72 f.

³⁵ Vgl. John Lampe: Belated Modernization in Comparison: Development in Yugoslavia and Bulgaria to 1948, - in: G. Augustinos (Hg.): Diverse Paths to Modernity in South-eastern Europe. Essays in National Development, New York /u.a./ 1991, S. 38.

³⁶ Volkswirtschaftlich besonders negativ erwies sich dies im Falle der Nationalbanken, die zumeist nicht mehr als ein verlängerter Arm der jeweiligen Finanzminister waren.

schen Makro- und Mikroebene eines hierarchischen Systems plaziert sind, sondern die eine tatsächliche Mittlerfunktion zwischen "oben" und "unten" wahrnehmen (und damit das hierarchische System durchbrechen). Um dies leisten zu können, benötigen sie ein gewisses Maß an gesicherter und stabiler Autonomie. Wo diese fehlt, kann es auch keine intermediären Institutionen (im eben genannten Sinne) geben. Und damit entfällt die Voraussetzung für einen funktionierenden Institutionen-Pluralismus, sofern man unter Pluralismus das geregelte Miteinander unterschiedlicher, oft gegensätzlicher Gruppeninteressen versteht. Solange Institutionen im wesentlichen nur verlängerte Arme der politischen Führung sind, kann sich zwischen den Institutionen keine Machtbalance herausbilden, die unverzichtbar für das Funktionieren einer pluralistischen Gesellschaft ist. So wie die serbischen und griechischen Befreiungskriege am Anfang des 19. Jahrhunderts keine bürgerliche Revolution gewesen waren³⁷, so war auch die anschließende "Überschwemmung" der Balkanländer mit Institutionen nach westlichem Vorbild *kein bürgerlicher Transformationsprozeß*.³⁸

Bedauerlicherweise existieren zur *Soziographie* der Institutionen in den Balkanstaaten bislang kaum gesicherte und detaillierte Untersuchungen. Unbestritten aber ist, daß die Institutionen zu einer Pfründe der jeweiligen politischen Führungsschicht und ihrer Klientel wurde. Institutionen dienen ja nicht nur der Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben, sondern sie dienen immer und überall auch - oft sogar in erster Linie - ihrer Selbsterhaltung. Jede Institution - so hat Schelsky einmal formuliert - sucht "primär sich selbst zu erhalten".³⁹ Da nur die Mitgliedschaft in einer staatlich gegründeten oder sanktionierten Institution soziale Aufstiegschancen zu bieten schien, setzte ein ständiger "brain drain" aus der Gesellschaft in die staatlichen Institutionen ein. Der Gesellschaft wurden damit weitgehend jene Kräfte entzogen, die eine Institutionenbildung von unten, aus der Gesellschaft heraus ermöglicht oder erleichtert hätten. Dies erklärt mit, warum es keine - zumindest keine stabilen - Institutionen gab, die in Konkurrenz zu den staatlichen Institutionen hätten treten und diese hätten kontrollieren können.

Auch die *Rekrutierung* des Personals der Institutionen wies balkanische Spezifika auf: "familiäre", Sippen- und Clan-Bande, die über Jahrhunderte hinaus eine prägende Rolle bei der personellen Gestaltung der Sozialbeziehungen gespielt hatten, bewahrten diese Funktion auch nach

³⁷ Vgl. Eric J. Hobsbawm: Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875. 3. Aufl. Frankfurt/M. 1980, S. 115 ff.; Radmir D. Lukić: O nastanki srpske nacije sa sociološkog gledišta, - in: Postanak i razvoj srpske nacije. Neki metodološko-teorijski problemi u izučavanju postanka i razvoja srpske nacije. Hg. von D. Janjić und M. Mirković, Beograd 1979, S. 73-83.

³⁸ Vgl. Georgiadou, S. 119 f., 193 ff. "Die Präsenz...der bürgerlich-konstitutionellen Gebilde /Institutionen/ spricht nicht...auch für den bürgerlich-westeuropäischen Charakter der organisatorischen Grundstruktur...des neugriechischen Staates..." (ebda., S. 156).

³⁹ Helmut Schelsky: Zur soziologischen Theorie der Institutionen, - in: Ders. (Hg.): Zur Theorie der Institutionen, Düsseldorf 1970, S. 12.

Einführung der neuen Institutionen - und im Gegensatz zu deren Erfordernissen.⁴⁰ (In multinationalen Staaten - insbesondere in Jugoslawien und Rumänien - kam zur "familiären" noch die nationale Rekrutierungspraxis hinzu.) In Ermangelung einer nachvollziehbaren Daseinsberechtigung haben sich die Führungsschichten (von Ausnahmen selbstverständlich abgesehen) nur allzu gern und allzu oft des Nationalismus bedient. Damit konnten zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Einerseits bestand in der Bevölkerung - nach Zerstörung der traditionellen kollektiven Identität - ein ausgeprägtes Bedürfnis nach neuer Identitätsstiftung (z.B. mit Hilfe der Nation). Zum anderen konnten sich die Führungsschichten auf diese Weise gegenüber der Bevölkerung "legitimieren". Und diese Kombination war für die Eliten geradezu "ideal".

Die dem neuzeitlichen Verwaltungsstaat innewohnende Tendenz zur *Professionalisierung* seiner Repräsentanten wurde infolge dieser Manipulationen, der angedeuteten Personalpolitik sowie des "Drangs zum Amt" und des Verständnisses des Amtes als Pfründe nur höchst unzulänglich eingelöst. Im Verhältnis zum Bevölkerungsstand wiesen die Balkanländer in der Zwischenkriegszeit die höchste Zahl von Staatsbediensteten in Europa auf. Geradezu extrem waren die Verhältnisse in Rumänien, wo es Mitte der 30er Jahre bei einer Gesamtbevölkerung von 18 Millionen rd. 440 000 Staatsbedienstete gab (während z.B. in Deutschland der öffentliche Dienst nur 250 000 Beschäftigte zählte).⁴¹ Auch in Jugoslawien war der Verwaltungsapparat Mitte der 20er Jahre mit 280 000 Bediensteten bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 13 Millionen hoffnungslos überbesetzt.⁴² Und für alle Balkanstaaten gilt: Sobald eine politische Gruppierung die Macht erobert hatte, versuchte sie, den ganzen Staat und seine Institutionen zu usurpieren. Das ungebremste Anwachsen des Verwaltungsapparats stand daher bald in negativer Korrelation zu seiner Effizienz und Leistungsfähigkeit.

Dies hatte weitreichende Auswirkungen auf das gesamte *politische System*. Und wiederum trifft zu, was eben bereits gesagt wurde. Die politischen Institutionen wurden im wesentlichen aus dem westlichen Ausland "importiert" und standen im scharfen Kontrast zu den soziokulturellen Gegebenheiten in den Balkanstaaten. Um den Kontrast zu überwinden, mußten Parteiensysteme, Parlamentarismus und politische Konfliktregelungsstrategien aus den traditionellen, patriarchalen und klientelen Politikbeziehungen und Partizipationsformen des 19. Jahrhunderts herausgelöst werden. In der Normensetzung ist dies auch weitgehend gelun-

⁴⁰ Vgl. die Beiträge im Sammelband Ernest Gellner - John Waterbury (Hgg.): *Patrons and Clients in Mediterranean Societies*. London 1977; René Lemarchand - Keith R. Legg: *Political Clientelism and Development*, - in: *Comparative Politics* 4 (1972/73), S. 149 ff.

⁴¹ Armin Heinen: *Die Legion "Erzengel Michael" in Rumänien. Soziale Bewegung und politische Organisation: Ein Beitrag zum Problem des internationalen Faschismus*. München 1986, S. 48.

⁴² Lampe, S. 41; Rudolf Bicanić: *Ekonomska podloga hrvatskog pitanja*. Zagreb 1938, S. 59 ff.

gen. Die Verfassungen der souverän gewordenen Balkanstaaten orientierten sich - früher oder später sowie mehr oder minder getreu - an den Normen des parlamentarischen und demokratischen Konstitutionalismus.⁴³ Diese westeuropäischen Verfassungsprinzipien standen jedoch auch weiterhin in einem spannungsgeladenen Gegensatz zur patriarchalen, korporativen, status- und personenorientierten Gesellschaft in den Balkanländern. Michael Shafir hat die zwei Pole dieses Gegensatzes - mit Blick auf Rumänien - als "pays légal" und "pays réel" bezeichnet.⁴⁴ In keinem Balkanland ist es gelungen, dieses Spannungsverhältnis zwischen "pays légal" und "pays réel" aufzulösen oder mit Hilfe entsprechender Institutionen für die weitere Entwicklung fruchtbar zu machen. Die Verfassungen wurden in allen Balkanländern eher als Instrumente zur Machtmanipulation denn als Richtlinien politischen Handelns verstanden. Und sobald die Machterhaltung dies verlangte, wurden die Verfassungen suspendiert oder durch "genehmere" ersetzt.

Nationalismus nach außen und innen, gegenüber den Nachbarn oder den eigenen Minderheiten war für die politische Kultur prägender als der Rechtsstaat oder ein transnationaler Verfassungspatriotismus. Wolfgang Höpken hat in Weiterführung der strukturellen Analyse Werner Conzes von Anfang der 50er Jahre darauf hingewiesen, daß die Normen des bürgerlichen Staats und der "civil society" praktisch allen sozialen Schichten in den Balkanländern fremd blieben.⁴⁵ Die noch weitgehend analphabetische *bäuerliche Masse* hielt in ihrer politischen Orientierung ganz überwiegend an dem fest, was als "parochiale politische Kultur" apostrophiert wird - einer nicht durch kognitive Kompetenz und rational definierte Interessen, sondern durch affektive Abneigung gegenüber dem Staat, den "Herren", der Bürokratie und der politischen Kaffeekultur der "čaršija" geprägten Einstellung zur Politik. Sowohl dort, wo die Bauern erst nach 1918 die Möglichkeit zur Stimmabgabe erhielten wie in Rumänien oder Kroatien, wie auch dort, wo sie bereits seit längerem formal das Recht zur politischen Partizipation besaßen wie in Griechenland, Bulgarien oder Serbien, waren sie selten mehr als ein paternalistisch instrumentalisiertes Objekt der Politik, nie wirklich eingebunden in den Partizipationsprozeß. Obwohl die Bauern immer wieder als politisches Subjekt beschworen und herausgestellt wurden, blieben sie letztlich eine Manipulationsmasse in den Händen der Führungskliquen.⁴⁶ Sie waren stets Objekt, nie (oder selten) Subjekt der Politik,

⁴³ Vgl. Anm. 30; ferner Lothar Maier: Rumänien auf dem Weg zur Unabhängigkeitserklärung 1866-1877. Schein und Wirklichkeit liberaler Verfassung und staatlicher Souveränität. München 1989, S. 314 ff.

⁴⁴ Michael Shafir: Romania: Politics, Economics, and Society. Boulder/Co. 1985, S. 5 f.

⁴⁵ Vgl. Werner Conze: Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, - in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 319 ff.; Wolfgang Höpken: Innenpolitische Strukturkrise und nationale Integrationsprobleme: Südosteuropas belastete Staatsbildung in der Zwischenkriegszeit (Vortragsmanuskript).

⁴⁶ Ausführlich dazu Klaus Lange: Versuch über südosteuropäische Politik. Studien zum Problem des historischen Subjekts in der politischen Theorie. München 1979.

und sie reagierten darauf begreiflicherweise mit einer Abkehr vom "bürgerlichen" (korrekter gesagt: vom scheinbürgerlichen) Staat, seinen Institutionen und seinen Werten. Als Stütze demokratischer politischer Kultur fiel die bäuerliche Bevölkerung weitgehend aus oder erhielt gar nicht erst die Chance, sich als solche zu betätigen.

Aber auch die *Elite* fungierte nur bedingt als Pfeiler einer Zivilgesellschaft. Die unmittelbar nach der Staatsgründung erkennbare tiefe Spaltung der Führungsschichten in einen "traditionellen" (altbalkanischen) und einen "modernen" (westeuropäisch orientierten) Flügel⁴⁷ konnte bis zum Ende der hier betrachteten Zeit in den Grundzügen nicht überwunden werden. Die altbalkanische Führungsschicht starb zwar mit der Zeit aus oder arrangierte sich mit den "Modernisierern" (ein Vorgang, der nicht unerheblich zur Aufblähung des öffentlichen Sektors beitrug, da die Betroffenen mit Amt und Würden versehen werden mußten). Doch ihren Platz nahmen alsbald Vertreter populistischer, zumeist vergangenheitsorientierter Strömungen ein. Die Mitglieder dieser neuen/traditionellen Elite erkannten zwar die Widersprüche des institutionellen Wandels, kritisierten und bekämpften die Übernahme westlicher Institutionen⁴⁸; doch sie zogen daraus sehr unterschiedliche Schlußfolgerungen⁴⁹ und zeigten sich in der Regel außerstande, ein den veränderten Verhältnissen angemessenes Entwicklungsprogramm zu entwerfen.⁵⁰ Die Kluft zwischen formaler Modernisierung und sozioökonomischer Realität vertiefte sich mehr und mehr, verstärkte die Entfremdung in der Bevölkerung und in Teilen der Intelligenz und begünstigte die Formierung zunehmend radikaler Gruppierungen.⁵¹

⁴⁷ Vgl. Nicos P. Mouzelis: *Modern Greece. Facets of Underdevelopment*. London, Basingstoke 1978, S. 12 f.; Georgiadou, S. 130 ff.

⁴⁸ Zu den verschiedenen populistischen Strömungen und zur Kontroverse unter den Intellektuellen in Rumänien vgl. den historiographischen Überblick von Keith Hitchins: *Historiography of the Countries of Eastern Europe: Romania*, - in: *The American Historical Review* 97 (1992), S. 1071 ff.; zu den konservativen Kritikern der Verwestlichung vgl. auch Maier, S. 74 ff. Titu Maiorescu (1840-1917) kritisierte die westlichen Zivilisationsimporte als "Phantome ohne Körper" und "Formen ohne Inhalt": "Dem Anschein nach, laut der Statistik der äußeren Formen, besitzen die Rumänen heute [1868] die ganze westliche Zivilisation. Wir haben Politik und Wissenschaft, wir haben Zeitschriften und Akademien, wir haben Schulen und Literatur, wir haben Museen, Konservatorien, wir haben ein Theater, wir haben sogar eine Verfassung. Aber in Wirklichkeit sind das alles Totgeburten, Prätentionen ohne Grundlage, Gespenster ohne Körper, Illusionen ohne Wirklichkeit, und somit ist die Kultur der höheren Klasse der Rumänen null und wertlos, und der Abgrund, der uns vom niederen Volk trennt, wird von Tag zu Tag tiefer." Zit. nach Maier, S. 76.

⁴⁹ Rückkehr zu den traditionellen Institutionen auf der einen oder verstärkte (*bevölkerungsnah*) Anstrengungen, um die Diskrepanz zwischen Form und Inhalt zu schließen, auf der anderen Seite.

⁵⁰ Dies gilt z.B. für die Mehrheit der Bauernparteien.

⁵¹ Vgl. u.a. Heinen, S. 70 ff.

Der kleinere Teil der Elite fühlte sich zwar durchaus den Leitideen des westlichen Liberalismus verbunden, doch gelang es ihm nicht, die Kluft zur Bevölkerungsmehrheit zu überbrücken. Der andere und größere Teil versuchte es gar nicht erst oder - wenn er es versuchte - verriet er die Prinzipien des Liberalismus. Konstitutionelle und parlamentarische Spielregeln wurden mit einer "Schlitzohrigkeit" umgangen oder pervertiert, die vielen geradezu als Beweis politischer "Meisterschaft" galt. Die "Herren" betrachteten den Staat als eine Art "oikos", als privaten Großhaushalt zur "organisierten Bedarfsdeckung" der "Führer" und ihrer Gefolgschaft. Auch die rasch anschwellende "intelligencija" war kein Vorkämpfer bürgerlich-demokratischer Ordnung. Für jenen Teil der Akademiker, der ganz auf den Staat und das politische Amt angewiesen war (und ihre Zahl betrug bald Legion)⁵², war das politische System nicht mehr als eine möglichst lang zu erhaltende Sinekure. Und auch jener andere, allmählich zunehmende Teil der "intelligencija", der sich in die soziale Marginalität abgedrängt sah, zeichnete sich vor allem durch seine Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft und des liberalen Rechtsstaats aus - sei es aus einer "linken" oder agrarpopulistischen, sei es aus einer autoritären oder faschistoiden Neigung. Ein politisch (und ökonomisch) leistungsfähiger Mittelstand bzw. ein Bürgertum konnte sich aus dieser Schicht heraus nicht entwickeln.

Die ausgeprägte Parteienvielfalt in einzelnen Balkanstaaten während der Zwischenkriegszeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nirgends ein echter politischer Pluralismus herausbilden konnte. Bloße Fragmentierung hat mit Pluralismus nichts zu tun. Der überwiegende Teil aller Parteien, die in der Zwischenkriegszeit politisch bestimmten, waren entweder nationale Sammlungsbewegungen oder reine Interessenvereinigungen zur Verwaltung von Macht und Einfluß.⁵³ Paradebeispiele dafür sind die jugoslawischen Regimeparteien, die nach 1931 von den jeweiligen Ministerpräsidenten zur schein-demokratischen "Legitimierung" ihrer Macht gegründet wurden. In der Regel handelte es sich um Führerparteien - ohne stabile Mitgliederbasis und ohne institutionalisierte Struktur -, um Parteien, die nicht selten mit dem Machtverlust oder Tod ihrer "Führer" in die Krise gerieten oder gänzlich in der Versenkung verschwanden.⁵⁴ Innerparteiliche Strukturen dienten nicht der Willensbildung, sondern vorwiegend der Absicherung politischer Klientelbeziehungen. In Griechenland wurde der Klientelismus

⁵² Vgl. Heinen, S. 48: "So ergab sich denn die paradoxe Situation, daß Rumänien zu den Ländern mit der höchsten Analphabetenquote in Europa gehörte, es gleichzeitig aber ebenso viele Personen mit Universitätsbildung und mindestens ebenso viele Rechtsanwälte gab wie in Deutschland."

⁵³ Vgl. Höpken: Innenpolitische Strukturkrise; ferner John Bell: Modernization Through Secularization in Bulgaria, - in: Augustinos (Hg.): Diverse Paths, S. 20.

⁵⁴ Zur Jugoslawischen Nationalpartei und zur Jugoslawischen Radikalen Union vgl. die entsprechenden Artikel in Frank Wende (Hg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, S. 342 f.

geradezu zum "Markenzeichen" des politischen Systems.⁵⁵ Nepotismus, Klientelismus, Korruption und Amtsmissbrauch ebenso wie die direkte oder indirekte Manipulation von Wahlen dienten den Regierenden als Mittel der Machtsicherung.⁵⁶ In Jugoslawien z.B. "rühmten" sich Staatsbedienstete während der 30er Jahre gegenüber Vertretern der deutschen Gesandtschaft, daß sie bei einem einzigen Wahlgang 20-30mal für "ihre" Regierungspartei abgestimmt hätten.⁵⁷ Für Rumänien liegen ähnliche Berichte vor. Wahlen waren daher alles andere als eine Abstimmung über Parteien und Programme. Sie wurden oft zur reinen Formsache oder verkamen zu Rivalitätskämpfen konkurrierender Eliten um einträgliche Pfründe. Sie dienten vor allem der Scheinlegitimierung politischer (und ökonomischer) Macht sowie der fast vollkommenen personellen Verfilzung von herrschenden Eliten und Institutionen. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts hatte ein zeitgenössischer Beobachter über die Verhältnisse in Serbien bemerkt: "Sobald eine Partei die andere vom Staatsruder verdrängt hatte, so wurden viele der vom vorhergehenden Ministerium eingesetzten Beamten entlassen, wenn sie nicht rechtzeitig ihren Parteistandpunkt änderten. - Dem Sieger die Beute, ist der Wahlspruch in den serbischen Parteikämpfen und deshalb sind so heftig und leidenschaftlich, weil sie auch wahre Kämpfe um das Brod [sic!], um die Beamtenstellen sind."⁵⁸ Daran sollte sich auch in den nachfolgenden Jahrzehnten grundsätzlich nichts ändern, - weder in Serbien (resp. Jugoslawien) noch in Bulgarien, Griechenland, Rumänien oder Albanien.

Lassen Sie mich abschließend die vorangegangenen Ausführungen in acht Punkten zusammenfassen:

1. Der im vorigen Jahrhundert eingeleitete institutionelle Wandel in den bis dahin institutionenarmen Gesellschaften diente dem Ziel, die tiefe Entwicklungsdiskrepanz zwischen West- und Mitteleuropa auf der einen und den Balkanländern auf der anderen Seite in möglichst kurzer Zeit zu überbrücken.
2. Die für die Transformation erforderlichen Institutionen wurden im wesentlichen aus West- und Mitteleuropa "importiert" und den Balkangesellschaften übergestülpt. Die Implementierung vollzog sich innerhalb weniger Jahrzehnte, während die "Originale" Jahrhunderte zu ihrer Ausreifung benötigt hatten.
3. Der Wandel wurde von oben durch eine überaus kleine Elite gegen den Widerstand der traditionellen Führungsschichten und der Bevölkerungsmehrheit induziert. Und da die Dynamik des Wandels die Lern- und Anpassungsfähigkeit der gesellschaftlichen Systeme in den

⁵⁵ Vgl. u.a. Herbert R. Ganslandt: Das politische Weltbild der Griechen. Zur Soziogenese einer politischen Kultur, - in: K. Roth (Hg.): Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne, München 1992, S. 235-262.

⁵⁶ Vgl. Maier, S. 480.

⁵⁷ Vgl. Sundhaussen: Geschichte Jugoslawiens 1918-1980. Stuttgart 1982, S. 80.

⁵⁸ Zit. nach Sundhaussen: Historische Statistik, S. 447.

- Balkanländern bei weitem überstieg, blieb den Institutionen auch in der Folgezeit eine breite funktionsgerechte Trägerschicht versagt.
4. Die "Schocktherapie" des institutionellen Wandels leitete einen Prozeß fortschreitender Entfremdung ein: Der Schock wirkte, die Therapie nicht. Der Wandel der Mentalitäten (verstanden als kollektive, historisch gewachsene, meist unbewußte Denk- und Verhaltensformen) hielt nicht annähernd Schritt mit dem Tempo des institutionellen Wandels. Die Folge war eine zunehmende Dysfunktionalität der Institutionen. Hinter der Fassade äußerer Modernität lebten die traditionellen Strukturen fort. Das Ergebnis war ein balkanisch-westeuropäischer Synkretismus des Institutionen-Staats.
 5. Unter den vielfältigen Aufgaben der Institutionen in den Balkanländern nach der jeweiligen Staatsgründung wurden vier erfolgreich gelöst: a. die Errichtung eines (wenngleich hypertrophen) Staatsapparats, b. die Schaffung und Befriedigung von Nationalismus, c. die Befriedigung des Machtstrebens und des Sozialprestiges der jeweils herrschenden Eliten und ihrer Klientel sowie d. das Streben nach Selbsterhaltung, das allen Institutionen gemeinsam ist.
 6. Die Institutionen haben die gesellschaftliche (und ökonomische) Partizipation und Emanzipation (einschließlich der Emanzipation gegenüber dem Staat) nicht in dem Maße gefördert und fördern wollen, das notwendig gewesen wäre, um die Selbstregulierungskapazität der gesellschaftlichen Systeme zu steigern. Sie blieben bloße "Transmissionsriemen" der Macht: - vom Staat geschaffen und auf den Staat bezogen.
 7. Der Auf- und Ausbau der Institutionen entzog der Gesellschaft knappe Ressourcen und lenkte diese in unproduktive Kanäle. Das Zustandekommen, Benutzen und Sichern von Institutionen erfordert den Einsatz von Ressourcen. Die Institutionenökonomik spricht in diesen Zusammenhang von "Transaktionskosten"⁵⁹. In den Balkanländern überstiegen die Transaktionskosten (infolge der personellen Überbesetzung der Apparate und ihrer Ineffektivität) bei weitem die volkswirtschaftliche Leistungskraft der jeweiligen Gesellschaft.
 8. Die Institutionen wurden mehr und mehr zum Selbstzweck. Die rigide politische Kultur, das Defizit an Bürgertum, die Schwäche des Mittelstands und die geringe Leistungsfähigkeit des privatwirtschaftlichen Sektors reproduzierten die Engpässe der institutionellen Modernisierung, und diese wirkten kumulativ auf die Gesellschaft zurück. Die Distanz der Institutionen zur Gesellschaft vergrößerte sich, und schließlich drohte der Institutionen-Moloch, die gesamte Gesellschaft zu verschlingen. Aber dies fällt bereits in die Zeit nach 1945 und bildet den Gegenstand nachfolgender Vorträge.

⁵⁹ Vgl. Rudolf Richter: Sichtweise und Fragestellungen der Neuen Institutionenökonomik, - in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 110 (1990), S. 573.

Franz Ronneberger

Der Staat als Institution in Südosteuropa. Seine Rolle im Transformationsprozeß

Das Thema erfordert eine doppelte Begrenzung: eine zeitliche und eine räumliche. Trotz aller Bedenken müssen wir uns zeitlich auf den Staat der Gegenwart beschränken; und räumlich haben wir es mit den südosteuropäischen Ländern Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn zu tun. Dabei fällt Jugoslawien bei Betrachtungen über den Staat vorerst aus. Kaum jemand kann voraussehen, welche politischen Gebilde nach dem Kriege übrig bleiben werden.

Doch nicht nur Jugoslawien befindet sich in einem radikalen Wandlungsprozeß, die anderen Länder suchen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ebenfalls nach neuen Formen ihrer staatlichen Existenz. Dabei geht es sowohl um geopolitische wie um soziopolitische Neugestaltungen. Die gegenwärtig ablaufenden Prozesse werden überhöht durch einen säkularen Wandel des Staatsverständnisses überhaupt. Die europäischen demokratischen Staaten der Gegenwart unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den Staaten des 19. Jahrhunderts. Wir erleben gegenwärtig auf der breiten Front entwickelter politischer Systeme eine Neubestimmung des Staatsverständnisses: In Deutschland ist sie nicht nur durch die Konfrontation mit dem Staatsverständnis der ehemaligen DDR gekennzeichnet; sie stellt sich vielmehr als eine kritische Auseinandersetzung mit dem Staatsverständnis des überkommenen nationalen Verfassungs- und Rechtsstaates dar. In ihm umfaßt das öffentliche Recht immer weitere Bereiche, insbesondere soziale Aufgaben, so daß es durchaus berechtigt ist, diesen Staat als einen Wohlfahrtsstaat zu bezeichnen. Neben den Schutz seiner Bürger als dem Staatsziel der Jahrhunderte zuvor tritt mehr und mehr das Ziel ihrer sozialen Sicherung und Wohlfahrt. Die Grundrechte als die rechtsstaatliche Sicherung des Einzelnen gegenüber staatlicher Macht werden nunmehr als positive Rechte staatlicher Gewährung verstanden, auf die die Bürger einen rechtlichen Anspruch haben. Daneben bleibt die Aufgabe der grundgesetzlichen Regelung des Miteinanders und Gegeneinanders der politischen Kräfte bestehen. Wir erwarten, daß das Grundgesetz einen Konsens dieser Kräfte herbeiführt. Dabei befindet sich der demokratische Verfassungsstaat alles andere als in einer bequemen Lage. Er muß sich ebenso gegen den Verdacht wehren, das Grundgesetz nicht streng genug anzuwenden wie der Forderung von "Systemüberwindern" zu widerstehen. "Wenn es richtig ist, daß die Weimarer Republik wesentlich durch den Verfassungsmißbrauch und die extensivere Nutzung der Verfassungstoleranz von den rechtsextremen Verfassungsfeinden zerstört worden ist, dann haben wir hier und heute eine umgekehrte mögliche Variante linksextremistischer Verfassungszerstörung vor uns." (Bracher)

Es war und ist unausweichlich, daß die hier angedeuteten Grundgedanken moderner staatlicher Existenz über die Grenzen nach Mitteleuropa und in das übrige Südosteuropa hineinwirkten und wirken. Und das bedeutet, daß wir es in der politischen Südosteuropaforschung von Anfang an mit dem Problem zu tun haben, angemessene Begriffe für die dortigen staatlichen Ordnungen zu finden. Freilich bedurfte es eines langwierigen wissenschaftlichen Prozesses um einzusehen, daß diese Suche mißlingen würde, wenn man die im "Westen" entwickelten Maßstäbe staatlichen Handelns auf die südosteuropäischen Länder überträgt. Um die dortigen Staatsordnungen zu beschreiben, genügt es nicht, deren Verfassungsgesetze zu studieren. Diese halten sich ohnehin mehr oder weniger an die Muster des Konstitutionalismus und Parlamentarismus, wie er im 19. und 20. Jahrhundert in den westeuropäischen Staaten entwickelt wurde.

Doch die Verfassungswirklichkeit in Südosteuropa ist andere Wege gegangen. Das gilt selbst für das vom Kommunismus verschont gebliebene Griechenland. Dort ereigneten sich Verfassungs- und Staatskrisen sowie diktatorische Systeme. Dieser Sachverhalt wurde von der staatswissenschaftlichen Forschung lange Zeit übersehen und hat zu großen Verwirrungen geführt. Inzwischen wissen wir, daß wir mit den geläufigen wissenschaftlichen Begriffen bestenfalls als Hülsen arbeiten können, in die ein anderer Inhalt gegossen werden muß. Damit beschäftigen wir uns nunmehr vordringlich.

Das Interesse konzentriert sich auf die sozialen Voraussetzungen und Bedingungen des modernen Verfassungsstaates: Wie kommt staatliche Macht zustande, wenn sie nicht auf dem Ernstfall der Gewalt beruht, bzw. sich darauf berufen kann? Welche Leistungen müssen erbracht werden, um die Stabilität einer staatlichen Ordnung zu gewährleisten? Wovon hängen innere Friedenssicherung und Friedenserhaltung, ab, wie kann staatliche Integration auf Dauer gewährleistet werden? Welche gesellschaftlichen Kräfte sind notwendig, um die Einstellung der Bevölkerung zum Staat auf Dauer zu erhalten?

In Südosteuropa war Jahrhunderte lang der "Staat" als der Gegner, und zwar nicht nur als der soziale und politische, sondern gerade als der nationale Gegner und Feind schlechthin empfunden worden. Das "Volk" hatte die Fremdherrschaft nicht nur abgelehnt und bekämpft, es hatte sich gesellschaftliche Rückzugspositionen ausgebaut, die sozusagen in einer staatsfreien Sphäre existierten. Wenn in den rezipierten Verfassungen nunmehr Freiheit des Einzelnen gegen den Staat verheißen wurde, wenn es unantastbare Grundrechte mit vorstaatlicher Geltungskraft geben sollte, so wurde dies im Extremfall als ein Freibrief für jegliche Art von Obstruktion und Anarchie empfunden. Eine staatstragende soziale Schicht war noch nicht vorhanden und entwickelte sich auch nicht aus dem Bauerntum, das den neuen Staaten weitgehend beziehungslos gegenüberstand. Der "Staat" blieb im "Besitz" kleiner pseudo-bürgerlicher Gruppen. Nicht anders verhält es sich mit der Einstellung zu den politischen Parteien. Nach der Idee des Parlamentarismus sollten sie als Mittler der fluktuierenden politischen Meinungen dennoch in den Grundfragen der politischen Moral, des Verhältnisses zur parlamenta-

risch-demokratischen Regierungsform und ihrer ausdrücklichen wie stillschweigenden gesellschaftlichen und ideellen Voraussetzungen einig sein. Ihre Gegensätze sollten nicht absolut sein und nicht den Rahmen der sozialen und nationalen Einheit sprengen. Die Parteien sollten zwar partielle Interessen, diese aber doch als Bestandteile des anerkannten allgemeinen Interesses vertreten.

Nichts von alledem war bei der Einführung des Parlamentarismus in Südosteuropa gegeben, bzw. eingeübt. Wir erleben es zwar in den letzten Jahrzehnten auch bei den westlichen Demokratien, daß der Parlamentarismus an der schwindenden Übereinstimmung in seinen Grundlagen zu leiden beginnt und in eine Krise geraten ist: In Südosteuropa bestand diese Krisenlage von Anfang an.

Wie immer man die gegenwärtige Lage der politischen Entwicklung Südosteuropas theoretisch verstehen kann: Wir haben es mit politischen Wandlungsprozessen großen Ausmaßes zu tun. Sie erstrecken sich auf alle Gebiete, wobei sicherlich der Wandel in den wirtschaftlichen Bereichen am problematischsten ist. Doch auch in sozialpolitischer und soziokultureller Hinsicht stehen wir vor enormen Veränderungen. Sie lassen sich kaum systematisieren. Ich will dergleichen auch gar nicht erst versuchen, sondern mich mit einigen theoretischen Überlegungen begnügen.

Der Begriff des sozialen Wandels ist allumfassend. Mit ihm werden sämtliche strukturellen Veränderungen in sozialen Systemen erfaßt. Sprechen wir dagegen von politischem Wandel, so empfiehlt es sich, das Augenmerk auf den Unterschied zwischen zielgerichtetem und ziellosem Wandel zu richten. Der letztere vollzieht sich überall, wo politisch gehandelt wird. Dagegen haben wir es bei der Lösung von bestimmten Aufgaben mit zielgerichtetem Wandel zu tun. Es ist der Bereich des staatlichen Wandels im engeren Sinne.

Uns interessieren in diesem Zusammenhang Formen von Transformationsprozessen, d.h. von politischen Prozessen, mit denen bestimmte politische Ziele beim Übergang von älteren zu neueren Strukturen verfolgt werden. Sie gehören also zum Typus der Übergangsgesellschaften. Macht man sich von der Spezifizierung des Übergangs von kapitalistischen zu kommunistischen Produktionsweisen frei, so lassen sich Übergangsgesellschaften als Übergang von vorindustriellen zu industriellen Produktionsweisen, von ständischen zu bürokratischen Strukturen, aber auch von ländlichen zu städtischen Gesellschaften definieren. Damit sind wir wieder bei der Eigenart der südosteuropäischen Gesellschaften und dem Staatsverständnis in diesen Gesellschaften angelangt.

Angesichts der Tatsache, daß eine auch nur einigermaßen erschöpfende Behandlung in den vorgegebenen zeitlichen Grenzen nicht möglich ist, werde ich mich auf das Thema der nationalen Integration beschränken.

Kaum ein zweiter Forschungsgegenstand hat in den letzten Jahrzehnten so großes Aufsehen erregt und so große Fortschritte gemacht wie "nation building" oder nationale Integration. Wir haben es dabei mit unterschiedlichen Prozessen nationaler Gesellschaftung, Gemeinschaftsbildung und Gemeinschaftsbindung zu tun, mit Prozessen der nationalen

Erweckung und Pflege, insgesamt also mit nationaler Integration. Ehe sich soziale Beziehungen zu dauerhaften Komplexen zusammenfinden, müssen mehrere Stufen von integrativen Prozessen durchlaufen werden. Richtig ist, daß der Integrationsbegriff in den verschiedensten Zeiten eine ausufernde Karriere durchgemacht hat. Jüngster Fall ist die europäische Integration, in der sich höchst unterschiedliche Sozialisationsvorgänge begegnen. Im Vordergrund steht die wirtschaftliche Integration, von der man spricht, wenn a) beteiligte Volkswirtschaften über den Markt zusammenwachsen, Wirtschaftspolitiker sich miteinander abstimmen und gemeinsame supranationale Organisationen bilden, b), wenn Kosten- und Nutzen-Überlegungen zu gemeinsamem Handeln führen. In dem Maße wie die modernen Industriegesellschaften miteinander kooperieren, entstehen laufend wirtschaftliche Kooperationen verschiedenster Art und Größe, in denen Integration stattfindet. Der Europäische Markt empfiehlt sich als die modernste Form solcher wirtschaftlicher Integrationsvorgänge.

Neben den ökonomischen haben sich politikwissenschaftliche Ansätze in den letzten Jahren immer mehr durchgesetzt. Eine herausragende Beachtung finden die weltweiten Verflechtungen von Staaten, Regierungen und subgouvernementalen Akteuren, das Zusammenwachsen oder Auseinandergehen föderativ angelegter politischer Einheiten und der Sonderfall des nation building-Konzepts.

Kommen wir zurück zum nationalen Integrationsbegriff. Man kann davon ausgehen, daß Gesellschaften um so mehr der Integration bedürfen, je komplexer sie sind. Es wird angenommen, daß nationale Gesellschaften ebenso wie gesellschaftliche Teilgebilde oder Teilsysteme die Tendenz haben, sich immer mehr zu differenzieren, indem sie neue und weitere Strukturen ausbilden. Es kann aber auch vorkommen, daß durch politische Machteinwirkung oder im Wege von Verhandlungen und Übereinkommen unterschiedliche gesellschaftliche Gebilde miteinander verbunden werden. In allen solchen Fällen kann es zwischen den Teileinheiten zu konfliktären Beziehungen kommen, die ihrerseits vielfache Ursachen haben. Man kann aber auch annehmen, daß im Extremfalle zwischen den Teileinheiten überhaupt keine Beziehungen zustande kommen. In jedem Falle kann es im Interesse herrschender Gruppen, Eliten, Klassen, Einzelpersonen, aber auch im Interesse aller Beteiligten als wünschenswert und notwendig erscheinen, Beziehungen herzustellen, Konflikte zu minimieren, modi vivendi des Zusammenlebens zu finden usw.

Die allgemeinste Vorstellung von nationaler Integration scheint darauf hinzuzielen, die vielfachen Unterschiede und Gegensätze im ersten Schritt zu verdeutlichen und im zweiten Schritt nach ihren Ursachen zu fragen. Von der öffentlichen Kommunikation wird beispielsweise erwartet, daß sie zumindest den ersten und zweiten Schritt bewältigen hilft. Ob sie sogar zum dritten Schritt, nämlich der Aussöhnung der Gegensätze und der Konfliktlösung, fähig ist, muß bezweifelt werden.

Integration kann aber auch als Zivilisationsprozeß verstanden werden. In Anlehnung an Alfred Weber verstehen wir darunter die in allen Kulturen mögliche und beobachtbare Aneignung von Kenntnissen zum Um-

gang mit der Technik im allgemeinsten Verständnis, also unter Einfluß von Sozial- und Humantechniken. Es handelt sich also um die Befähigung der Menschen, sich zu organisieren und in Organisationen zu leben, wozu insbesondere Disziplin, Anpassung, aber auch Durchsetzungsvermögen gehören, von der Definition und Artikulation von Interessen abgesehen. Man kann auch von sekundären Systemen sprechen. Gleichwertig ist die Fähigkeit der sprachlichen Verständigung, wobei es in hochentwickelten Kulturen nicht um die Fähigkeit des Lesens und Schreibens geht, sondern um die Beherrschung unterschiedlicher Sprachcodes.

Nationale Integration bedeutet also Integration einer gegebenen Gesellschaft unter der Leitidee einer bewußten Zusammengehörigkeit. Wesentlich ist, daß diese Zusammengehörigkeit als "natürlich" empfunden wird. Natürlich muß hierbei freilich in Führungszeichen stehen, denn es gibt im exakten Sinne keine natürlichen Nationen. Nationen sind keine Schöpfungen der Natur, sondern des sozialen, kulturellen, religiösen, vor allem aber des politischen Willens. Gelingen ist die Schöpfung, wenn wir eine bestehende nationale Einheit oder Eigenart als "natürlich" empfinden. Wir bilden uns ein, daß es schon immer so gewesen sei und auch immer so sein werde. Wir meinen, daß sich in der nationalen Eigenart etwas Ursprüngliches, etwas Natürliches ausspricht. Merkmale dieses "natürlichen" Zusammengehörigkeitsbewußtseins oder Gefühls können sein: gemeinsame Sprache, Rasse, wobei dieser Begriff so unscharf wie nur eben denkbar zu fassen ist, Religion oder erlebte und reflektierte Geschichte, akutes Zusammenleben, schließlich sogar Zukunftserwartungen, also sozusagen ein in die Zukunft hinein entworfenes Bild nationaler Übereinstimmung oder nationaler Gemeinsamkeit, schließlich soziale und politische Herrschaftsordnungen, also nicht zuletzt Staat.

Wir verstehen somit Nation in dieser Sicht als ein soziales Gebilde mit einer Anzahl von Merkmalen, die je nach nationaler Eigenart zu beschreiben sind. Für Südosteuropa bedeutet dies:

Erstens: Wir haben es mit den sich herausbildenden Strukturen zu tun, also nicht mit primären oder ursprünglichen Gruppen wie Familie, Verwandtschaft, Schule, sondern mit höher strukturierten Einheiten. Sekundäre Strukturen sind also komplexe, zusammengesetzte soziale Gebilde, nicht etwa - wie vielfach angenommen wird - ein überdimensionales Kleingebilde oder eine überdimensionale Kleingruppe wie etwa eine Familie, eine Sippe oder ein Stamm. Wesentlich ist, daß die in der Nation integrierten Strukturen und Verhaltensmuster eine neue Ausrichtung, eine neue Zuständigkeit oder Wertigkeit erlangen. Dies ist in Südosteuropa nur partiell gelungen.

Zweitens: Nationen sind gerade in Südosteuropa vielfach "gemacht" worden. So wurde etwa aus politischen Gründen von Wien aus gegen die ungarische Nation das Entstehen einer rumänischen Nation begünstigt. Man kann durch Verwaltung, durch staatliche Politik Nationen geradezu planen: ein Vorgang, den wir heute im Weltmaßstab beobachten. In den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern entstanden Nationen sozusagen auf dem Reißbrett. Auf dem Boden geographischer

Grenzen, die durch die abgelöste Kolonialherrschaft vorgegeben sind, sollen Nationen entstehen, unbeschadet der außerordentlich divergenten, voneinander abweichenden ethnischen Sonderformen. In Südosteuropa läßt sich das "Machen" von Nationen nach dem Ersten Weltkrieg geradezu exemplarisch nachweisen. Die Nachfolgestaaten der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und des Osmanischen Reiches beruhen auf politischen Zwecken und Zielen, die von außen in das ethnische "Material" hineinwirken. Die Folgen in Europa kulminieren z.B. im blutigen Zerfall Jugoslawiens und bei der Auflösung der Tschechoslowakei.

Drittens: Insgesamt ereignete sich nationale Integration in Südosteuropa vornehmlich vom beginnenden 19. Jahrhundert an. Die Prozesse der Verstaatung, die in Mittel- und Westeuropa bereits im Mittelalter begannen, wurden durch die bestehenden Reichsordnungen der Osmanen und Österreicher zunächst aufgehalten. Die Nationalisation mußte dort im Gegensatz zum anderen Europa der Staatwerdung vorauslaufen. Diese Umkehrung der Reihenfolge hat u.a. zur Folge, daß nationale Integration in Südosteuropa noch mitten im Werden ist, wir können diesen Prozeß heute offen verfolgen. Wenn sich in der politischen Wissenschaft der Begriff der Verspätungserscheinung durchgesetzt hat, so sind die Staaten Südosteuropas dafür ein vorzügliches Beispiel.

Viertens: Im balkanischen Teil Südosteuropas ist nationale Integration durch Kleinräumigkeit erschwert. Deren unterschiedliche Strukturen, die Bildung von Sonderformen aller Art, die kommunikative Unzulänglichkeit, alles das wirkte einer zentralen und integralen nationalen Staatsbildung entgegen. In balkanischen Rückzugsgebieten existieren noch heute frühbäuerliche Isolate, die sich höchstens bis zur Sippenebene entwickeln konnten.

Fünftens: Im Gegensatz zu dieser kleinräumigen Sozialisation gewinnt die Urbanisierung mit ihren sozialen Folgen immer mehr an Gewicht. Die entstehenden städtischen Zentren leiden unter sozialer "Entwurzelung" durch subproletarische Gruppen. Die Folgen sind Verhaltensbrüche und sozialmoralische Defizite. Das Problem hat inzwischen weltweite Bedeutung erlangt, Südosteuropa ist aus diesen Perspektiven nur ein "harmloser" Fall gegenüber dem, was wir etwa in Bagdad, Kairo, Delhi, Mexico-City oder in anderen groß- und hauptstädtischen Zentren der exkolonialen Neustaaten vor uns haben.

Sechstens: Ein weiteres Phänomen. Im Gegensatz zur mittel- und westeuropäischen Entwicklung konnte sich in Südosteuropa ein vergleichbares nationales Bürgertum nur im Ansatz entwickeln. Dem nationalen Aufbruch fehlte also die breite gesellschaftliche Basis. In den dem Westen benachbarten Gebieten Südosteuropas, also in Ungarn und in anderen Teilen der ehemaligen Donaumonarchie, lagen die Verhältnisse ähnlich. Auch dort waren die städtischen Schichten gesellschaftlich überfremdet. Das Problem bestand dort im Konflikt zwischen Reichs- und Nationalbewußtsein. In diesen pseudobürgerlichen städtischen Schichten stritten diese zwei politischen Kulturziele miteinander um die Vorherrschaft. In bezug auf Ungarn muß ferner auf die besondere Be-

deutung des Kleinadels als Ferment der nationalen Integration hingewiesen werden.

Siebtens: Die Rolle des Militärs umfaßt die Tradition des Freischärkertums. Der politische Affekt des Freischärlers oder Partisanen ist primär antistaatlich und antistädtisch; da er weitgehend kleingruppenhaft empfindet, ist sein Verständnis von Nation beschränkt. In der Auswirkung haben wir es mit einem fast gegenläufigen Problem zu tun, das zwar den Namen "nationale Integration" trägt, sie aber faktisch verhindert.

Achtens: Ich komme zur Verwaltung. Aus der Sicht von Nationalisation und staatlicher Integration kommt ihr eine nicht hoch genug zu schätzende Bedeutung zu. Wie Herr Sundhausen im Detail ausgeführt hat, ist es die Inkompetenz des Verwaltungspersonals, das die Entwicklung von effektiven staatlichen Organen verhindert oder doch wenigstens erschwert. Wenn man bedenkt, welche Aufgaben die staatliche Verwaltung und die zahlreichen sonstigen Verwaltungen in den modernen pluralistischen Systemen zu bewältigen haben, und welche Fehlleistungen wir auch dort zu beklagen haben, wird es erst so richtig einsichtig, was die Verspätung der staatlichen Gestaltwerdung in Südosteuropa bedeutet.

An dieser Stelle darf ich auf ein weiteres Defizit hinweisen. Die moderne Verwaltung ist ohne die Entfaltung der Verwaltungswissenschaft, wie sie sich im Westen vollzogen hat, nicht denkbar. Es ist kaum vorstellbar, daß in Südosteuropa diese weitere Verspätung in angemessener Zeit eingeholt werden wird. Was diese Herausforderung unseres Wissenschaftssystems bedeutet, sei nur am Rande betont.

Neuntens: Zu alledem spielen die politischen Parteien eine verhängnisvolle Rolle. Freilich haben wir es hierbei mit sehr unterschiedlichen Prozessen zu tun. Ohne problematische Verkürzungen läßt sich ihre Bedeutung im Nationalisationsprozeß nicht darstellen. Vor allem ist zu bedenken, daß das Parteiwesen von Anfang an unter dem Druck defizitärer demokratischer und bürokratischer Erfahrungen stand und eher Erfahrungen mit diktatorischen Formen sammeln mußte. Die Defizite des Verwaltungs- und Parteibildungsprozesses schaukeln sich zu einer schwer überwindbaren Barriere der modernen Staatsbildung auf.

Ich fasse zusammen. Der Staat als Transformationsagent konnte sich erst spät ausformen. Was wir gegenwärtig in Südosteuropa erleben, läßt sich mit den Instrumenten der mittel- und westeuropäischen Staatstheorien nur unvollkommen erklären. Der Fall Jugoslawien zeigt, wie dünn die Schicht der modernen staatstragenden und staatserhaltenden Verhaltensstrukturen noch ist. Wir erleben einen Rückfall in vorstaatliche Verhältnisse der unregelmäßigen Machtkämpfe rivalisierender Gruppen. Selbst wenn es in absehbarer Frist gelingen sollte, Jugoslawien zu befrieden, werden auch die anderen Länder noch längere Zeit unter den Folgen dieses Bürgerkriegs zu leiden haben. Davon ist besonders der Transformationsprozeß betroffen. Dies um so mehr, als vordringlich akute ökonomische Probleme zu lösen sind, hinter denen die Prozesse der nationalen Integration und Staatwerdung für längere Zeit zurückstehen werden. Von den übrigen Europäern muß erwartet werden, daß

sie mit Geduld, Wohlwollen und Hilfe die weitere staatliche Entwicklung in Südosteuropa begleiten.

Die orthodoxe Kirche im Kontext des Umbruchs in Europa

1. Eine panorthodoxe Bekundung

In Erinnerung an den Sieg der Ikonenfrömmigkeit bzw. der Orthodoxie über die Häresie begeht die orthodoxe Kirche seit dem 19. Februar des Jahres 842 alljährlich zu Beginn der Großen Fastenzeit vor Ostern, am Sonntag der Orthodoxie, das Fest ihrer Identität. An der Schwelle zum dritten christlichen Jahrtausend und zu Beginn einer neuen Phase der Konsolidierung der orthodoxen Kirchen nach dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" haben ihre Ersthierarchen auf diesem großen Fest, das am 15. März 1992 im Phanar stattfand, dem Sitz des Ökumenischen Patriarchen, zum erstenmal in der Geschichte der Orthodoxie nach vorausgegangenen Konsultationen und Beratungen in einer gemeinsamen Eucharistiefeyer, in der in beeindruckender Weise die Einheit der orthodoxen Kirche sichtbar wurde, in einer Botschaft "die Zukunft der Menschheit und der ganzen Schöpfung ins Auge" zu fassen versucht.¹

Unter völlig anderen Bedingungen, wenn auch aus derselben Sorge um die innerorthodoxe Zusammenarbeit und die schmachliche Spaltung der Kirchen, die dem Gebot Christi widerspricht (vgl. Jo 17, 21), und die der Bewältigung gegenwärtiger Probleme im Wege steht, ergriff zu Beginn unseres Jahrhunderts das Ökumenische Patriarchat die Initiative und versuchte 1902 die orthodoxen Ortskirchen mit einer Enzyklika aus der Isolation, in die sie durch das politische Schicksal ihrer Länder geraten waren, herauszuführen und den Dialog mit den anderen Kirchen anzubahnen.² Auch die späteren Versuche in den zwanziger³ und dreißiger⁴ Jahren haben infolge der politischen Ereignisse nicht zum Erfolg geführt, bis es dem Ökumenischen Patriarchen Athenagoras in den sechziger Jahren trotz der babylonischen Gefangenschaft des größten Teils der

¹ Vgl. A. Kallis, Einheit - Versöhnung - Solidarität: Eine orthodoxe Reaktion auf die Probleme der Zeit: in: Ökumenische Rundschau 4 (1992) 361-369; Botschaft S. 365-369; Zitat S. 366.

² Die Patriarchale und Synodale Enzyklika von 1902 über die Beziehungen der Autokephalen Orthodoxen Kirchen und anderer allgemeiner Probleme. Die Antworten der Heiligen Orthodoxen Kirchen und die Erwiderung des Ökumenischen Patriarchats, Istanbul 1904 (griech.).

³ Vgl. Akten und Entscheidungen des Panorthodoxen Kongresses von Konstantinopel (10. Mai-9. Juni), Istanbul 1923 (griech.).

⁴ Vgl. Akten des Präliminaren Ausschusses der Heiligen Orthodoxen Kirchen zusammengekommen auf dem Heiligen Großen Kloster Vatopedi des Heiligen Berges (8.-23. Juni), Istanbul 1930 (griech.).

orthodoxen Kirchen unter der Diktatur des Kommunismus gelang, die Panorthodoxen Konferenzen einzuberufen, die die erste Etappe der orthodoxen Kirche auf dem Weg zu ihrem "Heiligen und Großen Konzil" darstellen.⁵

Die Anliegen, die sich auch im Themenkatalog des Konzils widerspiegeln, sind im Prinzip dieselben geblieben; die Situation jedoch hat sich in den letzten Jahren völlig unerwartet grundsätzlich geändert. Ein Treffen aller Vorsteher der orthodoxen Kirchen wäre noch vor wenigen Jahren kaum vorstellbar gewesen. Isoliert durch die politische Situation konnten sich die meisten orthodoxen Kirchen nicht frei entfalten, auf die Herausforderung der Zeit angemessen reagieren und auf Weltebene als eine Kirche unbefangen auftreten.

Das 20. Jahrhundert war für die orthodoxe Kirche eine Epoche schwerer Prüfungen und Demütigungen.

Das Ökumenische Patriarchat, durch dessen geistliche Fürsorge das Oströmische Reich geistesgeschichtlich bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts fortlebte, wurde in der Türkei auf Konstantinopel und seine Umgebung eingeengt, nachdem infolge des griechisch-türkischen Krieges (1919-1922) anderthalb Millionen Griechen Kleinasien, die einstige Stätte der Blüte der Patristik und des Mönchtums, verlassen mußten. Selbst Konstantinopel, das von 330 bis zum Oktober 1923 ununterbrochen eine wahrhaft ökumenische Metropole war, in der damals 364000 Griechen lebten, entwickelte sich als Istanbul zu einer muslimischen Großstadt, in der heute kaum 3000 Griechen leben.

Die bolschewistische Revolution von 1917 verwandelte die einzige orthodoxe Großmacht, Rußland, auf das die orthodoxen Völker ihre Hoffnungen richteten, zu einem atheistischen Staat, der auf die Vernichtung der Kirche aus war. Der Zweite Weltkrieg, der das Vordringen der Sowjetunion nach Mittel- und Südosteuropa verursachte, dehnte die kommunistische Herrschaft auf vier Fünftel der Orthodoxie aus.

Die politische Entwicklung im Nahen Osten und in Ägypten brachte auch die anderen alten Patriarchate in Bedrängnis.

Die Liste der Ersthierarchen der Orthodoxie, die vom 13.-15. März 1992 im Phanar zur Beratung zusammengekommen waren, weist auch darauf hin, daß noch nicht alle orthodoxen Kirchen sorgen- und handlungsfrei sind. So ließen sich der Katholikos Patriarch von Georgien durch den Ökumenischen Patriarchen und der Erzbischof von Zypern durch den Patriarchen von Alexandrien vertreten, während die orthodoxe Kirche Albaniens, die sich z.Zt. im Wiederaufbau befindet, nicht offiziell vertreten war.

An der Schwelle zum dritten christlichen Jahrtausend wird die orthodoxe Kirche mit neuen, schwerwiegenden und dringenden Problemen konfrontiert, denen sie "als ein Leib begegnen will".⁶

Ekklesiologisch und ökumenisch relevant erscheinen mir vorab das Vorgehen und die Art der Zusammenkunft, die einen liturgisch-euchari-

⁵ Vgl. A. Jensen, *Die Zukunft der Orthodoxie*, Zürich-Einsiedeln-Köln 1986.

⁶ Botschaft (Anm. 1), 366.

stischen Charakter hat. Der feierliche Abschluß der Beratungen am Sonntag der Orthodoxie unterstreicht diesen Charakter. Zwar stellt das Treffen in seiner Form ein Novum in der Geschichte der Orthodoxie dar, doch in der Sache entspricht es völlig ihrem Kirchenverständnis. Der nach dem altkirchlichen Rangordnungssystem Erste, der primus inter pares im Liebesbund der orthodoxen Kirchen, ergreift die Initiative, konsultiert die anderen Kirchen, lädt zur Versammlung ein und steht ihr vor. In ihrer Art kommt die Zusammenkunft einem Konzil der orthodoxen Kirchen gleich. Die "im Heiligen Geist zusammengekommen(en)"⁷ Hierarchen beraten eingehend und verabschieden revidiert einen Text, den zwei Wochen zuvor Vertreter ihrer Kirchen im Kloster der "Menschenliebenden Allheiligen" in Ormylia auf der Halbinsel Chalkidike entworfen hatten, und lassen ihn bei der Festliturgie nach der Lesung des Evangeliums (Jo 1, 44-52) durch den Hauptidekretär der Synode des Ökumenischen Patriarchats, den Metropolitan Meliton von Philadelphia, verkünden.

Rückblickend stellen sie fest, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt, der im 20. Jahrhundert einen großen Aufschwung erfuhr, nicht nur die Macht, sondern auch die Ohnmacht des Menschen gezeigt hat, der dabei ist, in seinem Frevel sich selbst und die Schöpfung zu zerstören. Das Scheitern der anthropozentrischen Ideologien, die den Menschen in eine Existenzkrise geführt haben, empfinden die orthodoxen Kirchen als eine Herausforderung, in aller Demut, Liebe und Zuversicht Rechenschaft über ihre Hoffnung abzulegen.⁸

Diese Verantwortung, vor allem vor den jungen Menschen, fordert die orthodoxen Kirchen zunächst zu einer tieferen geistlichen Einheit und kanonischen Ordnung auf, die der orthodoxen Ekklesiologie entspricht. Die in der Vergangenheit bisweilen geduldete Sondersituation einiger Gruppen, die vor allem in der Zeit der Bedrängnis entstanden, verdient nach der Veränderung der politischen Lage in Osteuropa keine Entschuldigung mehr. Separatistische Bewegungen werden scharf verurteilt, der Häresie gleichgestellt, und daher fordern sie bei ihrer Begegnung die Solidarität aller orthodoxen Kirchen.⁹ Es liegt sicher in der Logik des ökumenischen Dialogs, daß diese Entscheidung nicht ohne Konsequenzen für die Haltung der anderen Kirchen, die im Dialog mit der orthodoxen Kirche stehen, bleiben darf, denn es verstößt gegen den Geist des Dialogs und der Solidarität, wenn sie zugleich mit solchen Gruppen, die gegen die orthodoxe Kirche vorgehen, ökumenische Kontakte pflegen oder sie auch finanziell unterstützen.

Dies um so mehr, als einige orthodoxe Kirchen die enttäuschende Erfahrung machen, daß Kirchen, mit denen sie im guten Glauben im ökumenischen Dialog stehen, nicht nur weder Solidarität noch brüderlichen Beistand, nicht einmal Verständnis für ihre schwierige Lage zeigen, sondern den politischen Umsturz nutzen, um mit ihrer überlegenen Finanz-

⁷ Ebd. 365.

⁸ Ebd. 366.

⁹ Ebd.

kapazität zu Lasten der orthodoxen Kirche zu missionieren.¹⁰ Es geht gewiß nicht um die Teilung der Welt in Einflußsphären bestimmter Kirchen, die das Evangelisierungsmonopol hätten - orthodoxe Kirchen haben im 20. Jahrhundert aus pastoralen Gründen mehrere Bistümer in Westeuropa errichtet -, sondern um die systematisch-progressive "Evangelisation" unter orthodoxen Christen. Proselytismus und Uniatentum, die früher das Verhältnis der Kirchen vergiftet haben, erfahren anscheinend in einigen Gebieten eine neue Blüte. Dies hat dazu geführt, daß der "Dialog der Wahrheit", den die orthodoxe und die katholische Kirche 1980 aufgenommen haben, trotz beachtlicher Fortschritte¹¹ zum Erliegen gekommen ist bzw. seine Fortführung von der Klärung der Streitfrage des Uniatentums abhängt.¹² Dennoch läßt die Botschaft indirekt eine Hoffnung für die Ökumene erkennen, wenn die Kirchen, die hier angesprochen werden, nicht allgemein genannt werden, sondern "bestimmte Kreise im Schoße der Römisch-Katholischen Kirche" und "bestimmte Fundamentalisten und Protestanten".¹³

Der Bezug schließlich auf die Entwicklung des ÖRK¹⁴ unterstreicht die "Überlegungen", die "die östlich-orthodoxen und die orientalisch-orthodoxen Delegierten und Teilnehmer" an die Siebte Vollversammlung des ÖRK in Canberra (1991) gerichtet haben.¹⁵

Von dieser innerorthodoxen bzw. innerkirchlichen Betrachtung ausgehend wendet sich die Botschaft einer Reihe von "allgemeinen Problemen der gegenwärtigen Welt" zu, die den Menschen und die Schöpfung betreffen.¹⁶

Zwar wird grundsätzlich der Fortschritt der Technologie und der Wissenschaften begrüßt, zugleich jedoch auf das Fehlen der ethischen Dimension im Umgang mit den neuen Erkenntnissen und Möglichkeiten hingewiesen, das dazu führt, daß die Würde des Menschen als Person, die soziale Gerechtigkeit, der Frieden und die Integrität der Schöpfung in Gefahr geraten. Die Versammlung nimmt eine frühere Initiative des Ökumenischen Patriarchen auf und empfiehlt allen Orthodoxen, den Beginn des Kirchenjahres, den 1. September, als ein Fest der Schöpfung zu begehen.¹⁷

¹⁰ Ebd. 367.

¹¹ Vgl. Gemeinsame Kommission der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland und der römisch-katholischen Kirche in Deutschland, *Die Eucharistie der einen Kirche. Liturgische Überlieferung und kirchliche Gemeinschaft*, Bonn 1989.

¹² Vgl. Botschaft (Anm. 1) 367.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd. 368.

¹⁵ Überlegungen orthodoxer Teilnehmer gerichtet an die Siebte Vollversammlung, in: W. Müller-Römheld (Hrsg.), *Im Zeichen des Heiligen Geistes. Bericht aus Canberra 1991. Offizieller Bericht der Siebten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen*, 7. bis 20. Februar 1991 in Canberra/Australien, Frankfurt/Main 1991, 280-282.

¹⁶ Botschaft (Anm. 1) 368.

¹⁷ Ebd.

In dieser Betrachtung der gesellschaftspolitischen Entwicklung im ausgehenden 20. Jahrhundert äußern die Ersthierarchen der orthodoxen Kirchen ihre tiefe Betroffenheit "Über den brudermordenden Konflikt...in Jugoslawien und alle seine Opfer. Wir sind der Auffassung", fahren sie fort, "daß er von den Leitern der römisch-katholischen Kirche und von uns allen besondere Vorsicht, pastorale Verantwortung und gottgegebene Weisheit verlangt, wenn der Mißbrauch der religiösen Empfindungen durch politische und nationale Anliegen verhindert werden soll."¹⁸ Daher begrüßen sie jede Initiative, die zur Versöhnung und Einheit führt, konkret insbesondere die Bemühungen um die Einheit Europas, und erinnern an die östliche Dimension Europas und die Bedeutung der Orthodoxie für das Vereinte Europa, zu dem eine große Anzahl orthodoxer Völker gehört. "Es darf nicht in Vergessenheit geraten", mahnen sie, "daß die Länder Südosteuropas mehrheitlich von orthodoxen Völkern bewohnt werden, die entscheidend zur Gestaltung der europäischen Kultur und des europäischen Geistes beigetragen haben. Diese Tatsache macht unsere Kirche zu einem bedeutungsvollen Faktor in der Gestaltung des Vereinten Europa und mehrt ihre Verantwortung."¹⁹

2. Ein (west)europäisches Mißverständnis

Dieser Hinweis ist wohl berechtigt, denn der Begriff eines Europas, das mit dem Abendland gleichgesetzt wird²⁰, erfährt eine Verengung, die man keineswegs nur unter der einfachen Bevölkerung antrifft, sondern sie ist, wie die Diskussion um die blutige Auseinandersetzung im auseinanderbröckelnden Jugoslawien zeigt, auch unter Intellektuellen im Westen weit verbreitet. Bei der Analyse der genetischen Ursachen des Konflikts und der Suche nach Perspektiven einer friedlichen Zukunft geht man gewöhnlich selbstverständlich davon aus, daß Slowenien und Kroatien zu Europa gehören, dagegen wird Serbien mit seiner byzantinisch-orthodoxen Kulturtradition als ein fremdes Element im Leib Europas hingestellt. Die deutsche Presse gibt hier ein augenfälliges Zeugnis für einen Prozeß der Entfremdung zwischen West- und Osteuropa und trägt zusammen mit einer historisch unreflektierten Politik dazu bei, daß eine Mauer des Mißtrauens und der Ressentiments zwischen den Völkern aufgerichtet wird, deren Beseitigung schwerer sein dürfte als das Abreißen der Berliner Mauer. Mitten durch Jugoslawien verläuft die kulturelle Grenze zwischen Ost- und Westeuropa, die eine gemeinsame Mutter haben, die griechisch-römische Kulturtradition in ihrer existenziellen Verbindung mit der christlichen Offenbarung.

¹⁸ Ebd. 369.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. A. Kallis, *Teilweise anders. Europa in orthodoxer Sicht*, in: *Projekt Europa 1992*, Nr. 17, S. 9-16 (Die Zeitschrift erscheint auch in französischer [Objectif Europe] und englischer [European Vision] Sprache).

Auf die Haltlosigkeit dieser Monopolisierung des Europabegriffs wies auch ein Mann hin, dem Deutschland an erster Stelle seine Wiedervereinigung und die Völker der ehemaligen sozialistischen Staaten ihre Freiheit in einem demokratischen Staatssystem verdanken. Ein Jahr von den Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Christianisierung Rußlands im Jahr 988 meinte Michail Gorbatschow: "Einige Leute im Westen versuchen, die Sowjetunion aus Europa 'auszuschließen'. Von Zeit zu Zeit setzen sie wie aus Versehen 'Europa' mit 'Westeuropa' gleich. Solche Tricks können jedoch die geographischen und historischen Gegebenheiten nicht verändern...Das alte Rußland war durch das Christentum mit Europa verbunden, und die Tausendjahrfeier seiner Verbreitung im Land unserer Vorfahren wird das nächste Jahr kennzeichnen."²¹

Es ist doch besonders bemerkenswert, daß gerade ein Marxist und Atheist auf die kulturelle Dimension Europas hinweist, zu dessen Identität er das Christentum rechnet. Dagegen spielen bei den neueren Konzeptionen der Einheit Europas, die im Westen entworfen und verfolgt werden, mehr pragmatisch-materialistische Erwägungen die ausschlaggebende Rolle. Militärisch-strategische Gesichtspunkte und eng damit verbunden politisch-ökonomische stellen die Antriebskräfte für den Aufbau einer Interessengemeinschaft dar, die den Frieden und Wohlstand sichern soll. Und wenn man sich auf die geistig-kulturelle Dimension besinnt, orientiert man sich nicht an der europäischen, sondern an der westeuropäischen Kulturtradition.

Wenn z.B. alljährlich die Stadt Aachen an Persönlichkeiten, die um die europäische Einigung besondere Verdienste erworben haben, den Karlspreis verleiht und dem Preisträger eine Medaille mit dem Bild Kaiser Karls des Großen überreicht, muß man mit Bezug auf die Geschichte des Fränkischen Reiches die Frage stellen, ob hier nicht - vielleicht unbewußt - ein Europagedanke gepflegt wird, der Osteuropa außer acht läßt. Der mit Karl dem Großen aufkeimende Europagedanke im Westen bedeutet eine Verengung des Europabegriffs, denn er schließt das oströmische Reich aus, das tief in den europäischen Kontinent ragte und die politische und kulturelle Tradition des römischen Imperiums fortgesetzt und sie auch nach Kleinasien und in die slawische Welt hineingetragen hat.

3. Die gesamteuropäische Dimension

Die friedlichen Revolutionen in den ehemaligen sozialistischen Staaten bringen die Bemühungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft um den engen Zusammenschluß von Völkern unterschiedlicher Kulturtradition, Geschichte und Mentalität unweigerlich in einer neuen Dimension, die zu einer grundsätzlichen Umorientierung in der Politik hätte führen müssen. Allerdings hat die Machtüberlegenheit des

²¹ M. Gorbatschow, *Perestroika. Die zweite russische Revolution*, München 1987, 248.

Westens bzw. die Mentalität der Überheblichkeit aufgrund des wirtschaftlichen Ungleichgewichts zur Folge, daß der Geist einer gleichberechtigten Partnerschaft fehlt, so daß der Stärkere sein System und seinen Willen durchsetzt. Der Einigungsprozeß in Deutschland, nicht nur auf gesellschaftlich-politischer, sondern selbst auf kirchlicher Ebene, gibt genügend traurige Beispiele fehlender Achtung vor der Identität des anderen, der in seiner existenziellen Not nachgeben muß.

Unabhängig davon, daß Entscheidungen aufgrund von Machtüberlegenheit nicht zur Verwirklichung einer wahren und dauernden Gemeinschaft beitragen können, muß man sich darüber hinaus fragen, ob überhaupt allein die politisch-ökonomischen Realitäten und Interessen als Fundament das gemeinsame Haus Europa tragen können.

Es wäre nicht nur unrealistisch, sondern auch dem Wesen des Menschen unangemessen, wenn man in einer Art weltentrücktem Idealismus die materiellen Bedürfnisse des Menschen und sein Streben nach Wohlstand ignorieren würde und die Gemeinschaft allein in einer geistigen Orientierung und Zielsetzung gründen wollte. Der Mensch ist weder das eine, ein geistloses Lebewesen, noch das andere, ein Geist, der in einem Leib wohnt. Eine menschengerechte Europapolitik muß die Verbindung von politisch-ökonomischen Faktoren und geistigen Wertprinzipien anstreben, die allein die Gewähr für eine wahre und beständige, krisensichere Gemeinschaft bietet.

Auf der Suche nach geistigen Wurzeln und tragenden Säulen Europas stellt sich die Frage nach gemeinsamen geistigen Grundlagen in der Vielfalt der europäischen Völker. Was verbindet eigentlich Ost- und Westeuropa, was ist verschieden zwischen beiden und worin besteht der orthodoxe Beitrag im Aufbau Europas als eine Gemeinschaft in Vielfalt und als eine Vielfalt in der Gemeinschaft.

Ausschlaggebend für die Gestaltung der Physiognomie Europas ist die schicksalhafte Verbindung der griechischen Kulturtradition mit dem Christentum. Das Auftreten einer neuen Religion und ihre rasche Verbreitung in einer kulturell griechisch geprägten Welt leitete eine neue Epoche in der Geschichte Europas ein.

Griechisches Kulturerbe und christliche Weltanschauung gehen eine Verbindung ein nach einer Auseinandersetzung ohne Sieger und Besiegte. Das inzwischen ermüdete Griechentum erhält neue belebende Impulse, während das Christentum keine jüdische Sekte bleibt, sondern Weltreligion wird. Die Verbindung dieser beiden Größen wird entscheidend für die europäische Kultur über den europäischen Kontinent hinaus, so daß europäische Identität ohne sie unmöglich ist. Zwischenzeitliche Versuche, das eine vom anderen zu trennen, sind gescheitert. Pures Christentum ohne Griechentum oder Kultur ohne Christentum als Idealformen bestimmter Epochen der Geschichte oder als Programm geistiger und sozialer Bewegungen sind zu Lasten der Menschenwürde gegangen und haben der Entwicklung Europas geschadet.

Unabhängig von der Beurteilung dieser Verbindung im Hinblick auf die Wahrung der Authentizität des christlichen Glaubens bleibt für die Identität Europas heute das Faktum wichtig, daß die griechische Kultur

in ihrer Prägung im christlichen Byzanz die geistig-kulturelle Grundlage der orthodoxen Länder Osteuropas geblieben ist. Darin unterscheidet sich der Westen mit seiner lateinischen Kulturtradition, die im römischen Katholizismus geprägt wurde.

Aufgrund unterschiedlicher Denk- und Empfindungsweisen entwickelten sich so allmählich zwei rivalisierende europäische Größen, die sich gegenüberstanden und in fruchtbarer Begegnung und teilweise auch erbitterter Auseinandersetzung ein multinationales und multikulturelles Europa formten, das in seinem geistigen Fundament eine grundlegende Einheitlichkeit aufweist. Dies gilt schon für eine Zeit, in der Europa keinen politisch-kulturellen Begriff darstellte, denn für die Byzantiner, die sich stolz Rhomäer nannten, war Europa noch im 10. Jahrhundert ein rein geographisch-verwaltungstechnischer Begriff, während man im Westen unter Europa im 6. Jahrhundert Gallien verstand. Der eigentliche kulturelle Begriff für die Einheit, die wir heute Europa nennen, dürfte die Bezeichnung "christliche Ökumene" sein, die im Osten und Westen unterschiedliche Gestalt annahm, obschon der kulturelle Austausch und die Grenze zunächst fließend waren.

Die ost-westliche Demarkationslinie, die kulturell nicht in nord-südlicher, sondern in ost-westlicher Richtung verlief, befand sich lange in Bewegung, denn die Vielvölkerwelt Südosteuropas bildete eine Art Pufferzone, in die das griechische Byzanz und das lateinisch-germanische Abendland hineinwirkten und in der sie ihren Einfluß durchsetzten. Die "christliche Ökumene" wurde hart getroffen durch den Zusammenbruch des Weströmischen Reiches im Jahr 476 n.Chr., die Entstehung des Fränkischen Reiches, die Entwicklung des Patriarchats des Westens, Roms, zu einer politischen Macht und das Schisma zwischen der Ost- und der Westkirche. Durch das Auftreten vor allem der Germanen und das Vordringen der Araber wurde die Kultureinheit der antiken Welt zerbrochen.

Das Christentum stellte zwar weiter eine Verbindung der Völker dar, doch es vermochte nicht, in der Verschmelzung des politischen Erbes der Römer mit der griechischen Kulturtradition die Einheit Europas zu verwirklichen. Der politische Bruch nahm seinen Lauf, und zwar nicht nur zwischen Osten und Westen, sondern auch durch die neu entstehenden politischen Kräfte der germanischen und slawischen Völker innerhalb der jeweiligen Hälfte.

Theologische, gesellschaftliche und machtpolitische Faktoren waren derart miteinander verwoben, daß sie in ihrer wechselseitigen Wirkung den Ablauf historischer Prozesse bestimmten. Unabhängig von der Beurteilung des byzantinischen Bilderstreites im 8. und 9. Jahrhundert dürfte darüber kein Dissens bestehen, daß die kirchen- und machtpolitischen Begleiterscheinungen dieser Auseinandersetzungen von schwerwiegender Bedeutung für die Gestaltung Europas gewesen sind. Es ging nicht mehr um Glaubensfragen, wenn Papst Gregor II. (715-131) die leere Drohung des byzantinischen Kaisers Leo III. (715-741), ihn zu verhaften, mit der Gegendrohung parierte: "Wagt Ihr es, es auf die Probe ankommen zu lassen? Wohlan, alle Völker des Westens sind bereit, an

Euch die Völker des Ostens zu rächen, denen Ihr so Unrecht tut."²² Der Kaiser rächte sich schließlich für die päpstliche Arroganz, indem er 732 das Illyrikum samt Kalabrien und Sizilien, die bis dahin kirchlich zum römischen Patriarchat gehörten, unter die Jurisdiktion des Konstantinopler Patriarchats stellte. Diese Gleichsetzung der religiös-geistigen mit den machtpolitischen Grenzen trug wesentlich zur Spaltung Europas bei, die definitiv ihren Lauf nahm, als zwanzig Jahre später, im November 753, Papst Stephan II. über die Alpen zum Hof des Frankenkönigs, Pippin des Jüngeren, ging, um eine neue Schutzmacht zu suchen. Der Bruch erreichte schließlich seinen Höhepunkt in der Weihnachtswacht des Jahres 800, als Papst Leo III. den Sohn Pippins, Karl den Großen, zum Kaiser krönte und damit Reichsverrat beging.

Die Spaltung auf der politischen Ebene war damit endgültig. Die Grenzziehung bedeutete zugleich Isolierung zweier sprachlich, kulturell, politisch und kultisch verschiedener Teile, die ihre letzten Brücken verloren, die bereits im 6. Jahrhundert die Awareneinfälle im Illyrikum empfindlich getroffen hatten. Östliches und westliches Europa entfernten sich zunehmend voneinander, indem Byzanz immer mehr griechisch-östlich wurde, während der Westen unter den starken Einfluß der Germanen geriet. Der ost-westliche Gegensatz liegt eigentlich nicht so sehr im Unterschied zwischen byzantinischer und lateinischer Kultur, sondern eher zwischen griechischer und germanischer Welt- und Lebensauffassung. Insofern ist auch das Schisma zwischen der Ost- und der Westkirche nicht die Folge dogmatischer Differenzen, sondern der Konfrontation zweier Weltanschauungen, die in der griechischen Orthodoxie und im römischen Katholizismus ihren unterschiedlichen, konkreten Ausdruck fanden.

Trotz der Reformation bleibt auch das moderne Westeuropa kulturell im Prinzip römisch-katholisch, denn es ist das Produkt der mittelalterlichen Kultur, die in der Scholastik den Höhepunkt ihrer rationalistischen und juristischen Eigenartigkeit erfuhr. In seiner geistigen Einstellung ist Westeuropa im Prinzip dem Mittelalter treu geblieben. Trotz Renaissance und Aufklärung bleiben Rationalismus und Juridismus die tragenden Säulen der westeuropäischen geistigen Strukturen, die sich insofern vom Mittelalter losgelöst haben, als der Rationalismus sich verselbständigt hat und das Gesetz keine metaphysische Dimension besitzt, sondern die herrschenden Strukturen absichert. Diese Haltung bedeutet in ihrer verabsolutierten Monopolisierung eine Gefahr für den Menschen als Person und für die Schöpfung als Gottes Werk.

²² Brief des Papstes Gregor II. an Kaiser Leo III.: H. Rahner, *Kirche und Staat im frühen Christentum. Dokumente aus acht Jahrhunderten und ihre Deutung*, München 1961, 448/449.

4. Neue ost-westliche Irritationen

In ihrer Besinnung auf die eigene Kulturtradition blicken die Völker Osteuropas kritisch auf die westeuropäische Kultur, die aufgrund der Machtkonstellationen Europas die osteuropäische Komponente verdrängte bzw. zur Entfremdung der kulturellen Identität Rußlands und der im 19. Jahrhundert neu konstituierten südosteuropäischen Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches führte.

Die unerfreulichen Vorkommnisse in Jugoslawien, Rumänien und in der Ukraine und die unbekümmert prokatholische Parteinahme des Westens, der dabei sich selbst allein für Europa hält, zeigen eine Haltung auf, die das Eigene unkritisch verabsolutiert. Es zeigt ein recht kurzes Gedächtnis, wenn man in Erinnerung ruft, daß die "katholischen Kirchen des byzantinischen Ritus" 1946 in der Ukraine und 1948 in Rumänien gewaltsam von seiten der kommunistischen Machthaber abgeschafft wurden, während die vorausgegangene Zwangskatholisierung durch die katholisch gesinnte politische Macht zu Lasten der orthodoxen Kirche verschwiegen wird. Wer die deutsche Presse verfolgt und ihre Geschichtslosigkeit erfährt, darf sich nicht wundern, daß man in orthodoxen Ländern von einem "Feldzug gegen die Orthodoxie" spricht. Die Dialektik erreicht schließlich absurde Formen, wenn die Schaffung neuer kirchlicher Strukturen in Rußland parallel zu den orthodoxen nicht nur der Versorgung von Katholiken dient, sondern auch Orthodoxen, die wegen des Arrangements der Russischen Orthodoxen Kirche mit dem atheistischen Sowjetregime die katholische Kirche aufsuchen. Reichen eigentlich die Erfahrung der Kirchen in Deutschland aus der Zeit des Dritten Reiches und der Schmerz der noch offenen Wunden der Stasi-seilschaften nicht aus, damit man etwas zurückhaltender anderen gegenüber auftritt?

Während in Europa aus unterschiedlichen Gründen eine Gemeinschaft entsteht, obschon im ehemaligen sozialistischen Lager an die Stelle des Kommunismus der Nationalismus tritt, zeigt die Haltung der Kirchen, daß das alle Differenzen überwindende Christentum doch oft mehr trennt als verbindet, indem die konfessionelle Identität als ein Machtfaktor auftritt, der gegen die Gemeinschaft wirkt.

Zwar versucht der Papst, die östliche Dimension Europas ins Bewußtsein zu rücken, doch sein Amtsverständnis als Dienst an der Einheit und die Vorgehensweise des Vatikans, der zudem nicht müde wird, die Urhebererschaft für die Befreiung Osteuropas vom Kommunismus für den Papst zu reklamieren, erwecken den Eindruck, daß die "Neuevangelisierung Europas" als "Rekatholisierung Europas" gemeint ist.²³

Es ist gewiß ein richtiges Zeichen für die östliche und westliche Prägung Europas gesetzt worden, als Papst Johannes Paul II. die Thessaloniker-Brüder Kyrillos und Methodios, die Apostel und Lehrer der Slawen, als Patrone Europas neben den heiligen Benedikt von Nursia ge-

²³ Vgl. C. Müller, Das Kreuz sucht wieder den Adler, in: Dt. Allgem. Sonntagsblatt Nr. 43, 26. Okt. 1990.

stellt hat, doch sein Alleingang, ohne Absprache mit der Kirche, als deren Missionare sie gewirkt haben, vermittelt einen unerfreulichen Beigeschmack, der für diesen Papst charakteristisch ist, wenn er sogar meint, "der christliche Glaube ist aus Rom über Konstantinopel in das Kiewer Reich gekommen".²⁴

Um der Glaubwürdigkeit der christlichen Identität willen und des Dialogs der Wahrheit in Liebe muß die "Kriegsgewinnmentalität" bekämpft werden, denn solche Gebietsgewinne haben in der Vergangenheit nicht zur Gemeinschaft der Völker beigetragen, im Gegenteil Europa mehr getrennt als vereint.

5. Die Chance der Komplementarität

Für seine Integrität braucht aber Europa auch den Osten, den anderen Lungenflügel, damit es richtig atmen kann und unter den Belastungen der Zeit geistig lebensfähig ist. Grundvoraussetzung für den Beitrag des Ostens ist aber die Selbstbesinnung auf die eigene Identität im Kontext der gesamteuropäischen Kulturtradition.

Orthodoxie und Griechentum als Kennzeichen Osteuropas stehen komplementär zum Katholizismus und Lateinertum, die das Antlitz Westeuropas geprägt haben, indem sie Ausdrucksformen der für Europa entscheidenden Verbindung von griechischer Kultur und christlicher Lebensauffassung darstellen. Unter diesem Gesichtspunkt kann der Beitrag des Ostens zu einem zukünftigen europäischen Haus aus seiner spezifisch griechisch-orthodoxen Identität heraus erbracht werden.

Für den östlichen Beitrag scheint mir besonders wichtig der Geist der Liberalität und Pluriformität, der die orthodoxe Kirche und Theologie auszeichnet. Er ist auch der Grund dafür, daß in den Auseinandersetzungen zwischen Rom und Konstantinopel ein bemerkenswerter Unterschied in der Sicht der Kirchenstruktur und Kircheneinheit und darüber hinaus der Gemeinschaft von Völkern unterschiedlicher Kultur, Mentalität und Geschichte auftritt.

Das dialogische Prinzip, die Idee der Synodalität und das System der Autokephalie, der selbständigen Verwaltung der Ortskirchen, sind daher grundlegend für die Struktur der orthodoxen Kirche, die aus einem Kirchenbund besteht, der seiner multikulturellen und multinationalen Zusammensetzung Rechnung trägt. Jede Kirche verwaltet und gestaltet sich selbständig, und durch ihre kulturelle und organisatorische Bindung an die Nation bewirkt sie eine besondere Verbindung von Christentum und Nation.

²⁴ Brief des Papstes Johannes Paul II. an Kardinal Josyf Slipyj vom 19. März 1979, in: *L'Osservatore Romano* v. 17. Juni 1979, Nr. 137, S. 1, Deutsche Übersetzung in: *Informationen aus der Orthodoxen Kirche*, N.F. Nr. 7, 1980-I, S. 44.

Aus der Sicht eines uniformen Denkens führt dieses Prinzip zur Unordnung und Disziplinlosigkeit. Doch die orthodoxen Völker verdanken ihre Identität nicht einem chaotischen System, sondern einem ökumenischen und freiheitlichen Geist, der die menschliche Würde hochschätzt, lieber die "Unordnung" in Kauf nimmt als die geistige Unterdrückung und der die Einheit in der Vielfalt und Pluriformität sucht.

Auf der Suche nach konkreten Strukturmöglichkeiten der angestrebten Einheit Europas könnte dieses Merkmal orthodoxer Identität hilfreich sein, zumal es auf eine heilsgeschichtliche Ethnologie hinweist, die im pfingstlichen Ereignis den konkreten Aufbau einer neuen, pluriformen Einheit der Menschheit erblickt. Stand bis dahin die Sprach- und Völkervielfalt unter dem alttestamentlichen "Zorn Gottes", so wird sie jetzt zum Werkzeug der Verkündigung der Heilsbotschaft in allen Völkern der Welt, die zur Einheit berufen sind.

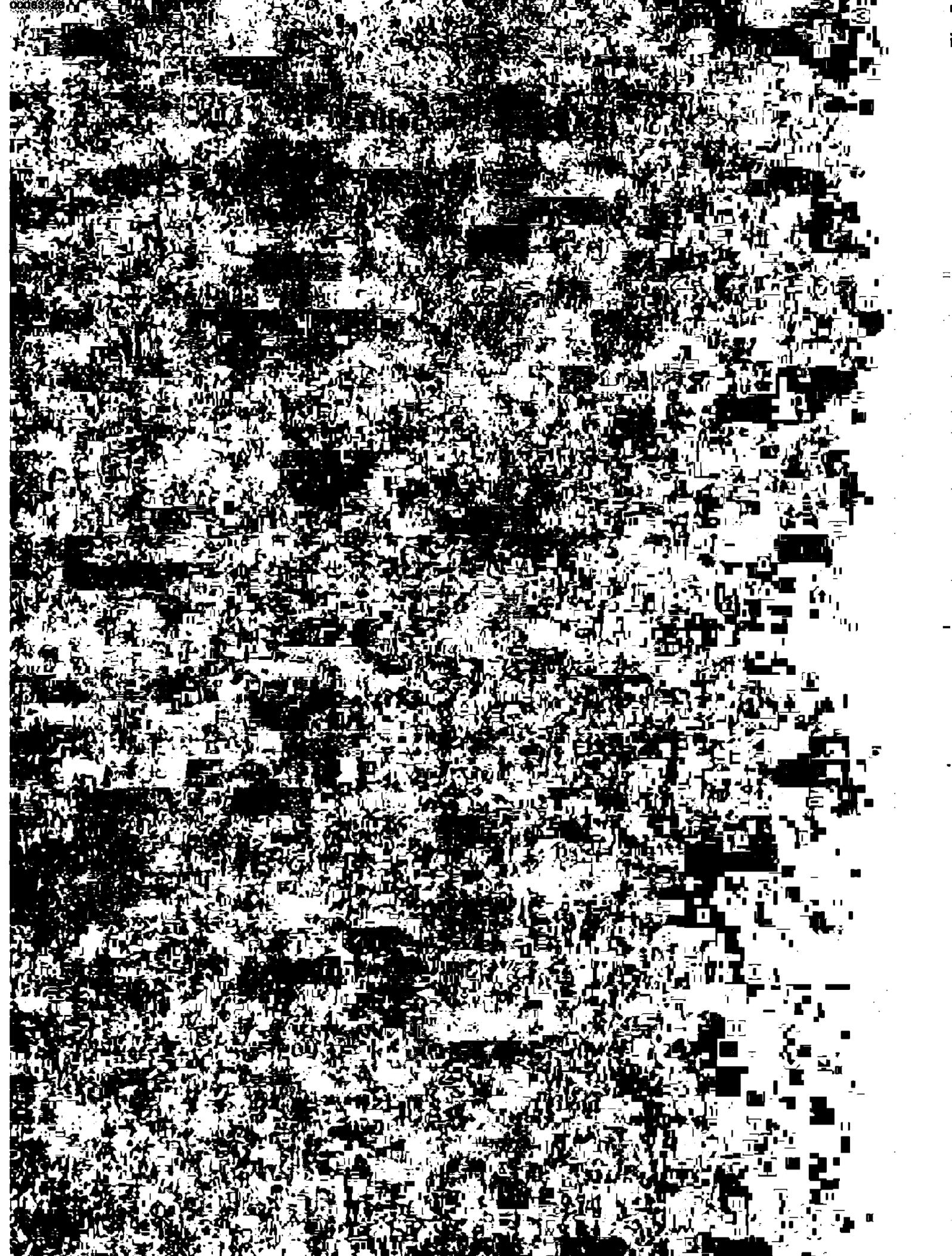
Diesen Gedanken bringt der byzantinische Dichter zum Ausdruck, wenn er das Sprachwunder infolge der Geistausgießung an Pfingsten, von der Lukas in der Apostelgeschichte (2, 1-11) berichtet, der babylonischen Sprachverwirrung als Strafe für die Hybris der übermütigen Menschen, wie es im Alten Testament überliefert wird (Gen 11, 1-9), gegenüberstellt:

"Als er herniederfahrend die Sprachen verwirrte,
zerteilte die Völker der Höchste.
Als er die Feuerzungen austeilte,
rief er alle zur Einheit..."

Diese Ethnologie kann der beste Beitrag der Orthodoxie für die geistige, innere Einheit Europas sein als eine interkulturelle Begegnung der Völker des alten Kontinents, deren Gemeinschaft sich nicht im Technologietransfer, Warenaustausch und in Militärbündnissen erschöpft, sondern in der Integration der kulturellen Mannigfaltigkeit gründet, die zu den gemeinsamen Wurzeln des europäischen Humanismus führt, der aus der Verbindung zweier großer Triebkräfte hervorging, des Griechentums und des Christentums.

THE BIBLE





Gregor M. Manousakis

Institutionen und institutioneller Wandel in Griechenland unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlichen und kulturellen Bereichs

Es ist wohl hinreichend bekannt, daß Griechenland eine allgemeine, lang anhaltende und nicht zuletzt wirtschaftlich bedingte Krise durchläuft. In dieser Krise bieten die Institutionen ein nicht ganz scharfes und in vielen Fällen widersprüchliches Bild.

So unterliegt auch die Familie in Griechenland allen Kohärenzmindernden Einflüssen der Moderne. Trotzdem hält sie sich noch bemerkenswert gut. Die Tradition gehört nach wie vor zu ihren gestaltenden Kräften. Sitten und Gebräuche werden befolgt - heute vielleicht stärker als vor etwa 10 Jahren. Die erst 1982 eingeführte standesamtliche Eheschließung wird von den jungen Griechen meistens abgelehnt. 1982 wurden 67 784 Ehen geschlossen, davon 9 399 oder 13,9 v.H. standesamtlich. 1983 fiel dieser Prozentsatz auf 7,7 v.H. und bewegt sich seitdem zwischen 8 v.H. und 9 v.H. mit Ausnahme des Jahres 1988, als die standesamtlichen Ehen auf 11,8 v.H. stiegen.¹ Die Zahl der Scheidungen ist auch in Griechenland im Wachsen begriffen: 6 684 im Jahr 1980 gegenüber 8 830 im Jahr 1987. Gemessen an 1987 beträgt der Prozentsatz der Scheidungen gegenüber den Eheschließungen 13,3 v.H.²

Altersheime gibt es in der Regel nur in den Großstädten und hier gewöhnlich wegen besonderer familiärer Umstände.

Noch heute ist es keine Frage, daß der erste Junge den Vornamen seines Großvaters, das erste Mädchen den der Großmutter väterlicherseits erhält. Die mütterliche Seite wird beim zweiten Sohn und dem zweiten Mädchen berücksichtigt. Es handelt sich um eine Tradition, die seit der Antike lebendig geblieben ist. Lykourgos, der Athener Rhetor (390-324 v.Chr.), hieß nach seinem Großvater. Auch der Sohn von Lysimachos (361-281 v.Chr.), dem General Alexander des Großen und späteren König von Thrakien, hieß Agathokles wie sein Großvater, und Neoptolemos, König von Epirus (317-295 v.Chr.), wurde ebenfalls nach seinem Großvater genannt.

Keine Frage ist ebenfalls noch heute, daß neben den Eltern auch die Geschwister die finanzielle Belastung des Studiums eines jüngeren Bruders oder einer Schwester mittragen.

¹ Nach Angaben der Direktion für Zählungen des Nationalen Statistischen Amtes Griechenlands (ESYE).

² Statistik der Justiz 1987, hrsg. vom Nationalen Amt Griechenlands, Athen 1988, S. 30.

Auch die Dorfgemeinschaft funktioniert noch bestens, obwohl viele griechische Dörfer den Eindruck der Entvölkerung vermitteln. In der Tat zwingen die geringen Ressourcen des griechischen Dorfes zur Flucht in die Städte. Aber nur in den seltensten Fällen verläßt der Grieche endgültig sein Dorf. Er bleibt dort registriert, und bei Parlaments- und Gemeindewahlen gibt er dort seine Stimme ab. In den Ferien und an größeren Feiertagen, vor allem Ostern, kehren alle in ihre Dörfer zurück.

Zudem gibt es vor allem in Athen kaum ein größeren griechisches Dorf, das nicht durch einen Verein seiner in Athen lebenden Einwohner vertreten ist. Wo die Zahl der Einwohner eines fernen Dorfes nicht zur Gründung eines Vereins ausreicht, werden Vereine von Provinzen gegründet. So gibt es kaum eine griechische Kleinstadt ohne einen Verein der Kreter, der Korinther oder der Peleponnesier. Diese Provinzvereine tragen gewöhnlich den Namen einer historischen Persönlichkeit aus der Region. So heißt z.B. der Verein der Lakedaemonier in Athen "Lykourgos".

Die Dorf- und Provinzvereine führen ein reges Leben, pflegen örtliche Sitten und Gebräuche und halten den in der Stadt lebenden Teil der Dorfgemeinschaft zusammen. Zu vermerken ist, daß auch Dachverbände gegründet werden, in welchen die Dorf- und Provinzvereine zusammengefaßt werden. So gibt es z.B. Dachverbände der kretischen oder makedonischen Vereine. Wegen des im griechischen Parteileben vorherrschenden Klientelsystems sind solche Dachverbände nicht ohne politische Macht, denn alle Parteien sind um sie bemüht.

Während jedoch der Wandel primärer Institutionen wie Familie, Dorfgemeinschaft u.ä.m. als Anpassung an die Moderne ohne wesentlichen Substanzverlust charakterisiert werden kann, haben wir es mit Blick auf die Sprache mit Verfall zu tun.

Neugriechenland stand von Anfang an vor dem uralten, bereits während des Peleponnesischen Krieges entstandenen und in der Hellenistischen Zeit verschärften Dilemma: Hochsprache ("Katharevousa") oder Volkssprache ("Demotike")? Darüber muß ich mich hier auf ganz wenige Sätze beschränken. Nach der Gründung Neugriechenlands fiel die Entscheidung auf die Hochsprache, die "Katharevousa", zum einen, weil in der Zeit des Neoklassizismus kaum anders entschieden werden konnte, zum anderen aber auch, weil die Volkssprache, die "Demotike" arm, amorph und von einer von Provinz zu Provinz variierenden Menge türkischer, slawischer, arabischer, italienischer und anderer Wörter durchsetzt war.

Obwohl bereits seit 1834 die allgemeine Schulpflicht eingeführt worden war, konnte Griechenland nur sehr langsam die dafür notwendigen Institutionen aufbauen (Lehrerschaft, Schulen u.ä.m.) Die effektive Lehre der Hochsprache war daher nicht so früh möglich. Dies geschah während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dennoch hat sich das Sprachniveau des griechischen Volkes sehr rasch verbessert. Der Vergleich von Urkunden aller Art und von Briefen aus der Zeit etwa von 1830 bis 1850 läßt darüber keinen Zweifel zu. Das Sprachproblem blieb

jedoch: Die gebildete Schicht sprach "Katharevousa", das Volk "Demotike". Zu betonen ist aber, daß keine wirkliche Barriere zwischen den zwei Sprachformen existierte. Der nicht Gebildete konnte wohl die "Katharevousa" kaum sprechen, mit Sicherheit aber dieselbe verstehen - sowohl gesprochen als auch geschrieben. Die Presse benutzte ausschließlich die "Katharevousa".

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehörte der Sozialismus zu den vorherrschenden politischen Bewegungen in Westeuropa. Griechenland dagegen - wie übrigens der ganze Balkan - war von nationalen Idealen beseelt. Der politische Sozialismus mit seinen internationalistischen Idealen hatte daher in Griechenland keine Chance. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts drückte sich jedoch der Sozialismus im populistischen Sinne kulturell aus und wandte sich gegen die Hochsprache. Der so neu entflammte Sprachenstreit nahm einen ideologischen Anstrich an, den vor allem die spätere Linke mit immer grelleren Farben übermalte.

Auch aus dieser Auseinandersetzung ging die Linke als Verlierer hervor, denn trotz all ihrer Anstrengungen scheiterte der Versuch, die Volkssprache als wesentliches Kriterium der sozialen Schichtung und der politischen Orientierung zu erheben. Mit Recht stellt Kondylis fest, daß die sprachlichen Neigungen eher senkrecht die sozialpolitischen Orientierungen schneiden, als daß sie diese charakterisieren.³ Wohl trat die Linke eher geschlossen für die "Demotike" ein, aber nicht nur sie. Selbst die Metaxas-Diktatur (1936-1941), die die "Dritte hellenische Kultur" zu begründen versprach, pflegte sich in der Volkssprache zu artikulieren.

Seit den sechziger Jahren nahm jedoch der linke "Demotikismus" immer schärfere Formen an. Nun war er nicht mehr angeblich um eine auch für die untersten Bildungsschichten verständliche Sprache bemüht. Vielmehr trat er immer vehementer für eine ganz neue Sprache ein. Das Ziel war jetzt die Schaffung einer neuen, angeblich "volksnahen" Sprachform bei gleichzeitiger Verdrängung oder Zerstörung auch allgemein verständlicher Redensarten der Hochsprache. Zwei Beispiele: Aus "en to metaxy" ("in der Zwischenzeit") wurde "sto metaxy" ("in die Zwischenzeit"), und "en taxei" ("in Ordnung") fiel überhaupt weg, da seine Umsetzung in die "Demotike" nicht möglich ist. Beide Redensarten wurden selbst von Analphabeten reichlich benutzt, waren aber mit dem "Makel" des "reaktionären" und autoritären Dativs behaftet und mußten deshalb verschwinden.

Dennoch hielten der Staat, die Bildungsanstalten und z.T. auch die Presse an der Hochsprache fest. Die Verbreitung des Rundfunks und später auch des Fernsehens tat ihr übriges, um letztlich den Sprachenstreit evolutionär zu bewältigen. Ende der sechziger Jahre hatte sich die

³ Panajotis Kondylis, *Der Niedergang der bürgerlichen Kultur* (gr.), Athen 1991, S. 57, (griechische Ausgabe des deutschen Originals "Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensformen. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne, Acte humaniora, Weinheim 1991).

Hochsprache auch in den Wohnstuben der Bergdörfer durchgesetzt, freilich nicht in allen Fällen hinsichtlich des grammatikalisch richtigen Gebrauchs, doch aber hinsichtlich des Wortschatzes, der semantisch richtigen Anwendung der Wörter, ihrer allgemeinen Verständlichkeit.

Trotzdem fand sich 1976 die damalige Regierung Karamanlis aus Gründen sehr flacher politischer Opportunität dazu bereit, per Dekret die Hochsprache abzuschaffen. "Beispiellos leichtfertig", wie Papalekas dieses Attentat auf die griechische Sprache bezeichnet hat.⁴ Was folgte, kann nur als kulturelle Regression, als Sprachkatastrophe und geistiger Niedergang bezeichnet werden. Heute schreibt jeder die eigene Volkssprache, die Wörter verloren ihre richtige Bedeutung, der Wortschatz schrumpfte rapide zusammen, und die Ausdrucksweise nahm primitive Formen an, denn je weniger Worte, je einfacher die Ausdrucksformen, je niedriger also das Sprachniveau, als desto "schicker", "volksnäher" und "demokratischer" gilt die Sprache. Diese Tendenz wurde ab 1982, unter der sozialistischen Regierung, beschleunigt. Am zerstörerischsten wirkte aber die Impertinenz der neuen Sprachschöpfer, alle Sprachvarianten in die Form der Volkssprache zu zwingen, was selbst dem früheren Demotikismus nicht in den Sinn gekommen war. Es entstanden wahre sprachliche Mißbildungen, wie z.B. die letzte von ihnen, noch im vergangenen September amtlich eingeführt: "Ypourgos para to Prothypourgo" ("Minister beim Ministerpräsidenten") ist ein gängiger, allen verständlicher Titel. Dennoch wurde er geändert in "Ypourgos sto Prothypourgo", d.h. auf deutsch "Minister in den Ministerpräsidenten".

Jeder Ansatz eines Widerstandes gegen diesen Zustand wird einfach als "reaktionär" beschimpft und ideologisch bekämpft. Ramphos, der selbst für die "Demotike" eintritt, stellt in diesem Zusammenhang fest, daß, nachdem die "Demotike" amtlich eingeführt wurde, der Demotikismus seinen Inhalt verloren hat und seitdem nur noch Ideologie ist, die nicht die Sprache des einfachen Mannes spricht, sondern die totalitäre Sprache der Massen anstrebt. Die totalitäre Ideologie in Griechenland habe eine eigene Sprache geschaffen.⁵

Auch in den breiten Volksschichten ist die Ansicht vorherrschend, daß Griechenland heute eine einzigartige Sprachkatastrophe erlebt. Der Widerstand gegen die totalitäre Sprache der Masse ist groß. Die Leserbriefe in der Presse gegen den Sprachverfall seit 1976 würden heute mehrere voluminöse Bände füllen. Die von Papalekas 1980 ausgesprochene Befürchtung, daß "im Falle einer Fortsetzung und Verstärkung des angesprochenen Trends die griechische Sprache in Griechenland eine erhebliche Reduzierung und einen vielleicht nicht wieder gutzumachenden Substanzverlust erfahren könnte",⁶ ist heute weitgehend über-

⁴ S. Johannes Chr. Papalekas, Griechenlands EG-Beitritt. Chance und Risiko für die griechische Entwicklung, in: Alfred E. Ott/Nikolaus Wenturis (Hrsg.), Griechenland vor dem Beitritt in die Europäische Gemeinschaft, Frankfurt/Main 1980, S. 258.

⁵ Stylianos Ramphos, Sprachenverbesserer und Betonungsvertilger, Akritika Hefte 1, Athen 1983, S. 7-18.

⁶ J. Chr. Papalekas, wie Anm. 4, S. 259.

troffen. Unter diesen Umständen sah sich die gegenwärtige Regierung veranlaßt, das seit 1976 aus den Gymnasien verbannte Altgriechisch ab diesem Schuljahr wieder einzuführen. Vielleicht werden manche in Griechenland wieder lernen, daß Logos Vernunft und Wort und nicht Ideologie und Rede bedeutet.

In seiner "Metakritik der reinen Vernunft" schrieb Herder: "Der Grundbau der Rede in allen Sprachen ist ein Typus eines zusammenhängenden Acts des wirkenden Verstandes".⁷ Wenn dieser Grundbau nicht mehr stimmt, so versagt auch der wirkende Verstand. Der Grieche Kitsaras hat das gleiche so ausgedrückt: "So, durch die Verdrehung und die Verunstaltung der nationalen Sprache, verdreht sich auch der Sinn, erniedrigt sich das Herz und werden die Grundfesten der griechischen Gesellschaft unterminiert."⁸

In der Tat hat der Sprachverfall in Griechenland fast alles mitgerissen, was die neugriechische Kultur ausmachte.

Das Revuetheater z.B., das sich früher durch feine, geistreiche Satire und spritzige Sprache auszeichnete, sackte bereits in den siebziger Jahren zu einer Stätte des obszönen, brutalen Scherzes ab. Bemerkenswert ist, daß der Rückgang der Besucher trotzdem nicht groß ist, auch wenn manche Eltern ihre Kinder nicht mehr in solche Theater mitnehmen.

Auch die griechische Universität ist heute nicht mehr das, was sie einst war. Nach dem Sturz der Diktatur geriet sie unter die unangefochtene Kontrolle der linken Intelligenz und der radikalen Studentengruppen. Unter dem an den Hochschulen vorherrschenden ideologischen Demotikismus sank das Niveau des Studiums zum großen Teil in ideologische Indoktrination ab, was dem Lande ein halbwissendes, aber in jeder Hinsicht anspruchsvolles akademisches Proletariat beschert hat.

Nur eine Institution bleibt von dem allgemeinen Trend des Verfalls unberührt: die orthodoxe Kirche. Trotz all ihrer Probleme übersteht sie den Ansturm der Mode und war souverän genug, die Sirenenrufe der Demotikisten zur Einführung der Volkssprache in die Liturgie nicht einmal zu beantworten. Sie bleibt ihren Traditionen treu, öffnet sich aber zugleich aktuellen Problemen wie z.B. der Belastung der Umwelt. Wie der Ökumenische Patriarch Bartholomaeos I. 1992 in einem diesbezüglichen Seminar im Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel ausführte, liege die Rettung unserer Welt in einer breiten Wiederbelebung des asketischen Ideals der Orthodoxie, d.h. im zeitgenössischen Sinne in der freiwilligen Einschränkung des Konsums durch den einzelnen.⁹

Die Orthodoxie ist aus dem Zusammenbruch des Kommunismus gestärkt hervorgegangen. Die Beziehungen der einzelnen Nationalkirchen wurden enger und schließen sich um das Ökumenische Patriarchat zu-

⁷ S. Heinrich Duntzer, Herder's Werke, Gott-Metakritik-Kalligonie, Achtzehnter Teil, Leipzig o.J., S. 265.

⁸ Ioannis L. Kitsaras, Die Untat des Jahrhunderts (gr.), Athen 1985, S. 346.

⁹ S. dazu Nikolaos A. Antonopoulos, Die Orthodoxie und die Umwelt, in: ESTIA, Athen vom 18.6.1992.

sammen. Dazu trägt nicht zuletzt die Intensivierung der Spannungen mit der katholischen Kirche bei.

In Griechenland selbst wird die orthodoxe Kirche zunehmend zum Zufluchtsort der von den Krisen, der Unordnung und dem allgemeinen Verfall geplagten Gläubigen. Anders sind die Sonntag für Sonntag vollen Kirchen oder die ansteigende Zahl der Mönche in den Klöstern nicht zu erklären.

Die Orthodoxe Kirche Griechenlands gehört zu den wenigen Institutionen des Landes, die, obwohl auch sie von den Entwicklungen in Osteuropa überrascht wurde, dennoch den an sie gestellten Erwartungen und Anforderungen in aller Stille entsprochen hat.

Eingangs habe ich darauf hingewiesen, daß die allgegenwärtige allgemeine Krise Griechenlands nicht nur wirtschaftlich bedingt ist. In der mir hier noch verbliebenen Zeit können die vielschichtigen Faktoren, die zu der gegenwärtigen tiefen Wirtschaftskrise geführt haben, nicht dargestellt werden. Ich muß mich daher auf die wichtigsten Entwicklungslinien der griechischen Wirtschaft in der letzten Zeit beschränken.

Nach der Währungsreform von 1953 - ihr wichtigster Teil war die Halbierung des Wertes der Drachme - setzte eine Konjunktur ein, die mit geringen Schwankungen bis 1973 andauerte. In dieser Zeit stieg das BSP von 83,7 Mrd. Dr. (1958) auf 428,2 Mrd. Dr. (1973). Im Krisenjahr 1974 (türkische Invasion Zyperns, Sturz der Diktatur) überstieg zum erstenmal die Industrie- die landwirtschaftliche Produktion, die lediglich mit 19,8 % an dem BSP beteiligt war. Etwa zur gleichen Zeit (1960-1973) stieg das Pro-Kopf-Einkommen (in festen Preisen von 1970) von 421 Dollar 1960 oder 36,2 % der gleichen Größe der EWG der Neun auf 1 830 Dollar 1973 oder 44,5 % des EWG-Durchschnitts.¹⁰

Das Krisenjahr 1974 bedeutete einen Einschnitt für die griechische Wirtschaft. Seitdem wurde eine "freie demokratische Wirtschaft"¹¹ angestrebt, die durch eine Wirtschaftspolitik zwischen dem "Radikalliberalismus und dem demokratischen Sozialismus" erreicht werden sollte. Was in Wirklichkeit erreicht wurde war, daß durch Verstaatlichungen 72 % der griechischen Wirtschaft in den Besitz des Staates gelangten. Ausdrücklich sei hier betont, daß die "freie demokratische Wirtschaft" sich nicht nur gegen das inländische, sondern auch gegen das für Griechenland unerläßliche ausländische Kapital gewandt hat. Dieser Aspekt griechischer Wirtschaftspolitik wird besonders grell beleuchtet durch die Behandlung der großen, zukunftssträchtigen Investition der Steyr-Puch AG Thessaloniki und die sogenannte Lex Andreadis, ein sonderbares Gesetz, dessen alleiniges Ziel die unentgeltliche Verstaatlichung des Konzerns Andreadis war.

¹⁰ S. Die griechische Gesellschaft in Zahlen (in griechischer und englischer Sprache), Athen o.J., S. 38.

¹¹ So Konstantin Karamanlis über die ideologischen Prinzipien der Partei der Neuen Demokratie an ihrem 1. Parteitag in Chalkidike, vom 2.-4.4.1992, in den Protokollen des 1. Parteitags der Neuen Demokratie, ohne weitere bibliographische Angaben (gr.), S. 25.

1973 betragen die Anlageinvestitionen in festen Preisen von 1970 100,1 Mrd. Dr.¹² Seitdem ist eine solche Investitionshöhe bis zum heutigen Tage nie wieder erreicht worden. Entsprechend ist die seitherige Entwicklung der griechischen Wirtschaft und ihre heutige Situation. Bis Mai dieses Jahres (1992) war die griechische Wirtschaft nicht mehr als eine Art post-sozialistischer Wirtschaft, gekennzeichnet durch eine exorbitante Verschuldung - ca. 120 % des BSP - , enorme Fehlbeträge des Staatshaushaltes und eine Inflationsrate, die seit 1973 zwischen 30 % und 15,5 % im August 1992 schwankt. Erst im Mai dieses Jahres begann die Regierung Maßnahmen zu ergreifen, die zur Minderung der Schulden des Staates und zur Einschränkung der Fehlbeträge des Staatshaushaltes führen müssen. Außer der Suche nach einer "freien demokratischen Wirtschaft" haben auch andere Faktoren zu dem gegenwärtigen Zustand der griechischen Wirtschaft beigetragen. Von ihnen werde ich nur zwei ganz kurz erläutern: Der griechische Staat galt schon immer als beliebter Arbeitgeber. Allein 42 % der Akademiker wurden gegen Ende der fünfziger Jahre vom Staat beschäftigt, gegenüber 4-5 % in Großbritannien.¹³ Dieser Prozentsatz dürfte heute höher liegen. Die Klientelparteien haben diesem Trend ihrer Kundschaft stets entsprochen. Die Folge ist eine hypertrophische, schwerfällige, uneffektive, teure und in manchen Fällen auch korrupte Verwaltung, wobei korrupt nicht immer Sachleistung bedeutet.

Nachdem der Staat 72 % der griechischen Wirtschaft an sich gezogen hatte, nahm das Phänomen des Zustroms zum Arbeitgeberstaat fatale Dimensionen an. Dazu zwei Zahlen: a) Als der Staat 1975 von Onassis die Olympic Airways übernahm, beschäftigte sie etwa 3 500 Personen und gehörte zu den renommiertesten Fluggesellschaften. Innerhalb von wenigen Jahren stieg ihr Personal auf über 14 000 Personen an bei gleichzeitig sinkender Leistungsfähigkeit. b) Beim letzten Streik der öffentlichen Elektrizitätsgesellschaft im September 1992 wurde bekannt, daß 44 % der Einnahmen der Gesellschaft für Personalkosten verschwendet werden.

In Griechenland werden viele Zahlen über die beim Staat Beschäftigten angeboten. Sie sind alle richtig, je nachdem wie man zählt. Zählt man jedoch all jene, die unabhängig vom rechtlichen Stand (Beamte, Angestellte usw.) oder der Art der Beschäftigung von der Staatskasse entlohnt werden, so beträgt ihre Zahl heute rund 800 000, d.h. bald jeder zwölfte Grieche wird vom Staat entlohnt, mehr als in jedem anderen EG-Land.

In Griechenland ist viel die Rede von Gewerkschaften. In Wirklichkeit haben wir es jedoch nur mit Zünften, bestenfalls mit obsoleten Arbeitervereinen zu tun, die stets bemüht sind, sich gegenseitig den Rang im sozialen Egoismus abzulaufen. Die Folge sind die aus geringen Anlässen unentwegten, lang andauernden Streiks. Im August und September die-

¹² Wie Anm. 10, S. 63.

¹³ S. Konstantinos Tsoukalas, *Staat, Gesellschaft, Arbeit im Nachkriegsgriechenland* (gr.), Athen 1986, S. 38.

ses Jahres (1992) war Athen ohne Busse für den Stadtverkehr, im September wurden ganze Regionen des Landes zeitweilig einfach der Strom abgeschaltet, weil die Beschäftigten der Elektrizitätswerke streikten. Wohl jeder kann sich die Folgen eines solchen Streiks für die gesamte Wirtschaft, besonders für die Lebensmittel- und die pharmazeutische Industrie und nicht zuletzt für die Supermärkte vorstellen. Zur gleichen Zeit sah sich ganz Griechenland vor verschlossenen Banken, weil auch sie streikten.

Dieser Zustand ist herbeigeführt worden, weil im Zeichen der "freien demokratischen Wirtschaft" und der anschließenden sozialistischen Wirtschaft der Regierung der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) die Klientelparteien stets bemüht waren, mit Wahlgeschenken an die sogenannten Gewerkschaften Stimmen zu erkaufen. Diese stellen sich heute auf den Standpunkt, jene Wahlgeschenke seien "erkämpft" worden und stünden deshalb nicht zur Disposition, anderenfalls wird eben gestreikt.

Die letzte Streikwelle ging auf den Versuch der Regierung zurück, Ordnung in die Finanzen des Staates zu schaffen. Dazu ist seine Abmagerung unerlässlich. Eben dies versucht die Regierung seit Mai dieses Jahres. Dagegen steht aber ein wahres Heer von Nutznießern des Staates, das seine Pfründe nicht hergeben will.

Das bisher vermittelte Bild der griechischen Wirtschaft ist insofern nicht korrekt, als es das Bild der offiziellen, statistisch erfaßten Wirtschaft ist. Daneben existiert jedoch eine blühende Schattenwirtschaft. Sie ist die Antwort der Griechen auf die Schwerfälligkeit und die Uneffektivität der Verwaltung, die ungerechte Besteuerung und die oft ruinösen Praktiken des Finanzamtes, nicht zuletzt auch auf die nicht konstanten Regeln des Spiels des Wirtschaftens.

Mit der Zeit haben sich daher bestimmte Zweige der Wirtschaft abge sondert, in welchen die Schattenwirtschaft besonders stark ist. So stellt Pavlopoulos fest, daß die tatsächlichen Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen um 90,9 % höher als die offiziell angegebenen liegen. An zweiter Stelle steht das Bau- und Konstruktionsgewerbe mit 71 % höheren Einnahmen als angegeben. Es folgen die Dienstleistungen mit 64,9 %, Gesundheit und Bildung - d.h. vor allem Ärzte und private Re-petitostrie mit 15 %.¹⁴

Danach ist Pavlopoulos der Ansicht, daß das BIP mindestens 30 % höher liegt als das offiziell bekannte.¹⁵ Eine so umfangreiche Nebenwirtschaft hat sicherlich schwerwiegende Folgen, sowohl mit Blick auf die Umverteilung des Volkseinkommens als auch auf die Effektivität der Wirtschaftspolitik.¹⁶ Dies ist zweifellos richtig. Ebenso berechtigt ist aber auch die Frage, was in Griechenland besser werden würde, wenn der

¹⁴ S. Panajotis G. Pavlopoulos, *Die Schattenwirtschaft in Griechenland (gr.)*, hrsg. vom Institut für Wirtschafts- und Industrieforschung, Athen 1987, S. 158.

¹⁵ Ebenda, S. 156.

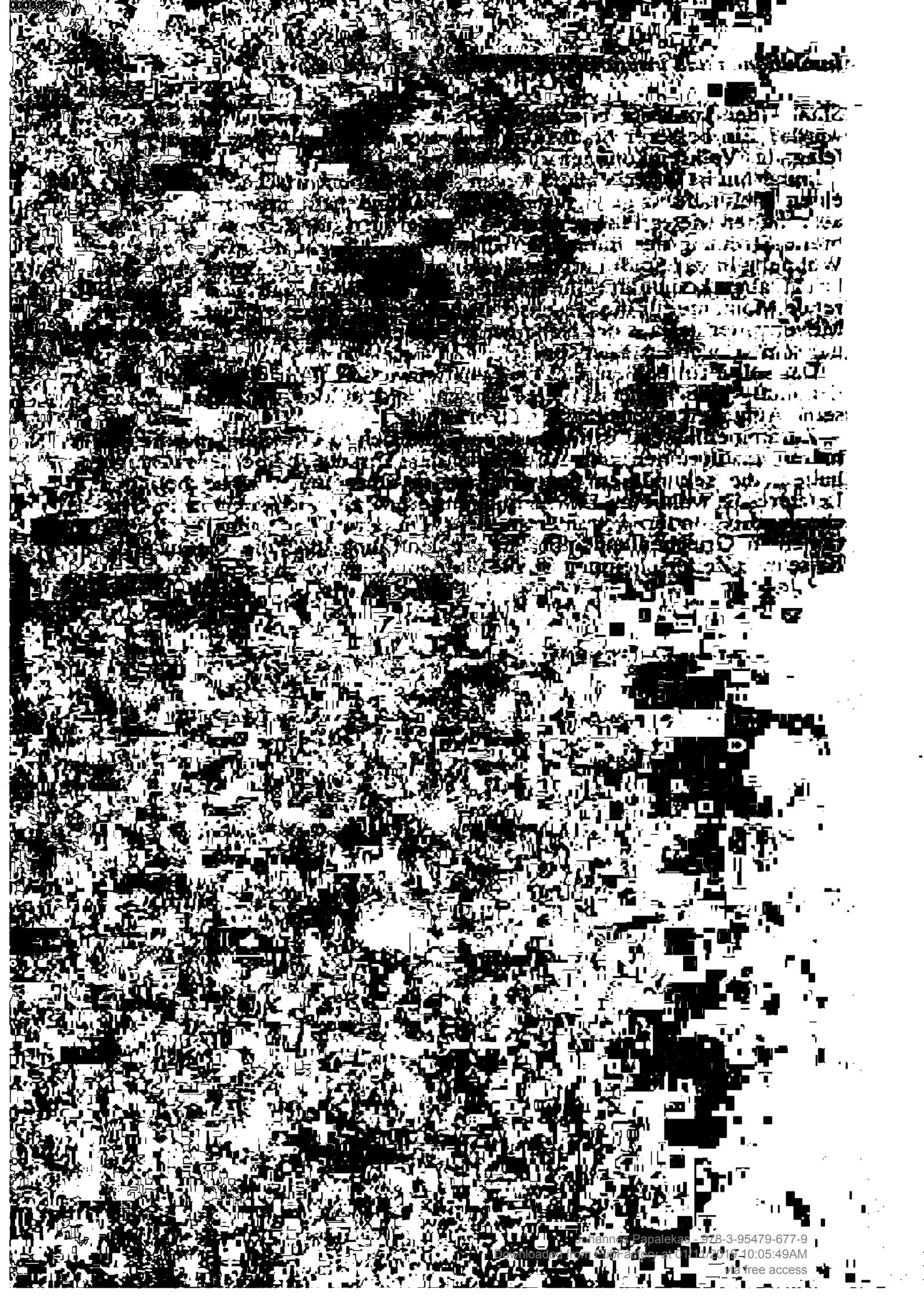
¹⁶ Ebenda, S. 157.

Staat - der konkrete griechische Staat - die Nebenwirtschaft erfassen würde? Ein besserer Staat oder eine größere Möglichkeit für die Parteien, das Volkseinkommen zu verschwenden?

Immerhin ist Griechenland wegen seiner Nebenwirtschaft in der Lage, einen fünfundfünfzigstägigen Bankstreik ohne nennenswerte Havarien auszuhalten wie es 1981 geschah. Außerdem hat die Nebenwirtschaft die breite Streuung des immobilien Eigentums, d.h. vor allem der eigenen Wohnung in der Stadt und des Ferienhauses am Strand, zur Folge. Dies bringt aber konjunkturelle Impulse für die Wirtschaft und stabilisierende Momente für die Gesellschaft hervor, die der griechische Staat als Mitverwalter des aus der Nebenwirtschaft erwirtschafteten Geldes heute nur sehr schwer auslösen könnte.

Das soll nicht heißen, daß die Schattenwirtschaft nicht bekämpft werden muß - jedoch, das ist meine Ansicht, in dem Maße, in dem der Staat seine Aufgaben erwartungsgemäß erfüllt.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sich in Griechenland die primären Institutionen mit Ausnahme der Sprache bemerkenswert gut halten, die sekundären dagegen sich in einer tiefen Krise befinden. Letzteres ist wohl eine Erscheinung unserer Zeit, auch wenn es in Griechenland besonders vehement auftritt. Die Kraft der primären Institutionen in Griechenland gibt uns die Hoffnung, daß die gegenwärtige Krise eine Zeiterscheinung ist, die überwunden werden kann.



Heinz-Jürgen Axt

Verzögerter Wandel und innovationshemmende Regulativmuster: Politische Institutionen in Griechenland

1. Institutionen als Regulativmuster

Soziologen bezeichnen Institutionen als Regulativmuster, in deren Rahmen sich das Alltagsleben abspielt. Dieses ist dadurch geprägt, daß nicht ständig Unerwartetes, Spannendes, Überraschendes geschieht. Routine bestimmt das Alltagsleben.¹ Nicht anders ist es mit dem vorliegenden Text: Schon der Titel, die Person des Autors, aber auch des Herausgebers und der übrigen Autoren, die Buchreihe, die Sprache usw. reduzieren für uns die Unübersichtlichkeit und lassen dieses oder jenes erwarten, jedenfalls etwas Bestimmtes und auf Erfahrung Gegründetes. Fällt dann der erwartete Text aus dem Rahmen - auch gut, so viel Flexibilität muß in der Alltagserwartung und -erfahrung eben sein.

Die Kategorie des Alltagslebens soll auch bei den politischen Institutionen in Griechenland den Zugang zur Materie erschließen. Zuvor jedoch noch eine Definition von Institution; Shmuel Eisenstadt hat 1968 geschrieben:

"Gesellschaftliche Institutionen gelten allgemein als die eigentlichen Brennpunkte der gesellschaftlichen Ordnung. Alle Gesellschaftsordnungen haben solche Brennpunkte, und jeder Brennpunkt bezeichnet fundamentale und universale Probleme alles gesellschaftlich geordneten Lebens. Drei Grundaspekte der Institutionen sind besonders hervorzuheben. Erstens zielen die durch Institutionen regulierten ('institutionalisierten') Verhaltensmuster auf ständige Grundprobleme der Gesellschaft. Zweitens gehört zur Institution auch die Regulierung des Verhaltens der Individuen in der Gesellschaft, und zwar nach definitiven, dauerhaften und organisierten Verhaltensmustern. Schließlich bedürfen diese Verhaltensmuster einer definitiven, normativen Ordnung und Regulierung. Das heißt, die Regulierung wird von Normen und Sanktionen gestützt, wobei die letzteren durch die ersteren legitimiert sind."²

Welche Institutionen kennen wir? Zumindest zwei Gruppen lassen sich rudimentär unterscheiden: Erstens primäre oder elementare Institutio-

¹ Vgl. Peter L. Berger/Brigitte Berger, *Wir und die Gesellschaft. Eine Einführung in die Soziologie - entwickelt an der Alltagserfahrung*, Reinbek 1976, S. 16.

² Shmuel Eisenstadt, *Social Institution*, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences* (New York), 14 (1968), S. 409.

nen (Ehe, Familie, Kirche, Sprache). Sie beziehen sich auf soziales Handeln. Zweitens sekundäre Institutionen (Verwaltung, Wissenschaft, Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Genossenschaften, Kommunikation). Ihr Bezugsfeld ist Politik, Wirtschaft und Kultur. Dabei stehen elementare und sekundäre Institutionen in einem Beziehungsgeflecht. Wo bei den ersten ein Funktionsverlust eintritt, wird von den Sekundärinstitutionen eine kompensatorische Leistung erwartet. Wo dieses ausbleibt, wird ein institutionelles Vakuum diagnostiziert.³

Die Leistung von Institutionen interessiert vor allem in zweierlei Hinsicht: Zum einen tragen Institutionen zur Stabilisierung von Gesellschaften bei. Institutionen schaffen Ordnung, regulieren Verhaltensmuster und verankern Normen sowie Sanktionen. Funktionstüchtige Institutionen sollen zum anderen aber auch den Wandel ermöglichen, wenn sich bestehende Zustände und Ordnungsmuster als unzulänglich erweisen. Gerade für Gesellschaften wie Griechenland, die als "struktur-schwach", "semiperipher", "halbindustrialisiert" oder als Länder mit Entwicklungsrückständen gekennzeichnet werden, ist der Aspekt von Wandel und Evolution von besonderer Bedeutung. Effiziente Institutionen müßten hier gleichermaßen die zu Mitte der siebziger Jahre - so wie in Spanien und Portugal auch - eingeleitete demokratische Konsolidierung stabilisieren⁴, wie sie andererseits die evolutionäre Weiterentwicklung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionensystems zu ermöglichen hätten.⁵

2. Alltagserfahrung mit Institutionen in Griechenland

Da einleitend Institutionen ausgehend vom Alltagsleben erörtert wurden, ist zu fragen: Wie sieht das Alltagsleben in Griechenland aus? Was erlebt z.B. der Tourist, wenn er auf dem Athener Flughafen ankommt? Was erwartet ihn, noch bevor er die Akropolis gesehen hat? Wenn er

³ Johannes Papalekas (Sozialstrukturforschung in Griechenland und Zypern, in: Südost-europa Mitteilungen, 30 (1990) 1, S. 92-94) geht davon aus, daß zumindest in Griechenland und Zypern Ehe, Familie, Kirche und Sprache in ihrer Funktionsleistung zunehmend ausgezehrt werden, ohne daß sich auf der anderen Seite die Sekundär-Institutionen zureichend etabliert hätten. Soweit es um die in diesem Aufsatz besonders interessierenden Institutionen der Politik geht, kann der Befund bestätigt werden. Daß die Elementarinstitution der Familie auch heute noch in Griechenland eine im Vergleich mit vielen anderen Ländern Europas bedeutsamere Rolle spielt, ist nicht zu bestreiten.

⁴ Zur demokratischen Konsolidierung in Südeuropa vgl. aus der Vielzahl von mittlerweile vorgelegten Titeln u.a. Guillermo O'Donnell/Philippe C. Schmitter/Laurence Whitehead (Hrsg.), *Transitions from Authoritarian Rule: Southern Europe*, Baltimore 1986; Ronald H. Chilcote u.a., *Transitions from dictatorship to democracy: comparative studies of Spain, Portugal and Greece*, Basingstoke 1990; Geoffrey Pridham, *Securing democracy: political parties and democratic consolidation in Southern Europe*, London 1990.

⁵ Auf den Aspekt des Wandels wird in Abschnitt 6 eingegangen.

Pech hat, wird es mit dem Weiterflug nichts, weil gerade gestreikt wird. Durch den Zoll kommt er auch nicht, weil die Beamten die Arbeit niedergelegt haben. Ist dieses Problem irgendwie gelöst, gestaltet sich die Fahrt in die Stadt schwierig, die Taxifahrer befinden sich ebenso wie die Busfahrer im Ausstand. Sollte man dennoch in die Stadt gelangen, wird man mit Bergen von Müll konfrontiert. Die Müllabfuhr hat die Arbeit eingestellt. Im Hotel hat man Probleme mit der Wasser- und Stromversorgung - kein Wunder, beide Versorgungsbetriebe werden bestreikt. Auf den Straßen kommt man kaum voran, es wird demonstriert. Da gestaltet sich auch das Einkaufen schwierig, weil die Ladenbesitzer, aus Furcht oder Sympathie, die Schaufenster-Rollos heruntergelassen und die Türen geschlossen haben.

Zugegeben, dieses Bild ist überzeichnet. Aber nur was die Kumulation der Ereignisse, nicht aber die Tatbestände an sich angeht. Wer in Athen lebt, oder diese Stadt des öfteren besucht, hat alles bereits erlebt. An der Statistik läßt es sich ablesen: Griechenland gehört zu den streikfreudigsten Ländern.⁶ Interessanter als statistische Daten sind indes die Erklärungen für die Streikhäufigkeit, geben sie doch erste wichtige Hinweise auf die Strukturen sozialen Handelns im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

Zwei Grundmuster liegen als Erklärung vor: Für die einen sind die "Gewerkschaften zu mächtig", für die anderen besteht das Problem gerade darin, daß die "Gewerkschaften bloß schwache Institutionen" sind. Nach der ersten These sind Gewerkschaften Unternehmern und Staat überlegen und können, weil die Gegenkräfte zu schwach sind, die Regeln des Spieles bestimmen und zu Streikmaßnahmen greifen, wann immer dies opportun erscheint. Sympathien findet eine solche Erklärung bei Unternehmern, dem - in Griechenland sehr breiten - "Mittelstand", im eher konservativ-liberalen politischen Spektrum und in der Wirtschaftspresse. Das Gegenmittel gegen den als pathologisch empfundenen Zustand sieht man darin, die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden. Pikanterweise reichen die entsprechenden Bestrebungen auch in die erste Regierungszeit der sozialistischen Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) unter Andreas Papandreou von 1981 bis 1989 zurück.⁷

1982 hatte die Regierung Papandreou ein Gewerkschaftsgesetz erlassen, das unter dem Namen "Anti-330-Gesetz" bekannt wurde.⁸ Es wurde zwar die Aussperrung für ungültig erklärt, zugleich wurde jedoch auch die Verbandsstruktur der Gewerkschaften reguliert. Die Administration, die Finanzen, die Mitgliedschaft und das Wahlrecht wurden geregelt.

⁶ Zu einem Vergleich mit den übrigen OECD-Ländern vgl. Heinz-Jürgen Axt, Griechenland, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1989/90, Bonn 1990, S. 328-335, hier S. 332.

⁷ Vgl. hierzu ausführlich Heinz-Jürgen Axt, Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland, Bonn 1985, S. 237 f.

⁸ Dieser Name bezog sich auf das Gesetz 330 aus dem Jahre 1976, in dem Gewerkschaftsrechte restriktiver geregelt worden waren.

Ein 1983 verabschiedetes Gesetz zur "Sozialisierung der Unternehmen im öffentlichen Sektor" erregte weniger wegen des in seinem Namen zum Ausdruck kommenden Zieles als vielmehr durch seinen Artikel 4 Aufsehen, der von Kritikern als "Anti-Streik-Gesetz" gebrandmarkt wurde. Von nun an mußten Urabstimmungen der Ausrufung eines Streiks vorangehen. Daß diese Verpflichtung so viel Kritik hervorrief, zeigt schon, wie sehr die griechischen Gewerkschaften von westeuropäischen Standards entfernt waren. Urabstimmungen sind durchaus gängige Verfahren, bevor es zum Streik kommt.

Wenden wir uns der zweiten These zu. Gewerkschaften sind danach schwache Institutionen, Verhaltensmuster und Normen der Beschäftigten werden durch sie relativ wenig geprägt, ihre Organisation ist unterentwickelt und wenig leistungsfähig. Geregelte Formen des Interessenausgleichs mit der Arbeitgeberseite fehlen weitgehend. "Sozialpartnerschaft" ist ein Fremdwort, sie würde ein hohes Maß an institutionalisierter Kommunikation und Kooperation voraussetzen. Also müssen die Gewerkschaften ständig zur ultima ratio, zum Streik greifen, wenn sie - programmatisch formuliert - ihre Ziele erreichen, bzw. - funktionalistisch betrachtet - sich vor ihren Mitgliedern legitimieren wollen. Die Kennzeichnung der Gewerkschaften als schwache Institutionen gilt dabei sowohl in bezug auf ihre Außenwirkung (Interessendurchsetzung gegenüber den Unternehmen und dem Staat) als auch auf ihre Binnenfunktion (innerverbandliche Meinungs- und Willensbildung).

Anders als die zuerst erläuterte These ist der zweite Erklärungsversuch wenig populär. In der Politik spielt er keine und in der einschlägigen Wissenschaft allenfalls eine untergeordnete Rolle. Dabei haben beide Erklärungen durchaus einen rationalen Kern, sie beleuchten lediglich unterschiedliche Aspekte des Problems der politischen Institutionen. Wann immer Gewerkschaften sich der ultima ratio des Streiks bedienen, befinden sie sich in der Regel ihrem Verhandlungspartner gegenüber im Vorteil. Doch stumpft die Streikwaffe ab, wenn man sie zu häufig einsetzt. Begreift man die Gewerkschaften als schwach entwickelte Institutionen, dann kann man auch davon ausgehen, daß die industriellen Beziehungen im Alltagsleben unzureichend reguliert und normiert, eben institutionalisiert sind. Das betrifft sowohl den Gesamt- wie auch den Partikularertrag, die Volkswirtschaften ebenso wie die Arbeitnehmer. Der derzeit desolate Zustand der griechischen Volkswirtschaft ist auch auf die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zurückzuführen. Und der eher bescheidene Partikularertrag äußert sich nicht zuletzt darin, daß in den achtziger Jahren hohe Nominallohnzuwächse stets durch über dem westeuropäischen Durchschnitt liegende Inflationsraten aufgezehrt wurden (werden mußten). Auch darin äußerte sich das Fehlen eines Dialogs zwischen Staat, Wirtschaft und Arbeitnehmern.

Bemüht man eine komparative Betrachtungsweise, dann zeigt sich, daß die Aufregung über die Gewerkschaftsgesetzgebung in den frühen achtziger Jahren überzogen war: In Griechenland wurden Selbstverständlichkeiten festgeschrieben, die anderswo in Europa gang und gäbe sind.

Die Konsequenz aus dieser Einsicht kann nur darin bestehen, die Gewerkschaften in Griechenland als Institutionen sekundärer Art zu stärken. Das schränkt ihre Streikfreudigkeit ein, erhöht aber ihre Position im institutionalisierten Konfliktaustrag mit den Arbeitgebern. Streiks in Griechenland gingen zurück, wenn die Institution der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im o.a. Sinn gestärkt würde. Das ist durchaus kein Paradoxon.

Bevor auf weitere Institutionen aus dem Bereich der Politik eingegangen wird, sind zwei Einschränkungen bezüglich der Leistungen eben dieser Institutionen zu machen: Erstens können Sekundär-Institutionen - als Ausdruck einer differenzierten Gesellschaft - auch ihre Kehrseite haben, dann nämlich wenn der Institutionalisierungsprozeß zu weit getrieben wird, wenn "totalistische" Institutionen⁹ entstehen, was sich im hier diskutierten Fall der Gewerkschaften in Bürokratisierung, Verselbständigung der Funktionäre, Entfremdung von den Mitgliedern und Verfremdung des Mitgliederwillens niederschläge.¹⁰

Andererseits bieten Primärinstitutionen, auch wenn ihre Bedeutung, im historischen Langzeittrend gesehen, zurückgeht, noch immer eine gewisse Form von Sicherheit. Das Unterbeschäftigungsproblem würde sich in Griechenland sicher gravierender darstellen, wenn die Familie nicht mehr die quasi sozialpolitische Funktion einer Minimalabsicherung all ihrer Mitglieder wahrnähme. Daß dies auf dem Lande mehr als in der Stadt gilt, ist als zusätzliche Differenzierung bei der Betrachtung von Institutionen in Griechenland zu berücksichtigen. Gleichsam als Pendant zur derzeit in der Europäischen Union erhobenen Forderung nach Subsidiarität übernehmen in Griechenland Primärinstitutionen, wenn auch sicher unzureichende, Basis-Leistungen im Bereich der sozialen Sicherung. Das unterscheidet Griechenland zumindest graduell von anderen Ländern in Europa.

3. Parteien als politische Institutionen

Traditionell gibt es in Griechenland zwei große Parteitraditionen: Den einen Strang bilden bürgerliche Parteien, die sich in "konservative" (Nationale Radikale Union, Neue Demokratie) und "liberale" Parteien (Zentrumsparteien) differenzieren lassen, ohne daß allerdings die Unterschiede überschätzt werden dürfen. Die derzeitige Neue Demokratie bezeichnet sich selbst als konservativ-liberal, und die Zentrumsparteien waren nie dem Liberalismus etwa angelsächsischer Prägung zuzurechnen. Daß sich voreilige Identifikationen bürgerlicher Parteien in Griechenland mit den großen politischen Strömungen im übrigen Europa

⁹ Siehe zu diesem Begriff den Beitrag von Wolfgang Lipp im vorliegenden Band.

¹⁰ Der Verfasser hat diese Ambivalenz an der neueren Entwicklung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit diskutiert. Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Auf dem Weg zur kollektiven Sicherheit? Die KSZE nach Erweiterung und Institutionalisierung, in: Europäische Rundschau, 21 (1993) 1, S. 83-99.

verbieten, ist den Spezifika der politischen Kultur und des politischen Systems geschuldet, auf die noch eingegangen wird.

Den zweiten Strang in der Parteientradition bilden die Kommunisten. Wo sich anderswo in Europa seit Beginn des 20. Jahrhunderts sozialistische bzw. sozialdemokratische Massenparteien etablieren konnten, wurde dieser Platz in Griechenland von den Kommunisten eingenommen. Das linke politische Spektrum war kommunistisch und nicht sozialdemokratisch besetzt. Der Einfluß der Kommunisten war begrenzt, aber beständig. Lediglich die Zuspitzung des globalen Ost-West-Gegensatzes hat die Kommunisten in den Augen vieler Historiker und Kommentatoren zu den alleinigen Urhebern des Bürgerkriegs in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre machen können.

Ab Mitte der siebziger Jahre sah es danach aus, als könne sich in Griechenland - mit gut hundertjähriger Verspätung - die PASOK als drittes, "modernes" und sozialistisch geprägtes Element durchsetzen, das den politischen Traditionen gegenüber gleichsam immun sei.¹¹ Heute bestimmt Ernüchterung die Bilanz: Die PASOK hat zwar elementare Bestandteile des sozialdemokratischen Diskurses wie z.B. den Wohlfahrtsstaat programmatisch popularisiert, als Partei ist die PASOK jedoch in vielerlei Hinsicht traditionellen Politikelementen verhaftet geblieben (s.u.).

Traditionell sind Parteien in Griechenland vor allem durch Klientel- und Patronagebeziehungen gekennzeichnet. Zur Zeit der Osmanenherrschaft benötigte die Dorfbevölkerung zur Regelung ihrer Angelegenheiten eines Vermittlers, um mit der Herrschaft in Kontakt zu treten. Politische Beziehungen stellten sich derart vornehmlich nicht in Institutionen, sondern über Personen her. Nachdem Griechenland eine parlamentarische Regierungsform erhalten hatte, übernahmen die Abgeordneten die Rolle der Notablen. Sie regelten für die Landbevölkerung die öffentlichen Angelegenheiten, besorgten hier eine Baugenehmigung und vermittelten dort eine Arbeitsmöglichkeit. Nach dem Prinzip des "do ut des" verlangten sie als Gegenleistungen die Unterstützung bei Wahlen. Die Wahlstimme wurde Tauschäquivalent für persönlichen Vorteil.

Der Grundstein war gelegt, daß Politik als "politischer Handel" betrieben wurde. Unter der Bezeichnung "Rousfeti" gehört dies bis heute zum Alltagsleben in Griechenland. Es kennzeichnet einerseits den stark personalistisch geprägten Charakter der Politik und andererseits die bereits erwähnte bedeutsame Rolle der Primärinstitution Familie, daß sich bis heute in Griechenland die Tradition erhalten hat, daß zumindest ein Familienmitglied in Athen wohnen sollte, um Verwaltungs- und sonstige Angelegenheiten zu erledigen. Präsenz in Athen ist wegen der starken administrativen, politischen und wirtschaftlichen Zentralisierung sowie der Konzentration von Bildungseinrichtungen erforderlich.

¹¹ Diese Interpretation hat der Verfasser bei seiner Studie über die PASOK zugrundegelegt. Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Die PASOK..., a.a.O.

Die spezifische politische Kultur in Griechenland hat Honoratioren- und keine Mitgliederparteien entstehen lassen.¹² Die Parteien waren abhängig vom Parteiführer, sein Charisma war Bedingung seines persönlichen Aufstiegs wie auch der Überlebensfähigkeit seiner Partei. Eine Parteiorganisation mit einem landesweiten Apparat fehlte. Mitglieder, die sich der Partei zugehörig empfanden, gab es kaum, wohl aber Personen in großer Anzahl, die sich dem Parteiführer verpflichtet fühlten. Wo Mitglieder und Organisation fehlen, braucht man über innerparteiliche Willensbildung nicht zu sprechen. Sie wird ersetzt durch Absprachen in der "in-group" von Parteiführern und Gefolgsleuten. Unter diesen Bedingungen spielte auch die politische Programmatik keine Rolle, mit dem Label "liberal" war deshalb auch immer vorsichtig umzugehen, wenn man von den Zentrumsparteien in Griechenland sprach. Wo Mitglieder fehlen, kann auch die Finanzierung der Parteien nicht über Beiträge erfolgen. Geld mußten die Politiker mitbringen oder beschaffen. Auch dies war ein Grund dafür, daß man in Griechenland gerne von den großen wohlhabenden "politischen Familien" spricht, aus denen sich immer wieder politisches Spitzenpersonal rekrutiert hat. Schließlich hat sich auch die Bindung der Wähler nicht auf Parteien, sondern auf Personen gerichtet. Wähler folgten Politikern, auch wenn diese die Partei wechselten oder neue politische Formationen gründeten.

Auch bei den Parteien entsteht das Bild einer im westeuropäischen Vergleich wenig differenzierten Ordnung, bei der sich Sekundärinstitutionen nur schwach entwickeln können. Dies kommt besonders deutlicher darin zum Ausdruck, daß nicht wenige Parteien Produkte auf Zeit, begrenzt auf die aktive Karriere eines Politikers waren. Spätestens hier sollte klar werden, daß der mögliche Einwand gegen die bisherigen Ausführungen, Griechenland unterscheide sich gar nicht so sehr von anderen Ländern, denn auch dort seien Personen und Beziehungen wichtig, nicht stichhaltig ist. Im übrigen Europa¹³ sind persönliche Kontakte und Beziehungen von Relevanz, um Einfluß in einer politischen Ordnung zu gewinnen, die von mächtig gewordenen Sekundärinstitutionen gekennzeichnet ist. Im - idealtypisch gezeichneten - politischen System Griechenlands nehmen dagegen Primärinstitutionen die vorrangige Rolle ein: einerseits die "politischen Familien" und andererseits die personalistischen Beziehungen zwischen Patron und Klientel.

Der geringere Grad an Institutionalisierung äußert sich in einem weiteren Faktum: Greifen die Gewerkschaften sehr schnell zur ultima ratio des Streiks, läßt sich bei den politischen Kräften Vergleichbares, die

¹² Als neuere deutschsprachige Darstellungen vgl. Herbert R. Ganslandt, *Politische Kultur und politisches System in Griechenland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (14.12.1990) 51, S. 29-38; Heinz Richter, *Zwischen Tradition und Moderne: Die politische Kultur Griechenlands*, in: Peter Reichel (Hrsg.), *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Frankfurt/M.-New York 1984, S. 145-166.

¹³ Das "übrige" Europa ist freilich nicht so einheitlich, wie es hier scheinen mag. Auf Italien wird in diesem Zusammenhang noch eingegangen.

scharfe Polarisierung feststellen. Politische Kontrahenten treten unveröhnlich und wenig kompromißbereit auf. Politik erscheint - gerade auch den Wählern - nicht als das Ringen um bessere Konzepte, sondern als Feindschaft zwischen Parteiführern. Der parteiübergreifende Konsens hat wenig Chancen. Programmatische Debatten werden durch persönliche Fehden ersetzt.

4. Die Grenzen von institutionellen Reformen - exemplarische Betrachtung der PASOK

Die PASOK ist die modernste und dynamischste Partei Griechenlands.¹⁴ Erst 1974 von Papandreou gegründet, kann die Partei auf eine in Europa unvergleichliche Erfolgsgeschichte zurückblicken: Sie hat bei den Wahlen von 1974, 1977 und 1981 jeweils ihre Stimmenzahlen verdoppeln können. 1974 sprachen sich rund 663 000 Wähler für die PASOK aus, 1977 waren es bereits 1,3 Millionen und 1981 gar 2,7 Millionen. Ein Anteil von 48,1 Prozent der Wählerstimmen in diesem Jahr reichte, um von 300 Parlamentssitzen 172 Mandate zu gewinnen und die Regierung zu übernehmen.

Der politische Aufstieg der PASOK war mit vielfältigen Innovationen verbunden. Die Partei entwickelte eine differenzierte, originäre Programmatik und besetzte thematisch den weiten Bereich von sozialdemokratischen bis sozialistisch-marxistischen Leitzielen, was auch die Ideen von Befreiungsbewegungen aus der Dritten Welt einschloß. Die PASOK entwickelte eine landesweite Organisation. Nach 1974 fand man verstreut über das ganze Land Parteibüros. Ein funktionsfähiger Apparat in der Athener "Charilaou Trikoupi Straße" übernahm die administrative Unterstützung der Parteiführung. In dem stark binnen-differenzierten Apparat gewann auch eine Funktionärsschicht - wenngleich mit deutlichem Abstand zu Papandreou - an Profil, die ab 1981 die ihren jeweiligen Aufgabenbereichen entsprechenden Ministerämter übernehmen konnten.

Was die PASOK besonders auszeichnete, war die Erweiterung der politischen Klasse. Linksorientierte Politiker, die nach dem Bürgerkrieg im politischen System in Griechenland allenfalls eine periphere Rolle spielten, konnten sich etablieren und wurden ins politische System reintegriert. In diesem Sinne hat die PASOK als Sekundärinstitution - trotz ihrer oftmals radikalen Rhetorik - erheblich zur Stabilisierung des politischen Systems in Griechenland beigetragen.

Mit dem Aufstieg der PASOK konnte sich im griechischen Parteiensystem, sieht man einmal von den Kommunisten ab, erstmals eine feste Mitgliederstruktur herausbilden. Die Bedingungen der Mitgliedschaft wurden formalisiert. Wer Mitglied war, mußte - im Prinzip - auch Beiträge entrichten. Der Partei erschlossen sich neue Finanzierungsquellen.

¹⁴ Vgl. im Detail Heinz-Jürgen Axt, Die PASOK..., a.a.O.

Der ideologischen Prägung der Mitgliedschaft wurde große Bedeutung beigemessen.

Und dennoch: Trotz der geschilderten Neuerungen blieb die PASOK auch eine traditionelle Partei. Die PASOK blieb ungeachtet aller, sie als relativ entwickelte Sekundärinstitution auszeichnenden Innovationen in starkem Maße personalistischen, auf Primärbeziehungen bezogenen Elementen verhaftet. Nirgends kommt dies deutlicher als in der Frage zum Ausdruck, ob es eine PASOK ohne Papandreou geben kann. Wenn Papandreou nicht mehr die Partei führt, ist ein Auseinanderfallen in verschiedene Flügel wahrscheinlich, wobei diese sich wiederum weniger programmatisch als vielmehr entlang persönlicher Präferenzen bilden werden. Daß Charisma und Tradition zusammenhängen, wissen wir seit Weber.¹⁵ Also kommt auch in Papandreous überragender Bedeutung für die PASOK das traditionale Element bei dieser Partei zum Ausdruck.

Papandreou hat den Charakter, die Programmatik und die Auswahl des Führungspersonals der Partei bestimmt. Die PASOK wurde gewählt, weil man Papandreou wollte. Wer sich innerhalb der PASOK Papandreou widersetzte, wurde ohne Einhaltung der Regeln innerparteilicher Demokratie aus der Partei ausgeschlossen. In der PASOK hatten nur die Politiker eine Karriere-Chance, die sich guter Beziehungen zum Parteiführer erfreuten. Wahlen zu Spitzenämtern erfolgten per Akklamation, nicht in geheimer Abstimmung. Der Aufstieg der PASOK wäre nicht möglich gewesen, hätte die Partei nicht vom Zentrum - der Partei, in der Andreas Papandreou Vater Parteiführer und er selbst bereits führender Politiker gewesen war - entsprechend viele Wähler geerbt.¹⁶ Dem PASOK-Führer kam es immer zugute, daß er einer der großen politischen Familien des Landes entstammte.

Zusammenfassend: Die PASOK hat das Parteien- und das gesamte politische System zweifellos modernisiert. Andere Parteien waren gezwungen, ebenfalls die Parteiorganisation zu stärken, verstärkt Mitglieder zu werben, von diesen auch Beiträge einzufordern und eine eigene Programmatik zu entwickeln. Das heutige Parteiensystem ist "moderner" als zu Beginn der siebziger Jahre. Und dennoch - das hat die Darstellung der PASOK verdeutlicht - sind die traditionellen Elemente nicht verschwunden. Sie erweisen sich als erstaunlich lebensfähig, passen sich den neuen Gegebenheiten an. Diese Mutation und Adaption der Tradition hat der Verfasser - mit Bezug auf das Parteiensystem - als "Parteien-Klientelismus" gekennzeichnet.¹⁷

¹⁵ Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie*, Tübingen 1976, S. 662.

¹⁶ Das läßt sich eindeutig empirisch an den Wahltraditionen nachweisen, vgl. Heinz-Jürgen Axt, *Die PASOK...*, a.a.O., S. 121-158.

¹⁷ Vgl. ebda., S. 30 ff.

5. Politische Institutionen in einer etatistisch geprägten Gesellschaft

Von der relativen Schwäche der politischen Sekundärinstitutionen in Griechenland profitiert vor allem der Staat, er setzt sich dominant gegenüber der Zivilgesellschaft durch. Staatliche Macht wird durch autonome gesellschaftliche Kontrollinstanzen und -mechanismen nur wenig gezügelt. Nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände haben als Institutionen nur bedingt Einfluß gewonnen. Das Parlament übt lediglich eine begrenzte Kontrolle staatlicher Macht aus - ein Umstand, der uns aus anderen Ländern zwar auch bekannt, in Griechenland vielleicht jedoch noch stärker ausgeprägt ist.¹⁸ Die Kontrollfunktion der Medien ist insoweit eingeschränkt, als bei ihnen oft die Sensationsberichterstattung gegenüber der gründlichen Recherche obsiegt. Im Umgang mit der Verwaltung drückt sich bei den Bürgern das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Staat aus.

Der die Politik durchdringende Klientelismus macht sich gerade auch in der Verwaltung bemerkbar. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst wird von vielen Griechen angestrebt. Politiker, die einen solchen Job vermitteln können, erweisen den von ihnen erwarteten Gefallen und sichern dadurch ihre eigene Wiederwahl. In der Zeit der PASOK-Regierung sollen mehrere hunderttausend Stellen mit Parteigängern neu besetzt worden sein.¹⁹ Bedenkt man, daß sich aufgrund der engen familialen Bindungen nicht nur der unmittelbar Begünstigte sondern auch weitere Familienangehörige bei der nächsten Wahl durch eine entsprechende Stimmabgabe erkenntlich zeigen, wird das politische Potential deutlich, das sich aus der klientelistischen Vergabe von Jobs an Parteigänger ergibt.

Der institutionellen Schwäche der Gewerkschaften entspricht die Tatsache, daß einzelne Unternehmer zwar beträchtlichen Einfluß auf die Politik haben können - erinnert sei lediglich an die "Tankerkönige" oder "Pressemagnaten" -, daß aber die Unternehmerverbände als Institutionen eher eine geringe Bedeutung erlangen. Die Erklärung liegt in diesem Falle auf der Hand: Es gibt in Griechenland nur wenige Großbetriebe und auch die sogenannten Mittelbetriebe zählen im übrigen Europa eher zu den Kleinbetrieben. Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten erreichen einen Anteil von über neunzig Prozent aller Betriebe. Diese Kleinbetriebe in einem Verband zusammenzufassen und damit eine starke Institution aufzubauen, stellt sich als besonders schwierige Aufgabe dar.

Die Etatisierung der griechischen Gesellschaft läßt sich auch an Wissenschaft und Forschung aufzeigen. Sie spielen bekanntermaßen in einer

¹⁸ Der Verfasser hat dies für den Bereich der Außenpolitik nachgewiesen. Vgl. Heinz-Jürgen Axt, *Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen*, Baden-Baden 1992, S. 49 f.

¹⁹ Vgl. Heinz-Jürgen Axt, *2,7 Millionen fanatische Griechen? Oder warum 40 % der Wähler noch immer Papandreou bevorzugen*, in: *Südosteuropa*, 39. (1990) 2, S. 119-136.

modernen Gesellschaft eine eminent wichtige Rolle, sowohl als produktive als auch als Kontrollfaktoren. Letztere Funktion wird eingeschränkt, wenn Forschungsinstitute in starkem Maße von Regierung und Parteien abhängig sind. Zumindest für den Bereich der politischen, sozialwissenschaftlichen, sicherheitspolitischen und teilweise auch ökonomischen Disziplinen galt dies bislang in Griechenland in starkem Maße. Institute waren vor allem, was die Finanzierung anging, vom Staat, seien es Ministerien oder politische Parteien, abhängig. Seit einigen Jahren erst ist das verstärkte Bemühen um mehr Autonomie bei derartigen Forschungseinrichtungen zu beobachten.

6. Kontinuität und Wandel: Institutionen in historischer Perspektive

Bislang wurde überwiegend unhistorisch argumentiert. Keine Gesellschaft ist jedoch statisch. Auch stark traditional geprägte Länder können sich heute vor Veränderungen nicht abschirmen. Überleben kann nur, wer die Herausforderung des Wandels annimmt. Daß dabei die Kräfte der Tradition und der Kontinuität nicht auszuschalten sind und - normativ formuliert - besser auch nicht ausgeschaltet werden sollten, liegt bei einer Gesellschaft wie Griechenland auf der Hand. Daß der Wandel an Griechenland nicht vorbeigegangen ist, läßt sich an den Parteien aufzeigen. Die konservativ-liberale Neue Demokratie hat heute nicht anders als die PASOK ebenfalls eine landesweite und durchaus effiziente Organisation, ist in dieser Hinsicht also durchaus "modern". Das heißt andererseits aber keineswegs, daß der Klientelismus, die Ämterpatronage oder "Rousfeti" keine Rolle mehr spielten. Wandel verbindet sich mit Tradition, statt sie ersatzlos zu streichen.

Die Gründe für die eingetretenen Veränderungen sind vielfältig; zu erinnern ist an die seit den sechziger Jahren forcierte Industrialisierung, die verstärkte Urbanisierung, die Verbreitung einer säkularen Kultur mit Coca Cola und amerikanischen Filmen als Merkmalen und an die enge wirtschaftliche Verflechtung Griechenlands mit der Weltwirtschaft und der Europäischen Union. Die Kräfte der Veränderung sind jedoch mit Gegenkräften konfrontiert: Griechenlands Industrie hat z.B. zwar bedeutende Fortschritte gemacht, im internationalen Vergleich gilt das Land jedoch wegen der überproportional vertretenen Kleinstbetriebe und des übergewichtigen Dienstleistungssektors noch immer als "halb-industrialisiert".

Was bedeutet das für das hier zur Debatte stehende Thema der Institutionen und ihrer Veränderung? Die ökonomische Entwicklung in Form der Industrialisierung führt offensichtlich bloß zu einem begrenzten Institutionen-Wandel. Was durch das Beispiel Griechenlands bestätigt wird, hat bedeutsame Implikationen für die gegenwärtigen Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa. Eine radikale marktwirtschaftliche Reform dürfte danach nicht ausreichen, wenn nicht zugleich die Institutionen verändert, die Regulativmuster und Normen

angepaßt werden. Darauf hat die Neue Institutionen-Ökonomie seit längerem hingewiesen.²⁰

Was könnte im Falle Griechenlands eine Reform von Institutionen bewirken? Klassische Mittel wären eine Verwaltungsreform sowie die Entstaatlichung und Privatisierung. Mit der Reform der öffentlichen Institutionen hat sich die PASOK-Regierung seit Beginn der achtziger Jahre beschäftigt. Daß ein Durchbruch gelungen wäre, wird man kaum behaupten können. Die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen wurde von der Regierung Mitsotakis vorangetrieben. Nach ersten Erfolgen bleibt es dennoch fraglich, ob in Griechenland der allgegenwärtige Leviathan, der Staatseinfluß zurückgedrängt werden kann. Skepsis scheint insofern angebracht, als eine Neuordnung des institutionellen Systems von Politikern initiiert und durchgeführt werden muß, die selbst dem alten politischen System verwurzelt sind, die selbst den "politischen Familien" entstammen, die in klientelistische Netze eingebunden sind und für die der "politische Handel" zum Handwerkszeug gehört. Es kastriert sich niemand gerne selbst, auch nicht politisch.

Wenn der Einfluß des internen Innovations-Potentials begrenzt erscheint, ist nach externen Faktoren zu fragen. Hoffnung ist hier in der jüngeren Vergangenheit vor allem auf den Beitritt Griechenlands zur EG gesetzt worden. Es wurde vermutet, daß die EG jener exogene Faktor sein könne, der zu einer Modernisierung der politischen Institutionen und politischen Parteien führen könne.²¹ Ex post betrachtet, ist - wenn überhaupt - im Bereich der politischen Institutionen nur eine begrenzte Adaptation festzustellen. Aktuell wäre die Frage freilich wieder aufzugreifen: Wenn der Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft lediglich bescheidene institutionelle Reformen bewirkt hat, könnte dann jetzt nicht die Perspektive einer Europäischen Union in Verbindung mit der geplanten Wirtschafts- und Währungsunion und dem bereits realisierten Binnenmarkt für einen Innovationsschub sorgen?

Die Frage ist unter Einschränkungen mit ja zu beantworten. Wenn nämlich überhaupt innovative Kräfte freigesetzt werden, dann dürfte dies daran liegen, daß zeitgleich mit der Fortentwicklung der westeuropäischen Integration zwei weitere Entwicklungen von herausragender Bedeutung zu beobachten sind: Erstens hat die Kritik an der EU in Griechenland keine Konjunktur mehr. Die PASOK hat dieses Thema in der zweiten Hälfte der siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre derart ausgereizt, daß heute die Wähler dafür nicht mehr empfänglich erscheinen. Intern hat sich der Widerstand gegen externe Einflüsse erheblich reduziert. Nunmehr wird als positiv betrachtet, was aus Brüssel kommt.

Zweitens ist die ökonomische Lage Griechenlands derzeit so desolat, daß einerseits zumindest die Chancen auf eine Verbreitung der Einsicht

²⁰ Vgl. hierzu z. B. die Arbeiten von Douglas C. North. Als jüngste Arbeit liegt mittlerweile vor: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen 1992.

²¹ Vgl. z.B. Nikolaus Wenturis, *Die soziopolitischen und ökonomischen Strukturen Griechenlands im Hinblick auf seine Integration in die EG*, Frankfurt/M. u.a. 1977, S. 84.

wachsen, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann, daß "heilige Kühe", auch im institutionellen Bereich angetastet werden müssen. Andererseits ist eine gewisse Externalisierung der Entscheidungsfindung festzustellen: Gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds und der OECD drängt auch die Brüsseler EG-Kommission energisch auf durchgreifende Reformen und zwar konjunktur- wie auch strukturpolitischer Art. Der Regierung Mitsotakis war das durchaus angenehm, konnte sie sich doch hinter der Brüsseler Ratschlägen "verstecken" und damit innenpolitischen Unmut abwenden, wenn sie Maßnahmen zur Stabilisierung und Entstaatlichung ergriff.

7. Ein "Aufstand der Produktiven"?

Einer weiteren Frage ist in diesem Zusammenhang nachzugehen: Könnte Griechenland dem italienischen Beispiel folgen, könnte es zum "Aufstand der Produktiven" und damit zur Reform von Institutionen kommen? In vielerlei Hinsicht gleicht Italien Griechenland: Der "politische Gefallen" ist hier wie dort Praxis, die Verwaltung fühlt sich eher als Herr des Staates denn als Diener seiner Bürger, der Einfluß von Kontrollorganen bleibt bescheiden, Amterpatronage in großem Stil ist beiderseits des Adriatischen Meers zu finden. In Italien hat dies Opposition hervorgerufen. Die "Lega Nord" und andere Organisationen in Norditalien haben der Öffentlichkeit zumindest eines bewußt gemacht: Ohne eine durchgreifende Reform der Institutionen fällt Italien international im Wettbewerb immer weiter zurück und verfestigt sich intern, daß der im Norden produzierte Wohlstand von Roms unproduktivem Staats- und Verwaltungsapparat aufgesogen wird.

Die Gunst der Wähler für die Protestbewegungen zeigt, daß der Wunsch nach Veränderung weit verbreitet ist. Ohne eine durchgreifende Reform von Institutionen kann diesem Wunsch nicht entsprochen werden. Über den endgültigen Erfolg des italienischen Beispiels läßt sich derzeit noch nicht urteilen. Noch weniger Verlässliches ist über Griechenland zu sagen. Als Stimmung ist die geschilderte Haltung weit verbreitet. Selbständige, Unternehmer, aber auch Arbeitnehmer klagen über den Moloch Athen und die wenig produktiven Institutionen. Ob aus der Klage politischer Protest und ob daraus institutionelle Veränderungen werden, bleibt offen. Ein "deus ex machina" ist weder hier noch bezüglich der geschilderten externen Effekte zu erwarten. Schließlich profitieren von den derzeitigen Strukturen nicht eben wenige, in Griechenland nicht zuletzt die im "staatlichen Korporatismus"²² zusammengesetzten traditionellen Industrien, die Banken und der Staat. Doch es

²² Vgl. Louka Katseli, Economic integration in the enlarged European Community: structural adjustment of the Greek Economy, in: Christopher Bliss/Jorge Braga de Macedo (Hrsg.), Unity with diversity in the European economy: the Community's Southern frontier, Cambridge 1990, S. 235-309.

baut sich ein Innovationspotential auf, das sich künftig bemerkbar machen kann.

Griechenland hat den "Weg der Moderne" beschritten. Es will diesen Schritt durch eine aktive Teilhabe am europäischen Einigungsprozeß im Rahmen der EU absichern. Griechenland hat sich für die Wirtschafts- und Währungsunion, für die Europäische Union und - aufgrund seiner spezifischen Sicherheitsbedürfnisse ²³ - sogar für eine gemeinsame europäische Verteidigung ausgesprochen. Der Vertrag von Maastricht ist von Athen rasch und ohne Vorbehalte ratifiziert worden. Wenn der eingeschlagene Entwicklungsweg Erfolg haben soll, müssen indes nicht nur die aktuellen Konjunkturprobleme der Verschuldung, des Staatsdefizits, der Inflation und der Wachstumsschwäche gelöst werden. Dringlich sind Strukturreformen, ist eine Innovation bei den Institutionen. Nicht die Detail-, die Gesamtreform ist gefordert.

²³ Griechenland erhofft sich von einer gemeinsamen Verteidigungspolitik im Rahmen der EG einen Schutz gegenüber der Türkei und jetzt auch gegenüber dem Krisenherd Balkan.

Christodoulos Yiallourides

Institutionen und institutioneller Wandel auf Zypern: Innen- und außenpolitische Aspekte

I. Einleitung

Die institutionelle Lage in Zypern ist wesentlich bestimmt von der faktischen Teilung des Landes, die das unmittelbare Ergebnis der türkischen Invasion im Sommer 1974 ist. Das Land und auch seine Institutionen sind geteilt, denn die anschließende Besatzung und die Vertreibung der Griechen aus dem Norden der Insel stellten eine Zäsur für die politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklung des Landes dar. Wie im folgenden gezeigt wird, wurde dadurch ein rascher, gewaltsamer und von der Türkei gut überlegter strategischer Wandel auf der gesamten Insel ausgelöst.¹ Der unmittelbar von der Invasion betroffene Norden erlitt eine "ethnische Säuberung". Zugleich wurde der Süden mit den vielfältigen Konsequenzen der Veränderungen im Norden institutionell und strukturell konfrontiert.² Seit der türkischen Invasion von 1974 wurde die institutionelle Teilung der staatsrechtlichen Ordnung von 1960 territorialisiert: Die Türkei besetzte etwa 40 % des Territoriums der Insel und schaffte somit nach der gewaltsamen Vertreibung der griechischen Bevölkerung die territoriale Grundlage für eine bizonale, ethnisch-föderativ bestimmte Staatsordnung³, ein Vorgehen, dessen Völkerrechtswidrigkeit⁴ nicht weiter erläutert zu werden braucht. Dadurch wurden aber neue Rahmenbedingungen für die Lösung des Zypernproblems geschaffen. Diese neuen Bedingungen fußen auf dem Anspruch einer bizonalen Föderation auf geographischer Grundlage, die von der Beseitigung der rechtmäßig immer noch bestehenden Republik ausgeht, um an ihrer Stelle zwei neue Staatswesen entstehen zu lassen, die gleichberechtigt zu einer bundesstaatlichen Ordnung zusammenfinden sollen. Beide sollen sich zu Bestandteilen eines neuen föderativen bzw. konföderativen Staatswesens entwickeln.

¹ Athanasios Platias, Die griechische Strategie am Kreuzweg, in P. Ifestos/A. Platias (Hrsg.), Griechische Abschreckungsstrategie (gr.), Athen 1992, S. 163.

² Christofer Hitchens, Whats wrong with partition, in: New Statesman vom 21.8.1987.

³ J.Ch. Papalekas, Unterbelichtete Aspekte des Zypernkonflikts, Herford 1976, S. 23.

⁴ Vgl. D. Constantopoulos, Die türkische Invasion in Zypern und ihre völkerrechtlichen Aspekte, in: German Yearbook of Law, Jahrbuch für internationales Recht, vol. 21, Berlin 1978, S. 274 ff.

II. Innerstaatliche und internationale Merkmale und Besonderheiten der Genese der Republik Zypern im Hinblick auf die Föderalisierungsdiskussion

Die Republik Zypern wurde als "unabhängiger und souveräner" Staat unmittelbar nach Mitternacht zwischen dem 15. und 16. August 1960 proklamiert.

Das war der Schlußakt eines vierjährigen Freiheitskampfes des zypri- schen Volkes gegen die britische Kolonialherrschaft mit dem ursprüngli- chen Ziel, die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts zu erreichen. Träger dieses Kampfes und Verfechter dieses Zieles war die überwälti- gende Mehrheit des Kolonialvolkes, das hauptsächlich aus einer griechi- schen (80 %) und einer türkischen (18 %) Teilgruppe bestand.

Die Verfassung der Republik Zypern war von drei internationalen Verträgen begleitet: dem Gründungsvertrag der Republik Zypern zwi- schen der Republik selbst, dem Königreich Griechenland, der Republik Türkei und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nor- dirland, dem Garantievertrag zwischen den oben genannten Ver- tragspartnern und dem Militärvertrag der Allianz zwischen der Repu- blik, dem Königreich Griechenland und der Republik Türkei.⁵

In bezug auf die Verträge selbst sowie den Gründungsprozeß der Re- publik mit Blick auf die Vollständigkeit der Souveränität, gab es diverse völkerrechtliche Einwände. Dabei wurde die These vertreten, daß wich- tige und zwingende völkerrechtliche Bestimmungen des *ius cogens* ver- letzt worden waren.⁶ So wurde zum Beispiel eingewandt, daß während der Unterzeichnung der Staatsverträge weder die Republik Zypern selbst schon ein völkerrechtliches Subjekt war noch ihre beiden obersten Organe, der Präsident und der Vizepräsident der Republik, schon im Amt waren.⁷ Außerdem kann wegen der Nichtanwendung des demokratischen Prinzips bei der Verfassungsgebung von einer oktroyierten Ver- fassung gesprochen werden.

Interessant scheint uns auch, kurz auf die innerstaatliche Ordnung der Republik einzugehen, wo sich sowohl das Prinzip der föderativen Ord- nung im Kern herausbildet, als auch die Frage der Problematik der Funktion der politischen Ordnung bei Entscheidungsprozessen auftritt.⁸ Der Geist der Verfassung weist im Gegensatz zu anderen Verfassungen die Eigenheit auf, von dem wesentlichen Bestandteil des Staates, näm- lich dem Volk, keine Erwähnung zu machen. Der Staat wird nach der Verfassung von den beiden Gemeinschaften bzw. Volksgruppen getra- gen, ohne daß das Zahlenverhältnis der Gruppen zueinander berück- sichtigt wird. Außerdem wird das gemeinsame integrale Moment eines Staatsvolkes völlig ignoriert. In mehreren Fällen wurde das Prinzip der Gruppengleichheit angewandt, wobei die 80 %-ige griechische Bevölke-

⁵ K. Tornaritis, *Das Staatsrecht der Zypri- schen Republik* (gr.), Nikosia 1982, S. 11.

⁶ K. Tornaritis (Anm. 5), S. 12.

⁷ G. Tenekidis, *Chypre*, Paris 1964, S. 105 f.

⁸ Tornaritis (Anm. 5), S. 16 f.

rungsmehrheit der 18 %-igen türkischen Minderheit gleichgestellt wurde.

Für jede Volksgruppe wurde eine Gemeinschaftsversammlung eingerichtet, die in bezug auf bestimmte Bereiche wie z.B. Justiz, Religion, Erziehung, Bildung und Kultur administrative und judikative Gewalt für die jeweils eigene Volksgruppe innehatte. Diese eigenartige Staatsordnung ließ einige Verfassungsrechtler zu der Schlußfolgerung kommen, daß es sich bei dieser Struktur um eine Form des Föderalismus handle, den sie "Personal-Föderalismus" nannten.⁹

Zweifellos wurden durch die Verfassungsstruktur eine kulturelle Autonomie gewährleistet sowie institutionelle Rechte und Schutzmechanismen für die Minderheit geschaffen, Maßnahmen und Strukturen, welche im folgenden erwähnt werden. Zugleich führten zahlreiche in der Verfassung verankerte desintegrierende Elemente sowie die Tatsache, daß die politische Mehrheit auf keiner Ebene politisch entscheidend auftreten oder sich aus beiden Gemeinschaften zusammensetzen konnte, den neugegründeten Staat neben anderen außenpolitischen Faktoren in eine permanente innerstaatliche Krise von internationalen Dimensionen, anstatt zu einer permanenten Konfliktregelung beizutragen. Hier sollen kurz die oben angesprochenen Elemente aufgezeigt werden:

Der Präsident der Republik sollte als Grieche von der griechischen Gemeinschaft gewählt werden, der Vizepräsident umgekehrt von der türkischen. Das Kabinett bestand aus 10 Mitgliedern, von denen 7 Griechen vom Präsidenten und 3 Türken vom Vizepräsidenten bestimmt wurden. Das Parlament bestand aus 50 Mitgliedern, von denen 35 von der griechischen Gemeinschaft, 15 von der türkischen gewählt wurden. Der Parlamentspräsident sollte Grieche, der Vizepräsident wiederum Türke sein. Beide wurden in getrennten Verfahren von den entsprechenden ethnischen Abgeordnetengruppen gewählt. Bei Abwesenheit oder Dienstunfähigkeit des Präsidenten der Republik durfte ihn nicht etwa der Vizepräsident, sondern der Parlamentspräsident, also ein Grieche, vertreten. Entsprechend durfte den Parlamentspräsidenten nicht der Vizepräsident des Parlaments, sondern der älteste griechische Abgeordnete vertreten. Vergleichbares gilt für die türkischen Vizepräsidenten der Republik und des Parlaments. Das Parlament tagt zwar gemeinsam, aber wichtige Entscheidungen, wie z.B. Wahlgesetz, Etat, Steuergesetzgebung etc. sollten von doppelten Mehrheiten getroffen werden.

Ein ähnlicher, desintegrierender Teilungsgeist herrschte auch in der Jurisdiktion, wobei griechische Richter über griechische Rechtsangelegenheiten, türkische entsprechend über türkische Rechtsangelegenheiten richten sollten.

Bei ethnisch gemischten Fällen sollte der Prozeß durch einen griechischen und einen türkischen Richter geleitet werden, wobei in der Praxis ein Klima des Mißtrauens und der Vertretung nationaler Interessen für

⁹ G. Héraud, *Ethnischer Föderalismus zur Vermeidung ethnischer Konflikte*, in: *Föderalismus als Mittel permanenter Konfliktregelung*, Wien 1997, S. 73 f.

die jeweilige Gemeinschaft die Objektivität der Justiz beeinflusste. Um bei der Judikative zu bleiben, ist auch die Existenz des dreiköpfigen Obersten Gerichtshofes interessant, dessen oberster Richter der bekannte deutsche Staatsrechtler Ernst Forsthoff war. Die beiden anderen Sitze waren paritätisch durch einen Türken und einen Griechen besetzt. Man kann von der ersten deutschen staatsrechtlichen Einflußnahme auf Zypern sprechen.

Ein entsprechendes Gruppengleichheitsprinzip mit einer überproportionalen Vertretung des türkischen Volksgruppenteils ist auch in der Verwaltung, in der Armee und im Polizeiapparat verankert.¹⁰

Die oben genannten staatsrechtlichen Elemente zeigen deutlich den Geist einer vertikalen Teilung der Staatsordnung bei allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen, welche vor allem die Desintegration eines jungen Staatsvolkes zur Folge hatten und weit über die Idee der Besonderheit und des Selbstbestimmungsrechts von Gruppen und Gemeinschaften hinausging.

Politische Wechselwirkungsprozesse zwischen Mehrheit und Minderheit konnten somit nicht stattfinden: Die politische Nation und das Staatsvolk konnten sich nicht herausbilden, da der politische Willensbildungsprozeß durch ethnische Kriterien bestimmt und verfassungsmäßig vorprogrammiert wurde.¹¹ Eine bundesstaatliche Ordnung, die auf ethnischer und geographischer Grundlage beruht, konnte nicht vollzogen werden, da die türkische Minderheit nirgendwo auf der Insel über einen geschlossenen territorialen Siedlungsraum verfügte. So ist erklärbar, daß neben außenpolitischen Faktoren das Fehlen von integralen politischen Momenten und Prozessen sehr schnell die junge Republik und die Verfassungstheorie zum Scheitern brachte.

III. Über die politischen Institutionen

Zunächst einige einführende Bemerkungen zu den politischen Institutionen. Sie sind nach wie vor bestimmt durch die Verfassung der Republik Zypern aus dem Jahre 1960, die ein Präsidial- und Mehrparteiensystem vorsieht. Man kann sagen, daß dieses System sich bewährt hat, und daß es trotz der verfassungsverankerten desintegrativen Elemente stabile politische Verhältnisse garantiert. Die Wahl des Präsidenten ist seit 1960 ohne Anfechtung vor sich gegangen und das Parteiensystem hat sich, vornehmlich in den letzten 18 Jahren, nahezu nach europäischen Mustern entwickelt. Seit 20 Jahren gibt es in der Republik Zypern eine Parteienlandschaft, die aus drei großen politischen Gruppierungen besteht: die linksorientierte AKEL, die rechtsliberale "Demokratische Sammlung", die fast gleich stark sind, und die "Demokratische Partei" in der Mitte. Andere Gruppierungen wie z.B. die "Sozialistische Partei"

¹⁰ de Smith (Anm. xx), S. 296.

¹¹ S. Christodoulos Yiallourides, *Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht im 20. Jh. unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse auf Zypern*, Bochum 1981, S. 144 ff.

(EDEK), sind von geringer politischer Bedeutung. Diesem Umstand ist die politische Stabilität der Republik zu verdanken.¹²

Die Parteienlandschaft der Republik, d.h. in dem südlichen, nicht besetzten Gebiet, hat sich rasch nach der türkischen Invasion 1974 und vor allem nach dem Tod von Präsident Erzbischof Makarios 1977 entwickelt und stabilisiert. Es handelte sich nämlich, was die Parteienstruktur anbetrifft, um ein typisches postkoloniales politisches System, wo der charismatische Führer und Held des Unabhängigkeitskampfes, also Erzbischof Makarios, als der entscheidende Faktor des politischen Lebens auftrat. Die Invasion Zyperns hat für fast alle Bereiche des politischen Systems der Republik als eine Zäsur gewirkt, auch und vor allem für die Parteienstruktur. Mit Ausnahme der starken linken Partei der AKEL (Anorthotikon Komma Ergsomenou Laou, 30 %, eine Partei sowjetischer Prägung), die zu Beginn der vierziger Jahre in Erscheinung trat, sind alle anderen drei im Parlament vertretenen Parteien nach 1974 unter ihrem heutigen Namen und ihrer heutigen ideologischen Grundorientierung erschienen. So wurden die konservative Partei des heutigen Staatspräsidenten Klerides, "Demokratische Sammlung" (30 %), und die kleine sozialistische Partei des militanten früheren Parlamentspräsidenten Lyssarides (10 %) im Jahre 1975 gegründet. Zuletzt, 1976, trat die liberale Partei des Zentrums des früheren Staatspräsidenten Kyprianou, die "Demokratische Partei" (Di.Ko., 20 %), auf.

Anders sehen die institutionellen Verhältnisse in dem von türkischen Truppen seit 1974 besetzten Teil der Insel aus. Zwar ist auch hier eine Art "Präsidialsystem" errichtet worden, jedoch mit einer problematischen Legitimationsgrundlage. Der Grund dafür liegt u.a. in der Tatsache, daß die dortigen "Präsidialwahlen" entscheidend von den anatolischen Einwanderern beeinflußt werden.¹³ Dasselbe gilt auch für die Parteienstruktur, denn die anatolischen Einwanderer (ca. 70 000) werden durch eine eigene Partei ("Nationale Wiedergeburt") repräsentiert, die bisher stets die "Regierungspartei" ("Nationale Einheitspartei") unterstützt hat. Die politischen Parteien der besetzten Gebiete zeigen eine - wie das gesamte System - strukturelle Abhängigkeit vom türkischen Festland, sind ebenfalls mit Ausnahme der links orientierten "Republikanisch Türkischen Partei" (1969) ein Postulat der nach der Invasion von 1974 entstandenen Ordnung. Die "regierende" "Nationale Freiheitspartei" wurde im Jahre 1976 gegründet, die "Partei der sozialen Befreiung" im Jahre 1977 und die Partei der Siedler "Nationale Wiedergeburt" trat im Jahre 1984 auf. Die oben genannte Zahl der Einwanderer wurde von dem Vertreter des Europarates, Alfons Cuco, bei einer Untersuchung auf Zypern festgestellt. In seinem Bericht führte er aus, daß bei einer Bevölkerung von etwa 170 000 im Norden (bei einer Ge-

¹² Christodoulos Yiallourides, Das Parteiensystem Zyperns, in: Joachim Raske/Elias Katsoulis (Hrsg.), Die Parteien Westeuropas (gr.), Thessaloniki-Hamburg 1985.

¹³ Gerd Höller, Frankfurter Rundschau vom 10.12.1986.

samtbevölkerung Zyperns von 700 000), 70 000 türkische Einwanderer sind und keine türkischen Zyperer.¹⁴

Die Teilkolonisierung des besetzten Nordens führt zu institutionellen Verhältnissen zweifelhafter Art. Einerseits fördert sie Tendenzen zu einem "Einparteienstaat" und zum anderen zu einem "Siedlerstaat". Eine Aussage übrigens, die von dem Führer der größten Oppositionspartei ("Soziale Befreiung"), dem Türkenzyprer Mustafa Akinzi, stammt.¹⁵ Dieser Umstand könnte im Falle einer Wiedervereinigung erhebliche, schwer überwindbare Probleme beim Reintegrationsprozeß aufwerfen. Offensichtlich stehen wir - auch angesichts des Rückstandes des Nordens im wirtschaftlichen und sozialen Bereich - vor einem "Süd-Nord-Gefälle",¹⁶ welches fast alle Bereiche des "politischen Systems" des Nordens umfaßt. In der Perspektive gesehen kann man sogar auch von einem potentiellen islamisch-christlichen Konflikt sprechen, als Folge des rückständigen, instabilen, von außen abhängigen Nordens gegenüber einem entwickelten Süden.

IV. Der politisch-administrative Bereich

Wichtige Institutionen, die das Überleben Zyperns nach der Invasion ermöglicht haben, sind im allgemeinen Organisationsstrukturen des Staates, darunter vor allem die öffentliche Verwaltung. Diese Strukturen haben wesentlich dazu beigetragen, den großen Flüchtlingsstrom der Griechen aus dem Norden abzufangen und ihn in sinnvoller Weise auf die einzelnen Distrikte zu verteilen.¹⁷ Überhaupt hat die Funktionsfähigkeit der staatlichen Verwaltung wesentlich auch zum ökonomischen Aufbau und Wiederaufbau beigetragen. Demgegenüber leidet die Verwaltung im Norden an zunehmender Orientalisierung, d.h. an Hypertrophie und im wesentlichen von Siedlern herbeigeführten Parteiklientelismus.¹⁸ Dennoch könnte, unter bestimmten Voraussetzungen, die gut funktionierende Verwaltung der Republik Zypern einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Wiedervereinigung des Landes leisten.¹⁹

¹⁴ S. ausführlicher darüber in: Council of Europe, Parliamentary Assembly, Demographic Structure of the Cypriot Communities, Rapporteur A. Cuco, Strasbourg, 6.5.1992.

¹⁵ Mustafa Akinzi in seinem Interview in der türkisch-zyprischen Zeitung "Ortam" vom 28.4.1992.

¹⁶ Johannes Chr. Papalekas, Die Zypernfrage. Problematik und Perspektiven eines Dauerkonflikts, Frankfurt/M. u.a. 1987, S. 117 ff.

¹⁷ Hasan Erçakici in "Yeni Dusen" (türkisch-zyprische Zeitung) vom 16.11.1991.

¹⁸ Sunday Telegraph vom 25.5.1992.

¹⁹ Christodoulos K. Yiallourides, Minderheitenschutz und Volksgruppenrecht im 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse auf Zypern, Bochum 1981, S. 227.

V. Das Verbandswesen

Bei der kurzen Skizzierung der institutionellen Lage im politisch-administrativen Bereich darf das in der Republik Zypern gut organisierte und funktionierende Verbandswesen nicht unerwähnt bleiben. Es gab schon vor 1974 zwei miteinander konkurrierende Gewerkschaftsorganisationen, deren Konkurrenz nicht die Vertretung der Interessen der Mitglieder beeinträchtigte.²⁰ Ferner soll hinzugefügt werden, daß die Gewerkschaften gut mit den Verbänden der Wirtschaft zusammenarbeiten, was den erstaunlichen wirtschaftlichen Aufschwung u.a. erklärt. Interessant ist wiederum, daß es im besetzten Norden ebenfalls zwei funktionsfähige Gewerkschaftsorganisationen gibt, die teilweise Abspaltungen von den früheren gesamtzyprischen sind.²¹ Auch hier scheint mir ein interessanter Ansatzpunkt mit Blick auf die Wiedervereinigung Zyperns vorzuliegen.

VI. Zu den kulturell-religiösen Institutionen

Auf dem Gebiet der kulturellen Institutionen zeigt sich allerdings ein anderes Bild. Hier stehen sich die christliche und die islamische Religion gegenüber, was natürlich nicht unbedingt ein Gegeneinander bedeuten muß. Christen und Moslems haben in Zypern im großen und ganzen friedlich nebeneinander und auch miteinander gelebt.²² Im Zuge der Auseinandersetzungen nach 1955 und vor allem nach der Invasion haben sich allerdings allmählich die beiden Religionsgemeinschaften und deren Institutionen voneinander entfernt. Ein gewisser Entfremdungsprozeß auch in dieser Hinsicht scheint die Folge zu sein, ein Umstand allerdings, der, wie wir inzwischen wissen, nicht nur in Zypern anzutreffen ist.²³

Allgemein bekannt sind die Zerstörungen christlicher Baudenkmäler und Kirchen im besetzten Norden, die zum Teil in Moscheen umgewandelt wurden.²⁴ Man kann nur wünschen und hoffen, daß die internationale Staatengemeinschaft wirksame Schritte dagegen unternommen wird. Außer den moralisch-kulturellen Aspekten, bedeutet die Zerstörung religiös-kultureller Stätten eine Vertiefung des Gegensatzes und der Spaltung.

²⁰ Demetrios Christodoulou, *Inside the Cyprus Miracle*, Minnesota 1992, S. 17 ff.

²¹ Ebenda.

²² Costas P. Kiris, *Peaceful Co-existence in Cyprus und the British Rule (1878-1959) and after Independance. An Outline*, Nicosia 1978, S. 8.

²³ Pavlos Tzermias, *Geschichte der Republik Zypern*, Tübingen 1991, S. 50.

²⁴ Gerd Höller in: *Die Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 1.8.1987 sowie *Frankfurter Rundschau* vom 7.8.1987.

VII. Die Familie

Zu den wesentlichsten elementaren Institutionen in Zypern zählt die Familie, ebenso wie die weiteren Verwandtschaftsbeziehungen. Sie bilden - so könnte man sagen - ein zweites soziales Netz, das den Zusammenhalt des Volkes wesentlich fördert. Zwar hat sich in Zypern die Kernfamilie zu Lasten der traditionellen Großfamilie bei den christlichen Zypernern durchgesetzt, die immerhin über 80 % der Bevölkerung ausmachen. Die Verwandtschaftsbeziehungen bilden aber, nicht zuletzt wegen der räumlichen Übersichtlichkeit, nach wie vor eine wichtige institutionelle Stütze.²⁵ Freilich hat der wachsende Wohlstand sowie der Wandel der Wertvorstellungen und Werthaltungen zu einigen Einbrüchen in das Familiengefüge geführt. Dieser institutionelle Wandel ist nicht zuletzt auf die durch die Invasion forcierte Überführung großer Teile der Landbevölkerung in tertiäre Beschäftigungsstrukturen und die Urbanisierung zurückzuführen. So ist die Zahl der Ehescheidungen nach 1974 ganz erheblich gestiegen und zugleich hat sich das generative Verhalten geändert, denn die Geburtenzahl ist rückläufig, nicht zuletzt auch als Folge der Teilung.²⁶

Bei den moslemischen Zyperntürken haben sich die Familienstrukturen in der Form der weiterhin präsenten Großfamilie entwickelt. Dazu haben auch die Einwanderer wesentlich beigetragen, die oft in Sippenform nach Zypern kommen. Dieser Umstand wirkt sich allerdings negativ auf die Modernisierung des Nordens aus.

Betrachtet man die institutionellen Verhältnisse im geteilten Zypern auf politischem wie auf kulturellem Gebiet, so kann man auf der einen Seite Sektoren entdecken, bei denen Affinitäten und Kohäsionen vorliegen, während in anderen Bereichen die Entwicklungen recht unterschiedlich verlaufen.²⁷ Sie sind vornehmlich auf dem kulturellen Sektor zu finden und hängen vom jeweiligen Kulturverständnis ab.

Alles in allem ist Zypern, trotz der bereits skizzierten Hindernisse und Probleme, institutionell gut vorbereitet, ein vollwertiges Mitglied der europäischen Völkergemeinschaft zu werden. Zypern stellt sich in diesem Sinne als eine Herausforderung, zugleich aber auch als eine Chance für die Europäische Union dar.

²⁵ Takis Erdokas, *Die Flüchtlinge Zyperns* (gr.), Nicosia 1976, S. 8 ff.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Necatin Erdekün, *The Cyprus dispute and the birth of the "Turkish Republic of Northern Cyprus"*, Nicosia 1981, S. 16.

Hansjörg Brey

Institutionen und institutioneller Wandel auf Zypern: Wirtschaftsrelevante Institutionen

Eine Analyse wirtschaftlicher Institutionen auf Zypern sieht sich mit dem Problem konfrontiert, daß gerade auch im Bereich der Wirtschaft seit der De-facto-Teilung Zyperns 1974 keine einheitliche Betrachtung der beiden Landesteile möglich ist. Die Ausführungen im folgenden werden sich auf das Territorium der Republik Zypern (Südzypern) konzentrieren. Auf die institutionelle Lage in Nordzypern (dem Territorium der 1983 selbsternannten "Türkischen Republik Nordzypern") kann dagegen nur summarisch eingegangen werden. Für diese Schwerpunktsetzung gibt es zwei gewichtige Gründe:

1. In der Republik Zypern fand trotz der erheblichen Schäden durch die Teilung 1974 eine Art Wirtschaftswunder statt, welche der Betrachtung der hier vorhandenen wirtschaftsrelevanten Institutionen besonders interessant erscheinen läßt.
2. Über die Institutionen in Nordzypern sind wissenschaftlich fundierte Studien bisher praktisch nicht vorhanden. Dies gilt um so mehr für die wirtschaftsrelevanten Institutionen.

Es kann im folgenden jedoch gezeigt werden, daß einige der besonders wichtigen Institutionen auf Zypern während der britischen Kolonialherrschaft bis 1960 eingerichtet wurden und damit für die griechische und die türkische Volksgruppe gleichermaßen relevant waren.

I. Ausgangslage: Die Wirtschaft in der Republik Zypern

Der Stellenwert wirtschaftsrelevanter Institutionen ergibt sich aus der im Zeitverlauf sich ändernden wirtschaftlichen Struktur und den jeweils in Staat und Gesellschaft vorhandenen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen. Diese lassen sich im Falle der Republik Zypern vereinfacht folgendermaßen beschreiben:

1. Die allgemeine Ausrichtung der zyprischen Wirtschaftspolitik läßt sich treffend als Verwirklichung eines Modernisierungs-Ideales beschreiben, das die Aufhebung des wirtschaftlichen und sozialen Rückstands zu den westlichen Industrienationen aufzuheben sucht.¹ Erstes und vorrangiges Ziel war dabei der Übergang von einer verarmten agrarischen Minifun-

¹ Symeon Matsis / Andreas Charalambous: Development Planning in Cyprus: An Evaluation of its Contribution to Economic Development. In: The Cyprus Review, vol.1, no.2, Fall 1989, S. 9-45.

dienwirtschaft zu einer leistungsfähigen und diversifizierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Dieses Ziel ist heute im wesentlichen erreicht. 1990 wurden in der Republik Zypern nur noch 7,4 % des BIP vom primären Sektor erwirtschaftet, 27,9 % vom sekundären und 64,6 % vom tertiären Sektor.² Erwähnenswert ist dabei neben der heutigen Dominanz des Tourismus auch der erfolgreiche Aufbau einer relativ stark diversifizierten eigenen Leichtindustrie.³

2. Wirtschaftspolitischer Rahmen ist eine liberale und zugleich soziale Marktwirtschaft unter Beibehaltung eines starken staatlichen Sektors vor allem im Bereich wichtiger Grundstoffindustrien.

3. Die in den ersten 15 Jahren seit der staatlichen Unabhängigkeit erreichten wirtschaftlichen Erfolge schienen mit der Teilung von 1974 zunichte gemacht. Die griechisch-zyprische Ökonomie hatte mit der türkischen Invasion die wertvollsten agrarischen Flächen und wichtige industrielle und touristische Kapazitäten verloren. Rund 160 000 Flüchtlinge mußten auf den verbliebenen 60 % der Inselfläche untergebracht und wirtschaftlich integriert werden. Um so erstaunlicher lesen sich die schon bald nach der Teilung erreichten Erfolge: Bereits 1977 und bis heute andauernd herrscht in der Republik Zypern Vollbeschäftigung. Mit einem realen Wirtschaftswachstum von jährlich 5,6 % zwischen 1980 und 1990 lag Zypern weit vor allen EG-Staaten. Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 9 850 US-\$ (1990) ist Zypern in die Gruppe der sog. *High-income Economies* aufgerückt.

4. In bezug auf soziale Entwicklungsindikatoren wie z.B. die Lebenserwartung, den Bildungsstand oder die Qualität der ärztlichen Versorgung liegt Zypern ganz auf dem Niveau westlicher Industrienationen. Nach dem *Human Development Report* der UNDP findet sich Zypern nach sozialen und ökonomischen Kriterien unter den 32 Kleinststaaten der Erde (unter 1 Mio. Einwohner) an dritter Stelle hinter Island und Luxemburg.⁴

5. Aktuell ergibt sich die größte Herausforderung an die zyprische Wirtschaft durch die nach der Beantragung der Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (im Juli 1990) und generell durch die starke Außenhandelsorientierung erforderlichen Anpassungsleistungen. Not-

² Die wichtigsten Wirtschaftsdaten finden sich in dem jährlich erscheinenden *Economic Report*, hrsg. vom Department of Statistics and Research der Republik Zypern. Siehe auch: Planning Bureau: *Economic and Social Indicators 1990*. Nicosia 1990; Statistisches Bundesamt: *Länderbericht Zypern 1991*. Wiesbaden 1991.

³ Siehe hierzu: Hansjörg Brey: *Industrialisierung auf Zypern. Internationale, nationale und regional/lokale Aspekte der Industrieentwicklung*. Kallmünz/Regensburg 1989.

⁴ United Nations Development Programme (UNDP): *Human Development Report 1990*. New York / Oxford 1990. Der für Zypern berechnete *Human Development Index* beträgt 0,928 (Maximum: 1). A.a.O., Tab. 25, S. 180.

wendig sind u.a. ein Abbau des notorischen Handelsdefizites, ein drastischer Abbau von Subventionen und eine Modernisierung der Industrie.

Soweit die kurze Skizze der Wirtschaftspolitik der Republik Zypern und ihrer Erfolge.

Welche Rolle kommen nun den Institutionen und ihrem Wandel in dem geschilderten Prozeß zu? Welche Institutionen waren es, die das geschilderte "kleine Wirtschaftswunder" begünstigten? Sind die wirtschaftsrelevanten Institutionen in Zypern angesichts der sich rasant wandelnden inneren und äußeren Bedingungen, der Anforderungen an eine schnelle Anpassung, sind diese Institutionen Träger von Beharrlichkeit oder von Innovation und Wandel?

Eine Annäherung an diese Fragen soll im folgenden anhand einiger ausgewählter Beispiele versucht werden.

II. Wirtschaftsrelevante Institutionen in der Republik Zypern

Das Genossenschaftswesen

Das Genossenschaftswesen kann als das herausragende Beispiel für eine ganze Reihe von Institutionen gelten, welche die britische Kolonialherrschaft als ein alles in allem positives Erbe auf Zypern hinterließ. In den 20er und 30er Jahren initiierte die britische Verwaltung eine Reihe von durchgreifenden Reformen im ländlichen Bereich, die einer Art Bauernbefreiung, einer "Entfeudalisierung" gleichkamen. Zunächst wurde die Tributpflicht aus osmanischer Zeit abgeschafft und vor allem der ausbeuterische Geldverleih verboten, welcher die Masse der ländlichen Bevölkerung in dauerhaftem Elend gehalten hatte. Die seit den 30er Jahren flächendeckend auf der Insel arbeitenden ländlichen Kooperativen umfaßten vom Kreditwesen bis zur Vermarktung faktisch alle Bereiche der landwirtschaftlichen Produktion und Distribution. Die genossenschaftliche Organisation ermöglichte für die zyprischen Kleinbauern erhebliche Produktivitätssteigerungen und darüber eine bedeutende Verbesserung der Lebensbedingungen. Bis 1960 unterstanden griechische und türkische Kooperativen einer einheitlichen Verwaltung. Ab 1960 wechselte die Zuständigkeit an die griechischen und türkischen Volksgruppenvertretungen (*communal chambers*). 1967 schließlich wurde die griechische Genossenschaftsbehörde dem zentralen Industrie- und Handelsministerium unterstellt.⁵

Der wachsende Grad der Institutionalisierung des Genossenschaftswesens sollte sich in seinen Auswirkungen als sehr ambivalent erweisen. So haben bis heute die aus den Genossenschaften entstandenen *Marketing Boards* mit halbstaatlichem Status für den Absatz und speziell den Ex-

⁵ Zur Entwicklung des zyprischen Genossenschaftswesens siehe: N.C. Lanitis: *Rural Indebtedness and Agricultural Co-operation in Cyprus*. Limassol 1944; Paris Andreou: *Agricultural Development and Co-operative Marketing in Cyprus*. Nairobi 1977.

port der wichtigsten Agrarprodukte eine unverzichtbare Funktion. Zu einem Desaster wurde allerdings langfristig das wachsende Engagement der Kooperativen im industriellen Bereich. Ein 1976 gegründeter Industriekomplex, die *Central Cooperative Industries* erwies sich als eine grandiose Fehlinvestition einer Institution, die sich mehr und mehr zu einem "Staat im Staate" entwickelt hatte. Sie führte die zyprischen Genossenschaften mit einem Verlust von mehr als 150 Mio. DM an den Rand des Ruins.⁶

Die Entwicklung der zyprischen Kooperativen steht damit auch als Beispiel für einen zum Teil gescheiterten institutionellen Wandel. Zunächst von oben oktroyiert, wurden sie umgehend zu einer Institution der gesellschaftlichen Basis und Träger des sozialen Wandels. Sekundär entfernten sie sich immer mehr von den Bedürfnissen dieser Basis, verfielen dem Klientelismus und der "Selbstbedienungs-Mentalität". Es beweist allerdings auch das Funktionieren des zyprischen institutionellen Systems, daß der "Kooperativen-Skandal" als solcher thematisiert und breit diskutiert wurde und schließlich auch rechtliche Konsequenzen gezogen wurden.

Die Gewerkschaften

Die zyprische Gewerkschaftsbewegung etablierte sich wie die Genossenschaftsbewegung bereits in der britischen Kolonialzeit als eine mächtige Institution, genauer gesagt als eine Reihe von Institutionen mit jeweils unterschiedlicher parteipolitischer Orientierung.

Bereits im Jahre 1958 war fast die gesamte abhängig arbeitende Bevölkerung Zyperns gewerkschaftlich organisiert. Im Jahre 1981 gehörten in der Republik Zypern 124 299 Personen einer Gewerkschaft an, das sind 85,2 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung (incl. Selbständige und Arbeitgeber!).⁷

Das Gros der im Privatsektor tätigen Arbeitnehmer ist in einer der beiden politisch konträren Großgewerkschaften - oder besser Gewerkschaftsverbände - organisiert. Größter Verband ist der der kommunistischen Partei AKEL nahestehende linke Panzyprische Gewerkschaftsbund PEO (*Pankipria Ergatikí Omospondia*), mit derzeit ca. 72 000 Mitgliedern. Das konservative Pendant der PEO bildet die "Konföderation der Arbeiter Zyperns" (SEK) mit ca. 52 000 Mitgliedern.⁸ Sie steht der konservativen DISY von Glafkos Klerides sowie - in zweiter Linie - der DIKO von Ex-Präsident Spyros Kyrianiou nahe. PEO und SEK umfassen jeweils eine größere Zahl von Einzelgewerkschaften. Die Organisationsstruktur dieser Verbände gewährleistet deren "totale Identifikation mit

⁶ Hansjörg Brey, a.a.O., S. 71 ff.

⁷ Savvas Katzikides: Arbeiterbewegung und Arbeitsbeziehungen auf Zypern 1910 - 1982. Frankfurt a.M. u.a. 1988.

⁸ Republic of Cyprus, Press and Information Office: The Almanac of Cyprus 1992. Nicosia 1991, S. 309 ff.

den politischen Parteien", gepaart mit minimalem Mitbestimmungsmöglichkeiten der Mitgliederbasis.⁹ Regierungsbeamte, Lehrer sowie Landwirte sind in eigenen Verbänden organisiert.

Die Funktion der Gewerkschaften für das Wirtschaftssystem ist vor allem in den folgenden Hinsichten von Relevanz:

1. Ohne Zweifel ist es ein Verdienst der gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretung, daß die marktwirtschaftliche Wirtschaftsverfassung in Zypern eine dezidierte soziale Komponente erhielt. Seit 1957 sind alle Beschäftigten auf Zypern, einschließlich Bauern, Landarbeiter und einem Großteil der Selbständigen, sozialversichert. Das sog. *Social Insurance Scheme* wurde im Jahre 1980 reformiert und entspricht heute in der Bandbreite der Leistungen weitgehend dem Standard westlicher Industriestaaten.¹⁰

2. Politischen Einfluß üben die großen Gewerkschaften vorrangig über ihre enge parteipolitische Bindung und eine damit einhergehende Verflechtung mit Regierung und Parlament aus. Auch die ehemals dem Klassenkampf verschriebene PEO hat sich seit langem mit dem System der "Sozialpartnerschaft" arrangiert. Zur Erhaltung bzw. Erweiterung ihrer Machtfülle sind PEO und SEK, so Katzikides, eine "stille Koalition" eingegangen.¹¹ Der 1977 verabschiedete *Code of Industrial Relations* wurde allein von den beiden Großgewerkschaften sowie von den 12 größeren Arbeitgebervereinigungen ratifiziert. Damit gelten die zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen im Privatsektor ausgehandelten Kollektivverträge nur für Mitglieder von PEO und SEK sowie - auf der Arbeitgeberseite - für einen (wenn auch großen) Teil der Unternehmen. Die Monopolstellung der beiden Großsyndikate findet eine zusätzliche Konsolidierung in ihrer (exklusiven) Beteiligung an den sog. "Dreier-Kommissionen" aus Regierung, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern (s.u.)

3. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften gegenüber den (gleichfalls wohlorganisierten) Arbeitgebern war auch auf Zypern durch die vorherrschende Arbeitsmarktsituation bestimmt. Seit den 50er Jahren herrschte auf Zypern mit nur wenigen Unterbrechungen Vollbeschäftigung. In einer Situation des Arbeitskräftemangels konnten die Gewerkschaften regelmäßig Steigerungen der Reallöhne aushandeln. An der Entwicklung der Reallöhne läßt sich die Abhängigkeit der gewerkschaftlichen Verhandlungsposition von den jeweiligen Arbeitsmarktverhältnissen in idealer Weise ablesen: Aufgrund des Vorhandenseins arbeitsloser Flüchtlingsmassen seit Sommer 1974 stagnierten die Real-

⁹ A.a.O., S. 144.

¹⁰ Die Sozialversicherungsbeiträge betragen für Nicht-Selbständige 15,5 % des Einkommens. Hiervon werden je 6 % vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie 3,5 % vom Staat getragen.

¹¹ A.a.O., S. 119.

löhne bis 1976 auf dem Niveau von 1973. Mit Zustimmung der Gewerkschaften war im Rahmen der "Notwirtschaftsprogramme" der Regierung ein allgemeines Lohnmoratorium vereinbart worden. Zwischen 1976 und 1982 (Vollbeschäftigung) verdoppelte sich hingegen der Index der realen Löhne und Gehälter.¹² Dies bedeutete eine ständige graduelle Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards. Konsequenz für die Unternehmen waren wachsende Anteile der Personalkosten in der betrieblichen Wertschöpfung.¹³ Obwohl die Unternehmerseite immer wieder über die konkurrenzschädigenden Wirkungen durch die starken Personalkostensteigerungen klagte, ist deren Wirkung nicht zwangsläufig negativ zu bewerten. Gerade die Erfahrungen der *Newly Industrializing Countries* in Ost- und Südostasien zeigen, daß eine Verteuerung der Arbeitskosten ein positiver Anreiz zu Investitionen in kapitalintensivere Technologien darstellen kann.

Vertretungen der Arbeitgeber

In der Republik Zypern sind insgesamt 36 Unternehmerverbände registriert. Die meisten dieser Verbände sind in der zentralen "Föderation der Arbeitgeber und Industriellen" (OEBK) organisiert. Die OEBK ist die entscheidende Interessenvertretung der Arbeitnehmerseite. Ihre Aufgabe besteht u.a. in der Information der Mitglieder, der Vertretung der Unternehmensinteressen bei Tarifverhandlungen und im allgemeinen gegenüber Regierung, Gewerkschaften und Öffentlichkeit.¹⁴ Ähnliche Funktionen kommen der zyprischen "Industrie- und Handelskammer" (KEBE) zu. Diese betreibt neben einer zentralen Behörde in Nikosia zusätzliche Branchen in den Distrikthauptstädten.

Als politische Lobby bilden OEBK und KEBE in etwa ein Pendant zu den Gewerkschaften. Institutionell sind die Arbeitgeber u.a. gemeinsam mit den Gewerkschaften in den noch zu erläuternden "Dreier-Kommissionen" vertreten.

Die Rolle der Arbeitgebervertretungen in bezug auf notwendige wirtschaftliche Wandlungsprozesse ist dabei in manchen Fällen problematisch. Dies kann am Beispiel der hohen Zollschutzbarrieren für die zyprische Industrie gezeigt werden. Schutzzölle waren im Rahmen der bisherigen staatlichen Importsubstitutions- und generell Industrialisierungspolitik das wichtigste Instrumentarium. Obwohl den zyprischen Wirtschaftsplanern die gesamtwirtschaftlich sehr schädliche Wirkung hoher tarifärer Handelshemmnisse durchaus seit langem bewußt ist, wußte die mächtige Lobby der Produzenten von Konsumgütern den gesamtwirtschaftlich dringend notwendigen Abbau der Zollbarrieren lange

¹² Hansjörg Brey, a.a.O., S. 143 ff.

¹³ Im verarbeitenden Gewerbe wuchs der Anteil der Personalkosten an der Bruttowertschöpfung von 41,7 % (1976) auf 59,5 % (1983); (s. ebd.).

¹⁴ Omospondia Ergodoton & Biomichanion Kyprou: Ekthosi 1992 (Jahresbericht 1992, griechisch), Nicosia 1993.

Zeit erfolgreich zu verhindern.¹⁵ Erst mit Inkrafttreten der Zollunion mit der EG im Jahre 1988 war eine Reduzierung der Zolltarife nicht mehr zu verhindern.

Auf ein weiteres institutionelles Defizit speziell in der verarbeitenden Industrie beginnt man in jüngster Zeit zu reagieren: Jeder Einzelbetrieb ist bislang in bezug auf Produktentwicklung, Marktforschung und Vermarktung auf sich allein gestellt. Bei einer fast ausschließlich kleinbetrieblichen Struktur bedeutet dies erhebliche Nachteile vor allem in Bezug auf die internationale Konkurrenzfähigkeit. Deshalb hat man nun unter der Regie der OEBK in einigen Industriebranchen wie der Bekleidungs-, Schuh- und Möbelindustrie mit der Einrichtung sog. "sektoraler Konsortien" begonnen, die diese Aufgaben als eine Art zentraler "Know-how-pool" übernehmen sollen. Je nach Bedarf und Branche umfaßt die zwischenbetriebliche Kooperation gemeinsame Rohstoffbeschaffung, technische Beratung, Design, Qualitätskontrolle und Vermarktung. Solche Konsortien könnten sich im Falle ihrer Bewährung als Beispiel eines erfolgreichen institutionellen Wandels erweisen, welcher dem wachsenden Konkurrenzdruck von außen durch kostendämpfende Innovationen entgegentritt.¹⁶

Regierung und öffentliche Verwaltung

Der zyprische Staat versteht seine Rolle gegenüber der privaten Wirtschaft vor allem in der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, in der Förderung einer Sozialpartnerschaft und der Bereitstellung von wirtschaftlicher Infrastruktur.¹⁷ Für die effektive Durchsetzung dieser Ziele ließen sich zahlreiche Beispiele nennen:¹⁸

1. Im Bereich der wirtschaftsrelevanten Infrastruktur wurden (zum Teil bereits in den 60er und 70er Jahren) erhebliche Vorleistungen erbracht. Hierzu zählen u.a. der Ausbau von Straßen, Häfen und Flughäfen, die Bereitstellung vollerschlossener gewerblicher Grundstücke in sog. *Industrial Estates*, die Ausweisung einer Freien Produktionszone, der Bau aufwendiger Anlagen für die künstliche Bewässerung, ein hochmodernes Telekommunikations-Netz.

2. Weitgehende und gesetzlich fixierte steuerliche Anreize für produktive Investitionen und speziell für ausländische Direktinvestitionen.

¹⁵ Zur zyprischen Importsubstitutionspolitik s. Hansjörg Brey, a.a.O., S. 90 ff.

¹⁶ Institute of Development Studies, University of Sussex: Cyprus Industrialization Study. Report of the Consultation Mission. Sussex 1988.

¹⁷ Vgl. Planning Bureau, Central Planning Commission: Cyprus Diary 1992. The Economy. Nicosia 1991.

¹⁸ S. ausführlich bei Hansjörg Brey, a.a.O.

3. Erleichterung und Kanalisierung von Investitionen durch eine (1963 gegründete) Staatliche Entwicklungsbank (*Cyprus Development Bank*).

4. Als Institutionalisierung der Sozialpartnerschafts-Idee können die sog. "Dreier-Kommissionen" (*Tripartite Commissions*) gelten. Als Beispiel sei hier die sog. "Arbeitsratskommission" genannt. Die Kommission berät das Arbeitsministerium Fragen des industriellen Friedens, der sozialen und Arbeitsplatzsicherheit, Renten etc. Vertreten sind neben dem Arbeitsministerium die Arbeitgeberverbände (OEBK und KEBE) sowie die Gewerkschaftsverbände PEO und SEK; hinzu kommen - de jure - die entsprechenden türkisch-zyprischen "Pendants".¹⁹

Als durchaus effektiv im Hinblick auf die Bedürfnisse der Wirtschaft erweist sich die öffentliche Verwaltung in der Republik Zypern. Die Zuständigkeiten der einzelnen Behörden sind in der Regel klar umrissen, die Behörden selbst mit kompetenten Mitarbeitern ausgestattet, eine Tatsache, die u.a. durch die hohe Dotierung im öffentlichen Dienst bedingt ist. Zwei Beispiele für Institutionen der öffentlichen Verwaltung seien im folgenden kurz erläutert:

1. Das statistische Amt: Es erhebt und publiziert regelmäßig Daten aus allen relevanten Bereichen von Wirtschaft, Bevölkerung, Sozialstruktur etc. Die Erhebung, Aufbereitung und Präsentation der Daten entspricht aktuellen internationalen Standards. Gewähr dafür bietet die regelmäßige Konsultation ausländischer Statistik-Experten.

2. Die Erstellung der staatlichen Entwicklungspläne:²⁰ Die zyprische Regierung erstellt, in der Regel für einen Fünfjahreszeitraum, Entwicklungspläne, in denen die wesentlichen wirtschaftlichen Entwicklungsziele dargestellt und erläutert werden. Obwohl die Entwicklungsplanung rein indikativen, d.h.unverbindlichen Charakter hat, erweisen sich die Entwicklungspläne als zukunftsweisend im besten Sinne. Garant hierfür ist auch die institutionelle Struktur der zuständigen Planungsbehörde.²¹ Neben einer zentralen Planungskommission aus allen zyprischen Ministerien (Vorsitz: Präsident der Republik Zypern) besorgt ein sog. "Planungsbüro" als *Think-tank* die notwendigen Analysen. Verschiedene "Arbeits- und Beratungs-Komitees" bieten die Gewähr, daß alle gesellschaftlich relevanten Gruppen am Planungsprozeß beteiligt werden. Die Beratungs-Komitees sind im Prinzip eine erweiterte Form der o.g. "Dreier-Kommissionen".

Besonders die Regierung des Pragmatikers und erfahrenen Wirtschaftsmannes Georgios Vassiliou hatte es sich zur Aufgabe gemacht,

¹⁹ Katzikides, a.a.O., S. 170 ff.

²⁰ Planning Bureau, Central Planning Commission: Five Year Development Plan 1989-1993. Nicosia, o.J.

²¹ Siehe hierzu ausführlich: Matsis / Charalambous, a.a.O.

die Bedürfnisse der Wirtschaftssubjekte durch einen ständigen interaktiven Prozeß in die Wirtschaftsplanung einfließen zu lassen: "Planning in modern economies can no longer remain a procedure separate from the direct production process. On the contrary, the planning agency must extend and institutionalize its relations to the agents directly involved in the production sphere on a permanent basis."²²

Man erkannte die Notwendigkeit, den sozio-ökonomischen Planungsprozeß an den schnellen technologischen Wandel und die Veränderungen im internationalen Umfeld anzupassen. Den spezifischen Anforderungen des EG-Binnenmarktes an die technologische Erneuerung der zyprischen Industrie trug man durch die Gründung eines "Rates für industrielle und technologische Entwicklung" Rechnung. In diesem sollen wiederum Repräsentanten öffentlicher wie privater Institutionen vertreten sein.

Für das gute Funktionieren der öffentlichen Verwaltung in der Republik Zypern lassen sich folgende prinzipielle Gründe nennen:

1. In bezug auf Organisation und Verteilung der Ressorts und ihrer Aufgaben steht das Verwaltungssystem in direkter Kontinuität zur britischen Verwaltung. Und zweifellos war das britische Verwaltungssystem vorrangig am Kriterium der Effizienz orientiert.
2. Es wäre eine Illusion anzunehmen, daß die Verwaltung nicht *auch* nach klientelistischen Gesichtspunkten besetzt wird. Entscheidend ist, daß die jeweils maßgeblichen politischen Klientels über hervorragende Fachleute verfügen. Positionen in der Verwaltung sind hochdotiert und damit entsprechend attraktiv.
3. Aus offensichtlichen politischen Gründen gilt Zypern bei den maßgeblichen nationalen Entwicklungshilfegebern wie auch bei den internationalen Entwicklungsagenturen als Entwicklungsland. Als Ergebnis dieses besonderen Status hat die Verwaltung laufend auf die Expertise international renommierter Fachleute und Expertenkommittees Zugriff. Es ist ein Zeichen für die Innovationsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung, daß die entsprechenden Vorschläge in bezug auf institutionelle Änderungen in der Regel umgesetzt oder zumindest getestet werden.

Das Bildungswesen

Der Bildungsstand der Zyprioten ist auch im internationalen Vergleich sehr hoch. 1989 hatten von der süd-zyprischen Bevölkerung über 19 Jahren 16 % der Männer und 12 % der Frauen eine Universität oder ein College absolviert, 38% der Männer und 32 % der Frauen hatten eine

²² A.a.O., S. 21.

abgeschlossene Sekundarschulbildung.²³ In der im September 1992 gegründeten Universität in Nikosia werden u.a. auch die Fächer Betriebs- und Volkswirtschaft angeboten. Wichtig erscheint allerdings die Feststellung, daß es der zyprischen Wirtschaft an hochspezialisierten Akademikern schon vorher keineswegs mangelte: So waren z.B. 1981 allein 205 graduierte Ingenieure arbeitslos gemeldet.²⁴ Für den Bedarf der zyprischen Wirtschaft von großer Bedeutung waren die folgenden institutionellen Wandlungen bzw. Neuschaffungen:

1. Die Ergänzung des traditionell stark geisteswissenschaftlich orientierten Sekundarschulwesens seit den 60er und 70er Jahren: Neu angeboten wurden wirtschaftliche und naturwissenschaftliche Fachrichtungen, spezielle technische und landwirtschaftliche Schulen wurden neu errichtet.

2. Daneben wurden z.T. mit Unterstützung der Vereinten Nationen in den 60er und 70er Jahren eine ganze Reihe von staatlichen Institutionen zur beruflichen Aus- und Fortbildung geschaffen.²⁵ Hierzu zählen:

- Das *Higher Technical Institute*, das auf dem "Third Level" Ingenieure verschiedener Fachrichtungen sowie EDV-Spezialisten ausbildet (Schuljahr 1990/91: 670 Studenten);
- Das *Apprenticeship Training Scheme* ermöglicht für Berufsanfänger auf freiwilliger Basis eine Berufsschulbildung (1990/91: 812 Schüler);
- Das *Cyprus Productivity Center*: Es bietet Aus- und Fortbildungskurse in den Bereichen Management-Entwicklung, Öffentliche Verwaltung, Berufsausbildung. Angeschlossen an das CPC ist das *Mediterranean Institute of Management* (MIM). Postgraduierten aus dem Ausland werden hier Management-Kurse mit Diplom-Abschluß angeboten. Das MIM versteht sich als regionales Bildungszentrum für den östlichen Mittelmeerraum. (CPC + MIM: 1990/91: 2 437 Studenten);
- Das *Hotel and Catering Institute* bietet eine Diplom-Ausbildung für das Personal des Hotel- und Gaststättengewerbes. Seine Tätigkeit ist entscheidende Voraussetzung für die Qualität der Dienstleistungen im Fremdenverkehrsgewerbe. (1990/91: 158 Studenten)

All diese Institutionen sind auf den spezifischen Bedarf der zyprischen Wirtschaft zugeschnitten. Hinzu kommen private Institutionen wie des große und renommierte *Intercollege* unter amerikanischer Leitung. Es bietet Management-Diplome für Studenten aus Zypern wie aus asiatischen und afrikanischen Staaten.

²³ Republic of Cyprus, Department of Statistics and Research: Social Indicators. Nicosia 1991.

²⁴ Republic of Cyprus, Department of Statistics and Research: Annual Report on Unemployment 1981. Nicosia 1982.

²⁵ Republic of Cyprus, Department of Statistics and Research: Statistics of Education. School-Year 1990/1991. Nicosia 1991; Republic of Cyprus, Press and Information Office: The Almanac of Cyprus 1992. Nicosia 1991, S. 163 ff.

III. Wirtschaftsrelevante Institutionen in Nordzypern

Die wesentlichen für die zyprische Gesellschaft schon in den 50er und 60er Jahren konstitutiven Institutionen wie Gewerkschaften, Genossenschaften und Arbeitgeberverbände sind auch in Nordzypern existent und funktionieren. Auch "moderne" Institutionen, wie die in den 60er und frühen 70er Jahren mit UN-Hilfe und unter Einbeziehung der Zypern-Türken errichteten technischen Hochschulen wurden in der Folge der De-facto-Teilung 1974 im Norden wiedergegründet.

Bezüglich (englischem) Namen und Selbstdarstellung ihrer jeweiligen Tätigkeit sind die nordzyprischen Institutionen meist mehr oder weniger exakte Spiegelbilder ihrer südzyprischen Pendants.²⁶ Sie werden, wie im Falle der Gewerkschaften, ergänzt durch eigene Institutionen der Siedler vom türkischen Festland.

Der wesentliche Unterschied zur Republik Zypern liegt in der stark unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation in Nordzypern, als wesentliche Rahmenbedingung der wirtschaftlichen Institutionen. Der Wandel von der Agrar- zur Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft hat sich hier in weit geringerem Maße vollzogen. Die Wirtschaft ist erheblich abhängig von der Türkei. Das BIP pro Kopf der Bevölkerung liegt mit 3 080 US-\$ (1990) bei knapp einem Drittel des südzyprischen Standards. Der für den institutionellen Wandel in der Republik Zypern kennzeichnende äußere Druck in Richtung auf institutionelle Innovationen und schnelle Wandlungsprozesse unterbleibt weitgehend.²⁷

Im folgenden seien exemplarisch einige wichtige wirtschaftsrelevante Institutionen in Nordzypern behandelt:

Die öffentliche Verwaltung

Die einst gemeinsam betriebenen Behörden haben in der Regel nach der De-facto-Teilung der Insel ihr mehr oder weniger exaktes Pendant in Nordzypern gefunden. Dort waren 1990 13 375 Personen in der öffentlichen Verwaltung beschäftigt, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 171 500. Ein Vergleich erscheint hier aufschlußreich: In der Republik Zypern beschäftigte die öffentliche Verwaltung 1989 eine Zahl von etwas mehr als 12 000 Personen, bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 564 000. Für das Regime Denktaş spielt die dermaßen aufgeblähte Verwaltung ohne Zweifel politisch eine stützende Rolle. Über die tatsächli-

²⁶ Die wichtigste (und zugleich einzige) umfassendere Darstellung der nordzyprischen Institutionen liefert der folgende Almanach: Kemal Rustem & Brother (Hrsg.): *North Cyprus Almanack*. London 1987.

²⁷ Die Daten über Nordzypern stammen aus den folgenden Publikationen: *Turkish Republic of Northern Cyprus, Statistics and Research Department: Statistical Yearbook 1989*. Lefkoşa 1990; *Turkish Cypriot Chamber of Commerce: Turkish Republic of Northern Cyprus*. Lefkoşa 1993.

chen Leistungen der nordzyprischen Administration läßt sich wenig sagen. Jedenfalls wird deren Tätigkeit kaum durch (allgemein zugängliche) Analysen, Jahresberichte oder Statistiken dokumentiert. Das einzige regelmäßig erscheinende statistische Zahlenwerk ist das *Statistical Yearbook*. Dessen Qualität bleibt hinter entsprechenden Veröffentlichungen aus der Republik Zypern aber auch der Türkei weit zurück.

Sehr ähnlich im Vergleich zur Republik Zypern sind auch die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der nordzyprischen Administration. Entsprechend sieht man auch hier in der Gewährung steuerlicher Anreize (besonders für ausländische Investoren), in der Errichtung einer *Industrial Free Zone* und ähnlichen Maßnahmen geeignete Anreize zur Ankurbelung des produktiven Sektors.

Gewerkschaften

1989 hatten die Gewerkschaften in Nordzypern insgesamt 18 810 Mitglieder. Bei einer ökonomisch aktiven Bevölkerung von 72 350 ist damit der Organisationsgrad wesentlich geringer als in Südypern.

Die beiden großen südyprischen Gewerkschaftsverbände haben - aufgrund einer langen gemeinsamen Geschichte - ihr mehr oder weniger exaktes Pendant im Norden. Die "Föderation der Revolutionären Gewerkschaften" (Dev-iş) ist die Schwester der linken PEO, die "Föderation der türkisch-zyprischen Gewerkschaften" (Türk-Sen) die der konservativen SEK. Verbindungen zu den griechisch-zyprischen Schwester-syndikaten werden regelmäßig auf internationalen Gewerkschaftskongressen gepflegt. Beide zyperntürkischen Traditions-Gewerkschaften haben jedoch in den letzten Jahren einen dramatischen Mitgliederschwund erlebt:²⁸ Dev-iş hatte 1989 noch 570 Mitglieder (1987: 4 586); die Mitglieder-Zahlen von Türk-Sen schrumpften im gleichen Zeitraum von 10 276 auf 7 005. Die geschilderte "Abwanderung" kam der nicht weiter spezifizierten Gruppe der "anderen Gewerkschaften" zugute (unter ihnen die Gewerkschaften der türkischen Siedler): sie konnten ihre Mitgliederzahlen von 1980 bis 1989 auf 11 235 vervierfachen.

Bildungssystem

Das technische Bildungswesen ist ein Beispiel für die weitgehende Parallelität nord- und südyprischer Institutionen. Ein *Higher Technical Institute*, ein *Industrial Training and Productivity Centre* und ein *Hotel and Catering Institute* sind weitgehend gleichnamige wirtschaftsrelevante Bildungsinstitutionen mit ähnlichen Aufgaben wie im Süden.

Darüber hinaus entstand in den 80er Jahren eine ganze Reihe von Instituten denen - sicherlich nicht zuletzt aus Prestige Gründen - Universitätsrang verliehen wurde. Fakultäten für Ingenieurwissenschaften, Ma-

²⁸ Angaben nach *Statistical Yearbook 1989* (s. vorhergehende Fußnote), S. 131, Tab. 117.

nagement und Wirtschaftswissenschaften gibt es an der *Eastern Mediterranean University* in Famagusta, hervorgegangen aus dem *Higher Technological Institute*. An der *Open University of Anadolu*, Lefkoşa, kann man u.a. *Business Management* und Wirtschaftswissenschaften studieren. *Business Administration* unterrichtet das private englischsprachige *University College of Northern Cyprus* in Kyrenia. Die genannten Universitäten stehen auch nicht-zyprischen Studenten (vor allem aus der Türkei und dem Nahen Osten) offen.

Alexandru Duşu

Kirche und Staat im heutigen Rumänien

Die Untersuchung des Verhältnisses von Kirche und Staat zeigt einige wichtige Aspekte des gesellschaftlichen Lebens auf, da die Kirche eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielt, und das nicht nur auf der sozialen Ebene. So führt die Kirche einen ununterbrochenen Dialog mit der politischen Macht, ohne die Erlangung derselben anzustreben, und sie beschäftigt sich mit der Struktur der Gesellschaft, ohne ihre Änderung zu beabsichtigen. Wie der Staat, so kümmert sich auch die Kirche um das Funktionieren aller sozialen Institutionen, jedoch mit dem Ziel, den Menschen den Weg in die Ewigkeit zu sichern. Wie keine andere Institution erfaßt sie den geistigen Bereich und die soziale Organisation des Menschen, existiert sie gleichermaßen außerhalb als auch innerhalb der gesellschaftlichen Struktur, ist sie sowohl apolitisch als auch in die Politik involviert. Ihr Ziel ist die Rettung der Seelen der Gläubigen, gesellschaftlichen Veränderungen paßt sie sich, um diese Aufgabe stets erfüllen zu können, an. Die Kirche bringt mit der Vorstellung der Ewigkeit Stabilität in das Alltagsleben des Menschen und fördert so die Entwicklung seiner Persönlichkeit. Sie fordert eine "Erneuerung der Vernunft", um die Natur des Menschen zu veredeln.

Die orthodoxe Kirche rechnete mit dem Streben der Menschen nach Wahrheit, so wie sie auch wußte, "daß die Pforten der Hölle die Kirche nicht bezwingen werden". Doch ihre tragischen Erfahrungen im Kommunismus führten dazu, daß sie sich vor neue Fragen gestellt sieht. Insbesondere ist eine Klarstellung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der Kirche und den politischen Machthabern notwendig geworden. Daß sich diese Beziehungen in den kommunistischen Gesellschaften auf niedrigstem Niveau befanden, ist offensichtlich, denn die Kirche wurde nicht wie zur Zeit des Römischen Reiches im Namen eines anderen religiösen Ideals verfolgt, sondern im Namen einer Ideologie, für die Religion "Opium für das Volk" war. Die Kirche mußte sich nicht gegen Politiker wie einst Pontius Pilatus behaupten, der danach fragte, was die Wahrheit sei, sondern gegen Aktivisten, die behaupteten, daß es keine Wahrheit gebe und daß die Wahrheiten vom Menschenverstand "erschaffen" würden. Die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts griffen die traditionelle Idee vom Menschen an und schlugen eine neue Beziehung zur Wahrheit vor. Verschärfend wirkte der drastische intellektuelle Niveauverlust, der zu einer beispiellose Verrohung der Gesellschaft während der Jahrzehnte der Herrschaft des Kommunismus beitrug. Die Kirche weiß, daß die Auswirkungen dieses Prozesses nicht über Nacht verschwinden werden.

Aufgrund der spezifischen Ausprägung des rumänischen Kommunismus sieht sich die Rumänische Orthodoxe Kirche besonderen Schwierigkeiten gegenüber.

rigkeiten gegenüber. Es ist für sie notwendig, ihren "nationalen" Charakter und ihren Platz in einer säkularisierten Welt neu zu bestimmen. Die Kirche stellt sich dem komplexen Problem des "Übergangs" vom Totalitarismus zum Pluralismus, indem sie sich mit Staat und Familie, mit Parlament und jedem einzelnen Bürger, mit Schule und Krankenfürsorge beschäftigt.

Immer deutlicher wird, daß die fünfundvierzig Jahre Kommunismus keine einheitliche Epoche in der Geschichte Rumäniens darstellen. Nachdem sie König Mihai am 30. Dezember 1947 zur Abdankung gezwungen hatten, ergriffen die Kommunisten die Macht. Von 1948 bis 1963 dauerte der Sowjetisierungsprozeß Rumäniens. Von 1963 bis 1978 bzw. 1982 folgte ein Autochthonismus, der zur Herausbildung eines Mischlings führte - dem nationalen Kommunismus. Bis Dezember 1989 entwickelte sich dann der Führerkult als eine Art rumänischen Stalinismus. Wenn das Jahr 1963 allgemein als Beginn einer neuen, zur "Entsowjetisierung, doch nicht zur Entstalinisierung"¹ führenden Phase akzeptiert wird, so wird - ausgehend vom Eindruck, den das China Maos auf den rumänischen Diktator ausübte - mit der Erörterung einer Reihe ideologischer Fragen durch das Plenum des Zentralkomitees im Jahr 1971 ein für die Rückkehr zum Regime besonderer Härte doch allzu früher Zeitpunkt genannt, da Ceaușescu Regime fast bis Ende der 70er Jahre von den westlichen Regierungen unterstützt und der Anschein eines demokratischen Regimes bewahrt wurde.² Nach 1980 begann der Isolierungsprozeß Rumäniens und die verstärkte Pflege des Führerkultes. Zu bemerken ist übrigens, daß eine Reihe von den in den 80er Jahren hervorgebrachten Ideen bereits nach 1971 formuliert wurden. So wurde 1974 die "protochronistische" These aufgestellt, die später die nationale Eitelkeit nährte und die kulturelle Isolierung Rumäniens förderte. 1976 nahm Ceaușescu die Apologie des Thrakismus vor und behauptete, die Wandervölker hätten hier "eine fortgeschrittene Zivilisation, die sie sich aneigneten"³ vorgefunden. Selbst für die Römer sei dieser Kontakt nutzbringend gewesen, wird er später sagen. Ebenfalls im Jahr 1976 wurde der Unterricht durch die Ausschaltung der humanistischen Fächer vereinheitlicht. 1979 begann die Lobpreisung der *Cîntarea României*, jene Form des gigantischen Festivismus, der die Lyrik der elementaren Ideen und den Tanz der vorbestellten Heiterkeit förderte und das Volk als eine anonyme Macht sowie eine Gruppe offizieller Narren in den Vordergrund stellte. Der Marsch zu den "lichtvollen Gipfeln des Kommunismus" setzte 1982 verstärkt ein, als das Genie der Karpaten die Ausarbeitung einer "alleinigen Geschichte" erzwang, die beweisen sollte, daß die Kommunistische Partei die Verkörperung der

¹ Siehe Matei Călinescu und Vladimir Tismăneanu: *The 1989 Revolution and Romania's Future*. In: *Problems of Communism*, Washington, XL (1991), S. 49.

² Der letzte Kongreß in Rumänien, der 15. Internationale Kongreß der Geschichtswissenschaften, fand 1980 statt.

³ Siehe *Cuvîntare la consfătuirea cadrelor din domeniul științelor sociale și învățămîntului politic*, 6 octombrie 1976. Bukarest, 1976, S. 18-19.

Ideale der Freiheit und Gerechtigkeit des rumänischen Volkes sei. Im Juni 1982 bestellte der Diktator wissenschaftliche, philosophische Arbeiten über den Ursprung der Welt und der Gesellschaft. "Wir müssen vom materialistisch-dialektischem und historischem Standpunkt aus den metaphysischen Weltanschauungen eine Antwort geben. Die Einhaltung und Sicherung der religiösen Freiheiten bedeutet nicht, daß die Kommunisten die religiösen, idealistischen Weltanschauungen akzeptieren. Die Kommunisten ... können die Theorien über die Existenz übernatürlicher Kräfte nicht akzeptieren, die das Universum geleitet haben oder noch leiten."⁴ Die Religion mit Aberglauben verwechselnd zeigte sich der Diktator erstaunt darüber, daß es noch Kommunisten gebe, die "mystische Konzeptionen" hätten.

Während der ersten Phase der Sowjetisierung des Landes erfolgte die politische Unterdrückung der Kirche, die zweite Phase engte ihre soziale Tätigkeit ein, Ziel der letzten Phase war die Ausschaltung der Kirche aus dem intellektuellen Leben Rumäniens und ihre physische Zerstörung. Die Sowjetisierung der ersten Phase wirkte sich beispielsweise so aus, daß nicht nur von rumänischer Seite (Gheorghiu-Dej, Ana Pauker), sondern auch von seiten der Moskauer Patriarchie Druck auf die rumänische Patriarchie ausgeübt wurde, um diese zu zwingen, für das "vom bürgerlich-gutsherrschaftlichen Regime geplünderte" Bessarabien Kirchenbücher in Kirchenslawisch zu drucken, obwohl die Rumänien aus Bessarabien diese Sprache nicht verstanden, und um die aus Bessarabien geflüchteten Kleriker zur Rückkehr zu zwingen.⁵ Zwischen 1948 und 1963 wurden eine Reihe von Geistlichen abgesetzt unter dem Vorwand, Kollaborateure des vorangegangenen Regimes gewesen zu sein. In der Periode der Kollektivierung der Landwirtschaft wurden zahlreiche Pfarrer verhaftet oder "zum Kanal" (Donau-Schwarzmeer-Kanal) geschickt. Ein Augenzeuge berichtet, daß im Gefängnis von Gherla die orthodoxen, katholischen, lutherischen, unitarischen und kalvinistischen Pfarrer in separate Zellen eingesperrt wurden, damit sie die Häftlinge nicht beeinflussen konnten. (Es gab Zeiten, als sich im Gefängnis an die 15 000 Häftlinge befanden.⁶) Im Bukarester Antim-Kloster bildeten Intellektuelle eine Gruppe, die aktuelle kulturell und soziale Fragen besprach. 1959 wurden die Mitglieder dieser Gruppe ("Brennender Scheiterhaufen" genannt) festgenommen und hingerichtet. Dieser Gruppe gehörten u.a. der Pfarrer Dumitru Staniloaie, der Schriftsteller Dr. Vasile Voiculescu, der Philosoph Anton Dumitriu, Professor Alexandru Mironescu,

⁴ Siehe Expunere...prezentată la Plenara lărgită a Comitetului Central al PCR, 1-2 iunie 1982. Bukarest, 1982, S. 64.

⁵ Die Briefe des Patriarchen Alexej von Moskau und des Patriarchen Rumäniens, Nicodim, sind in der Zeitschrift *Luminătorul*, Kischinew, 1992, 3, veröffentlicht. Siehe die Kommentare von Boris Buzilă in *România Liberă*, 1992, 8. August, S. 6.

⁶ Fr Dr Vasile Vasilachi: *Another World. Memories from communist prisons*. New York, 1987, S. 58, 76.

der Schriftsteller Sandu Tudor (der im Gefängnis von Aiud starb), der Kritiker und Essayist Alice Voinescu an.⁷

Während der zweiten Phase wurde zwar weniger verhaftet, doch wurden viele Pfarrer durch eine vorbeugende Überwachung daran gehindert, über aktuelle soziale Fragen zu predigen und am Leben der Gesellschaft teilzunehmen. Die Kirche war nun offiziell ein "Bollwerk der sozialistischen Nation" und des "Friedenskampfes", daher auch die große Anzahl von Erklärungen gegen die Atombombe. In der letzten Phase wurden Kirchen abgerissen und unter dem Vorwand des systematischen Städtebaus von öffentlichen Plätzen entfernt. Beeinträchtigt war auch das Mönchtum. Die Klöster mußten verlassen werden und wurden zu Geschichtsdenkmälern erklärt. Jungen Leuten wurde verwehrt, Mönch zu werden.

Auf diese offene oder heimliche Kampagne antwortete die Kirche, indem sie Verfolgte unterstützte. So arbeiteten zahlreiche Intellektuelle mit "ungesunder Herkunft" auf den Baustellen der Rumänischen Patriarchie, z.B. der hervorragende Architekt C.M. Cantacuzino oder mein Kollege Dan Lotru. Darüber hinaus publizierte die Kirche auch Zeitschriften mit einer breiten Themenvielfalt, so daß die besten Geschichtsstudien aus den 50er Jahren in den Kirchenzeitschriften zu finden sind. Für diese Zeitschriften schrieben diejenigen, deren Arbeiten in der Zeitschrift *Studii* des politischen Leiters Mihai Roller nicht veröffentlicht werden durften. Da der Kirche der soziale und kulturelle Kampagnen verwehrt waren, konzentrierte sie sich auf die konfessionelle Ebene. Der Mönch Ioanichie Bălan veröffentlichte z.B. 1984 das Buch *Convorbiri duhovnicești* (Geistliche Gespräche), mit dem bewiesen wurde, daß es in der kommunistisch beherrschten Gesellschaft große geistige Führer gab. Zweifellos konnten die Gläubigen mit Hilfe dieser Ratschläge die Sinnlosigkeit eines totalitären Regimes ertragen und die Maßnahmen der kommunistischen Machthaber unterlaufen. Wenn auch die Kirche politisch machtlos war, so wirkte sie dennoch im moralischen, sozialen und religiösen Bereich. Von Bedeutung waren auch die Bemühungen von Pfarrer Stăniloae, so daß zwischen 1947 und 1989 zehn Bände mit Texten altchristlicher Literatur (*Filocalia*) veröffentlicht werden konnten.

Mit seiner Vorstellung des "Klassenkampfes" als gesellschaftliches Ordnungsprinzip verwandelte das kommunistische Regime das gesamte soziale Leben in einen blinden Kampf um die Macht. Für einen auf seinen Posten bedachten Aktivist existierte jenseits der Macht überhaupt nichts mehr. Die orthodoxe Kirche bot hier eine Alternative an und vermittelte den Menschen die Gedanken von sozialer Ausgeglichenheit und Toleranz. Durch bedeutende Persönlichkeiten bewies die Kirche,

⁷ Zur ersten Phase (1944-1948) siehe Fr Dr Vasile Vasilachi: *De la Antim la Pocrov*, Detroit, 1984, S. 14-39; Idem: *Rugul aprins. Cercul literar-cultural de la Mănăstirea Antim*. In: *Calendarul Credința*, Detroit, 1992 S. 55-71. Zur zweiten Phase (1948-1958) siehe Roman Braga: *Rugul aprins*. In: *Lumină lină*, Chelsea, 2 (1991), 1-2, S. 117-128; Felix Dubneac: *Taina Rugului Aprins*. In: *Mărturie Ortodoxă*, Haga, 10 (1991), 15, S. 13-18.

daß Bosheit nicht akzeptiert werden muß, und daß jeder Kompromiß eine Grenze hat, jenseits der man Würde und Verantwortlichkeit verliert. In einem auf Denunziation gegründeten Regime bedeutete das für viele Menschen einen komplizierten und langwährenden Kampf. Die Kirche verlieh den Gegnern der totalitären Macht Kraft: Die Mehrheit jener, die in den schreckenerregenden kommunistischen Gefängnissen verhaftet gewesen waren, erklärten in der Fernsehserie *Memorialul durerii* (Erinnerungen des Leidens), daß es der Glaube gewesen sei, der sie am Leben erhalten hätte.

Unter ihnen waren Intellektuelle wie Mircea Vulcănescu, der in den besten Jahren im Gefängnis von Aiud starb, Petre Țuțea, der den größten Teil seines Lebens in Gefängnissen verbracht hat, oder Nicolae Steinhardt, der uns mit *Jurnalul fericirii* (Das Tagebuch der Glückseligkeit) ein außergewöhnliches Bekenntnis hinterlassen hat. Nach dreizehn Gefängnisjahren sagte Petre Țuțea: "Ich bin mit dem Leben davongekommen, man kann da nicht von Schicksal sprechen. Ich habe kein Schicksal. Gott hat mich geschützt. Das Schicksal wirkt bei mir nicht. Die Ereignisse haben mich erdrückt, aber sie konnten mich nicht zugrunde richten."⁸

Obwohl die Kirche auf der politischen Ebene schwach war und nur durch Versuche der Blockierung einiger katastrophaler Initiativen der kommunistischen Machthaber hervortrat, konnte sie doch auf konfessioneller Ebene ihren Pflichten nachkommen, wie die Volkszählung vom Januar 1992 belegt: Von über 22 Millionen Einwohnern Rumäniens, davon 90 % Rumänen, wurden gezählt: 87 % Angehörige der christlich-orthodoxen Konfession, 5 % Katholiken, 3,5 % Reformierte, 1 % griechisch-katholischer Konfession, 1 % andere Konfessionen.⁹ Wie die letzten Jahre zeigten, sind andere Probleme aufgetaucht. Über den schwachen Widerstand der kirchlichen Hierarchie wurde viel gesprochen, doch sollten anstelle von Beschuldigungen Erklärungen treten, in denen Fehler eingestanden werden. Fehler werden durch die *Metanoia* gutgemacht und nicht durch Rechtfertigungen.¹⁰ Durch eine tiefgreifende Änderung in der Haltung der Prälaten und Gläubigen könnte das Wirken der orthodoxen Kirche in der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen.

Erstens sollte die Kirche ihre Beziehung zum Staat ändern. Man hat vom byzantinischen "Cäsaropapismus" gesprochen, doch ist der Ausdruck nicht angemessen, da die orthodoxe Kirche weder vom Kaiserreich noch vom Sultan angeführt wurde.¹¹ Die Kirche kam erst *nach* der Modernisierung der Gesellschaften auf dem Balkan unter die Obhut des

⁸ Petre Țuțea: *Intre Dumnezeu și neamul meu*. Bukarest, Fundația Anastasia, 1992, S. 65.

⁹ Die Resultate der Volkszählung sind in *Telegraful Român*, 1992, 21-22, S. 6, im einzelnen besprochen.

¹⁰ Nicolae Corneanu, Metropolit des Banats: *Nevoia de căință*. In: *Invierea*, Timișoara, 3 (1992), 5, S. 1.

¹¹ Siehe unsere Veröffentlichung *Romanian Humanists and European Culture*. Bukarest, Verlag der Akademie, 1977, S. 104-106.

Staates. Das Kultusministerium Rumäniens, das für die Konfessionen zuständig ist und sie während der Diktatur kontrollierte, wurde im 19. Jahrhundert gegründet, als der Staat im gesamten Südosten Europas eine neue Struktur annahm.¹² Die Kirche wurde und wird noch immer von den politischen Machthabern manipuliert. Die Lage, in der sich der Rumäne heute befindet, wird mit jener eines Australiers verglichen, der sich einen neuen Bumerang gekauft hat und den alten nicht loswerden kann. Ein gutes Zeichen ist aber die Achtung, die die Kirche vor der Monarchie hat, die eine heiligsprechende Macht ist. Daß die Kirche Mihai I. im Jahre 1992 zu Ostern eingeladen hat, hat den Wunsch der Kirche nach einem Dialog mit einer Macht bekundet, die nicht einfach profan ist. Die Einladung steht im Zusammenhang mit der von der Rumänischen Orthodoxen Kirche im Jahre 1990 abgegebenen antikommunistischen Erklärung und bekundet, daß die Kirche von der weltlichen Macht die Beachtung dieser Erklärung verlangt.

Zweitens wertet die Kirche ihre Beziehung zum Nationalismus neu. Die Tätigkeit der Kirche zur Zeit des atheistischen kommunistischen Regimes hat gezeigt, daß ihre wichtigste Aufgabe in der Führung der Gläubigen auf dem Wege zu Gott besteht im Sinne der Toleranz und der sozialen Harmonie. Und das betrifft nicht nur eine einzige Ethnie. Eine pluralistische demokratische Gesellschaft verlangt eine Diversifizierung des Diskurses, und auch die Kirche ist hier gefordert. Dabei bedeutet Pluralismus nicht den Verzicht auf Dogmen, so wie der Ökumenismus den Patriotismus nicht verleugnet. Die Kirche wird einen neuen Diskurs ausarbeiten und neue Wege zu den Intellektuellen finden müssen, die sich daran gewöhnt haben, die Kirche als ein "nationales Bollwerk" mit großen Verdiensten um die Entwicklung der rumänischen Zivilisation zu betrachten. Doch daß sie über den kulturellen Bereich hinausreicht, hat sich in der Zeit der Diktatur gezeigt. In einer pluralistischen Gesellschaft kann die Kirche versucht sein, sich auf ihre nationale Tradition zurückzuziehen, sie kann aber auch neue Wege finden, um zu ihrem ursprünglichen ökumenischen Auftrag zurückzukehren, indem sie sich dem Nationalismus verweigert und die Feinde der Kirche nicht in Angehörigen fremder Ethnien sieht, sondern in den Anhängern von Materialismus und Atheismus.¹³ In einem Gespräch mit dem Dichter Ioan Alexandru (die Videoaufnahme von 1988 wird jetzt in Bukarest verbreitet) gibt der "Staretz" Archimandrit Cleopa vom Sihăstria Kloster eine klare Antwort auf die Frage, was ein Rumäne für sein Volk tun müsse: "Hast du die Parabel des Samariters nicht gelesen?"

Letztendlich befindet sich die Kirche nicht mehr im Bereich des kommunistischen Atheismus, sie ist aber auch nicht in eine fromme Welt eingetreten. In der heutigen säkularisierten Welt stellt sich der Kirche das Problem der "Synode", des Platzes der Nichtgeistlichen im Rahmen

¹² Siehe *Eastern Christianity and Politics in the Twentieth Century*. Ed. by Pedro Ramet. Duke University Press, 1988.

¹³ Vernünftige Bemerkungen über Pluralismus und Orthodoxie in Fr Nicholas Apostola, *Regaining our sense of mission*. In: *Calendarul Credința* 1992, S. 72-77.

dieser Institution. Die Kirche kann ihre Präsenz in der Gesellschaft in beträchtlichem Maße erweitern, indem sie die Rolle der Nichtgeistlichen aufwertet, die Kleriker aber nicht benachteiligt, weil diese in Gottes Gunst stehen und nicht Ausdruck eines "Volkswillens" sind. Auf der im Mai 1991 veranstalteten Konferenz der orthodoxen Nichtgeistlichen wurde eine Reihe theoretischer Fragen und praktischer Lösungsmöglichkeiten besprochen. Behandelt wurde z.B. die Wiederbelebung des Systems der Parochie, das den Zusammenhalt der Geistlichen sicherte und vom kommunistischen Regime zerstört worden war, aber auch das Wirken der Nichtgeistlichen in einer ideologisch verarmten und vergifteten Gesellschaft. Gerade durch die Nichtgeistlichen könnte beispielhaft gezeigt werden, wie ewiges mit alltäglichem Leben in Einklang gebracht werden kann. Dies ist in einer Gesellschaft von besonderer Relevanz, in der Überleben hauptsächlich Duplizität - Doppelleben - bedeutete. Der Mensch wird beherrscht von "zweierlei Arten von Moral: von der Moral der Dogmen, die christlich, ewig, also absolut ist, und der Moral der Normen, die auf die Wenigkeit und Unvollkommenheit des Menschen gebaut ist"¹⁴, wie die Erfahrung der Menschen, die ihren Glauben offen bekannt hatten, auf tragische Weise zeigte. Durch die doppelte Bürgerschaft des Christen, der die Normenforderungen beider Ebenen miteinander verbindet, kann nicht nur das Problem der Duplizität gelöst werden. Es kann so auch das Funktionieren der fundamentalen Institutionen (Familie, Schule, Parlament) gesichert werden, in deren Rahmen sich persönliche Verantwortung und Zusammengehörigkeit, Korrektheit und Fügsamkeit verbinden müssen, so daß jedem die Möglichkeit geboten wird, seine Persönlichkeit zu entfalten.

Als das brennendste Problem der nachtotalitären Gesellschaft ist die Veränderung der Mentalität anzusehen, und keine andere Institution ist für diese Aufgabe geeigneter als die Kirche. Sicherlich kann dies auch durch die Modernisierung des Unterrichtswesens mit Erfolg erreicht werden, aber die Kirche spielt hier aus zwei Gründen eine besonders wichtige Rolle:

Die dramatische Erfahrung der ehemaligen "sozialistischen" Länder zeigt vor allem, daß die Zivilgesellschaft nicht die religiöse Dimension des Menschen ablehnen kann, ohne dadurch die Entfremdung des Menschen zu bewirken. Die Renaissance und insbesondere die Aufklärung hatten einen gewissen antiklerikalen und antireligiösen Charakter, um die politische Rolle der Kirche in der Gesellschaft zu vermindern; heute stellen wir fest, daß die übermäßige Sozialisierung und Politisierung einen seelisch verarmten Menschen erzeugt hat. Die Untertanen des "sozialistischen Lagers" waren in dieser Hinsicht in unerhörtester Weise

¹⁴ Petre Țuța, S. 63. Solche Probleme sind auch von Studenten in kleinen Sammlungen wie *Punctum* diskutiert worden. *Revistă de atitudine culturală și mărturisire creștină*, 1992, 1, 32 S., und *Filocalia. Revistă de credință și cultură*, 1991, 1, 83 S. Einen gehaltvollen Vortrag hat Mircea Vulcanescu 1940 gehalten, veröffentlicht in: *Creștinul în lumea modernă*, jetzt in *Logos și cros*. Bukarest, Paideia, 1991, S. 41-80. Ein Bericht der Konferenz der Laienschaft wurde publiziert in: *România Liberă*, 1992, 10. Mai, S. 2.

den politischen Machthabern ausgeliefert. Nie mehr darf ihnen die Gestaltung des ganzen menschlichen Daseins in seinen privaten und öffentlichen Aspekten anvertraut werden.

Die orthodoxe Kirche hatte nie die Absicht, eigene politische Ziele zu verfolgen, also besteht nicht die Gefahr eines Fundamentalismus. Doch kann die Kirche bei der Wiederherstellung des sozialen Lebens den politischen Normen andere Normen hinzufügen, die sich auf die besondere transzendente Natur des Menschen beziehen. Die Religion vermittelt den Wert der persönlichen Verantwortung, der sich nicht nur auf das berufliche oder gesellschaftliche Mitwirken beschränkt, sondern gerade in der Freiheit seine entscheidende Bedeutung hat für die Entwicklung der Persönlichkeit. Der Mensch ist nicht nur ein politisches Wesen - wie uns Aristoteles gelehrt hat -, sondern auch ein der Ewigkeit getrautes Wesen. "Es wäre eine Illusion zu meinen, daß nur ein rationales System der Nützlichkeiten, sozusagen eine Art Religion der Weltwirtschaft, das menschliche Zusammenleben auf diesem immer enger werdenden Planeten regulieren könnte...Die Wissenschaft vom Menschen in seiner ganzen Vielfalt wird zu einer sittlichen und philosophischen Aufgabe für uns alle."¹⁵ Tatsächlich können sich die Institutionen nur dann dauerhaft im gesellschaftlichen Leben bewähren, wenn sie in den tiefen Überzeugungen der Menschen verankert sind, andernfalls ist alles nur Schein, wie es die "demokratischen" Institutionen in den totalitären Ländern waren.¹⁶

¹⁵ Hans-Georg Gadamer, *Bürger zweier Welten*. In: *Der Mensch in den modernen Wissenschaften*. Klett-Cotta, 1983, S. 199 (Castelgandolfo-Gespräche).

¹⁶ Über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat siehe auch Vasilios N. Makrides, *Orthodoxy as a Conditio sine qua non: Religion and State Politics in Modern Greece from a Socio-Historical Perspective*. In: *Ostkirchliche Studien*, 40 (1991), 4, S. 281-305; Paschalis M. Kitromilides, 'Imagined Communities' and the Origin of the National Question in the Balkans. In: *European History Quarterly*, 19 (1989), 2, S. 149-192; Alexandru Duțu, *Sacré et profane dans le Sud-Est européen*. In: *Etudes roumaines et aroumaines*, Paris, 1990, S. 51-53 (erweitert in: *Sacru și profan în Sud-Estul european*, sec. 17-19. In: *Anuarul Institutului de Istorie din Cluj*, 31 (1992), S. 37-44).

Anneli Ute Gabanyi

Rumänien: Die Wende als institutioneller Wandel

In einem Essay über "Das Recht der Revolution" stellte Ulrich K. Preuß die These auf, daß die "Revolutionen der Jahre 1988 und 1989 in Mittel- und Osteuropa" in einem ganz wesentlichen Punkt von den gewaltsamen, aber auch von den unblutigen sozialen und politischen Revolutionen der Neuzeit abweichen. Während bisher im Verlauf der Revolutionen Institutionen geschaffen worden seien, um die "Macht der siegreichen Klasse abzusichern", billigte der Autor den Revolutionen Osteuropas zu, die von ihnen angestrebte "Errichtung demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen" nicht mit dem Ziel der Machtsicherung, sondern allein um dieser Institutionen selbst willen betrieben zu haben.¹ Die These vom Ende der bisherigen Revolutions- und Verfassungsgeschichte ist zwar verlockend, sie dürfte aber einer Überprüfung anhand der Fakten nicht standhalten. Eine eingehende vergleichende Analyse der Prozesse auf dem Gebiet der Rechtsentwicklung und der Errichtung von Institutionen in den vormals kommunistischen Staaten Mittel-Süd-Osteuropas dürfte eher zu Erkenntnissen führen, die belegen, daß die scheinbare Abweichung von der revolutionären Norm in den postkommunistischen Staaten im Formalen, nicht aber im Grundsätzlichen zu suchen ist.

Anhand der im Jahre 1989 eingeleiteten Entwicklung in Rumänien läßt sich nachweisen, daß der Prozeß der Errichtung neuer und der Umwidmung und Umbesetzung bereits bestehender Institutionen von Anfang an auf die Erringung und Sicherung der Macht ausgerichtet war. In Rumänien, dem einzigen ehemaligen Ostblockstaat, wo im Dezember 1989 ein gewaltsamer, "revolutionärer" Umsturz des alten Regimes stattfand, wies der politische und ökonomische Transformationsprozeß spezifische Merkmale auf, die eine Folge der Sonderrolle darstellen, die dieses Land innerhalb des sowjetischen Hegemonialbereichs gespielt hat. Hier erfolgte weder eine graduelle, von inneren Reformkräften herbeigeführte Ablösung der herrschenden kommunistischen Einheitspartei nach dem Muster Ungarns oder Polens noch ein gewaltfreier Staatsstreich wie in der ehemaligen DDR, der Tschechoslowakei oder Bulgarien. Allein in Rumänien verlief der Umsturz gewaltsam. Nur in diesem Staat des ehemaligen Ostblocks wurde der kommunistische Staats- und Parteichef in einem stalinistischen Schauprozeß abgeurteilt und summarisch exekutiert. Nur dort trug der Prozeß der Umwidmung der alten und der Bildung neuer Institutionen der Machtausübung von Anfang an Züge einer dramatischen, radikalen Wende. Es stellt sich jedoch die Frage: Brachte die Wende auch einen radikalen Wandel? Und wenn ja - welchen?

Am Anfang stand die Erklärung der Volkssouveränität: "Die Diktatur ist abgeschafft, die Macht gehört dem Volke", erklärte Petre Roman, der

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.8.1992.

nachmalige Premierminister, den Demonstranten vor dem Sitz des Zentralkomitees der RKP unmittelbar nach der Flucht des bis dahin amtierenden Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu aus Bukarest.² In dieses verfassungsrechtliche Vakuum trat - angeblich spontan - ein sogenannter *Rat der Front der Nationalen Rettung*. Die neue Führung legitiimierte sich von Anfang an als "Emanation" der Volkserhebung. Ihre revolutionäre Selbstlegitimierung konnte sie innerhalb kürzester Frist in eine landesweit akzeptierte revolutionäre Legitimität verwandeln. Hierzu bediente sich der *Rat der Front der Nationalen Rettung* des Fernsehens, das er unmittelbar nach dem Sturz Ceaușescus in Besitz genommen hatte. Hinzu kamen populistische Sofortmaßnahmen im Bereich der Versorgung, die ein Klima der Akzeptanz der neuen Führung durch die breiten Massen der Bevölkerung entstehen ließen, das lange nachwirken und bei künftigen Wahlen zugunsten der "revolutionären" Führung zu Buche schlagen sollte.

Um ihre behauptete Geburt aus dem Geist der Revolution gegen das kommunistische Regime zu rechtfertigen, mußte die neue Führung des *Rates der Front der Nationalen Rettung* sich jedoch auch moralisch-politisch legitimieren. In ihrer am 22. Dezember 1989 veröffentlichten "Erklärung an das Land" proklamierte die neue Führung ausdrücklich das Prinzip der Gewaltenteilung.³ Auch verfügte sie eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Liberalisierungsmaßnahmen - die Gewährung bürgerlicher Rechte und Freiheiten, das Recht auf die Bildung unabhängiger Parteien und Verbände, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Demonstrationsrecht sowie die Reise- und Ausreisefreiheit. Diese Maßnahmen berührten jedoch weder die bestehenden Eigentumsverhältnisse noch die Zugehörigkeit Rumäniens zum Warschauer Pakt, die ausdrücklich bejaht wurde.

Neue Institutionen, alte Strukturen

Das wichtigste Ziel der neuen Führung bestand jedoch darin, sich als neuer Machtfaktor zu konstituieren und diese Position gesetzlich und institutionell abzusichern. Unmittelbar nach der Exekution Nicolae Ceaușescus erklärte der *Rat der Front der Nationalen Rettung* alle "Strukturen des Ceaușescu-Clans" für aufgelöst und die Regierung für abgesetzt. Der *Rat der Front der Nationalen Rettung* proklamierte sich in einem Dekretgesetz⁴ zum alleinigen Inhaber der Macht im Staate mit legislativen und exekutiven Befugnissen einschließlich der Kontrolle über die Streitkräfte. Die Tätigkeit des ehemaligen Staatsrats und "seiner Institutionen" - gemeint war die Große Nationalversammlung (das rumänische Parlament), aber auch der Verteidigungsrat - wurde ausgesetzt.

² Petre Roman, Interview in: Azi, 4.10.1993.

³ Die Tatsache, daß dieses Prinzip in der im November 1991 verabschiedeten Verfassung nicht *expressis verbis* festgeschrieben wurde, werteten Vertreter der Opposition in Rumänien als Rechtsbruch. Siehe dazu: Lucian Mihai, Absența statului de drept în România (Das Fehlen des Rechtsstaates in Rumänien), in: România Liberă, 11./12.7.1992.

⁴ Dekretgesetz Nr.1, in: Monitorul Oficial, 27.12.1989.

"Alle Ministerien und zentralen Organe in ihrer gegenwärtigen Struktur werden sich der *Front der Nationalen Rettung* unterordnen und ihre normale Tätigkeit fortsetzen, um einen normalen Fortgang des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens zu gewährleisten", hieß es in der Proklamation, die Ion Iliescu, der nachmalige Vorsitzende dieser Organisation, am 22. Dezember 1989 an das rumänische Volk gerichtet hatte.⁵ Am 31. Dezember wurden Dekretgesetze über die Einsetzung und die Funktionsweise einer neuen Regierung erlassen und die Registrierung von politischen Parteien zugelassen.⁶ Bereits am 7. Januar 1990 wurde die Organisierung der staatlichen Macht- und Verwaltungsstrukturen auf Lokalebene dekretiert, am 18. Januar die Überführung des Besitzes der Rumänischen Kommunistischen Partei in Staatsbesitz erklärt.

Die Kommunistische Partei selbst wurde, soweit sie mit dem engsten Kreis um den ehemaligen Generalsekretär Ceaușescu gleichzusetzen war, für tot erklärt, ihre unter Druck von unten im Januar 1990 erfolgte gesetzliche Auflösung auf Drängen Moskaus jedoch wieder zurückgenommen. Sie wurde niemals offiziell aufgelöst. Die neue Führung war daran interessiert, sich die Konkurs-Masse der vormals rund 3,8 Millionen eingeschriebenen Mitglieder der Ceaușescu-KP nicht "zu entfremden"⁷. Es sollte keine Gewissensforschung und keine speziellen Durchleuchtungsverfahren für ehemalige Funktionäre geben, keine Hexenjagd, keine Racheakte. Mit Ausnahme des ehemaligen Diktators Ceaușescu und seines engsten Führungskreises, die hingerichtet bzw. im Schnellverfahren zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, wurde die ehemalige Elite in einer Art Stillhaltepakt kooptiert. Das gemeinsame Interesse: die Erhaltung der politischen und ökonomischen Macht sowie die Angst, im Falle einer genuinen, antikommunistischen Systemtransformation zur Verantwortung gezogen zu werden. Es blieb die Staatsbürokratie, die - so wollte es das von Ceaușescu entworfene rumänische Modell - auf Verwaltungsebene identisch gewesen war mit den Strukturen der Kommunistischen Partei.

Die neue Führung besetzte die von ihrer obersten Führungsgarnitur bereinigten Strukturen der ehemaligen Einheitspartei und unterwarf die Bürokratie und den Machtapparat des ehemaligen Staates ihrer Befehlsgewalt. Die auf Ceaușescu eingeschworenen Seilschaften wurden ausgehebelt und durch Vertreter neuer Seilschaften - sowjetloyale Vertreter aus Militär, Sicherheitsdienst und Partei sowie Vertreter der unter Ceaușescu frustrierten jüngeren Technokratenkaste, die sich um Ion Iliescu als Kristallisationspunkt scharten. Iliescu, dem roten Funktionärsadel entstammend, Kristallisationspunkt für die "Soviet connection" in Rumänien und zugleich jahrelang unter Ceaușescu Teil der höchsten Elite in kommunistischer Jugendorganisation und RKP, war jahrelang als charismatische Führerfigur mit dem Image des reformkommunisti-

⁵ Bogdan Mirea, *Clasa care a pierdut în decembrie '89 a câștigat în septembrie '92* (Die Klasse, die im Dezember 1989 verloren hat, hat im September 1992 gewonnen), in: *Azi*, 17.10.1992.

⁶ Dekretgesetze 8 und 10, in: *Monitorul Oficial*, 31.12.1989.

⁷ Silviu Brucan in: *The Financial Times*, 17.1.1990.

schen Hoffnungsträgers für die intellektuellen und technokratischen Eliten aufgebaut worden.

Die neue Führung des Rates der *Front der Nationalen Rettung* war als selbsternannte gesetzgebende Kraft angetreten mit dem Ziel, die ersten freien Wahlen in Rumänien nach dem Sturz des Diktators Ceaușescu vorzubereiten und zu garantieren. Sie definierte sich nicht als Partei, sondern als "Bewegung" analog zur polnischen *Solidarność*, zum ungarischen *Demokratischen Forum* und dem *Neuen Forum* in der DDR dar.⁸ Alle anderen im Zuge des Umsturzes neuentstandenen "demokratischen Strukturen" wurden aufgefordert, sich dem Rat mit sofortiger Wirkung zu unterstellen.

Im Gegensatz zur Liberalisierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens war die Struktur des neuen Machtorgans *Rat der Front der Nationalen Rettung* konspirativ geprägt; seine personelle Zusammensetzung blieb geheim. Am 27. Dezember zählte der *Rat der Front der Nationalen Rettung* 145 Mitglieder, deren Namen jedoch nicht bekanntgegeben wurden. Ihm stand ein aus elf Mitgliedern zusammengesetztes Exekutivbüro vor. Die Position des Ratsvorsitzenden war mit den Attributen eines Staatsoberhauptes ausgestattet: Vertretung des Landes in seinen auswärtigen Beziehungen, Ernennung und Rückruf von Botschaftern, Gewährung und Entzug der rumänischen Staatsbürgerschaft etc.

Von dem anfangs behaupteten Provisorium und einer bloßen Verwaltung der Macht war bereits in der zweiten Mitteilung des Rates der *Front der Nationalen Rettung* vom 25. Dezember 1989 nicht mehr die Rede. Unter Berufung auf die Notwendigkeit, die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten und den Wiederaufbau des Landes in die Wege zu leiten, nahmen die neuen Machthaber exekutive Funktionen wahr. Als erstes versuchte der *Rat der Front der Nationalen Rettung*, die Revolte der Bevölkerung unter Kontrolle zu bringen - seine eigene Kontrolle. Dem *Rat der Front der Nationalen Rettung* wurde ein *Oberster Verteidigungsrat* untergeordnet, der die gesamte Tätigkeit der Streitkräfte und der vom Innenministerium übernommenen Einheiten "koordinieren" sollte. Unmittelbar nachdem der *Rat der Front der Nationalen Rettung* sich als Machtorgan konstituiert hatte, forderte er für sich das Gewaltmonopol. Alle Zivilpersonen, an die während der heißen Phase des Aufstands Waffen und Munition ausgegeben worden waren, wurden unter Androhung schwerer Strafen aufgefordert, diese unverzüglich zurückzugeben. Am 23. Februar 1990 verfügte die neue Führung Maßnahmen zum Schutz der Institutionen des Staates, der politischen Parteien und der Bürger, deren Sicherheit zu diesem Zeitpunkt bereits zweimal durch Gewaltakte von organisiert auftretenden Bergarbeitern gefährdet worden war.

Der *Rat der Front der Nationalen Rettung* nahm für sich auch legislative Prärogativen in Anspruch. Er sprach sich selbst das Recht zu, Gesetze und Dekrete mit der einfachen Mehrheit ihrer Mitglieder zu verabschieden und den Ministerpräsidenten, den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und den Generalstaatsanwalt sowie die Kommission zur Ausarbeitung des neuen Verfassungsprojekts zu ernennen. Zu den

⁸ Adevărul 26.1.1990.

selbstgestellten Pflichten des neuen Machtorgans gehörte auch die Verabschiedung des Staatshaushalts, die Ratifizierung internationaler Verträge sowie deren Aufkündigung, die Anordnung einer Mobilisierung sowie die Ausrufung des Ausnahme- oder Kriegszustandes. Auch hatte sich die neue Führung den Zugriff auf die wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen des Staates gesichert. Damit hielt sie die wichtigsten ökonomischen Hebel zur Festigung ihrer politischen Vormachtstellung in der Hand.

Verfassung und Macht

Die aus dem Jahre 1965 stammende und danach mehrfach novellierte rumänische Verfassung wurde nach dem Umsturz bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung im November 1991 nicht ausdrücklich aufgehoben. Implizit wurden durch das Wahlgesetz vom März 1990 jene Vorschriften außer Kraft gesetzt, die Fragen der Macht und der sie ausübenden Institutionen regelten.⁹ Die am 22. Dezember 1989 angetretenen Machthaber haben den Auftrag der Wähler an die am 20. Mai 1990 gewählte Verfassungsgebende Versammlung, innerhalb einer gesetzten Frist eine neue Verfassung zu verabschieden, erfüllt. Im November 1991 wurde eine neue rumänische Verfassung verabschiedet und per Referendum bestätigt. Mit diesem Akt konnte die *Front der Nationalen Rettung* ihre "revolutionäre" Machtposition zusätzlich absichern und legitimieren. Die Bestimmungen der am französischen Vorbild ausgerichteten neuen rumänischen Verfassung räumen dem Staatspräsidenten große Machtbefugnisse ein. Es ist seine Aufgabe, den Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorzuschlagen und die Regierung zu ernennen. Der Präsident kann an Sitzungen der Regierung teilnehmen, das Parlament auflösen und Volksbefragungen anordnen. Er ernennt Richter und Staatsanwälte und kann sich auch in den Gesetzgebungsprozeß einschalten. Der rumänische Präsident ist Kraft seines Amtes der oberste Befehlshaber der Streitkräfte und sitzt dem Obersten Verteidigungsrat des Landes vor.

Das in der Verfassung verankerte Präsidialsystem war von Anfang an das Ziel gewesen, welches der *Rat der Front der Nationalen Rettung* seit seinem Machtantritt verfolgt hatte. Das im März 1990 verabschiedete Wahlgesetz stellte unter diesem Gesichtspunkt eine vorweggenommene Verfassung dar. Zusätzlich zu den gesetzlichen Regelungen im Hinblick auf die ersten freien Wahlen nach dem Umsturz enthielt es detaillierte Bestimmungen über die künftige Staatsform (Präsidialrepublik), den Wahlmodus des Präsidenten (allgemeine direkte Wahlen), die Struktur des künftigen Parlaments (Zwei-Kammer-System). Es dekretierte die Schaffung neuer Institutionen (Oberster Nationaler Verteidigungsrat). Unmittelbar nach Verabschiedung des Wahlgesetzes hatte die *Front der Nationalen Rettung* ihre Absicht erklärt, entgegen ihrer ursprünglich verkündeten Ankündigung an den Wahlen, die sie kommissarisch orga-

⁹ Dies bestätigte der ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Teofil Pop in einem Interview mit der Tageszeitung *Adevărul*. 23.1.1991

nisieren sollte, selbst teilzunehmen. Die Proteste der nach dem Umsturz neuentstandenen oder wiederzugelassenen demokratischen Parteien hatten die Bildung eines modifizierten Partizipationsmodells im Stil eines "Runden Tisches", des sogenannten *Provisorischen Rates der Nationalen Einheit*, zur Folge. Doch weder am Runden Tisch noch im Rahmen der im Mai 1990 gewählten Verfassungsgebenden Versammlung waren die bürgerlichen Oppositionsparteien stark genug, um entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der neuen Verfassung nehmen zu können. "Unter diesen Umständen" - so ein Kommentator - "hatte die Verfassung nur noch den Zweck, einen bereits bestehenden Regierungstypus zu sanktionieren und zu legitimieren. Einer Regierungsform, die sich bereits alle fundamentalen Institutionen geschaffen hatte."¹⁰

Die unmittelbar nach dem Sturz Nicolae Ceauşescus gewährten demokratischen Freiheiten und Rechte sind mit Ausnahme des Prinzips der Gewaltenteilung in der Verfassung festgeschrieben. Die Gleichheit aller Bürger sowie die Rechte der Angehörigen nationaler Minderheiten auf die "Bewahrung, Entwicklung und Äußerung ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen und religiösen Identität" ist in der neuen Verfassung garantiert. Der Pluralismus der politischen Parteien wird als "Bedingung und Garantie der verfassungsmäßigen Demokratie" definiert. Garantiert werden außerdem die Unversehrtheit, Sicherheit und die individuelle Freiheit der Person, das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, die Unversehrtheit des Wohnsitzes, das Postgeheimnis, Meinungs-, Presse- und Glaubensfreiheit, die Freiheit, friedlich zu demonstrieren, das Recht auf Privatbesitz, das Erbrecht. Zwar wird das Prinzip der Gewaltenteilung im Text nicht ausdrücklich bekräftigt, doch sieht die Verfassung sehr wohl eine solche in der Praxis vor. Das Parlament als die einzige gesetzgebende Instanz besteht aus zwei Kammern - dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, die beide durch allgemeine, gleiche, direkte, geheime und freie Wahlen bestimmt werden. Den Organisationen der nationalen Minderheiten, die bei den Wahlen nicht die erforderliche Wählerzahl für einen Parlamentssitz erzielen konnten, garantiert die Verfassung *de jure* einen Abgeordnetensitz. Ausdrücklich wird das Prinzip der unabhängigen und nur dem Gesetz verpflichteten Gerichtsbarkeit betont; die Einführung neuer Institutionen wie des Verfassungsgerichts oder eines Ombudsmanns ist positiv zu werten. Im Text der neuen Verfassung wird auch die marktwirtschaftlichen Option Rumäniens festgeschrieben.

Gegen die neue Verfassung, die unter Heranziehung westlicher Verfassungsrechtler ausgearbeitet wurde, lassen sich drei grundlegende Einwände vorbringen. Zum einen wird das Prinzip der Gewaltenteilung nicht ausdrücklich festgeschrieben. Zum zweiten wäre einzuwenden, daß die neue Verfassung das Privateigentum zwar schützt, nicht aber garantiert. Schließlich läßt der Text der Verfassung zu viel Spielraum für künftig zu verabschiedende organische Gesetze. Solange die wichtigsten dieser Gesetze bisher das rumänische Parlament nicht passiert haben, können Zweifel an der eindeutig rechtsstaatlichen Ausrichtung der

¹⁰ Victor Iancu, *Păcatul originar* (Die Ursünde), in: *România Literară* Nr. 15, 30.4.-6.5.1992.

neuen rumänischen Verfassung nicht gänzlich ausgeschaltet werden. In Kreisen der Opposition und in Teilen der Presse wird zudem kritisch vermerkt, daß der Text der Verfassung vor einer nachträglichen Änderung der Verfassung schwere wenn nicht gar unüberwindliche bürokratische Hindernisse auftürmt. Dies gilt insbesondere für eine Umwandlung der Präsidialrepublik in eine Monarchie. Damit soll die Rückkehr des im Dezember 1947 von der damaligen kommunistischen Führung abgesetzten rumänischen Königs Michael I an die Spitze des rumänischen Staates verhindert werden. Die Rückkehr zur Monarchie haben sich einige aber keineswegs alle Oppositionsparteien zum Programm gemacht. Zudem moniert die *Demokratische Union der Magyaren Rumäniens* als Vertreterin der Interessen der größten Minderheit in Rumänien die in der Verfassung enthaltene Definition des rumänischen Staates als eines einheitlichen Nationalstaates, ein Vorwurf, der von den anderen Parteien der Opposition jedoch nicht geteilt wird.

Zwischen Rechtsunsicherheit und Überreglementierung

Die meisten Gesetze des *Ancien régime* - rund 80 Prozent, schätzt Emil Constantinescu, der Vorsitzende und ehemalige Präsidentschaftskandidat von 1992 der oppositionellen Gruppierung *Rumänische Demokratische Konvention* - wurden von der neuen Führung nicht aufgehoben. Eine Ausnahme bildet das 1969 erlassene Gesetz über die Gründung, Struktur und Tätigkeit des rumänischen Verteidigungsrats, eine der wesentlichen Bestimmungen, die die Grundlage der rumänischen Autonomiepolitik gegenüber der Sowjetunion gebildet hatten. Um den von der neuen Führung behaupteten revolutionären Bruch mit dem kommunistischen Regime zu betonen, wurden die Landesbezeichnung "Sozialistische Republik Rumänien" und die kommunistischen Insignien auf Staatsflagge und Staatswappen für abgeschafft erklärt. Auch veranlaßte die neue Führung Änderungen der Strafgesetzgebung und der Strafprozeßordnung. Hierzu gehörte die Aufhebung des Straftatbestands der Sabotage, der Verleumdung einer staatlichen Institution in der Öffentlichkeit, der Propaganda gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung, des unerlaubten Grenzübertritts und des Geheimnisverrats. Es wurden aber auch solche Gesetze abgeschafft, die von der Bevölkerung in besonderem Maße als Eingriffe in ihre Privatsphäre empfunden worden waren. Dazu gehörte das 1966 erlassene Dekret über das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs und das berüchtigte Raumplanungsgesetz von 1974. Es wurde eine Amnestie verfügt für alle in der Strafgesetzgebung sowie in Sondergesetzen vorgesehen politischen Vergehen (Protest gegen Diktatur und Personenkult, Eintreten für Menschenrechte, Bürgerrechte und Demokratie) verkündet, die nach dem 30.12.1947 begangen worden waren. Studenten, die aus politischen und religiösen Gründen von den Hochschulen relegiert worden waren, wurden ab sofort wieder zum Studium zugelassen. Es wurden Gesetze und Dekrete aufgehoben, die den Zuzug in die Großstädte unterbanden und all jene Regelungen für null und nichtig erklärt, die Kontakte zwischen rumänischen Bürger und Ausländern jahrelang erschwert oder verboten hatten. Reise- und

Ausreisefreiheit wurde gewährt und in einem neuen Paß- und Reisegesetz verankert. Hinsichtlich der vorrevolutionären Gesetzgebung verfügt die neue Verfassung vom November 1991, daß all jene gesetzlichen Regelungen in Kraft bleiben, die den Bestimmungen der neuen Verfassung nicht zuwiderlaufen.

In dem Zeitraum zwischen ihrem Machtantritt bis zu den Wahlen vom September 1992 entfaltete die neue Führung ihre aus dem Revolutionsvorbehalt entlehnte Kompetenz als Ad-hoc-Gesetzgeber nutzend, eine gleichsam fieberhafte Gesetzgebungstätigkeit. In der Legislaturperiode zwischen Mai 1990 und September 1992 verabschiedete das rumänische Parlament - das eigentlich eine Verfassunggebende Versammlung war - 218 Gesetze.¹¹ Sie betreffen Fragen des Verfassungs- und Verwaltungsrechts (Wahlgesetz, Gesetz über die Kreis- und die örtliche Verwaltung, Gesetz über die Organisation der Regierung, Gesetz über den Nachrichtendienst), Rechtspflege (Gesetz über Verwaltungstreitsachen), zum Straf- und Prozeßrecht (Abschaffung der Todesstrafe), Wirtschaftsrecht (Landwirtschaftsrecht, Genossenschaftsrecht, Dekret-Gesetze über die Förderung ausländischer Kapitalanlagen und Handelsvertretungen, Umwandlungsgesetz).¹² Während der fünfzehnmonatigen Amtszeit Petre Romans als Premierminister zwischen Juni 1990 und seinem Sturz im September 1991 wurden über einhundert gesetzliche Regelungen zum Reformprozeß verabschiedet. Mit Gesetzen zur Privatisierung des Bodens, der Industriebetriebe und zur Reform des Bankwesens, so Roman, sei der Rahmen für das Funktionieren der Marktwirtschaft geschaffen worden.¹³

Doch die gesetzgeberische Hyperaktivität war trügerisch. Während Gesetze, Dekrete und Verordnungen, die die Absicherung und Festigung der Machtposition der neuen Führung zu Ziel hatten, sehr früh verabschiedet wurden, gelang es nicht, zahlreiche gesetzliche Regelungen, die für die Absicherung der demokratischen Errungenschaften, die Sicherung des sozialen Friedens, das Fortschreiten zur Marktwirtschaft und die wirtschaftliche und politische Öffnung nach Westen unabdingbar sind, durch die von den neuen Machthabern dominierten Parlamente zu bringen. Hierin stellt Rumänien aber keinen Sonderfall innerhalb der ehemals kommunistischen Staaten dar. Für Ungarn stellte die Budapester Politologin Gabriella Ilonszki eine ähnliche Entwicklung fest, die sie als "legislative paradox" bezeichnete. Ähnlich wie in Rumänien steht auch in Ungarn dem "legislative Boom" ein "big legislative deficit" an grundlegenden Gesetzen entgegen.¹⁴ Das gesetzgeberische Defizit in Rumänien ist nicht nur quantitativer, sondern vor allem qualitativer Natur. Es fehlen die wichtigsten Gesetze in den Bereichen innere und äußere Sicherheit, Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur.

¹¹ Dragomir Horomnea, Parlamentul din 20 mai 1990 rămîne restanțier (Das am 20. Mai 1990 gewählte Parlament bleibt sitzen), in: *Curierul Național*, 29.9.1992.

¹² Siehe hierzu: Peter Leonhardt, Rechtsentwicklung in Osteuropa 1990: Rumänien, in: *Jahrbuch für Ostrecht*, Band XXXII/1991.

¹³ Rede in Crans Montana, 1992, in: *Azi*, 2.7.1992.

¹⁴ Alfred A. Reisch (Hrsg.), Roundtable: Hungary's Parliament in Transition, in: *RFE/RL Research Report Vol.1, No. 48*, 4 December 1992.

Sicherheit: Trotz wachsender außenpolitischer Instabilität an den westlichen wie an den östlichen Grenzen Rumäniens wurden die vom Verteidigungsministerium im Parlament eingebrachten Gesetzesvorschläge zur Militärdoktrin, zum nationalen Sicherheitskonzept, zum Verteidigungsgesetz, zur Militärgerichtsbarkeit bisher nicht verabschiedet. Hinzu kommt das gesetzliche Vakuum hinsichtlich der Regelung der offenen Grenzfragen Rumäniens mit seinen aus dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangenen neuen Nachbarn Ukraine und Moldova.¹⁵ Die neue Macht sei offenbar mehr an ihrer eigenen Verteidigung als an der Landesverteidigung interessiert, kommentierte ein Beobachter in der Presse.¹⁶ Auch ein Waffengesetz und ein Sprengstoffgesetz wurden vom Parlament verschleppt.¹⁷ Es fehlen Gesetze zum Katastrophenschutz sowie zur Tätigkeit der Polizei und der Gendarmerie.

Gesellschaft: Der soziale Friede ist immer wieder dadurch bedroht, daß wichtige Gesetze wie das Minderheitengesetz, das Gesetz über die religiösen Kulte und das Unterrichtsgesetz bisher nicht verabschiedet worden sind. Die daraus entstehenden Spannungen potenzieren sich gegenseitig.¹⁸ Ein Minderheitengesetz war von der neuen Führung unmittelbar nach dem Umsturz in Aussicht gestellt worden. Das Versprechen auf die Gewährung kollektiver Rechte wurde jedoch bald zurückgenommen, ein Minderheitengesetz angesichts der in der Verfassung vorgenommenen Regelung des Status der Minderheiten für nicht mehr notwendig erachtet. Nun soll es doch verabschiedet werden, der Termin steht aber noch nicht fest.

Ähnlich verhält es sich mit der in Aussicht gestellten neuen Religionsfreiheit. Zwar wurde die 1948 nach sowjetisch-stalinistischem Vorbild verbotene griechisch-katholische (unierte) Kirche wieder zugelassen, die Religionsfreiheit in der neuen Verfassung abgesichert. Ungelöst blieb jedoch die heikle Frage der Rückgabe des Kirchenbesitzes, die die rumänische Führung gleich vor mehrere, schwer zu lösende Probleme stellt. Da ist zum einen die Frage des 1948 beschlagnahmten Besitzes der Unierten Kirche, deren Gotteshäuser der Rumänischen Orthodoxen Kirche übertragen worden waren, zum anderen das Problem der Kirchen der katholischen und protestantischen Konfessionen der ungarischen Minderheit, die auf eine Rückgabe ihres Besitzes drängen, um ihre traditionellen Konfessionsschulen wieder zu eröffnen. Die so entstandenen gesetzfreien Räume haben die nationalen und intrakonfessionellen Spannungen weiter angeheizt. Das Fehlen eines Parteienfinanzie-

¹⁵ Interview des Kommandeurs der Grenztruppen, Dumitru Luca, in: *Armata României* Nr.29, 21.-29.7.1993.

¹⁶ *Expres Magazin* Nr. 11, 18.-24.1992.

¹⁷ Siehe u.a., Cristian Leon, *Cît de urgentă este legea apărării? (Wie dringend ist das Verteidigungsgesetz?)*, in: *Armata României* Nr. 13, 17.4.1992.

¹⁸ S.P. Achim, Constantin Pavel, in: *Proiectul Legii învățămîntului pe jarul raporturilor interetnice (Das Projekt des Unterrichtsgesetzes auf der Asche der interethnischen Beziehungen)*, in: *Adevărul*, 13.3.1992.

rungsgesetzes sowie eines Pressegesetzes schlägt ebenfalls negativ zu Buche.¹⁹

Wirtschaft und Soziales: Die in der Tat große Zahl der Reformgesetze kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grundfesten des staatlichen Eigentums im Bereich der Industrie bisher nicht wesentlich angetastet wurden. Die neue Verfassung verbietet ausländischen Investoren den Erwerb von Grund und Boden in Rumänien. Bis zum heutigen Tage klaffen in der Reformgesetzgebung signifikante Lücken. Es fehlen Gesetze zur Regelung des Börsenwesens und des Konkursverfahrens, wie sie gerade auch westliche Investoren erwarten würden. Krisenhafte Erscheinungen in der Landwirtschaft sind nicht zuletzt auch eine Folge des Fehlens flankierender Gesetze wie des Landwirtschaftskreditgesetzes, des Landwirtschaftspachtgesetzes, eines Katastergesetzes etc. Zudem wird die praktische Umsetzung der Reformgesetze durch die ehemalige Nomenklatura im Wirtschaftsmanagement und in der Verwaltung behindert. Im Bereich der Sozialgesetzgebung ist das Fehlen wichtiger Gesetze, die seit Jahren im Parlament debattiert werden, ebenfalls eklatant. Besonders umstritten ist die gesetzlich noch nicht geregelte Frage der während der kommunistischen Diktatur verstaatlichten Wohnungen. Gesetze zum Lohnsystem, zum System der Renten und Sozialversicherungen, zum Status der öffentlichen Bediensteten warten seit Jahren auf ihre Verabschiedung.

"Schatteninstitutionen" und Seilschaften

In der Übergangsgesellschaft ist Gewaltenteilung nicht zwangsweise gleichbedeutend mit der gleichgewichtigen Verteilung der Macht im Staate. Verfassungsgemäß ist das Amt des Staatspräsidenten mit einer großen Machtfülle ausgestattet. Die tatsächlichen Machtbefugnisse des Staatspräsidenten Ion Iliescu gehen aber noch weit über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus und stützen sich auf zwei Grundpfeiler: "Schatteninstitutionen" und Seilschaften.

Als "Schatteninstitutionen" sind in Rumänien solche Institutionen zu bezeichnen, deren Status und Kompetenzen gesetzlich nicht klar geregelt sind und die dazu tendieren, sich der öffentlichen Kontrolle zu entziehen. Es sind dies der rumänische Sicherheitsdienst *SRI*, der *Oberste Landesverteidigungsrat*, die obersten Gerichtsinstanzen und das staatliche rumänische Fernsehen. Der neue Sicherheitsdienst, der sogenannte *Rumänische Informationsdienst (Serviciul Roman de Informații)*, wurde im März 1990 vor dem Hintergrund provozierter ethnischer Wirren in der siebenbürgischen Stadt Tirgu-Mureş gegründet. Die neue Institution wurde am Runden Tisch des *Provisorischen Komitees der Nationalen Einheit* in einer Form gesetzlich abgesichert, die in die neue Verfassung einging. Zwar wurden gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit dieses Dienstes geschaffen, die einen Rückfall in den Stil einer poli-

¹⁹ Es ist umstritten, ob das 1974 verabschiedete Gesetz noch in Kraft ist. Siehe dazu: Gavrilă Inoan, *Legea presei nu mai există* (Das Pressegesetz besteht nicht mehr), in: *Tineretul Liber*, 17.5.1993.

tischen Polizei verhindern sollten. Die offenbar außerordentliche Machtfülle seines Vorsitzenden Virgil Măgureanu, eines der wichtigsten Drahtzieher bei der konspirativen Vorbereitung und der Durchführung des Umsturzes vom Dezember 1989, erlaubte es ihm aber, sich über einen Zeitraum von drei Jahren der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolle durch das Parlament zu entziehen. Măgureanu verfügt über das Herrschaftswissen des alten Sicherheitsdienstes *Securitate* und zögert nicht, es mit dem Ziel der Erpressung gegen Politiker, Parlamentarier und Publizisten zur Anwendung zu bringen. Gelegentlich läßt SRI-Chef Măgureanu durchblicken, daß seine Machtfülle derjenigen des Staatspräsidenten Iliescu nicht nachsteht.

Besonders aufschlußreich im Hinblick auf einen möglichen Mißbrauch des vorgegebenen rechtlichen Rahmens erscheint die Institution des *Obersten Landesverteidigungsrates*. Er wurde unmittelbar nach dem Sturz Ceauşescus von der neuen Führung per Dekret ins Leben gerufen, Strukturen und Funktion wurden dem Parlament jedoch nie zur Abstimmung vorgelegt. Die Verfassung widmet dem *Verteidigungsrat* lediglich einen kurzen Absatz. Darin heißt es, dem *Landesverteidigungsrat* obliege die "einheitliche Organisation und Koordinierung aller Tätigkeiten im Lande, die die Verteidigung des Landes und die nationale Sicherheit betreffen." Ihm gehören die Minister der strategisch wichtigen Bereiche Verteidigung, innere Sicherheit, Außenpolitik, Information, Außenhandel, aber auch der Chef des Sicherheitsdienstes SRI an. Der Vorsitz im *Verteidigungsrat* steht von Amtswegen dem Staatspräsidenten zu, der auf diese Weise eine unmittelbare Kontrollfunktion auf die wichtigsten Ressorts der Regierung ausübt. Es ist nicht übertrieben, im Falle des *Landesverteidigungsrates* von konspirativen Strukturen und einer Überregierung zu sprechen. Bekanntlich wurde der unbequem gewordene Premierminister Petre Roman im September 1991 im Rahmen des *Obersten Landesverteidigungsrates* auf Vorschlag des SRI-Chefs Virgil Măgureanu seines Amtes enthoben.²⁰

Seilschaften sind okkulte Machtstrukturen, deren Vertreter zueinander in einem Loyalitäts- und Klientelverhältnis besonderer Art stehen. Während seiner langen Funktionärskarriere konnte Präsident Ion Iliescu in verschiedenen Partei- und Staatsämtern zahlreiche Seilschaften aufbauen. Die Männer des Präsidenten sind offen oder konspirativ in praktisch allen staatlichen, wirtschaftlichen und politischen Institutionen und Organisationen vertreten. Diese Seilschaften lassen sich an den Stationen der Karriere Iliescus festmachen: die Seilschaft der Altkommunisten (Iliescus Familie gehört zur "roten Aristokratie" der Vorkriegszeit), die Seilschaft der ehemaligen Studenten an sowjetischen Hochschulen (wo auch Iliescu studierte), die Seilschaft des kommunistischen Jugendverbandes (Iliescu war dessen Vorsitzender und Jugendminister), die Temeswarer Seilschaft (der Präsident wirkt dort als Kreisparteisekretär für Propagandafragen), die Jassyer Seilschaft (Iliescu war dort Erster Kreisparteisekretär), die Seilschaften aus dem Bereich der Wasserwirtschaft und des Verlagswesens (Iliescus Arbeitsbereiche während der

²⁰ Petre Roman in einem Interview mit der Verfasserin, veröffentlicht in: *Südosteuropa* 9/1992.

80er Jahre). Hinzu kommen die Seilschaften aus dem Bereich des Außenministeriums, des Ministeriums für Außenhandel, des ehemaligen Sicherheitsdienstes *Securitate* und der Auslandsspionage, der Armee, der Justiz, des Staatlichen Planungskomitees, der Gesellschaft für Völkerrecht *ADIRI*, des Instituts für Weltwirtschaft und nicht zuletzt die Seilschaft der Parteihochschule *Ștefan Gheorghiu* (wichtigster Vertreter: *SRI*-Chef Virgil Măgureanu). Letztere ist zweifellos von entscheidender Bedeutung, bedenkt man, daß seit Beginn der 70er Jahre Aus- und Fortbildungskurse an der Parteihochschule für alle rumänischen Funktionäre zwingend vorgeschrieben waren. Dort dürften auch die Fäden zwischen den einzelnen Bereichen zusammengelaufen sein.

Aus der Sicht des Ion Iliescu nahestehenden Blattes *Dimineața* stellen die Anhänger des Präsidenten sogar eine Klasse dar. Der Präsident, so heißt es darin, fördere "die einzige politische Klasse, die tatsächlich in Rumänien". Hierzu zählten jene, die eine "überdurchschnittliche Ausbildung (einschließlich an der vielgeschmähten Akademie *Ștefan Gheorghiu* erhalten haben, sowie jene, die über Erfahrung im zweiten Glied der politischen und Verwaltungsstrukturen des ehemaligen Regimes verfügen." Eine solche Klasse, so das Blatt, habe "bei den Wahlen vom September 1992 gezeigt, daß sie gewinnen könne, so wie sie im Dezember 1989 bewiesen habe, daß sie auch verlieren könne."²¹

Seit dem Umsturz stand dem Präsidenten ein Team von Beratern zur Seite, deren Status und Prärogativen nicht gesetzlich geregelt sind, die aber über einen außerordentlichen Einfluß verfügen. Unverändert an wichtigster Stelle, jedoch im Stil einer grauen Eminenz, wirkt der Sicherheitsberater des Präsidenten Vasile Ionel, ein zu Beginn der 80er Jahre von Ceaușescu aus dem aktiven Dienst entfernter Armeegeneral. Die meisten Berater sind jedoch jüngere, kompetente Fachleute, die zu einem nicht unerheblichen Teil im Westen (zumeist in den USA) studiert haben. Aus dem Beraterstab Iliescus stammt der ehemalige Außenminister und derzeitige Vorsitzende der Abgeordnetenkammer des rumänischen Parlaments Adrian Năstase, der Staatsminister im Verteidigungsministerium Ioan Mircea Pașcu, der ehemalige Leiter des Militärischen Abschirmdienstes Ioan Talpeș, der Präsident der Eliteuniversität für Führungskräfte Vasile Secăreș, um nur einige von ihnen zu nennen.

Zu den strategisch wichtigen Positionen, die Präsident Iliescu nach den Wahlen vom Mai 1990 ebenso wie nach den Wahlen vom September 1990 mit Männern seines Vertrauens besetzt hat, gehört der Vorsitz in den beiden Häusern des Parlaments. Auf diesem Wege ist eine Beeinflussung des gesetzgeberischen Prozesses möglich. Ähnliches gilt für den Obersten Gerichtshof und die neu eingeführte Verfassungsgerichtsbarkeit.

Eine gewisse politische Unabhängigkeit konnte sich nur die traditionell in Rumänien hoch angesehene Institution der Armee bewahren. Nach dem Umsturz blieb sie als Institution zwar bestehen, ihre Führungsspitze war während des Umsturzes und in den entscheidenden Wo-

²¹ *Dimineața*, 9.10.1992; zitiert nach: Bogdan Mirca, *Clasa care a pierdut în decembrie '89 a câștigat în septembrie '92* (Die Klasse, die im Dezember 1989 verloren hat, hat im September 1992 gewonnen"), in: *Azi*, 17.10.1992.

chen danach jedoch ausgetauscht worden. Die Hinrichtung des ehemaligen Staats- und Parteichefs war nicht zuletzt deswegen zwingend gewesen, um ihn als den obersten Befehlshaber der Streitkräfte auszuschalten. Unmittelbar danach übernahm Ion Iliescu den Vorsitz des neugebildeten *Obersten Landesverteidigungsrats*, den er mit Männern seines Vertrauens besetzte. Noch vor dem Sturz Nicolae Ceaușescu war der amtierende Verteidigungsminister Milea am 22.12.1989 unter bis heute nicht geklärten Umständen zu Tode gekommen, seine beiden Stellvertreter sowie zahlreiche führende Offiziere des Generalstabs und der Kommandeure aus den Führungsstrukturen entfernt worden. Der Grund: Einige von ihnen hatten sich im Dezember 1989 gegen die Machtübernahme durch die neue sowjetloyale Elite Führung und den von ihr favorisierten Einmarsch sowjetischer Interventionstruppen zur Unterstützung des Staatsstreichs gewehrt. Sie waren durch in der Sowjetunion ausgebildete und von Ceaușescu wegen ihrer sowjetloyalen Haltung in die Reserve geschickten Offizieren ersetzt worden. Zwar wurden die meisten dieser Offiziere, allen voran Iliescus neuer Verteidigungsminister Nicolae Militaru, unter dem Druck jüngerer Offiziere bereits im Januar 1990 aus ihren Führungspositionen entfernt. In dieser kurzen Zeitspanne waren dieser sowjetloyalen Führung jedoch entscheidende Aufgaben übertragen worden: die Aufbewahrung der Archive des weitgehend aufgelösten ehemaligen Sicherheitsapparats *Securitate*, die Abwicklung des Ceaușescu-Prozesses und die Untersuchung der Vorgänge beim Umsturz.

Geblichen ist jedoch die Spannung zwischen einem Teil der Armee, die für autoritäre Strukturen in der Armee für deren politischen Aktivismus eintritt und sich nach Osten hin orientiert - für diese Richtung stehen einige Territorialkommandeure, ehemalige Politoffiziere und der amtierende Generalstabschef Dumitru Cioflină - und zwischen der zumeist jüngeren Offizierselite, die, unterstützt von dem ehemaligen rumänischen Verteidigungsminister Nicolae Spiroiu, für eine Demokratisierung der Armee und für die Westanbindung Rumäniens eintritt.

Ausblick

Die vorliegende Analyse des institutionellen Wandels nach der Wende in Rumänien läßt einen Faktor überdeutlich hervortreten: Wie auch anderswo im Postkommunismus zeigten sich die keineswegs homogenen vorkommunistischen Eliten entschlossen, Macht und Privilegien auf gesetzlichem Wege institutionell abzusichern. Es stellt sich jedoch die Frage, wie diese sich rasch wandelnden Eliten ihre Macht gebrauchen werden. Andrei Cornea, Kommentator der oppositionellen Wochenzeitung 22, hat versucht, eine schlüssige Antwort auf diese Frage zu finden:

"Die nach dem 22. Dezember 1989 installierte Macht, von vielen als 'neo-kommunistisch' eingestuft, ist in Wirklichkeit ökonomischen und politischen Reformen nicht abgeneigt, vorausgesetzt sie erreichen, wenn schon nicht ausschließlich, dann zumindest überwiegend ihr selbst zum Vorteil. Unter diesen Bedingungen stellt die Existenz der Marktwirtschaft, einer Opposition, einer freien Presse etc. sogar einen Vorteil dar,

solange sie die Kontrolle über die fundamentalen Institutionen Fernsehen, /Sicherheitsdienst/ *SRI* und die oberste Gerichtsbarkeit behält. Ich will mir einen Vergleich erlauben: Die kommunistische rumänische Gesellschaft ähnelt einem Unternehmen mit einem einzigen und ausschließlichen Besitzer, die Gesellschaft nach dem Dezember 1989 ähnelt einer Aktiengesellschaft mit vielen Aktionären, in der die Sperrmajorität immer in den Händen einer Oligarchie verbleibt. So gesehen liegen die von der Aktiengesellschaft gebotenen Vorteile auf der Hand." Einen Ausweg aus dieser Situation sieht der Autor darin, die Sperrmajorität der Oligarchie zu beseitigen. Er ist allerdings skeptisch, ob dies der rumänischen Opposition in ihrer derzeitigen Verfassung gelingen kann.²²

²² Andrei Cornea, *Principiul 'convertirii limitate'* (Das Prinzip der 'begrenzten Konversion'), in: "22" Nr. 41, 15.-21.10.1992.

Transformation der bulgarischen Volkswirtschaft - Eine Zwischenbilanz

Nach zwei Jahren Abschied vom zentralistischen Wirtschaftsordnungsmodell hat Bulgarien einen ersten Weg in die Marktwirtschaft zurückgelegt. Seine Merkmale, die erzielten Veränderungen und die anstehenden nächsten Schritte werden diskutiert. Der Aufsatz untersucht bewußt nicht vordergründig die üblichen makroökonomischen Daten, sondern akzentuiert auf die monetären Eingriffe als Mittel direkter volkswirtschaftlicher Steuerung. In einem Ausblickversuch werden der Schuldendienst, die Inflation und das Wachstum als die aktuellsten Transformationsaufgaben behandelt, weil von ihnen Gefahren ausgehen, die im Sinne von Spill-Over-Effekten die Reformbemühungen hemmen.

I. Der zurückgelegte Weg zur Marktwirtschaft

Bulgarien startete seinen Weg in die Demokratie zwar fast zeitgleich mit dem ostmitteleuropäischen Raum. Die vorhandenen Defizite in der Vorbereitungsphase der demokratischen Entwicklung - hier gab es keinen Aufstand 1956, keinen Prager Frühling, keine Solidarnosc-Bewegung - warfen das Balkanland jedoch bald danach zurück hinter Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen. Die Umgestaltung der Wirtschaft in Richtung Marktwirtschaft hatte sich um mehrere Jahre im Vergleich zu Ungarn und um mindestens ein bis eineinhalb Jahre im Vergleich zu Polen und der ČSFR verzögert.

Die ersten ernstgemeinten Transformationsschritte wurden Anfang 1991 durchgeführt; sie zielten auf ein schnelles Überwinden der riesigen Ungleichgewichte in der Volkswirtschaft ab. In Kauf genommen wurde nach Vorbild des in Bulgarien ziemlich populären Balcerowicz-Plans eine sogenannte Schocktherapie mit Preisfreigabe, restriktiver Geldpolitik, drastischer Abwertung der einheimischen Währung und weitgehender Aufhebung des staatlichen Außenwirtschaftsmonopols. Auch institutionell wurde ein Wandel vollzogen, vor allem durch Neustrukturierung der zentralen Einrichtungen im Bereich der Wirtschaft, Neugestaltung des Bankwesens und durch die erklärte Absicht des Staates, sich aus der Wirtschaftslenkung sukzessive zurückzuziehen. Dank der in der Bevölkerung vorhandenen Einsicht, daß es einen Weg zurück in den Sozialismus/Kommunismus nicht mehr geben kann, konnte auch der damit verbundene hohe soziale Preis als relativ risikoarm einkalkuliert werden. Diese Rechnung ist trotz der Existenz starker Gewerkschaftsblöcke auch aufgegangen. In den darauffolgenden Monaten gewann die Reform

an Dynamik und zeitigte erste Ergebnisse. Ihr Ansatz und ihre funktionale Struktur waren allerdings von Anfang an durch Dichotomie geprägt.

Der *monetäre Teil* kam nicht nur zuerst zum Zuge, er rief auch die nachhaltigsten Stabilisierungseffekte hervor. Zugleich sollten die Anstrengungen in diesem Bereich durch *fiskalische und strukturpolitische Schritte* begleitet werden. Es wurde ein Anpassungsprozeß eingeleitet, dessen Dauer und Folgen von vornherein als ungewiß galten, zu dem es jedoch keine Alternative gab. Die ersten Effekte sind mittlerweile hinreichend bekannt.¹ Umso aktueller stellt sich nun die Frage nach den Wirkungen eineinhalb Jahre danach und nach den zu erwartenden mittelfristigen Wirkungen, auch verglichen mit den ostmitteleuropäischen Ländern.

1. Produktion

Der Rückgang des Bruttosozialproduktes setzte sich in der ersten Hälfte dieses Jahres fort und lag im Zeitraum Januar bis April 1992 um circa 30% unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Verglichen mit dem Stand im Dezember 1990, also kurz vor Beginn der Schocktherapie, schrumpfte der gesamtwirtschaftliche Output um mehr als die Hälfte.

Noch düster sieht es im industriellen Sektor aus, da der Industrieoutput im April 1992 zu Preisen von Januar 1990 lediglich ein Drittel des entsprechenden Volumens Mitte 1989 erreichte. Allerdings ist zu beachten, daß das Outputniveau Ende der achtziger Jahre bereits verzerrt (vermutlich aufgebläht) war und nicht die reale Leistungsfähigkeit der bulgarischen Volkswirtschaft widerspiegelte. Erinnerung sei lediglich an die enormen westlichen Finanzspritzen (Kredite) im Werte von mehreren Milliarden Dollar zwischen 1984 und 1989, die nicht nur den Konsum aufrechterhielten, sondern auch zahlreiche Industrie- und Gewerbebranchen eine Zeitlang künstlich am Leben hielten. Real wäre der Zusammenbruch entweder viel früher gekommen oder die Expansion der Wirtschaft und die Verzerrung ihrer Strukturen hätten sich in Grenzen gehalten.

2. Einkommen

Mit der Schrumpfung des Produktionsausstoßes korreliert die Entwicklung des Reallohniveaus, welches Mitte 1992 bei circa 50 % des Standes von 1990 liegt, während die Nominallöhne, insbesondere in einigen

¹ Hishow, O.: Paradigmen und Lösungsmuster der Systemtransformation in der bulgarischen Volkswirtschaft. In: Südosteuropa Mitteilungen, München, Heft 4/1991.

Industriebranchen und im Verkehr stark expandieren.² Die Situation der sehr großen Gruppe der Bezieher von Transfereinkommen hat sich verschlechtert; so liegen die Durchschnittsrenten Mitte 1990 nach dem aktuellen Wechselkurs zu Kaufkraftparitäten bei etwa 130 DM im Monat. Zugleich ist der Regierung immer wieder gelungen, ein entsprechendes Rentenaktualisierungsgesetz im Parlament durchzubringen und somit die allergrößte Not zu lindern.

3. Beschäftigung

Nach neuesten Angaben aus dem Ministerium für Arbeit und Sozialfürsorge in Sofia hat die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen die 500000-Marke erreicht, was einer Arbeitslosenquote von 12 % entspricht. In dieser Hinsicht liegt Bulgarien standgleich mit Ungarn und der Slowakei und schneidet schlechter ab als Polen und die Tschechische Republik. Die Zahlen für Bulgarien sind jedoch noch um einige zehntausend nicht registrierte Arbeitssuchende sowie um die Frauen, die nun zu Hause bleiben und aus dem Heer der Erwerbstätigen herausfallen, nach oben zu korrigieren.

Zugleich kann eine Gegenrechnung aufgestellt werden, die für das ehemals sozialistische Land symptomatisch ist und das Konfliktpotential, welches die Arbeitslosenstatistiken implizieren, weitgehend relativiert. Zwar geht die Entlassungswelle weiter, viele formell erwerbslose Menschen schwenken jedoch in den Bereich des privaten Kleinhandels und der Minidienstleistungen ein, welcher ihnen hilft, sich über Wasser zu halten. Hier ist ein ähnlicher Entlastungseffekt der Schattenwirtschaft auszumachen, wie er aus dem Versorgungsbereich länger bekannt ist, - daß nämlich trotz unzureichender Leistungen des staatlichen Handels zu sozialistischen Zeiten die Kühlschränke und Keller weitgehend gefüllt waren. Mittel- und langfristig darf diese Situation allerdings nicht zum Normalfall werden.

Ursache für diese negativen makroökonomischen Indikatoren ist die sinkende gesamtwirtschaftliche Nachfrage, bzw. ihrer einzelnen Komponenten:

Die *Exportnachfrage* im ehemaligen RGW - für die bulgarische Volkswirtschaft lebenswichtig, da etwa 70 % des Nettosozialproduktes³ über den Außenhandel mit den Ratsmitgliedern realisiert wurden - ging bereits 1990 drastisch zurück. In allen ehemals sozialistischen Ländern setzte praktisch zeitgleich eine Substitution östlicher Importprodukte durch westliche ein, was sich auf die jeweiligen Volkswirtschaften in Abhängigkeit vom Grad ihrer bereits erreichten Verflechtung mit der

² In diesem Zusammenhang und angesichts der diesbezüglichen Stabilitätsgefahren wird jetzt eine Diskussion um eine eventuelle Beschneidung der Macht der Gewerkschaften in Bulgarien eingeleitet.

³ Eigentlich des Nationaleinkommens - sinngemäß des um die Leitung einiger Bereiche des tertiären Sektors geminderten Volkseinkommens.

westlichen Wirtschaft unterschiedlich auswirkte. Bulgarien war eben besonders hart getroffen, während z.B. Ungarn mit seinen 35 bis 40 % RGW-Anteil am Außenhandelsumsatz 1989 die Anpassung viel leichter verkraften konnte.

Die *Importnachfrage* reagierte prompt: Viele Unternehmen produzierten zunächst auf Halde, was ihre Finanzsituation drastisch verschlechterte. Die ausbleibenden Zahlungen, aber auch die weggefallenen (wegen der hohen Valutapreise) Rohstoff-, Energie- und Ersatzteillieferungen taten ein übriges um die Produktion zu ersticken.

Die *private Nachfrage* schrumpfte ihrerseits ebenfalls stark, da die Freigabe der meisten Preise und der damit verbundene Inflationsschub praktisch alle Schichten der Bevölkerung trafen.

II. Funktionale Aspekte der Transformation

1. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Nach der Abschaffung der wesentlichen Restriktionen im Zusammenhang mit dem Außenhandels- und Valutamonopol des Staates verschlechterten sich die Außenwirtschaftsdaten im Hartwährungsbereich beträchtlich. Der diesbezügliche Saldo wies bereits im ersten Quartal 1990 ein Minus von 620 Millionen Dollar aus. Das Defizit war im zweiten Quartal jedoch bereits um die Hälfte geschrumpft. Diese Tendenz setzte sich im ganzen Jahr 1990 und auch 1991 quartalsweise fort, so daß sich im letzten Jahr Ex- und Importe die Waage hielten. Im Clearing-Rubel-Handel schloß das Jahr 1991 dagegen mit einem Überschuß ab. Noch deutlicher zeigt sich diese Tendenz im laufenden Jahr, da allein im Zeitraum 1. Januar - 30. Juni die Exporte 2 290,4 Millionen Dollar erreichten und um 434 Millionen die Importe überstiegen.⁴ Zum Vergleich: Im ganzen Jahr 1991 betrug die Exporte 3 737 Millionen Dollar. Zugleich stiegen die Währungsreserven (ohne Gold) auf knapp eine Milliarde Dollar, während sie noch vor kurzem praktisch erschöpft waren. Allerdings ist dieser Stand, verglichen z. B. mit den 5 Milliarden Dollar Währungsreserve Ungarns⁵ als noch bescheiden einzuschätzen.

⁴ Vgl. Tageszeitung *Demokrazija*, Nr. 182 v. 1.8.1992, S. 1. Dieses Ergebnis scheint auch international befriedigend zu sein - beispielsweise erzielte Ungarn, das geopolitisch in einer günstigeren Situation ist, in der ersten Jahreshälfte 1992 einen Leistungsbilanzüberschuß von 546 Millionen Dollar (siehe "Ungarn: Wirtschaftsaufschwung kommt erst 1993", in: *Ostwirtschaftsreport*, Nr. 16/1992, S. 323).

⁵ Vgl. "Ungarn: Wirtschaftsaufschwung kommt erst 1993", in: *Ostwirtschaftsreport* Nr. 16/1992, S. 323.

2. Innere Konvertibilität der Währung auf Floatingbasis

Nach der außenwirtschaftlichen Öffnung des Landes war es erforderlich geworden, die heimische Währung teilkonvertibel zu machen um den nunmehr nichtzentralisierten Zahlungsverkehr mit dem Ausland zu ermöglichen. Geldpolitisch gibt es dabei zwei prinzipielle Entscheidungsmuster, den jeweiligen Wechselkurs festzulegen:

Erstens durch Bestimmen eines festen Umtauschverhältnisses bezüglich einer Leitwährung, in der Regel des amerikanischen Dollars. Dieser Weg erfordert einerseits das Vorhandensein entsprechender Hartwährungsreserven für notwendige Kursstützungen und andererseits die Gewißheit, daß sich der Inflationsdruck in Grenzen hält. Eine niedrige Inflationsrate ist in der Regel Ausdruck wirtschaftlicher Stabilität.

Zweitens durch Floaten der heimischen Währung bezogen auf die für das Land wichtigsten Leitwährungen - den Dollar und die DM. Dieser Weg erübrigt die Notwendigkeit umfangreicher Devisenreserven, denn zu Stützungseingriffen der Zentralbank kommt es nur in Ausnahmefällen. Sie treten dann ein, wenn z.B. ein Zielkorridor für das Floaten festgelegt worden ist und Gefahr besteht, seine Ober- bzw. Untergrenze zu überschreiten. Einen solchen dollarbezogenen Wechselkurskorridor hat Anfang August Finanzminister Kostow übrigens zum ersten Mal vorgeschlagen. In einem Disput mit Nationalbankpräsident Professor Valchew setzt er sich für eine Lewa-Aufwertung ein, da nach seiner Auffassung der z.Z. überbewertete Dollar die Finanzierung des wiederaufzunehmenden Schuldendienstes erschwert. Hier werden Parallelen auch zu anderen vormals sozialistischen Ländern deutlich: Ähnlich wie in Bulgarien wird auch in Polen eingesehen, daß ein freier Wechselkurs zwar die Schwarzmarktprämie nunmehr dem Staat zugute kommen läßt. Andererseits kommt es zu einer zu starken Abwertung. Einziger Vorteil ist die radikale Belebung der Exportgeschäfte, da somit praktisch alles - allerdings zu Dumpingpreisen - absetzbar ist.

Es ist also darauf hinzuweisen, daß der aufgrund der Marktnachfrage und des Marktangebotes sich herausbildende Wechselkurs verzerrt ist, weil er das Leistungsniveau der nationalen Wirtschaft nur unzureichend widerspiegelt, bzw. weil die Geldmarktakteure nur eine Teilnachfrage repräsentieren. Zur besseren Erfassung des "echten" Umtauschverhältnisses bedient man sich daher auch verschiedenartig berechneter Kaufkraftparitäten der Währungen.

Zumindest in der Anfangsphase der Transformation hatte Bulgarien keine Alternative zum zweiten Weg - nicht nur wegen der Schonung der Devisenreserven⁶, sondern auch wegen des anstehenden Inflationsschubes zu Beginn der Wirtschaftsreformen, der jeden anderen Dollarkurs,

⁶ Nach den Worten von Professor Valchew sind die angehäuften Devisenreserven in der jetzigen Situation sogar zu groß - eine Aussage, die je nach Bezugsbasis unterschiedlich interpretiert werden kann. Bezogen beispielsweise auf den konsolidierten Staatshaushalt 1992 mit seinen umgerechnet 2,0 Milliarden Dollar erscheint die Devisenreserve beträchtlich; andererseits verfügt Ungarn über weitaus größere Devisenreserven.

als den rein "marktmäßigen" hätte unrealistisch erscheinen lassen. Im Ergebnis pendelte sich der Wechselkurs nach seiner Freigabe auf hohem Dollar- und DM-Niveau ein. Zugleich hielt er Schritt mit der Inflation und blieb in den vergangenen anderthalb Jahren ein relativ zuverlässiger Indikator für die Fähigkeit der Wirtschaft, mit den Folgen der Öffnung einigermaßen fertigzuwerden. Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß bezüglich des Abwertungsausmaßes seiner Währung Bulgarien mit circa 1 000 % zwar hinter der CSFR, aber etwa standgleich mit Ungarn einzustufen ist, während Polen und die GUS einen weitaus größeren Kursverlust zu beklagen haben.

3. Rückgabe (Restitution) und Privatisierung

Das *monetäre Maßnahmenpaket* zur Stabilisierung der Wirtschaft, die in einer Haushaltskonsolidierung und Inflationseindämmung - die Inflationsrate soll ab Mitte 1992 nicht mehr als 3 % monatlich betragen⁷ - im wesentlichen zum Ausdruck kommt, zeitigt freilich nur einen temporären Effekt. Die Wirtschaft ist allegorisch nun mit dem Affen aus einer Erzählung Wilhelm Hauffs zu vergleichen, der sich nur vernünftig benimmt, wenn er fast erwürgt wird. Zwar wurden in der bulgarischen Volkswirtschaft die wesentlichen Inflationsherde unter Kontrolle gebracht und die Geldentwertung wurde spürbar verlangsamt, die Talfahrt der Produktion geht dennoch, wenn auch gebremst weiter. Prognosen zufolge soll die BIP-Schrumpfung im laufenden Jahr bei 8 % liegen.⁸ Dringend erforderlich waren und sind nach wie vor flankierende Aktivitäten im *güterwirtschaftlichen Bereich*, die die Reform auf eine reale Grundlage stellen. Nach einiger Verzögerung beginnen nun die wesentlichen unter ihnen zu greifen - insbesondere die Rückgabe des bis 1947 verstaatlichten Eigentums und die (kleine und große) Privatisierung.

Im Unterschied beispielsweise zu Ungarn entschied sich Bulgarien für eine umfassende Rückgabe. Geltend gemacht wurden hierbei Argumente, daß Bulgarien früher ein Land der Massenbesitzer gewesen ist, in dem große Kapital- und Vermögenskonzentration eher die Ausnahme gebildet haben. Ferner erschien die physische Reprivatisierung den meisten UDK-Politikern⁹ als die ökonomisch, sozial und ethisch gerechteste. Ungarn ging dagegen den Weg der begrenzten Restituierung - nur einige wenige juristische Personen und Körperschaften kamen in den Genuß der Rückgabe. Praktisch decken sich in Ungarn Privatisierung und Reprivatisierung, während sie in Bulgarien phasenverschoben laufen.

Das bringt vorerst keine besonderen Komplikationen mit sich. Wie bereits erwähnt, sind von der Rückgabe vorwiegend kleine Objekte in den Städten sowie bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe in den Dörfern be-

⁷ Tageszeitung Demokrazija v. 31.8.1992, S. 1.

⁸ Vgl. Ostwirtschafts-Report, Nr. 17 v. 21.8.1992, S. 346.

⁹ UDK - Union der Demokratischen Kräfte - ,die größte demokratische Parteienkoalition in Bulgarien, die auch die meisten Kabinettsmitglieder stellt.

troffen. Alle Großunternehmen, die aufgrund ihrer Struktur und technisch-technologischer Verfassung schwer zu vermarkten sind, entstanden ohnehin in der sozialistischen Ära.

Im Rahmen der kleinen Privatisierung bzw. Restitution wurden bis zum Ende des zweiten Quartals 1992 etwa 30 % des Grund und Bodens auf dem Lande und fast alle Objekte in den Städten ihren alten Eigentümern oder deren Erben überführt.¹⁰ Für den Rest des noch zu restituierenden Bodens liegen ebenfalls Anträge vor, deren Bewilligung bislang auf verschiedenartige, meist technische Schwierigkeiten stößt. Beispielsweise fehlen oft notwendige Unterlagen oder die zu restituierenden Parzellen existieren nicht mehr real, so daß Ersatzflächen bereitgestellt werden müssen usw. Insgesamt werden die noch offenen Probleme jedoch nicht als gravierend angesehen.

Die "große" Privatisierung, einschließlich jener des Kommunalvermögens, erfolgt auf der Grundlage des am 23. April 1992 verabschiedeten Privatisierungsgesetzes. Es sieht eine recht unbürokratische Überführung der Einrichtungen mit einem geringeren Restbuchwert in private Hand vor. Dagegen ist bei Unternehmen und Anlagen mit einem Restkapital von über 10 bzw. 200 Millionen Lewa die Genehmigung der neugeschaffenen Privatisierungsagentur bzw. des Kabinetts erforderlich. Die Betriebsgrößenstruktur der bulgarischen Unternehmen ist so, daß 70 % der Beschäftigten in eben solchen Betrieben tätig sind. Hier konzentrieren sich auch 80 % der Kapitalstocks. Bis zum 1. Juli 1992 wurden in einer ersten Vorbereitungsrunde Unternehmen der metallverarbeitenden, chemischen, Textil- und Nahrungsgüterindustrie mit einem Gesamtkapital von knapp 0,5 Milliarden Lewa¹¹ aufgestellt. Der Eigentümerwechsel soll bis Jahresende abgeschlossen sein. Die Privatisierungsformen, die Verwendung finden sollen, sind vielfältig, einschließlich Arbeitnehmer-Buyout, Joint Venture und Debt-Equity-Swaps.¹² Zugleich sollen dabei die Privatisierungstechniken getestet werden, um für die nächsten Schritte - den Verkauf der problematischen Großbetriebe in den Branchen Hüttenindustrie, Erdölverarbeitung, Elektronik und Schwermaschinenbau - besser gerüstet zu sein. Vor allem ausländische Kapitalanleger sollen günstigere Bedingungen als in Ungarn und Polen vorfinden. So besteht der Staat bei Joint Ventures nicht auf eine Mehrheitsbeteiligung. Ferner erfordern Neugründungen mit hundertprozentigem Auslandskapitalanteil keine Sondergenehmigung, ebenfalls ein hundertprozentiger Gewinntransfer u.a.m.

Insgesamt sind die Privatisierungs- und Reprivatisierungsfortschritte bislang eher verhalten. Der Beitrag des Privatsektors zum Bruttosozialprodukt wird mit circa 5 bis 7 % beziffert. Im Vorreiterland Polen sind in der Privatwirtschaft 41 % der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt; sie erbringt 27 % der Industrieproduktion und 75 % der Bauleistungen. Allerdings ist für Bulgarien eine Dynamisierung mit multiplikativen Ef-

¹⁰ Tageszeitung Duma, Nr. 216 v. 9.9.1992

¹¹ Nach dem aktuellen Wechselkurs circa 30 Millionen DM.

¹² Vgl. Privatisierung in Bulgarien, Ostwirtschafts-Report Nr. 15 v. 24.7.1992, S. 312-313.

fekten in den kommenden Monaten zu erwarten, welche den Rückstand zu den ostmitteleuropäischen Ländern erheblich verkürzen dürfte. Zunehmend werden auch die Aktivitäten der beiden Wertpapierbörsen - der First Bulgarian Stock Exchange und Sofia Stock Exchange - zur Normalisierung des Umganges mit dem privaten Eigentum beitragen. Wegen des bescheidenen Angebotes und der nur wenigen Akteure waren deren Transaktionen bislang nur unbedeutend.

Zugleich ist vor überzogenem Optimismus zu warnen - der industrielle Sektor wird auch langfristig vorwiegend in staatlicher Hand bleiben. Beispielsweise beabsichtigt die Privatisierungsagentur bis Ende 1995 etwa 25 % der mittelständischen und Großunternehmen in private Hand zu überführen. Ein Großteil der Unternehmen dürfte nämlich selbst nach einer gewissen Sanierung keinen Käufer finden. Sozial- und beschäftigungspolitische Kalküle würden aber einer raschen Schließung unrentabler staatlicher Industriebetriebe im Wege stehen. Als Beleg für solche Überlegungen sei Österreich genannt, dessen verstaatlichte Industrie über Jahrzehnte und unter erheblichem Aufwand auf den Standard von privaten Großkonzernen mit marktgerechtem Management gebracht werden konnte. Zugleich waren die Start- und Rahmenbedingungen im westlichen Land Österreich unvergleichlich günstiger, als dies im postkommunistischen Bulgarien der Fall ist.

III. Ausblick

1. Schuldendienst

Wirtschaftsvorhersagen sind laut einer Faustregel nur dann realistisch, wenn sich der Prognosezeitraum auf eine entsprechend aussagefähige Retrospektivzeit stützen kann. In Bezug auf die Reformländer Mittel- und Osteuropas kann diese Regel angesichts der chaotischen Entwicklung in den letzten Jahren kaum angewandt werden; entsprechend unsicher sind jedwede Expertenschätzungen. Einige makroökonomische Grundtendenzen - auch für Bulgarien - scheinen sich dennoch abzuzeichnen.

Ein Hemmschuh der Transformation im Balkanland wird die beträchtliche Außenschuld bzw. der Schuldendienst bleiben.

Seine schwierige Geschäftsstruktur - Gläubiger sind 350 Geschäftsbanken aus 14 Ländern - sowie die Zahlungsmodalitäten - allein in diesem Jahr wären aufgrund des Zahlungsmoratoriums 1,3 Milliarden Dollar an Strafzinsen fällig - verkompliziert zusätzlich zur allgemeinen Devisennot des Staates die Situation. Die Schuldendienstquote (das Verhältnis zwischen den zu leistenden Zahlungen und den Exporteinnahmen) beträgt gegenwärtig ungünstige 27 % und die Bruttoschuld ist zweieinhalbmals größer als die Exporterlöse. Zugleich sind die bulgarischen Forderungen in Höhe von über 2 Milliarden Dollar gegenüber verschiedenen Entwicklungsländern praktisch verlustig.

Die hohe Schuldendienstquote stellt eine neue Inflationsquelle dar, weil die Regierung die erforderlichen Devisen auf dem freien Devisenmarkt gegen Lewa kaufen muß. Neben der Tatsache, daß die massive Devisennachfrage den jetzt stabilisierten Lewa-Kurs unter Druck setzen kann, muß auch mit einem größeren Haushaltsdefizit als einem weiteren Inflationsherd gerechnet werden. Das würde wiederum den IMF und die Weltbank auf den Plan rufen, mit denen eine Obergrenze von 5 % des Bruttosozialprodukts vereinbart worden ist.

Längerfristig ist dagegen festzustellen, daß die Bruttoschuld von 13 Milliarden Dollar in den Griff zu kriegen ist, da das Bruttosozialprodukt wesentlich schneller steigen dürfte als die Außenschuld. Durch die Integration der bulgarischen Volkswirtschaft in die europäische und die Weltwirtschaft wird der bisher chronische Devisenmangel allmählich überwunden, so daß die Belastung relativ abnehmen dürfte. Ein Zeichen dafür ist die praktisch erreichte innere Konvertibilität der einheimischen Währung und die massiv aufgestockten Devisenreserven in den letzten 12 Monaten.

Eine weitere Budgetkonsolidierungsgefahr stellt mittelfristig die Staatsverschuldung dar, die vor allem in den nicht zu alimentierenden Verbindlichkeiten der staatseigenen Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Sie setzt sich aus den notleidenden Umlaufmittel- und Sachinvestitionskrediten der Industrie- und landwirtschaftlichen Betriebe zusammen, die heute im Rahmen der Privatisierung zur Disposition stehen. In den Jahren 1990 und 1991 sind weitere Schulden hinzugekommen, als Bankkredite zweckentfremdet für konsum- und lohnpolitische Zwecke verbraucht worden sind. Eine endgültige Lösung des Problems steht noch aus; bislang wurden in mehreren Runden den Unternehmen die Schulden z.T. gestrichen und in Staatsschuld umgebucht. Der Gesamtbetrag dürfte 10 bis 15 % des Haushaltsvolumens 1992 erreichen. Der Finanzminister drängt daher auf eine einmalige Finanzierungsaktion über die Reserven der Nationalbank und der Geschäftsbanken.

2. Inflation

Die neoklassische Wirtschaftstheorie definiert die Inflation allgemein als einen Prozeß ständiger Preisniveauerhöhung. Für die Bürger eines ehemaligen sozialistischen Staates ist das Verständnis der Inflationseffekte schwieriger als in Marktwirtschaften. Auch früher hatten sie mit einer Inflation zu kämpfen - der sogenannten zurückgestauten Inflation, die bei einem allgemeinen Gütermangel und gleichzeitigem Preistopp auftritt. Eine Verwirrung stiftete die 1991 und z.T. bis ins Jahr 1992 hinein währende Hyperinflation im Zuge der schockartigen Anpassung nach der Öffnung der Wirtschaft. Nach dem zweiten Quartal dieses Jahres beruhigte sich die Situation und die Wirtschaft ist zur Situation der sogenannten schleichenden Inflation mehr oder weniger zurückgekehrt. Für das kommende Jahr sagt Finanzminister Kostow eine Inflationsrate unter 30 % voraus, stellt aber zugleich die straffe Geldpolitik des Natio-

nalbankvorstandes in Zweifel. Sein Standpunkt: Der Preis für eine relativ niedrige Inflationsrate dürfte der weitere Produktionsrückgang und Anstieg der Erwerbslosenquote sein.

Eine Lockerung der Geldpolitik, insbesondere die Senkung der Leitzinsen würde das Kreditgeschäft beleben und die Konjunktur im Staatssektor ankurbeln. Eine entsprechende Tendenz ist zu erkennen, als der Leitzins schrittweise von 54 auf 45 % gesenkt wurde und weiterhin sinken wird. Drastische Leitzinsen sind übrigens auch im Westen zuweilen ein geldpolitisches Instrument: Erst vor kurzem wurde der Leitzins der Schwedischen Reichsbank von 20 auf 75 % heraufgesetzt.¹³

Zugleich dürfte die Sparquote von rund 15 % wegen des überwiegenden Anteils der Termineinlagen in etwa konstant bleiben und eine gute Grundlage für eine aktivere Investitionstätigkeit in der Privatwirtschaft bilden. Ferner würde bei einem gegenwärtigen Verhältnis zwischen Wechselkurs und Kaufkraftparität von circa 1:3 der Lew kaum unter Druck geraten, ja sogar eine Lewa-Aufwertung wäre nicht auszuschließen.

3. Wachstum

Es wurde bereits darauf verwiesen, daß verschiedene Schätzungen zwar von einer Abschwächung des BIP-Rückganges ausgehen - minus 10 % in diesem Jahr und minus 6 % 1993.¹⁴ Der dramatische Schrumpfungsprozeß setzt sich dennoch in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft unvermindert fort. Der Rückgang der *Industrieproduktion* wird für 1992 auf 12 % und für 1993 auf 3,5 % geschätzt.¹⁵

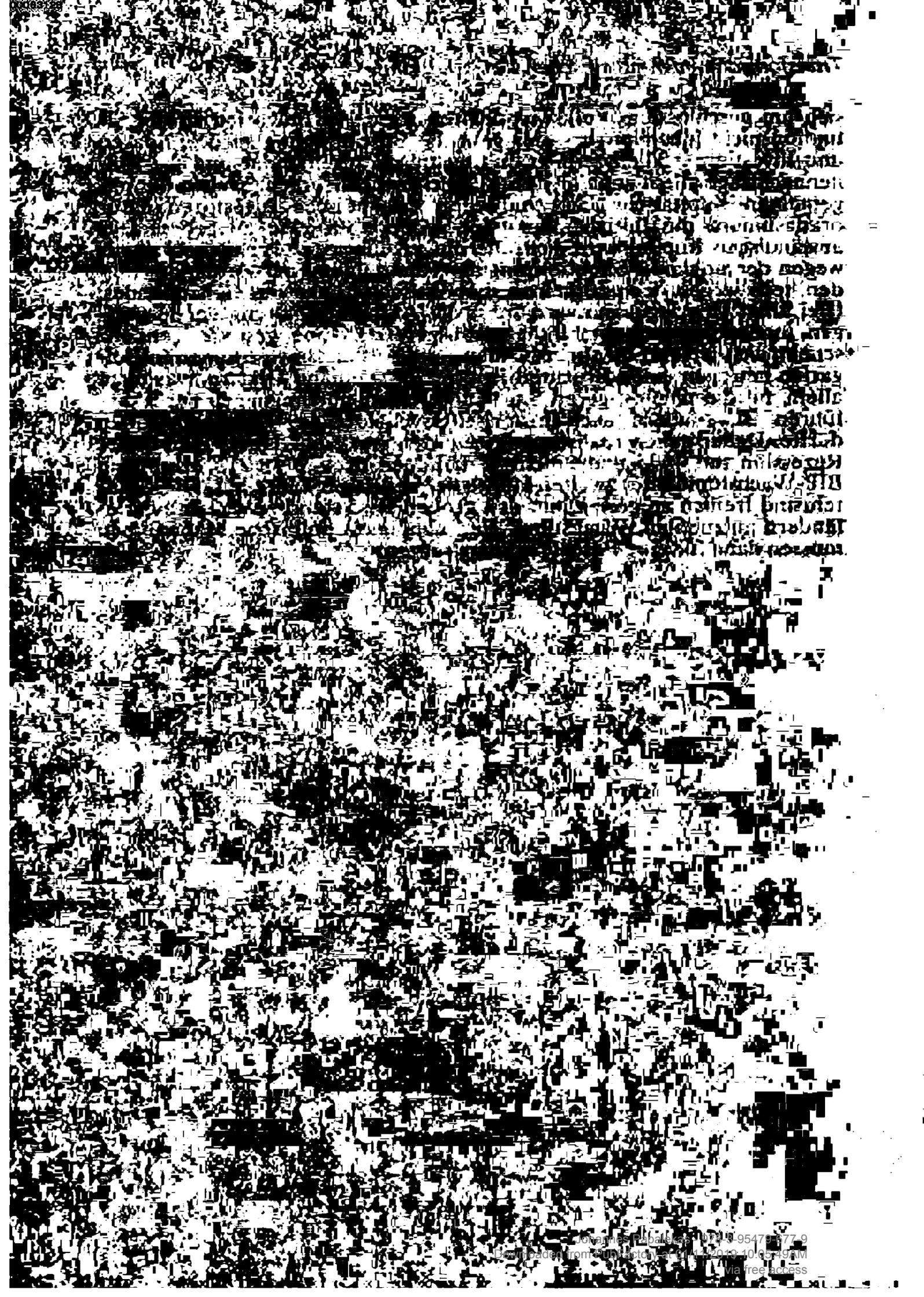
Grundsätzlich hängt das volkswirtschaftliche Wachstum von der Bereitschaft zum Investieren ab; sie wiederum ist eine Funktion der Konsum- bzw. der Sparquote. In einem Land mit tiefster Wirtschaftskrise ist die Konsumquote logischerweise sehr hoch; die Sparquote entsprechend minimal. Nun wurde hingewiesen, daß sich in Bulgarien im letzten Jahr eine Sparquote von etwa 15 % eingependelt hat. Setzt man ferner Wachstum mit Nachfragesteigerung gleich, so ist bei einer nicht marginal großen Konsumquote bzw. infinitesimal kleinen Sparquote ein Expandieren der Wirtschaft durchaus zu erwarten. Allerdings ist die Operationalisierbarkeit der neoklassischen Wachstumsmodelle unter realen Bedingungen sehr fragwürdig. Sie gehen nämlich alle von quasi Idealbedingungen aus - z.B. setzt ein gleichgewichtiges Wachstum eine entsprechende Wachstumsrate des Arbeitskräfteeinsatzes voraus, es handelt

¹³ Schweden erhöht Leitzins auf 500 %, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 17.9.1992, S. 9

¹⁴ Angelow, I.: Die Perspektive, in: *Ikonomiceski zivot*, Nr. 26/1.7.1992, S.8 (bulg.).

¹⁵ Siehe Bulgarien: Die schwierigen Zeiten sind noch nicht vorbei, in: *Ostwirtschafts-Report*, Nr. 17 v. 21.8.1992, S. 346; vgl. ferner *Bulgarian Monthly Economic Monitor*, *PlanEcon Report* Washington D.C., Nr. 20/May 1992.

sich um geschlossene Volkswirtschaften u.a.m. In Bulgarien ist die Situation nicht idealtypisch - hier geht die Beschäftigung zurück, Sparen und Investieren fallen zeitlich und technisch auseinander und die Binnennachfrage allein kann nicht für Gleichgewicht sorgen. Wegen der allgemeinen Kapitalschwäche sind eben ausländische Investoren dafür prädestiniert, die Initialzündung für größere Projekte zu geben. Das ausländische Kapital wird sich allerdings zunächst zurückhalten - teils wegen der unklaren Situation mit der Rückzahlung der Auslandsschulden, teils wegen der peripheren geopolitischen Lage des Balkanlandes. (Bei allen Überlegungen wird sonst die Aufrechterhaltung der bisherigen innenpolitischen Stabilität vorausgesetzt). Eine gewisse Tendenz scheint sich jetzt schon abzuzeichnen - die Auslandsinvestitionen in Bulgarien betragen einen Bruchteil jener im Spitzenland Ungarn, was nicht allein auf die ungünstigeren Start- und Rahmenbedingungen zurückzuführen ist, sondern auch historisch-psychologische Ursachen haben dürfte. Daher gehen realistische Szenarien von einer Überwindung der Rezession um 1995 und einem verhaltenen drei- bis vierprozentigem BIP-Wachstum in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre aus. Diese Raten sind freilich zu gering, um den großen Rückstand zu den Industrieländern aufzuholen. Wachstums- und konjunkturpolitische Maßnahmen müssen dann für eine Beschleunigung sorgen.



Wolfgang Höpken

Politische Institutionen in Bulgarien

Zum zweiten Mal in ihrer neueren Geschichte stehen die Staaten Südosteuropas, jedenfalls sofern sie dem untergegangenen "sozialistischen Lager angehörten", vor der Situation einer grundlegenden Erneuerung ihrer staatlichen und politischen Institutionen im Geiste von Bürgerlichkeit und "civic society". Nach dem ersten Versuch der Staatsbildung im Gefolge der Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert ist die gegenwärtig zu beobachtende Systemtransformation der neuerliche Versuch, auf dem Wege fundamentaler institutioneller Innovation Anschluß an den westlichen Modernisierungsweg zu finden. Damals und heute - Staatsbildung des 19. Jahrhunderts und Weg aus dem Totalitarismus - sind sich dabei in vielem ähnlich; nicht nur hinsichtlich der zu bewältigenden Aufgaben des institutionellen Wandels, sondern auch hinsichtlich der dabei auftretenden Probleme, der Reibungen von Alt und Neu und der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, der mentalen und politisch-kulturellen Hemmnisse, die diesen Institutionenwandel begleiten und belasten.

Schon der Staatsbildungsprozeß des 19. und frühen 20. Jahrhunderts war ja in Bulgarien der Versuch der Übertragung von Institutionen "westlichen" Zuschnitts auf ein soziales, ökonomisches und kulturelles Umfeld, das sich grundlegend von jenem Mitteleuropas unterschied. Der faszinierte Blick auf "europäische" Institutionenvorbilder entsprang dabei der Erkenntnis, daß es, im Sinne Max Webers, gerade jene spezifische Entwicklung und Ausdifferenzierung staatlicher und politischer Institutionen gewesen war, die dazu beigetragen hatte, den okzidentalen Weg in die Moderne so erfolgreich werden lassen. Westliche Institutionen galten als Voraussetzung und als Garant westlicher Entwicklungserfolge.

Das Ergebnis war ein zügig übernommenes System an "modernen" Institutionen, die in der Praxis jedoch häufig kaum mehr waren als, wie es der amerikanische Sozialhistoriker Daniel Chirot einmal etwas despektierlich ausgedrückt hat, "somewhat amusing imitators of Western Europe".

- Das Vorbild des mitteleuropäischen Verwaltungsstaates etwa führte nicht zur erhofften Funktionselite Weberschen Typs, sondern zu einer quantitativ aufgeschwemmten, dem Zugriff politischer Parteien und Eliten ausgesetzten, häufig korrupten Bürokraten-Schicht.
- Ein schwach ausgeprägtes Bürgertum und Mittelstand machten es schwer, ein das System tragendes Gegengewicht gegen eine "politische Klasse" zu bilden, die die politischen Institutionen okkupierte und Herrschaft monopolisierte.
- Ein am westlichen Vorbild orientiertes Parteiensystem kam in einer weitgehend sozial nivellierten bäuerlichen Gesellschaft nicht über

Führer- und Cliquenparteien hinaus, ohne massenpartizipative Elemente und ohne Fähigkeit zur politischen Integration der breiten Schichten.

Das Wort des ungarischen Historikers György Ranki von der oberflächlichen, bloß "symbolischen Modernisierung", zu der die Balkanstaaten fähig gewesen seien, trifft die Institutionalisierungsleistungen, die die Staaten Südosteuropas damals erbrachten - etwa im Bereich der Justiz oder des Bildungssektors - wohl nicht angemessen. Zweifelsohne aber fehlte es den damaligen Institutionen an der nötigen Durchschlagskraft, die vordergründig institutionelle "Verwestlichung" zum Faktor und Motor wirklich gesellschaftlicher Modernisierung werden zu lassen. Ungünstige sozialstrukturelle Voraussetzungen, aber auch mentale Strukturen bei Eliten und Bevölkerung machten diesen ersten Versuch der Staatsbildung zu einem Prozeß mit ambivalentem Ausgang.

Die bei Staatsgründung so schwungvoll *auf-* und oftmals ohne Blick auf die schmalen Finanzressourcen *ausgebauten* "modernen" politischen Institutionen wurden von der Bevölkerung denn auch bald schon mit wachsender Entfremdung betrachtet. Sie fanden ihre Kritiker bei jenen, die - wie Svetozar Marković in Serbien, Constantin Stere in Rumänien oder Aleksandar Stamboliski in Bulgarien - gegen die verabsolutierte Orientierung am westlichen Institutionenvorbild eine Rückkehr oder zumindest eine partielle Berücksichtigung "eigener", traditionaler Institutionen forderten.

Die Frage eines eigenen, nationale Traditionen berücksichtigenden Weges institutioneller Erneuerung hat sich demgegenüber im gegenwärtigen Prozeß des Systemwandels ernstlich in keinem der ehemals sozialistischen Staaten, auch nicht in Bulgarien, mehr gestellt. Der Entwurf der westlichen "civil society" und ihrer Institutionen gilt vielmehr, uneingeschränkter noch als im 19. Jahrhundert, allenthalben als unbefragter Orientierungspunkt der institutionellen Erneuerung. Für Politik, Wirtschaft, Justiz, Verwaltung sind es weithin wieder die mitteleuropäischen Modelle, die bei der Neuformierung der politischen Institutionen Pate stehen.

Auch diesmal geht es mit der formellen institutionellen Erneuerung dabei relativ schnell: Pluralistische Strukturen konnten sich auch in Bulgarien zügig etablieren, obgleich sich die Auseinandersetzung zwischen dem Ancien régime und den oppositionellen Kräften hier deutlich länger hinzog als etwa in der Tschechoslowakei oder der DDR. Das Land verfügt im Ergebnis seines etwa zweijährigen evolutionären und friedlichen Prozesses der Systemtransformation heute über ein weithin erneuertes Gerüst an politischen Institutionen: Es gibt ein etabliertes Mehrparteiensystem, das Land hat mit Anstand, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, zwei freie Wahlen hinter sich gebracht, die ein formal funktionsfähiges Parlament hervorgebracht haben; extremistische politische Parteien, sei es radikal-nationalistischer oder stalinistischer Couleur, wurden, nicht zuletzt dank der praktizierten 4 %-Klausel, marginalisiert; es hat vor allem auf obererer Ebene einen tiefgreifenden Elitenwechsel gegeben, es gibt eine pluralistische Öffentlichkeit, eine Rechts-

staatlichkeit garantierende Verfassung (bei allen Gravamina, die man hier noch bemängeln mag), eine - wenn auch mit einiger Verspätung - begonnene Erneuerung von Verwaltung und Justiz, Ansätze von Interessenverbänden usw.

Auch diesmal, so gewinnt man jedoch den Eindruck, funktionieren die Institutionen jedoch noch nicht wie sie sollten, oder besser ausgedrückt, wie wir es uns aus den Lehrbüchern westlicher Institutionenlehre wünschen. Unterhalb der Oberfläche formal etablierter politischer Institutionen wie Parlament, Wahlen, Regierung, des geregelten politischen Diskurses scheint es eine zweite, nur schwer zu durchschauende Realität des Funktionierens der politischen Institutionen zu geben. Und auch diesmal sind es das Fehlen der sozialen Voraussetzungen einerseits, aber auch die Zählebigkeit alter tradiertter Verhaltensweisen andererseits, die Mentalität der Eliten und die herrschende politische Kultur, die ein zügiges Ausfüllen der neuen institutionellen Kleider erschweren. An einigen zentralen politischen Institutionen soll exemplarisch versucht werden deutlich zu machen, was zwischen dem Widerspruch formal etablierter politischer Institutionen und der realen Rolle dieser Institutionen gemeint ist.

Werfen wir dabei zunächst einen Blick auf das Parteiensystem. Aufbau und Entwicklung des Parteiensystems in Bulgarien folgen im großen und ganzen jenen Prozessen, die uns auch aus dem demokratischen Übergang anderer osteuropäischer Staaten geläufig sind. Beginnend als anti-totalitäre Sammlungsbewegung - als Koalition aller antikommunistischen Kräfte und ohne große programmatische Differenzierung, befindet sich das wichtigste frühere Oppositionsbündnis der "Union der Demokratischen Kräfte" mittlerweile in einem Prozeß der organisatorischen Differenzierung. Die nur in Etappen erfolgte, sich über einen Zeitraum von zwei Jahren hinziehende Verdrängung der Kommunisten bzw. ihrer Nachfolgeorganisation von der Macht hat diesen Differenzierungsprozeß hin zu einer echten Wettbewerbsdemokratie konkurrierender Einzelparteien dabei jedoch lange verzögert, und die immer noch starke Position der Ex-Kommunisten, die immer noch die stärkste Einzelpartei sind, trägt auch weiterhin dazu bei, den Charakter der UdK als einer Forums- und Sammlungspartei zu erhalten. So hat sich die früher einheitliche "Union der demokratischen Kräfte" noch nicht völlig in untereinander konkurrierende Einzelparteien aufgelöst, sondern bislang lediglich in drei Listenverbindungen, und nur einzelne der ihr früher zugehörigen Parteien wie die Sozialdemokraten oder die Bauernpartei-"Nikola Petkov" haben sich ganz von ihr getrennt. Das Parteiensystem stellt somit gegenwärtig noch eine eigentümliche Mischung aus Forums- und Sammlungspartei einerseits und Einzelparteien andererseits dar. Für den weiteren institutionellen Wandel des bulgarischen politischen Systems dürfte dies bedeuten, daß dem Parteiensystem für die Zukunft noch ein längerer Prozeß weiterer Umstrukturierung bevorsteht und damit zugleich auch eine Phase institutioneller Stabilitätsbelastung.

Bedeutsamer für die Frage der institutionellen Verfestigung des Parteiensystems ist aber wohl, daß die programmatische Struktur der Par-

teien auch in Bulgarien noch immer jene für alle Übergangsgesellschaften typische Diffusität aufweist. Dieses hohe Maß an programmatischer Diffusität zeigt sich dabei bereits darin, daß es immer noch zwei Bauernparteien gibt, (die allerdings jetzt wohl vor der Vereinigung stehen), zwei sozialdemokratische Parteien, zwei grüne Parteien, drei Zentrums-Parteien mit christdemokratischem Anspruch sowie gleich eine Vielzahl von sich selbst als liberal einstufoenden Parteien. Eine einigermaßen festgefügte weltanschauliche Basis haben außerhalb des ex-kommunistischen Lagers lediglich die wiederbegründeten Traditionsparteien wie die Sozialdemokratie oder die Bauernparteien. Gerade sie zeigen jedoch unverkennbare Schwierigkeiten einer programmatischen Anpassung an neue Erfordernisse, was - zumindest im Falle der Bauernparteien - auch bereits zu ihrem schlechten Abschneiden im Wahlkampf beigetragen hat. Die programmatische Diffusität der Parteien entspringt dabei jener kaum verwunderlichen Tatsache, daß die Parteien gegenwärtig nicht Ausdruck politisch aggregierter sozialer Interessen sind, sondern mehr oder weniger voluntaristische Entscheidungen für das eine oder andere "westliche Etikett". Hier zeigt sich - worauf die polnische Soziologin Jadwiga Staniszkis schon vor einiger Zeit hingewiesen hat -, daß die sozialstrukturellen Voraussetzungen eines im Sinne westlicher Konkurrenzdemokratie funktionierenden Parteiensystems gegenwärtig in den Ländern Osteuropas erst im Entstehen begriffen sind.

Auch in der inneren Struktur der Parteien spiegeln sich diese sozialen Rahmenbedingungen deutlich wieder. Fast alle Parteien operieren zwar mit zum Teil beträchtlichen, in vielen Fällen wohl inflationierten Mitgliederzahlen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei praktisch allen Parteien nach wie vor um weitestgehend elitenbestimmte Parteien ohne wirklich partizipative Binnenstrukturen handelt. Ich würde nicht so weit gehen wie mein Freund und Kollege Rumen Dimitrov in Sofia, der die These aufgestellt hat, die vormals autoritäre Einparteienstruktur sei auch nach der politischen Wende nur eine bipolare autoritäre Struktur von "Rot" und "Blau", d.h. von Ex-Kommunisten und Opposition ersetzt worden. Kaum zu bestreiten aber ist, daß auch unter einzelnen der neuen post- und antitotalitären Parteien bisweilen neo-autoritäre Neigungen nicht fehlen. Die markantesten Beispiele dürften hierfür wohl Gruppierungen wie die Gewerkschaft "Podkrepa" oder auch die türkisch-muslimische Partei DSP mit ihren autoritativ bestimmenden und agierenden Führungspersönlichkeiten Trenčev und Ahmed Dogan sein. In dieser starken Domianz von Einzelpersonen, im Fehlen partizipativer Binnenstrukturen und einer differenzierten programmatischen Orientierung ähnelt die Parteienlandschaft des nachkommunistischen Bulgarien dabei heute durchaus jener des vorkommunistischen Bulgarien, die schon damals - abgesehen von den Links- und Agrarparteien - sehr viel weniger programmgeleitete Mitgliederparteien als personen- und klientelbestimmte Gruppierungen waren.

Der Widerspruch von formaler "Verinstitutionalisierung" von Politik und realer Bedeutung der Institutionen zeigt sich auch im Blick auf die

Struktur des politischen Entscheidungsprozesses. Blickt man auf die Beziehungen von Parteien, Parlament, Regierung und Präsident, so zeigt sich eine vor allem in der Praxis ungenügende, diffuse und schwer durchschaubare Formalisierung der institutionellen Kompetenzen und der Entstehung politischer Entscheidungen. Überall gibt es jenseits normativ abgegrenzter Kompetenzen und institutioneller Rollenzuweisungen Nischen, die durch persönliche Netzwerke gefüllt zu werden scheinen. Dies klingt sehr abstrakt und impressionistisch und ist in der Tat sehr schwer durch Fußnoten zu belegen. Wer den politischen Prozeß in Bulgarien jedoch verfolgt, dem drängt sich der Eindruck auf, daß Institutionen sehr viel weniger wichtig sind im heutigen Bulgarien als personelle und klientele Beziehungsgeflechte. Hier scheint sich die starke Personalisierung sozialer und politischer Beziehungen, wie sie sich im institutionellen Monopolismus des kommunistischen Systems herausgebildet hatte, durchaus weiter fortzusetzen. Man denke etwa an das meines Erachtens nach erhebliche politische Gewicht, das die Vielzahl sogenannter "Berater" von Regierungschef, Präsident und Ministern spielen - ohne formale Legitimation, aber mit vielen öffentlichen Artikulationsmöglichkeiten und sicherlich nicht ohne Einfluß. Und auch in diesem starken Übergewicht personalisierter und klienteler Beziehungen über Institutionen läßt sich durchaus die Parallele zum vorkommunistischen Bulgarien finden. Im alten Bulgarien gab es für jene, weniger an Sachkompetenz und geordneten Professionalisierungs- und Karriereläufen, denn an persönlichen Loyalitätsbeziehungen ausgerichteter Rekrutierung der Eliten das schöne Wort des "partizanstvo". Auch die neuen Eliten Bulgariens scheinen mir nicht frei zu sein von diesem "partizanstvo".

Auffällig und problematisch im Sinne der Vorstellung eines über Institutionen mit klar abgegrenzten Kompetenzen und Rollenzuweisungen funktionierenden Politikprozesses ist ganz sicherlich auch die starke Rolle, die außerparlamentarische Institutionen und Personen für den politischen Entscheidungsprozeß spielen. Ganz besonders gilt dies für die Gewerkschaft "Podkrepa" und ihren Chef Trenčev, die in den Prozeß politischer Entscheidungsbildung bei Sach- und Personalfragen hineinfunkt, die in Art und Reichweite sicherlich weit über das hinausgeht, was in einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie einer Interessengruppe im Sinne ihrer Rolle zusteht.

Die institutionelle Stabilisierung der Demokratie wird in Bulgarien aber weniger vom Fehlen notwendiger Institutionen oder der normativen Abgrenzung ihrer Funktionen und Kompetenzen erschwert, als von dem, was Theodor Eschenburg vor vielen Jahren nach den Erfahrungen von Weimar mit Blick auf die junge Bundesrepublik einmal als nicht "institutionengerechtes Verhalten" von Eliten und Bevölkerung bezeichnet hat. Wir sind damit bei der Frage der politischen Kultur, die ja in einem erweiterten Institutionenbegriff, der Institutionen nicht formal, sondern strukturell versteht, durchaus in den Rahmen unserer Thematik gehört. Und auch hier lassen sich erhebliche Parallelen zum vorkommunistischen Bulgarien feststellen.

"Die innere Politik", so beschrieb Constantin Jireček 1891 das politische Leben Bulgariens, "ist beherrscht von erbitterten Parteifehde und Intrigue aller Arten. (...) Da gibt es oft Tag für Tag den unglaublichsten politischen und halbpolitischen Klatsch. Der Fremde hört Tausend schlechte Dinge über einzelne Bulgaren von Bulgaren selbst und entdeckt erst langsam, daß die Leute in Wirklichkeit nicht so schlecht sind, wie sie sich, durch Neid und Parteileidenschaft verblendet, gegenseitig darstellen. Eine vorurtheilsfreie Würdigung einheimischer Talente, besonders politischer Gegner, ist eine Ausnahme. Die Parteihäupter haben nicht selten einen persönlichen Haß gegeneinander. (...) Viele wittern fortwährend geheime Pläne und Absichten, ja ich kenne Personen, die lieber zwischen den Zeilen als in denselben lesen". Ich könnte mir keine treffendere Beschreibung der politischen Kultur der Eliten heute, hundert Jahre später, vorstellen.

Der politische Diskurs zwischen den Parteien, aber auch unter den Eliten selbst, ist in hohem Maße fundamentalisiert. Auch Fragen mittlerer Reichweite werden schnell zu Grundsatz- und Loyalitätsfragen erhoben, wobei auch hier politische Differenzen sehr schnell mit persönlichen Loyalitätsfragen verknüpft werden. Und in der Austragung solcher Konflikte wird bisweilen auch der Respekt vor den Institutionen arg strapaziert. Die im Sinne funktionierender Demokratie problematische Nutzung des Instruments des Parlamentsboykotts etwa, die von Politischem und Persönlichem überschatteten Beziehungen zwischen Regierungschef und Staatspräsident, die Art und Weise, wie jüngst der Parlamentspräsident Stefan Savov zum Rücktritt veranlaßt wurde und anderes mehr ließen sich hier als Beispiel beibringen, wie politische Auseinandersetzungen, und zwar nicht nur zwischen Ex-Kommunisten und bürgerlichen Kräften, emotionalisiert werden und über den Rahmen institutionell geregelter Konfliktaustragung hinauschießen. Die in der antitotalitären Konfrontation mit den Kommunisten erprobte und wohl auch notwendige Fundamentalisierung der politischen Auseinandersetzung wird gewissermaßen in die Phase der Demokratie übernommen, mehr zum Schaden als zum Nutzen der Stabilisierung der Demokratie. Wenn Institutionen, wie es Ralf Dahrendorf einmal gesagt hat, die Barriere gegen die Schlechtigkeit der Menschen sein sollen, so erfüllen sie diese Funktion in Bulgarien noch nicht. Es sind zu einem guten Teil die Eliten, die durch ihre politische Mentalität die institutionelle Stabilisierung erschweren.

Ich komme zum Schluß: Kultureller Wandel hat sich, wie Klaus Roth unlängst mit Blick auf Lebensweise, Sitte und Mentalität geschrieben hat, in Südosteuropa immer als selektive Adaption der Moderne vollzogen, bei der Modernes in bestehende Traditionen und traditionelle Strukturen und Verhaltensweisen eingepaßt und dadurch verändert wurde.

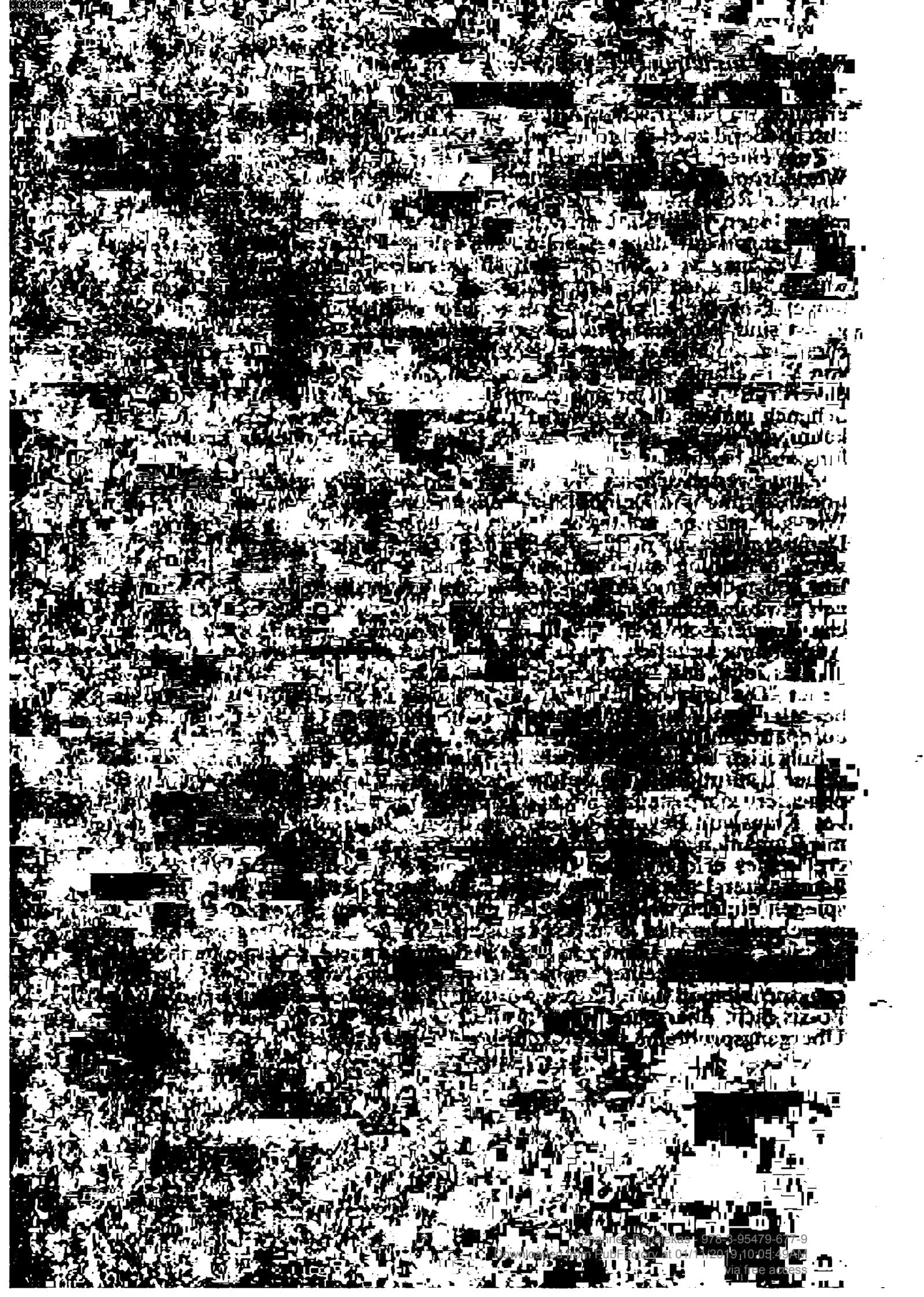
Mir scheint, dies trifft auch auf den ersten wie den zweiten Versuch fundamentaler institutioneller Neuerung in Bulgarien zu. Es sind die Normen und die Institutionen funktionierender Demokratie, aber sie

erhalten im bulgarischen Alltag andere Inhalte. Bei alledem sind freilich abschließend zwei relativierende Einschränkungen zu machen:

Zum einen: Das Entstehen politischer Institutionen war in Mittel- und Westeuropa Ergebnis eines jahrhundertelangen Prozesses der Adaption und der Reaktion auf krisenhafte Veränderungen. Jede Kritik an der mangelnden institutionellen Funktionalität nach nur zwei Jahren des Übergangs läuft daher Gefahr, zur selbstgerechten Mäkelei zu entarten. Wer mag von den ost- und südosteuropäischen Staaten Dinge erwarten, die auch von den westlichen Demokratien erst im Zuge solch langer Prozesse eingelöst wurden und manchmal immer noch nicht eingelöst sind. Vor institutioneller Dysfunktionalität sind auch die westlichen Staaten alles andere als geschützt: In der Kritik an der Rationalität von Verwaltung - auch hier sei auf Max Weber verwiesen - , im Parteienverdruß - man erinnere an die jüngsten Analysen von Erwin K. Scheuch und an die Warnungen Richard von Weizsäckers - steckt ein kaum von der Hand zu weisender Kern an institutioneller Fehlentwicklung auch bei uns.

Zum zweiten scheint mir der Zusammenhang von staatlicher Institutionalisierung und Demokratisierung theoretisch durchaus offen zu sein. Wie gut müssen politische Institutionen eigentlich funktionieren, um Demokratisierung nicht zu gefährden? Oder anders ausgedrückt: Ist unsere Vorstellung vom Institutionen-Staat wirklich das Maß aller Dinge? Ein konstantes und erhebliches Mißtrauen in die politischen Institutionen etwa in der amerikanischen Gesellschaft, die geradezu sprichwörtliche Effizienzschwäche staatlicher Institutionen in Italien, die klientele Aushöhlung staatlicher und politischer Institutionen in Griechenland - all dies zeigt, daß Demokratie offensichtlich ein gutes Maß an institutioneller "Dysfunktionalität" vertragen kann. Die Maßstäbe sollten daher bei aller Kritik im Detail auch im Falle Bulgariens und der anderen osteuropäischen Übergangsgesellschaften nicht verloren gehen.

Bulgarien ist sicherlich nicht der Nachzügler demokratischen Wandels seiner Institutionen, als welches es gerne, auch von kenntnisreichen Beobachtern der osteuropäischen Szene dargestellt wird, - so etwa jüngst von Klaus von Beyme, dessen Zuordnung Bulgariens in eine Kategorie mit Rumänien zweifelsohne fehlgeht. Es ist auch nicht das "best kept secret" eines erfolgreichen Übergangs, als das es der amerikanische Außenminister Lawrence Eagleburger unlängst bezeichnet hat. Bulgarien spiegelt einfach wieder, daß sich der Wandel von System und Institutionen eben unter den jeweils spezifischen Vergesellschaftungsbedingungen abspielt, die dem Land von seiner kommunistischen Vergangenheit und darüber hinaus seiner neuzeitlichen Entwicklungs- und Modernisierungsproblemen hinterlassen wurden. Dies sollte bei aller Kritik an der Praxis nicht übersehen werden und bei dieser "Historisierung" heutiger Übergangsprobleme sollten künftige Analysen ansetzen.



Institutionen und institutioneller Wandel in Albanien

I

1. Ein kurzer Überblick über die Geschichte des albanischen Staates

Ich möchte mit einem kurzen Überblick über die Geschichte des albanischen Staates anfangen. Der moderne albanische Staat existiert erst seit 1912, als seine Unabhängigkeit von der Türkei in Süd-Albanien erklärt wurde. Die Unabhängigkeitserklärung war das Ergebnis der Entwicklung des nationalen Bewußtseins der Intellektuellen während der Zeit der albanischen Renaissance des letzten Jahrhunderts. Die oft von den Großmächten betonte Regierungsunfähigkeit Albaniens begründete die Einsetzung des Fürsten Prinz Wilhem von Wied als Staatsoberhaupt durch die Großmächte im Jahre 1913; schon 1914 mußte er wegen des Ersten Weltkrieges jedoch das Land verlassen. Erst 1920 konnte man wieder von einem "albanischen Staat" reden. Das Land wurde innerhalb der Grenzen von 1913 international anerkannt, wobei fast die Hälfte der Bevölkerung außerhalb der Grenzen gelassen wurde. Sehr bedeutsam war zu dieser Zeit die Regierung von König Zog, der seine legislativen Reformen mit der Rezeption der italienischen und französischen zivilen Gesetzgebungen begann. Aus einem gesetzlosen und unregierbaren Land heraus versuchte der Gesetzgeber, die Tätigkeit der ganzen Gesellschaft gesetzlich zu regeln. Natürlich hatte jene Zeit auch negative Seiten, aber für den Rechtshistoriker, der unbedingt heute bei der demokratischen Reformierung der Gesetzgebung Albaniens mitarbeiten möchte, ist das Zivilgesetzbuch des Königreiches von 1928 der Anfangspunkt. Dadurch wurde zum ersten Mal die Staatsangehörigkeit auf wissenschaftlicher Basis gesetzlich geregelt, wurde der Weg frei für eine moderne und freiheitliche Wirtschaftsform. In einer Gesellschaft, die zu 70 % aus Moslems bestand, versuchte man einen Anfang für die Emanzipation der Frauen. Dem Ausland gegenüber verhielt sich der Gesetzgeber sehr freundlich, indem er mit dem Handelsgesetzbuch von 1932 ein zeitgenössisches internationales Privatrecht und ein ganzes System von Handelsvorschriften entwickelte. Besonders wichtig für die Entwicklung der Gesellschaft war - genau wie es heute noch ist - der Einfluß Italiens auf das albanische Leben. Die gesamte Verwaltung und der Staatsapparat wurde nach italienischem Vorbild gestaltet. Es kam aber zu einer falschen Entwicklung in der Zusammenarbeit mit Italien. Im Jahre 1939 wurde Albanien durch Italien besetzt, was nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Extrem führte, das der Entwicklung in anderen osteuropäischen Ländern sehr ähnlich war. Die albanische Gesellschaft wurde auf stalinistischen Prinzipien aufgebaut.

2. Die Wende von 1990

a) *Die Religionsfreiheit*

Die Wende begann bei den gesellschaftlichen Verhältnissen, die während der kommunistischen Diktatur der härtesten Unterdrückung unterlagen. Lange Zeit war die Religion verboten. Nachdem man im Jahre 1967 die Kirchen und Moscheen zerstört hatte, hatte der Gesetzgeber durch die Verfassung von 1976 (Art. 37 und 55) die religiösen Organisationen, auch ihre Neugründung, verboten. In der weiteren Entwicklung wurde die religiöse Propaganda durch Art. 55 StGB mit 3 bis 10 Jahren Freiheitsstrafe und in schweren Fällen mit nicht weniger als 10 Jahren oder mit dem Tode bestraft. Ende 1990 versuchte die Bevölkerung, trotz der gesetzlichen Beschränkungen durch die Ausübung der Religion ihren ersten offenen Widerstand zu leisten. Der politische Druck von außen und die Einigkeit der Bevölkerung in Albanien in dieser Frage gegenüber den Machthabern erzwangen die Aufhebung des gesetzlichen Verbotes durch einige Änderungen im Strafgesetzbuch und in der Verfassung.

b) *Die Aufhebung der Selbstisolation*

aa) *Reisefreiheit*

Ein anderer Bereich, in dem die albanische Gesellschaft besonders empfindlich war, war die völlige Isolation des Landes gegenüber dem Ausland. Nirgendwo in Europa waren die Grenzen eines Landes so dicht und die Ausreise so strikt mit Strafvorschriften belegt wie in Albanien. Durch Artikel 47 Abs. 2 11. Alternative alb. Strafgesetzbuch wurde Republikflucht mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 10 Jahren oder der Todesstrafe verurteilt. Erst die massiven Flüchtlingswellen vom Frühjahr und Spätsommer 1990 zwangen den Gesetzgeber, die Strafbarkeit aufzuheben.

bb) *Die Öffnung gegenüber ausländischen Investoren*

Wenn man von der Freiheit der Religion und der Aufhebung der Selbstisolation redet, so erkennt man, daß hier die Wende aus der Bevölkerung, also von unten heraus, kam. Es gab jedoch auch eine Wende von oben, als sich die wirtschaftliche Lage Anfang 1990 sehr verschlimmert hatte. Der vorangegangene Gesetzgeber hatte durch die Verfassung und das Strafgesetzbuch dafür gesorgt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland bei der Vergabe von Konzessionen oder bei Gründung gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzunternehmen nicht nur verboten, sondern auch als höchster Landesverrat betrachtet wurde. Im Sommer 1990 versuchte der Gesetzgeber die Wirtschaftslage des

Landes so schnell wie möglich durch die Annahme von Krediten im Ausland und durch die Gründung von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung zu verbessern. Der Gesetzgeber verhielt sich hier relativ chaotisch und erlaubte zunächst die Tätigkeit, genau wie bei der Religionsfreiheit, ohne vorher die Beschränkungen aufzuheben. In dem Fall der ausländischen Investitionen kam es für mehr als 6 Monate zu einer widersinnigen Situation. Wie oben gesagt, war die ganze Tätigkeit durch die Verfassung und das StGB nicht nur verboten, sondern auch strafbar, aber genau mit dieser gesetzlichen Vorlage wurden durch das Präsidium der Volksversammlung zwei verfassungswidrige Verordnungen erlassen, wodurch die Beziehungen zu ausländischen Investoren im Land ermöglicht werden sollten.

c) Die Ergebnisse der Wende

aa) Die schwierige soziale Lage

Die neue rasche Entwicklung der Gesellschaft, der Politik, der Gesetzgebung sowie der Institutionen erfolgte auf demokratische Weise und erfüllt die heutigen Erwartungen. In Albanien von heute wird man wegen der sehr schweren Konsequenzen der Wende (katastrophale Wirtschaftslage, Arbeitslosigkeit, eine Menge Vorurteile des Individuums gegenüber dem Staat, den Parteien, der Gesellschaft), den mangelnden Erfahrungen der neuen Machthaber und vielen Schwierigkeiten, die in der alten ideologisierten Gesetzgebung begründet sind, oft mit widersinnigen Entwicklungen konfrontiert. Die Verspätung des Gesetzgebers bei der Aufhebung der alten ideologischen und politischen Beschränkungen in der Gesetzgebung ist heutzutage immer noch zu bemerken. Die Eigentumsverhältnisse erschweren die wirtschaftliche Entwicklung am stärksten. Auf dem Land wird eine landwirtschaftliche Reform durchgeführt, ohne Rücksicht auf die alten Eigentümer, die nach dem Zweiten Weltkrieg enteignet worden waren, zu nehmen. Diese Problematik betrifft rund 70 % der Bevölkerung Albaniens, die auf dem Lande lebt und in der Landwirtschaft arbeitet. Die Unklarheit der Eigentumsverhältnisse auf dem Land bremst den Aufbau der Landwirtschaft im Hinblick auf marktwirtschaftliche Modelle.

3. Die Reformierung der politischen und juristischen Institutionen

Große Veränderungen wurden bei den Führungsinstitutionen durchgeführt, die qualitativ neue Werte und Bedeutungen bekamen. Die wichtigste Aufgabe der Gesellschaft nach der Zerstörung der Diktatur war die Vernichtung der Bürokratie mit ihren durch die damalige Politik geschaffenen, nur fiktiven Aufgaben. Bis zu der Zeit der demokratischen Veränderungen gab es in Albanien keine Teilung der Macht in Legislative, Exekutive und Judikative. Der neue Aufbau des politischen Lebens

des Staates, der bis heute noch eine Überraschung darstellt, wird nur langsam funktionsfähig werden. Heute beherrschen ganz neue menschliche Verhältnisse die albanische Gesellschaft, die besonders bei der Tätigkeit der pluralistischen Volksversammlung zu bemerken sind.

a) Die Volksversammlung

aa) Die Natur der Volksversammlung

Die Volksversammlung war jahrzehntelang ein fiktives Organ, deren Aufgaben und Kompetenzen praktisch im Bereich des Plenums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei lagen. Sie trat formal zweimal im Jahr zu Tagungen von zwei bis drei Tagen zusammen. Die ersten freien Wahlen von 31.03.1991 brachten die Opposition in die Volksversammlung, die diese Institution von einem Propagandainstrument zu einem sehr mobilen und realen gesetzgebenden Entscheidungsträger umgestaltete. Sie setzt sich aus 140 Abgeordneten zusammen, von denen 100 Abgeordnete direkt von 100 Wahlbezirken gleicher Einwohnerzahl gewählt werden; die übrigen 40 Abgeordneten werden durch Listen der Parteien gemäß den Ergebnissen der direkten Wahlen ernannt.

bb) Die Aufgaben

Die Volksversammlung ist das höchste Organ der Staatsmacht, Träger der Souveränität des Volkes und des Staates und einziges gesetzgebendes Organ. Sie wird für die Dauer von vier Jahren gewählt. In besonderen Fällen kann die Volksversammlung ihre Auflösung vor Ablauf der Frist, für die sie gewählt ist, beschließen, genauso wie sie im Kriegsfall oder in einem ähnlichen Ausnahmefall ihre Tätigkeit über die normale Frist hinaus verlängern kann, solange der Ausnahmezustand anhält. Sie bestimmt die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik des Staates, verabschiedet und ändert die Verfassung und die Gesetze, legt die gebietsmäßigen Verwaltungseinheiten fest, billigt die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogramme sowie den Staatshaushalt des Landes. Sie ratifiziert und kündigt internationale Verträge mit politischem oder militärischem Charakter oder solche Verträge, die die Veränderung der staatlichen Grenzen Albaniens oder seiner Gesetzgebung zum Gegenstand haben, sowie Verträge über die finanziellen Verpflichtungen des Staates. Die Volksversammlung erteilt Amnestie, wählt und entläßt den Präsidenten der Republik, die Regierung, beschließt die Bildung oder Auflösung von Ministerien und kontrolliert die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft. Der Untersuchungstätigkeit der Volksversammlung unterliegen die offiziellen Medien, das Fernsehen und die Nachrichtenagenturen. Die Volksversammlung verkündigt die teilweise oder allgemeine Mobilmachung, den Ausnahmezustand sowie den Kriegszustand im

Falle einer bewaffneten Aggression gegen das Land; wenn es notwendig ist, greift sie ein, um die in internationalen Verträgen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Mit dieser alten Regelung, deren Anwendungsumstände heute fehlen - sie stammt aus der Zeit, als Albanien Mitglied des Warschauer Paktes war -, möchte der neue Gesetzgeber die gesetzliche Basis für einen Beitritt Albaniens in die NATO erreichen, was wegen der letzten Entwicklungen im Balkan immer öfter von den Politikern der Mitte angestrebt wird. In den letzten Monaten beschäftigte sich die Volksversammlung mit der Bearbeitung der neuen Gesetzgebung, insbesondere mit jener, die die gesetzliche Basis für eine Reform der Wirtschaft schaffen soll. Der Druck der Wähler, die sehr empfindlich gegenüber der Privatisierung und der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage sowie der vielen großen ökonomischen Probleme im Land sind, kann eine Änderung der Tagungshäufigkeit der Volksversammlung bewirken, d.h. anstatt viermal im Jahr könnte die Volksversammlung vorläufig ständig tagen.

cc) Die politischen Parteien der Volksversammlung

Das politische Leben Albaniens besteht heute grundsätzlich aus zwei fast verfeindeten politischen Gruppierungen. Man kann sie in links und relativ rechts orientierte Parteien unterscheiden, die in keinem Fall eine Zusammenarbeit beim Aufbau des Landes versuchen.

aaa) Die relativ rechts orientierte Gruppe.

Eine Zweidrittelmehrheit der Volksversammlung gehört der regierenden antikommunistischen Koalition (Demokratische Partei Albaniens, Sozialdemokratische Partei Albaniens und Republikanische Partei Albaniens) an. Die Opposition besteht aus 38 sozialistischen Abgeordneten und 2 Abgeordneten griechischer Volkszugehörigkeit. Die stärksten politischen Kräfte im Land sind die Demokratische Partei und die Sozialistische Partei. Die Demokraten selbst bestehen aus zwei Fraktionen: den Liberalen und den Rechtskonservativen. Die Liberalen sind die Intellektuellen, die nach der Wende die KP verlassen haben und mit den Studenten der Universität Tirana die Demokratische Partei gründeten. Sie führten einen politischen Kampf um die Freilassung aller politischen Gefangenen, ohne mit ihnen vorher Kontakt gehabt zu haben. Es handelte sich dabei um eine prinzipielle Forderung, für die nur eine theoretische Erklärung vorlag. Die freigelassenen politischen Gefangenen traten sofort in die Demokratische Partei als der einzigen populären antikommunistischen politischen Kraft ein, ohne vorher zu wissen, daß die Intellektuellen linksliberal waren. Erst später stellte sich heraus, daß ihre beiden Flügel trotz ihres Antikommunismus sehr unterschiedlich voneinander waren. Viele Intellektuelle haben die Partei verlassen und viele wurden wegen ihrer Kompromißbereitschaft mit Teilen der Ver-

gangenheit von der Partei ausgeschlossen. Die Demokraten orientieren sich immer mehr zur rechten Seite, erlauben sich nationalistische Töne, und ihre Radikalität nimmt zu. Die ausgeschlossenen Linksliberalen nähern sich der noch sehr kleinen Sozialdemokratischen Partei; eine demokratische Alternative ist noch eine kleine demokratisch-liberale Partei.

bbb) Die neue linksorientierte Gruppe

Die zweite politisch wichtige Partei ist die ehemalige Partei der Arbeit, die vor der Wende die alleinregierende und alleinexistierende Kommunistische Partei war. Was diese Parteien in Osteuropa sich von der Wende vorstellten, ist bekannt, aber später entwickelten sie sich in verschiedene Richtungen. Die ehemaligen albanischen Kommunisten trafen sich im Juni 1991 zu einer Tagung und schlossen alle höheren Funktionäre der Partei aus. Sie erklärten das Privateigentum als "heilig", akzeptierten jedoch in keinem Fall die ehemaligen Eigentümer. Die Privatisierung sollte die ganze Bevölkerung zu Eigentümern machen. Sie brachten formal alle Beziehungen zur politischen Vergangenheit mit sich, wurden von Kommunisten zu Sozialisten und versuchten sich sofort mit der Sozialistischen Internationalen in Verbindung zu setzen. Aber wie bisher bekannt ist, hat diese Organisation nur die kleine Sozialdemokratische Partei Albaniens anerkannt. Die Sozialisten haben die ersten freien Wahlen gewonnen, aber jetzt befinden sie sich seit den zweiten Wahlen vom 22. März 1992 in der Volksversammlung in Opposition. Nach dem Verbot der KPdSU in Rußland gab es immer öfter Stimmen von den Rechtsradikalen, die für die Sozialistische Partei Albaniens das Verbot verlangten, in der Volksversammlung vertreten zu sein. Da es besonders im Süden des Landes Widerstand gab, gelang es den regierenden Demokraten nur, die von den Linksradiakalen neu gegründete Kommunistische Partei zu verbieten. Die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage besonders im Jahr 1992 verursachte eine Änderung in der politischen Szene. Bei den Kommunalwahlen dieses Sommers gewann die sozialistische Opposition besonders auf dem Land knapp. Als größtes Problem zeigt sich jedoch heute die extreme Radikalität, die die beiden größten Parteien einander gegenüber zeigen. Bei den Demokraten sind immer öfter extremistische Töne zu hören und die reformierten Sozialisten haben immer noch nicht erkennen lassen, ob ihre Distanzierung von der Vergangenheit endgültig ist.

ccc) Die anderen Parteien

Neben diesen großen Parteien gibt es noch einige kleine Parteien, die sich in jedem Fall als antikommunistische politische Kräfte bezeichnen möchten. Die erfolgreichsten sind hierbei die Sozialdemokraten, die nach den letzten Wahlen 7 Sitze in der Volksversammlung erhielten.

Dies reicht jedoch noch nicht, die Tätigkeit der Regierung zu beeinflussen, aber ohne Sozialdemokraten können die Demokraten nicht die Verfassung ändern. Die Sozialdemokraten haben gute Beziehungen zur europäischen Sozialdemokratie geknüpft. Die Republikaner sind rechts orientiert, haben mehr Unterstützung von den Intellektuellen bekommen, spielen aber keine Rolle in dem politischen Leben des Landes, da sie nur einen Sitz in der Volksversammlung haben. Die Demokraten, die in der Volksversammlung die erforderliche Mehrheit zum Regieren haben, bildeten eine Koalition mit den Sozialdemokraten und den Republikanern, um ihre politische Tugendhaftigkeit zu beweisen.

Die letzte Partei, die in der Volksversammlung vertreten ist, ist die Partei der Menschenrechte mit zwei Abgeordneten. Eigentlich ist das die Partei der griechischen Minderheit in Südalbanien, die als solche wegen des gesetzlichen Verbotes der Parteien der nationalen Minderheiten an den Wahlen nicht teilnehmen durfte. Da die albanischen Griechen dies als Verstoß gegen die Menschenrechte empfanden, änderten sie den Namen ihrer Partei und benannten sie wie oben erwähnt. Die letzten Entwicklungen in Jugoslawien verursachen bei den politischen Kräften in Albanien wegen der immer noch nicht sicheren und klaren Lösung der gespannten Lage der Kosovo-Albaner eine immer größere Empfindlichkeit in Fragen, die sich mit dem Albanertum beschäftigen. Leider ist in diesem Zusammenhang diesen Kräften wenig bewußt, daß die griechische Minderheit eine Realität in Albanien ist und als solche mit Ernsthaftigkeit behandelt werden muß. Von den Konsequenzen der Auseinandersetzungen zwischen den Völkern in Jugoslawien sollten die politischen Kräfte Albaniens dringend etwas lernen in bezug auf die griechische Minderheit im Süden des Landes.

Im August 1992 kam es in der Demokratischen Partei Albaniens zu einem innerparteilichen Streit. Vom höchsten Gremium der Partei wurden viele liberal-demokratische Gründer der Partei ausgeschlossen. Die Ausgeschlossenen - sechs von ihnen Mitglieder der Volksversammlung - werfen den Demokraten vor, daß die Demokratische Partei keine demokratische Partei mehr sei, sie vertrete immer stärker die Interessen der ehemaligen Großgrundbesitzer und Monarchisten, der Präsident (der gleichzeitig der Vorsitzende der Demokratischen Partei ist) greife immer mehr öfter in die Pressefreiheit ein, er verletze die Menschenrechte. Die ganze Entwicklung löste dann Anfang November 1992 die Gründung der Demokratischen Allianz aus, die als sechste Partei in der Volksversammlung vertreten ist.

b) Der Präsident

aa) Geschichtlicher Überblick

Der Präsident ist eine neue Institution des albanischen politischen Lebens. Vor der Wende gab es nach einem sowjetischen Muster ein Präsidium des Volksrates, dessen Vorsitzender "pares inter pares" war. Die

Kompetenzen des Präsidiums übernahm der Präsident nach der Aufhebung der Verfassung des Jahres 1976 im Jahre 1991 und stimmte dem Gesetz "Für die wichtigen verfassungsrechtlichen Vorschriften" zu. Es war die Zeit, als die ersten freien Wahlen stattgefunden hatten und die Sozialisten, die ehemaligen Kommunisten, die Wahlen gewonnen hatten. Durch die Zulassung der anderen politischen Parteien wurde die durch die ehemalige Verfassung bestimmte Führungsrolle der Partei und selbstverständlich auch die ihres Vorsitzenden abgeschafft. Der erste Entwurf des oben erwähnten Gesetzes sah einen sehr starken Präsidenten vor, dem noch das Recht zuerkannt wurde, das Parlament aufzulösen. Die sozialistische parlamentarische Fraktion, die mit der erforderlichen Mehrheit im Parlament die Verfassung ändern kann, rüstete den ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, der als Präsident vorgeschlagen wurde, mit absoluten Kompetenzen aus, die er unter den neuen Verhältnissen des politischen Pluralismus als Vorsitzender der KP nicht mehr ausüben konnte. Während der Bearbeitung des Entwurfes überschritt der zukünftige Präsident, der bisher nur Vorsitzender des Präsidiums der Volksversammlung war, mehrmals die Zuständigkeit seines Amtes. Er löste die Regierung auf und gründete eine technische Kommission, die unter seiner Führung direkt die Regierung des Landes übernahm, ohne die dafür erforderlichen verfassungsmäßigen Mittel zu haben. Unter dem Druck der demokratischen Opposition wurde diesem Entwurf nicht zugestimmt, und dem Präsidenten blieben solche Kompetenzen, durch die er die Unabhängigkeit des Parlamentes nicht beeinflussen konnte. Er konnte nur in zwei Fällen außergewöhnliche Kompetenzen ausüben: mit der Zustimmung des Ministerpräsidenten und des Vorsitzenden der Volksversammlung die Volksversammlung auflösen, wenn sie regierungsunfähig und nicht imstande gewesen wäre, ihre Aufgaben richtig auszuüben. In diesem Fall hätten die nächsten Wahlen innerhalb der nächsten 45 Tagen stattfinden müssen. Dieses Recht konnte nicht während der letzten sechs Monate seiner Amtszeit ausgeübt werden. Er war auch für den Fall eines unerwarteten Krieges oder Naturkatastrophen mit außergewöhnlichen Kompetenzen ausgestattet. Die anderen Kompetenzen waren eher technischer Natur mit protokollarischem Inhalt.

bb) Die heutige Regelung

Nach den zweiten freien Wahlen im Frühjahr des Jahres 1992 wurden die Kompetenzen des Präsidenten grundsätzlich neu geregelt. Der heutige Präsident Albaniens hat durch die Änderung des Gesetzes "Für die wichtigen verfassungsmäßigen Vorschriften" neue Kompetenzen gewonnen. Er wird wieder von der Volksversammlung gewählt, jedoch gibt es bei seiner Wahl keine vorhergehenden Diskussionen. Er wird mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt; wird dies nicht erreicht, reicht auch eine absolute Mehrheit aus. Er muß von einer Gruppe von mindestens 20 Abgeordneten der Volksversammlung vorgeschlagen werden. Er darf

keine anderen Aufgaben übernehmen außer denen, die das oben erwähnte Gesetz für ihn vorsieht. Die neue Regelung gewährt ihm das dem ehemaligen Präsidenten vorenthalte Recht, noch gleichzeitig Vorsitzender einer politischen Partei zu sein. In besonderen Fällen darf er an den Regierungssitzungen teilnehmen, teilweise ihre Tagesordnung bestimmen, die Beschlüsse der Regierung auf diesen Sitzungen in seinem Namen unterschreiben und die ganze Sitzung leiten. Der Gesetzgeber hat diese besonderen Fälle nicht in Einzelheiten geregelt. Der Präsident hat das Recht, zu jeder Zeit schriftliche Informationen von den Leitern der exekutiven Apparate über ihre Tätigkeit zu verlangen. Er ratifiziert einige internationale Übereinkommen und kündigt sie gegebenenfalls. Er kann in der Volksversammlung Erklärungen und Botschaften verlesen lassen. Der Präsident ist der Oberkommandierende der Streitkräfte und der Vorsitzende des Verteidigungsrates. Die Zusammensetzung des Verteidigungsrates wird von der Volksversammlung auf seinen Vorschlag hin bestimmt.

Es wird immer mehr Macht auf den Präsidenten konzentriert. Psychologisch gesehen sind die Albaner ein Volk, das gerne eine Monokratie hat. In dem heutigen unübersichtlichen Zustand des Landes müssen die Machtverteilung sowie die Machtverhältnisse klargestellt werden, um Unstimmigkeiten hinsichtlich der Verantwortungsbereiche der Machtinhaber zu vermeiden. Die alte Gesetzgebung, die immer noch gilt, sieht die Konzentrierung der Macht bei einer Person vor. Die gesamte Verwaltung ist heute noch nicht bereit, den alten Modus der Machtverteilung aufzugeben und sich einen vielköpfigen Machtinhaber vorzustellen, weil die alten Verhältnisse während der ganzen neuen Geschichte Albaniens gegolten haben, unabhängig davon, ob der Machtinhaber ein Sultan, König oder Generalsekretär der Partei war.

Andererseits müssen alle Kompetenzen des Präsidenten vorsichtig bearbeitet werden, um einem neuen Absolutismus keine Chance zu geben. Der Gesetzgeber soll die Macht des Präsidenten klar begrenzen, besonders gegenüber den Justizorganen. Auch die gesetzgebende Gewalt des Präsidenten ist in jedem Fall nur innerhalb dieser Dekrete auf eine unbeschränkte Gesetzgebungsinitiative zu begrenzen, die keinen normativen Charakter hat.

c) Die Justizorgane

Von der Reform am meisten betroffen sind die Justizorgane. Es wurde zum ersten Mal durch verfassungsmäßige Vorschriften die Unabhängigkeit der Gerichte bei der Rechtsprechung erklärt. Die Justizorgane üben ihre Tätigkeit getrennt und unabhängig von den anderen staatlichen Organen aus. Der ursprüngliche Umbau der Gerichte wurde reorganisiert. Das höchste Justizorgan ist das Verfassungsgericht. Früher gab es in der Geschichte Albaniens kein ähnliches Organ. Über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze entschied die Volksversammlung. Die Grundrechte der Bürger waren in keinem Fall durch ein garantiert rechtsprechendes

Organ gewährleistet. Außerhalb des Politbüros durfte man nirgendwo anders über die für den Staat und die Gesellschaft wichtigen Probleme diskutieren. Nach der Wende wurde versucht, das Oberste Gericht mit verfassungsrechtlichen Beschwerden zu beschäftigen, seine Unzuständigkeit war jedoch deutlich. Nach dem Muster der westlichen Staaten verlangte die ehemalige demokratische Opposition die Gründung eines Verfassungsgerichtes.

Das erste Verfassungsgericht vom Jahre 1992 besteht aus neun Richtern, von denen fünf von der Volksversammlung und vier von dem Präsidenten gewählt werden. Es darf die Verfassung und die verfassungsrechtlichen Gesetze interpretieren. Es entscheidet über die Rechtswidrigkeit der Gesetze und anderer normativer Akte, über die Verfassungswidrigkeit internationaler Verträge, über Nicht-Übereinstimmung mit der Verfassung oder anderen völkerrechtlichen Verträgen. Das Verfassungsgericht entscheidet über Unstimmigkeiten der Machtzuständigkeit zwischen parallelen Verwaltungsorganen sowie zwischen den zentralen Organen und denen der Basis. Das Verfassungsgericht entscheidet über die verfassungsmäßige Natur der politischen Parteien und Vereine und untersucht Beschwerden gegen die Anwendung der Wahlvorschriften für den Präsidenten. Bei den anderen rechtssprechenden Instanzen wurde hauptsächlich nur das Personal ausgewechselt, obwohl die Schwierigkeiten, mit der Vergangenheit nicht kompromittierte und unparteiische Richter zu finden, sehr groß sind.

Leider konnte ich in meinem Referat nicht alle Veränderungen der albanischen Gesellschaft und des albanischen Staates erwähnen, weil dafür sehr viel Zeit erforderlich gewesen wäre. Am Schluß möchte ich nur noch betonen, daß trotz der unvorstellbaren Schwierigkeiten des Alltags eine ganze Bevölkerung zu hoffen versucht. Den einfacheren Menschen ist endgültig klar geworden, daß man einer neuen Diktatur keine Chance geben darf. Solange der Staat, die Machthaber, die populären Parteien, die religiösen Institutionen Rücksicht darauf nehmen, kann das Land immer noch auf einen europäisierten und emanzipierten Stand gebracht werden.

Josef Bata

Institutionen und institutioneller Wandel in Albanien

II

Einführung

Rückblickend auf die letzten Jahre läßt sich mit Gewißheit sagen, daß auch in Albanien eine politische Wende vollzogen wurde. Die albanischen Kommunisten, die das Land der Skipetaren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beherrscht haben, wurden per Volksentscheid, d.h. durch Mehrparteienwahlen, am 22. März 1992 entmachtet. Da aber vor allem die Nachkriegsgeneration in Albanien keine Erfahrung mit einer Demokratie hat, ist es etwas schwierig, die alten Strukturen, auch die diktatorischen Gewohnheiten der Machthaber, abzuschütteln. Den kritisch denkenden albanischen Intellektuellen bereitet zur Zeit die größte Sorge, daß nach der Ablösung der Kommunisten, unter denen es auch erfahrene Politiker bzw. Fachleute gegeben hat, bei der Festigung der neuen staatlichen Strukturen unfähige, unqualifizierte Menschen von heute auf morgen in wichtige Positionen eingesetzt werden, ohne daß sie wirklich in der Lage sind, die Last und die Verantwortung dafür zu tragen.¹ Bei aller Kritik muß man aber zugestehen, daß Albanien - die alte sozialistische Regierung zusammen mit ihrem Präsidenten Ramiz Alia an der Spitze und natürlich auch die neue Regierung - große Anstrengungen unternommen hat, um die vorangegangene jahrzehntelange Isolationspolitik aufzugeben und um einen demokratischen, pluralistischen Kurs einzuschlagen.²

An positiven Ansätzen mangelt es nicht. Die neuen Parteien haben sich fast übereinstimmend zum Ziel gesetzt, Albanien in einen Rechtsstaat umzuwandeln, die gesellschaftlichen Strukturen radikal zu demokratisieren, die international festgelegten Menschenrechte voll zu verwirklichen, die desolate Wirtschaftslage zu verbessern und die soziale Marktwirtschaft einzuführen. Es soll außerdem dem Bürokratismus und der behördlichen Schlamperei der Kampf angesagt werden und die Ideologie, gemeint ist die sozialistische, aus allen öffentlichen Bereichen verschwinden.³

¹ Vgl. J. Bata, Albanija - Cekanje na proljece (Albanien - Warten auf den Frühling), in: Vreme (Beograd), 19.10.1992, S. 9.

² Vgl. J. Bata, Demokratischer Durchbruch im Armenhaus, Albanien nach der Ablösung der früheren Kommunisten, in: Herder Korrespondenz 6/1992 Jg. 46.

³ Vgl. Hans-Jochim Hoppe, Albanien vor den Wahlen: Parteisystem im Überblick, in: Aktuelle Analyse, (1992) 10.

Wenn wir unter dem Aspekt des institutionellen Wandels die Entwicklung in Albanien betrachten, kommen wir zur Erkenntnis, daß manche Institutionen geblieben sind, bei manchen die Zielsetzung geändert wurde, daß aber auch neue Institutionen geschaffen wurden.

Die Medien

Im Juli 1991 kam es bei der albanischen Presse zu einer tatsächlichen Wende. Jede oppositionelle Partei bekam bereits zum Jahresende 1990 die Möglichkeit, eine eigene Parteizeitung zu gründen, aber es fehlte und fehlt auch heute oft das nötige Geld und vor allem das Papier für die Druckerei. Die Zeitungen, die in Tirana verkauft werden, bestehen meist aus zwei oder höchstens aus vier Blättern, die wiederum nur schwer lesbar sind, weil die Papier- bzw. Druckqualität schwach ist. In einem Kommentar hatte damals Radio Tirana darauf hingewiesen, daß die albanische Presse radikal erneuert und die alten Dogmen und die leeren Phrasen beseitigt würden.⁴ Um zu wissen, was eigentlich aus der Presse-reform geworden ist, genügt es, einen Blick in die heutigen Tageszeitungen zu werfen. Es gibt dort zwar keine Lobreden mehr für eine bestimmte Partei, jedoch liefern die meisten von ihnen zu wenig in- und ausländische Informationen, dafür aber ausreichend Polemik und eine nie enden wollende Kritik an den Führern der gegnerischen Partei. Manche albanische Leser sprechen sogar von einem "kalten Krieg mittels der Zeitungen". Die Vergangenheitsbewältigung in Albanien wird zwar so in aller Öffentlichkeit ausgetragen, sie wird aber sehr persönlich genommen. Man achtet auf jedes Wort eines Politikers, auch auf seine Biographie und besonders auf die geschriebenen Worte des Kollegen, um dann diese energisch widerlegen zu können.

Zu einer Umstruktuirung kam es auch bei der Albanischen Nachrichtenagentur ATSH (bzw. ATA). Der heute 38jährige neue Direktor Ilir Zhilla hat von 190 Mitarbeitern gleich nach der Amtsübernahme über 60 entlassen und 15 neue eingestellt. Er begründete dies damit, bei ATA brauche man nur professionelle Journalisten.⁵ Das Absurde ist dabei, daß er selbst kaum Ahnung vom Journalismus hat. Seine Ernennung zum Direktor erfolgte aufgrund seiner Parteimitgliedschaft bei den Demokraten, durch einen im Dezember 1990 erschienenen, aufsehenerregenden Artikel in der damals noch oppositionellen Zeitung Rillindja Demokratike und nichtzuletzt, weil auch er ein Opfer der kommunistischen Herrschaft war. An den Informationen von ATA zeigen bisher nur Radio und TV Tirana ein Interesse. Die Zeitungen, außer dem Parteiorgan der Sozialisten "Zerri i popullit", seien daran ziemlich uninteressiert, beklagte der Direktor. ATA verfüge außerdem nur über veraltete Technik und kämpfe täglich gegen finanziellen Schwierigkeiten an. Zu

⁴ Vgl. Radio Tirana vom 8.7.1991, in: DW Monitor-Dienst Osteuropa vom 9.7.1991.

⁵ Eigener Bericht des Verfassers aufgrund einer Studienreise nach Albanien im September 1992.

Beginn des Wintersemesters 1992/93 wurde zum ersten Mal ein Kurs für künftige Journalisten an der Universität Tirana eröffnet, an dem Absolventen eines geisteswissenschaftlichen Studiums teilnehmen konnten. 25 Personen schrieben sich ein.

Von einem Mitarbeiter des Radio Tirana war zu erfahren, daß es parallel zu der politischen Wende auch zu einer Entpolitisierung des albanischen Rundfunks und des Fernsehens kam. Der Umdenkungsprozeß bei den Mitarbeitern geschah jedoch nur allmählich. Astrit Ibro, Redakteur beim deutschen Programm von Radio Tirana, gab im September 1992 ehrlich zu: "Wir waren auf diesen Demokratisierungsprozeß unvorbereitet, es fehlte uns die demokratische Kultur. Die Wende geschah sehr schnell, ja blitzschnell, und die Menschen, auch wir Journalisten, brauchen eine bestimmte Zeit, bis sich dieser Prozeß der Demokratisierung auch in unserem Kopf vollzieht." Radio und TV Tirana betrachtet man heute nicht mehr als ein Propagandamittel oder sogar als ein Sprachrohr einer bestimmten Partei, wie damals bei den Kommunisten. Aber solange die Demokratische Partei an der Macht sei, werde auch das Leben in Albanien durch das strategische Programm dieser Partei beeinflußt, verlautete Radio Tirana. Radio und TV Tirana hätten aber seit der Wende eine wichtige gesellschaftliche Rolle bekommen, denn sie würden sich bei der Verbreitung demokratischer Ideen beteiligen.

Moralische Talfahrt der Gesellschaft

Die Tatsache, daß man weniger Respekt, ja Angst vor den Ordnungskräften in Albanien hat, wirkt sich zunächst negativ auf die Gesellschaft aus. Als Folge der Liberalisierung ist ein sprunghafter Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen. Laut offiziellen Statistiken sei die Anzahl der Mordfälle um 55 und die der Raubdelikte sogar um 70 Prozent gestiegen. Die Realität sei jedoch viel schlimmer, wurde von Eingeweihten in Tirana geschätzt. Plünderungen machen auch vor Kirchen und Moscheen nicht mehr halt. So ließen Priester an einigen Kirchen Eisengitter vor Türen und Fenster anbringen. Die damalige Regierung von Vilson Ahmeti wandte sich Anfang 1992 sogar an INTERPOL, um technische, finanzielle und fachliche Hilfe zu erbitten.⁶ Auch in Ungarn holten sich albanische Fachleute Rat, um die Kriminalität im eigenen Lande effektiver bekämpfen zu können.

Die Rolle der wieder zugelassenen Religionsgemeinschaften

Analysiert man die albanischen Ereignisse der vergangenen Jahre, muß man sich auch mit der Wiederzulassung der Religionen befassen. Dies

⁶ Vgl. Albanija trazi pomoc Interpola (Albanien bittet um Hilfe Interpols), in: Borba (Beograd) vom 17.1.1992.

allein schon deshalb, weil die bisher strikt verbotenen Religionsgemeinschaften eine wichtige Rolle in dieser Umbruchzeit gespielt haben und konstruktiv auf die Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens einwirken können. So kann man mit Gewißheit sagen, daß die Aufhebung des jahrzehntelangen Religionsverbots die politischen Reformen begünstigt.⁷

Durch seinen Einsatz für die Respektierung der Volksentscheidung in Sachen Religion hat der kommunistische, ja atheistische Staats- und Parteichef Ramiz Alia dazu beigetragen, daß die islamische Glaubensgemeinschaft, aber auch die christlichen Kirchen ein wesentliches Comeback erleben konnten. Denkbar ist es auch, daß sich Alia mit der Aufhebung des Religionsverbots, geprägt durch seine Aussage, die Menschen müßten selbst entscheiden, ob sie Gotteshäuser wollten oder nicht, dafür erkenntlich zeigen wollte, daß gerade eine größere Anzahl von Gläubigen, vor allem katholische, am 11. und 14. Januar 1990 in der Stadt Shkoder zum ersten Mal öffentlich für Freiheit und Demokratie auf die Straße ging, antistalinistische Demonstrationen veranstaltete⁸ und somit sein Reformprogramm - wenn auch indirekt - unterstützte. Aus dieser Protestaktion soll sich später ein kleiner politischer Kern herausgebildet haben. Es gab Meldungen, daß diese Menschen - Katholiken, Moslems und auch Orthodoxe - am 26. Dezember 1990 die "Volkspartei der religiösen Einheit" gegründet hätten. Selbst der katholische Priester aus Shkoder, Simon Jubani, soll einer der Wortführer gewesen sein. Anstelle einer ursprünglich geplanten christlich-demokratischen Partei habe man sich zugunsten einer allkonfessionellen Volkspartei entschieden. Das Ganze scheint jedoch gescheitert zu sein. Die Partei konnte keine Statuten aufstellen und die Idee selbst soll beim katholischen Klerus Skepsis ausgelöst haben. Außerdem soll es offenbar einige Schwierigkeiten zwischen Moslems und Katholiken gegeben haben.⁹

Der heute 66jährige katholische Geistliche Simon Jubani, der zu einer Symbolfigur des religiösen Aufbruchs in Albanien geworden ist, wurde auch von der kommunistischen Regierung schnell als friedensstiftende Person akzeptiert. Während der Studentenproteste Anfang Dezember 1990 hat man ihn gebeten, einen Appell zur Beruhigung der Lage über Radio Tirana zu verbreiten.¹⁰ Ein Lehrer der Kunstakademie in Tirana drückte in einem Interview sogar die Hoffnung aus, die katholische Kirche könne zu einer allgemeinen Entspannung in Albanien beitragen und werde bald wieder den Platz in der albanischen Gesellschaft einnehmen, der ihr in der Geschichte immer gehört habe.

Ähnlich riefen Vertreter der Albanischen Islamischen Gemeinschaft angesichts der erneuten Unruhen im März 1991 die Bevölkerung zu ei-

⁷ Vgl. J. Bata, Zur Lage der Religionen und der Gläubigen in Albanien, in: 41. Internationaler Kongreß in Königstein, Band XXXIX/1991, S.125-134.

⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 31.3./1.4.1991.

⁹ Vgl. Informationsdienst Osteuropäisches Christentum (ID-OCHR) vom 31.4.1991; Viktor Meier, in: F.A.Z. vom 26.03.1991.

¹⁰ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 16.2.1991.

nem friedlichen und harmonischen Leben auf, orientiert an den moralischen und gesetzlichen Prinzipien.¹¹

Einer der Gründe des raschen Erwachens der Religiösität in Albanien ist sicherlich die Tatsache, daß die Religion jahrzehntelang per Gesetz unterdrückt wurde. Nach übereinstimmenden Informationen, die der Autor durch seine Reise nach Albanien im September 1992 auch bestätigen kann, sind seit der Legalisierung der freien Glaubensausübung im Jahre 1990 alle drei Glaubensgemeinschaften bemüht, ihre Kultstätten wieder herzurichten und Gemeindestrukturen auszubauen. Von seiten der Regierung wurde im Oktober 1991 beschlossen, die im Jahre 1967 konfiszierten Güter, Immobilien und Hunderte von Hektar Land, an die Religionsgemeinschaften zurückzugeben.

Die neue Situation wirkt sich auch auf die Beziehungen zwischen Albanien und Kosovo aus. Bereits seit Monaten sind albanische katholische Priester aus Kosovo in Tirana und in der katholischen Hochburg Shkoder sowie in Durres tätig. Einer von ihnen, Marko Sopi, berichtete neulich, in den letzten fünf Monaten hätten sich 300 Einwohner von Durres taufen lassen und bei den Sonntagsgottesdiensten würden sich bis zu 3 000 Personen versammeln.¹²

Eine Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) stellte im August 1991 nach einem Besuch fest, da die Kirchen mit dem kommunistischen Regime nie kollaboriert hätten, hätten sie auch heute einen hohen moralischen Kredit, und die Menschen würden ihnen vertrauen. In einem Land, in dem es so viel Haß und wenig Hoffnung gebe, sähen die Christen ihre Aufgabe in der Versöhnung und darin, beim Wiederaufbau der albanischen Gesellschaft auf dem Wege der Demokratisierung eine positive Rolle zu spielen.

Als es im Sommer 1991 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und Albanien kam, wurde der Erzbischof Ivan Dias zum Apostolischen Nuntius in Tirana ernannt. Mit finanzieller Unterstützung der italienischen Bischofskonferenz ist im Oktober 1991 in Skoder das erste katholische Priesterseminar im ehemaligen Ordinariatsgebäude, das zuletzt als Theater fungierte, eingerichtet worden. Mit der Ausbildung der bisher 30 angemeldeten Seminaristen beauftragte der Nuntius drei ausländische Jesuiten. Papst Johannes Paul II. empfing am 6. Mai 1992 den albanischen Präsidenten Sali Berisha zu einer Audienz. Berisha hatte den Papst unmittelbar nach seinem Wahlsieg im März 1992 nach Albanien eingeladen und auch diesmal für die bisherige moralische und finanzielle Hilfe in der schwierigen Übergangszeit gedankt.

Auch ausländische islamische und orthodoxe Würdenträger besuchen sporadisch das Land. Zur Eröffnung einer Koran-Schule in der Hauptstadt am 18. Oktober 1991 reiste unter der Leitung von Hamid Al-Gabid

¹¹ Vgl. Radio Tirana vom 9.3.1991.

¹² Vgl. J. Bata, *Das Wiedererwachen der Religiösität und der Zulauf bei den Christen in Albanien*, in: Ost-West Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen 174/1992 S.70-74.

eine Delegation der Islamischen Weltkonferenz nach Albanien. Nach ihrer Rückkehr nach Saudi Arabien appellierte die Delegation an islamische Staaten, Albanien wirtschaftlich zu unterstützen und somit das Balkanland an die Welt des Islams anzunähern. Vom früheren albanischen Außenminister Muhamet Kaplani wurde berichtet, er sei durch intensive Kontakte zu arabischen Ländern zum Exponenten einer islamischen konfessionellen Überbetonung geworden. Bei seinem Besuch in Tirana konnte der Autor unter anderem erfahren, daß besonders Saudi Arabien ein großes Interesse daran habe, Albanien zu islamisieren und dadurch ein "Fenster", wie man es nannte, zu Europa zu öffnen. Einige albanische Intellektuellen betrachten diese Entwicklung mit großer Sorge. Sie sehen darin nicht nur die Gefahr der Entstehung eines islamischen Fundamentalismus, sondern befürchten auch, daß dadurch die Chance der europäischen Integration Albaniens aufs Spiel gesetzt wird. Sie haben darauf hingewiesen, daß Europa, besonders der westliche Teil, im Interesse der europäischen Vereinigung Albanien wirtschaftlich noch mehr unterstützen sollte, denn sonst könnten sich die Dinge in Albanien negativ entwickeln und verheerende Folgen für ganz Europa haben.

Zum Wiederaufbau der Orthodoxen Kirche Albaniens ernannte das ökumenische Patriarchat mit Sitz in Istanbul Ende Januar 1991 den 62jährigen griechischen Bischof Anastasios Janulatos von Androussa zum Exarchen.¹³ Die neugeschenkte Religionsfreiheit haben auch die Orthodoxen genutzt. Während der Weihnachts- und Ostertage wurde schon im ersten Jahr der Freiheit an mehreren Orten die Liturgie gefeiert. Dies taten unter anderem die Geistlichen Spiro und Velli in Elbasan, aber auch Vater Kico Ratsi in der Friedhofskapelle von Korca zusammen mit etwa 3 000 orthodoxen Christen. An den Osterprozessionen in ganz Albanien sollen sich im Jahre 1991 rund 160 000 Menschen beteiligt haben.

In Tirana und in der orthodoxen Hochburg Berat sowie in Gjirokastra, Himmara und Korca hat man inzwischen mit Unterstützung der Orthodoxen Kirche Griechenlands die Kirchen einigermaßen instand gesetzt und wiedereröffnet. Im Dorf Goraxhi ist die vergrabene Kichenglocke geborgen und 24 Stunden lang geläutet worden. Das ehemalige Mirienkloster von Delvicani in Südalbanien wird von dem orthodoxen Priester Mihael Dako, der über 25 Jahre lang in seinem Amt behindert worden war, als pastorales Zentrum genutzt. Auch der albanischen orthodoxen Kirche bereitet der Priestermangel große Sorgen. Aus diesem Grund werden die liturgischen Akte oft von Laienpredigern und Vorbetern gestaltet.¹⁴

Sowohl für die örtlichen Religionsgemeinschaften, als auch für die albanischen Behörden werden die verschiedenen Sekten zu einem immer größeren Problem. "Missionare" aus Übersee bevölkern gegenwärtig die Hotels der Hauptstadt. Einige von ihnen treten in Form von Hilfskomi-

¹³ Vgl. Kathpress 25.01.1991, Glaube in der 2. Welt 2/91.

¹⁴ Vgl. Glaube in der 2. Welt 2/91 und 3/91.

tees auf. Andere wiederum lassen ihren Bekehrungseifer selbst an hart gesottene Angehörigen des "Devisenbeschaffungsgewerbes" aus. Sie füllen die Speisesäle mit frommen Gesängen und zeigen triumphierend die Zulassung ihrer "Kirche". Es gab Meldungen darüber, daß sich bereits im Mai 1991 etwa 30 evangelische Missionsgesellschaften zum Zwecke der Arbeit in Albanien unter der Bezeichnung "Albanian Encouragement Project" zusammengeschlossen hätten. Bei einer ihrer Großkundgebung Anfang Juli 1991 im Fußballstadion von Tirana soll auch der damalige albanische Kultusminister Prec Zogaj begeistert teilgenommen haben. Seit Oktober 1991 hat die Euphorie nachgelassen. Für die Missionsveranstaltungen der Neoprotestanten wird es seitdem immer schwieriger, von den albanischen Behörden und von der Polizei eine Genehmigung zu erhalten. Manche sehen darin einen Widerstand gegen die oft aggressiven Missionsmethoden vieler neoprotestantisch-fundamentalistischer Gruppierungen. Hinter dem Mordversuch an dem Korrespondenten der albanischen Redaktion der Deutschen Welle Köln, Appolon Bace, im Herbst 1993 in Tirana, soll die pseudo-religiöse Organisation Scientology Church stecken. Nach deutschen Fernsehberichten soll die Organisation versuchen, mit aller Gewalt in die albanische Gesellschaft einzudringen.

Die Gewerkschaften

Neben den Oppositionsparteien waren seit ihrer Gründung im Dezember 1990 die unabhängigen Gewerkschaften die treibende Kraft der Demokratisierung in Albanien.¹⁵ sie organisierten zum Jahresanfang 1991 Streiks und erzwangen zusammen mit den Oppositionellen die ersten freien Wahlen. Im Mai 1991 haben sie durch ihren Einfluß und durch einen dreiwöchigen Generalstreik dazu beigetragen, daß die letzte kommunistische Regierung Albaniens zerfiel.

Der alte Gewerkschaftsverband Albaniens hatte eine zweitrangige Bedeutung. Als sozusagen ein Exekutivorgan der Kommunistischen Partei hatten seine Vertreter kaum die Möglichkeit, die Interessen der Arbeiterschaft gegen die Obrigkeit und die Betriebe zu verteidigen. Seine Hauptaufgaben waren, zur "Erziehung und Mobilisierung der Werktätigen beim Aufbau des Sozialismus beizutragen", wie es im Statut formuliert war, sowie an der Festlegung und Erfüllung der Wirtschaftspläne mitzuwirken. Als Reaktion auf die Bildung oppositioneller Gewerkschaften präsentierte sich der bisherige Einheitsverband als "Konföderation der freien Gewerkschaften".

Der Verband der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens ging aus der Streikbewegung der Bergarbeiter noch im Februar 1991 hervor. Die Bergarbeiterschaft war die erste, am 19. Februar 1991 zugelassene Gewerkschaft. Entstanden sind noch außerdem die Gewerkschaft der Pe-

¹⁵ Vgl. Hans-Joachim Hoppe, Die albanischen Gewerkschaften: Triebkräfte des Wandels in: Aktuelle Analysen (1992) 28.

troleumbranche, die Liga der Kommunalbediensteten sowie zwei konkurrierenden Verbände der in Bildung und Wissenschaft Tätigen. Der jetzige Zustand ist etwas verwirrend, denn ein Teil der Gewerkschaften bekennt sich zu dem Unabhängigen Verband, ein weiterer zu der den Sozialisten nahestehenden Konföderation, andere wiederum betrachten sich als völlig selbständig und keiner der großen Organisationen zugehörig.

Staatlich gelenkte Emigration

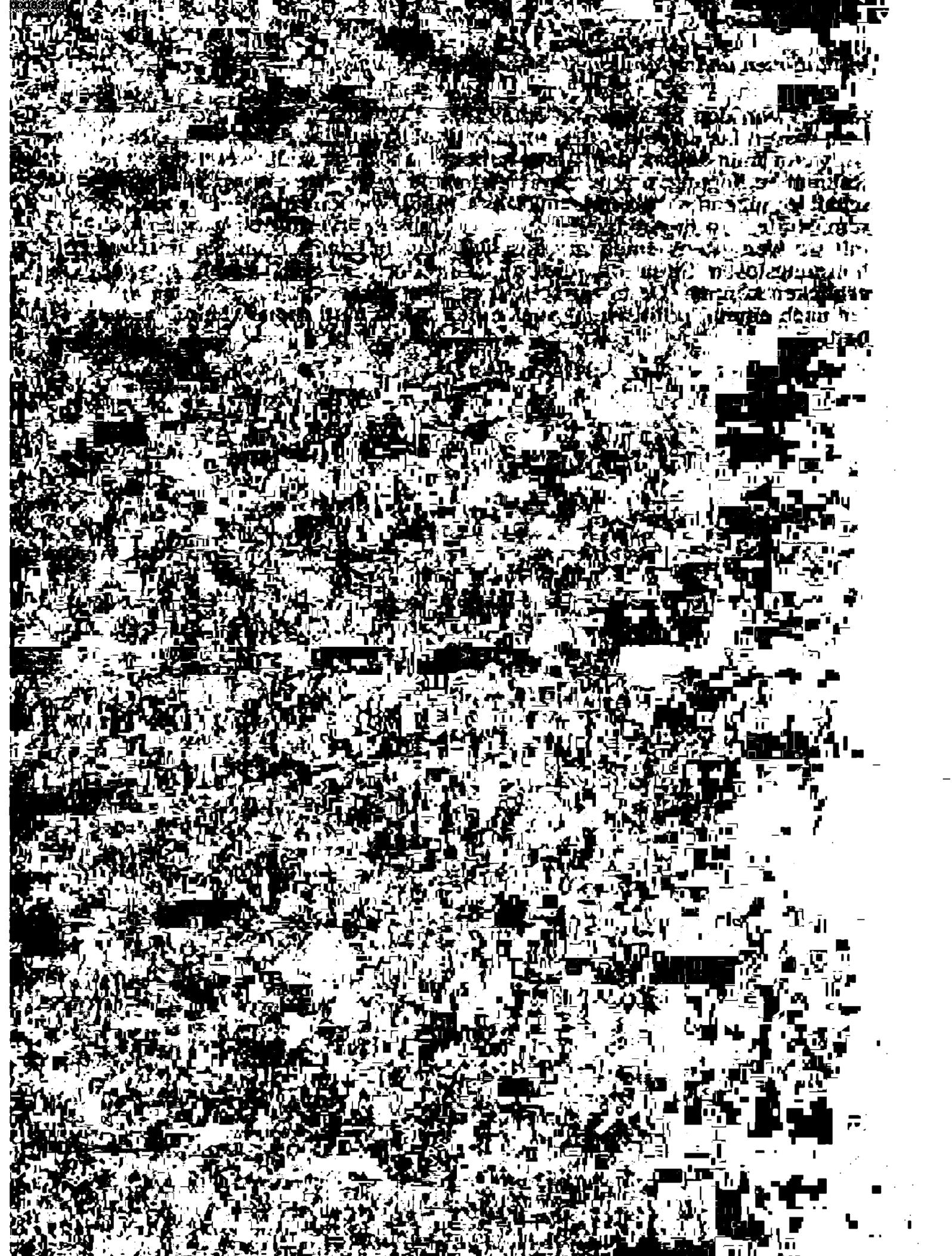
Als eine Neuigkeit in Albanien war 1991 zu registrieren, daß gezielte Schritte in Richtung einer organisierten Emigration getan werden.¹⁶ Mit der Gründung des Ministeriums für Arbeit, Auswanderung und soziale Unterstützung der politisch Verfolgten hatte auch die Direktion für Auswanderung ihre Arbeit aufgenommen. Staatliche Institutionen, Privatfirmen und Einzelpersonen bekommen seitdem das Recht, albanische Staatsbürger entsprechend ihrer Fähigkeiten im Ausland zu beschäftigen. Gedacht ist vor allem an einer Saisonarbeit in den Nachbarländern. Man strebt aber auch ein Jobtraining-Programm mit den 24 entwickelten Staaten an. In einem Zeitraum von einem bis eineinhalb Jahren wurde bereits für 500 bis 1 000 albanische Arbeitskräfte ein Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland und mit der Schweiz unterzeichnet. Im Falle Deutschlands werden die albanischen Kontingente in Tirana von einer deutschen Prüfungskommission ausgewählt, die die Sprach- und Berufskennnisse testet. Für die Auswahl der Saisonarbeiter wird bei der Entscheidung des albanischen Ministeriums berücksichtigt, ob die entsprechenden Bewerber aus sozial besonders schlecht gestellten Schichten kommen. Gedacht ist dabei vor allem an arbeitslose ehemalige politische Häftlinge, Menschen, die ihren Arbeitsplatz aufgrund der Wirtschaftsreformen verloren hatten, sowie an die Landbevölkerung des Nordostens Albaniens.

Zum Schluß

Allgemein gesehen hat die demokratische Wende und auch der Wandel bei den Institutionen in Albanien zu einer gewissen Verunsicherung geführt, wenn auch positive Ergebnisse zu verzeichnen sind. Es sind einige soziale Strukturen verschwunden, die den Menschen eine gewisse, wenn auch nicht allzugroße Sicherheit gegeben haben. Manche vermissen die "sozialistische Geborgenheit", auch wenn sie damals einen zu hohen Preis, die individuelle Freiheit, dafür zahlen mußten. Der Autor ist der Ansicht, daß man auch den Menschen in Albanien vom Ausland aus, be-

¹⁶ Vgl. Schritte in Richtung einer organisierten Emigration in: Presseschau Ostwirtschaft (Wien), 7-8/92, S. 75 und Rilindja Demokratike (Tirana), 2/1992, S. 1-2.

sonders von den Staaten, die eine längere demokratische Tradition haben, wissen lassen sollte, daß sozialer Wohlstand nur dann zu erreichen ist, wenn man selber dafür hart arbeitet und nur dann, wenn man die Rahmenbedingungen einer freien, demokratisch strukturierten Gesellschaft genügend schätzen lernt. Das Gefühl, wieder ein Teil Europas zu sein, sollte den in Albanien lebenden Menschen vermittelt werden, damit sie wenigstens einen moralischen Halt bekommen und in der fast hoffnungslosen Situation, die zur Zeit dort herrscht, einen Ausweg erblicken können. Denn wir sollten es nicht vergessen, die Albaner wollen nach einem "politischen" auch einen "wirtschaftlichen Frühling" erleben.



France Vreg

Die Dimensionen des institutionellen Wandels im ehemaligen Jugoslawien

Untersuchungen des Zerfalls von Multinationalstaaten erwähnen unter den Destruktionsfaktoren an erster Stelle den Ausbruch des Nationalbewußtseins und den Drang nach nationaler Unabhängigkeit. Es wird argumentiert, die Ideologen der Diktatur des Proletariats hätten nationalistische Bewegungen bewußt "unterdrückt" und die Macht des Proletariats verherrlicht. Nur einige Untersuchungen enthüllen jedoch den Kern dieser "Ideologien", nämlich, daß hinter der ideologischen Kulisse Projekte der großen Völker für eine Vorherrschaft vor den kleinen versteckt wurden. Die großen Föderationen - Sowjetunion, Jugoslawien, Tschechoslowakei, aber auch einige asiatische - hatten eine unheimliche Machtkonzentration, eiserne Zentralisierung und Homogenisierung zur Grundlage. Die ideologische Maske der "Arbeitermacht" wurde herangezogen, um Projekte des großrussischen, großchinesischen Imperiums oder der groÑserbischen oder großtschechischen Föderation zu verhüllen. Die Bundesbürokratie hielt alle Hebel der politischen, wirtschaftlichen, Medien- und Kulturmacht in den Händen. Die Bundesstaaten hatten eine riesige Administration, Mammutorgane der Repression und eine streng zentralisierte Armee. Die unterentwickelten untergeordneten Bundeseinheiten waren wirtschaftlich, politisch und kulturell völlig abhängig von der Verteilung der Bundesfinanzen.

Logischerweise und aufgrund eigener Interessen waren die herrschenden Völker, die alle Hebel der Macht in Moskau, Belgrad oder Prag in ihren Händen hielten, eifrige Befürworter der Föderationen, der dirigierten Wirtschaft und der zentralisierten Armeen. In Jugoslawien wurde diese Politik außer von Serbien besonders auch von Montenegro unterstützt, das Finanzmittel aus dem Zentralfonds für unterentwickelte Landesteile bekam. Aus demselben Grund waren auch Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina Anhänger dieser Politik - bis zu dem Zeitpunkt, als sie der serbische Hegemonismus zu gefährden drohte. Für die Aufrechterhaltung der streng zentralisierten Föderation war die kommunistische Bundespartei unumgänglich notwendig, die die politische, militärische und wirtschaftliche Macht monopolisierte. Den Kampf der Nationalparteien, besonders der slowenischen und kroatischen, faßten die konservativen Kommunisten als gefährliche Streuung der Macht auf und sahen dadurch den Zentralismus gefährdet.

Solche Untersuchungen des Zerfalls von multinationalen Föderationen erwähnen jedoch die Grundursachen des Zerfalls meist nicht: Erstens haben die kritischen Soziologen erkannt, daß in der modernen Gesellschaft die *Verhinderung der Machtkonzentration und die Multiplizierung*

der politischen Räume die Vorbedingung für jeden demokratischen Wandel der Gesellschaft darstellen¹; an zweiter Stelle ist die geschichtliche Tatsache zu erwähnen, daß die moderne Welt und insbesondere Europa eine Integration der Gesamtgesellschaft von Völkern und Staaten anstrebt und die Unterdrückung von Völkern und ethnischen Minderheiten als grobe Verletzung der Menschen- und Freiheitsrechte einstuft.

Gründe für den Zerfall von multinationalen Föderationen

In der Geschichte sind große Imperien gerade wegen der rohen Machtkonzentration in den Händen der Elite von dominierenden Völkern und der Unterdrückung und sogar Versklavung von anderen Völkern zerfallen. Als autokratische Herrschaftsformen haben solche Gebilde auch die einfachsten Formen der Willensbildung des Volkes unterdrückt mit der Begründung, sie würden ja selbst den Willen des Volkes repräsentieren. Die Unterdrückung der Massen ging so mit der Usurpation des Willens des eigenen Volkes einher. Das belegen geschichtliche Analysen der feudalen Machtusurpation und Repräsentation und die elitistischen Repräsentationen der bürgerlichen Öffentlichkeit, aber auch von modernen totalitären und populistischen Machtaneignungen. Im einstigen sowjetischen Imperium oder in der sozialistischen jugoslawischen Föderation herrschten in Wirklichkeit großrussische bzw. großserbische Eliten, die den Willen der anderen Völker und die Macht des Proletariats repräsentierten.

Föderationen können geschichtliche Berechtigung haben, wenn das Interesse und Bedürfnis nach solchen föderalen Gemeinschaften gegeben ist. Geschichtliche Analysen zeigen z.B., daß ein geschichtliches Interesse der Südslawen für einen Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Staat gegeben war, weil man sich von der Unterdrückung durch andere Völker befreien wollte. Um die Vereinigung zu ermöglichen, mußten zwei Imperien - das osmanische und das habsburgische Kaiserreich - zerfallen. Jugoslawien wurde 1918 von internationalen Kräften und einheimischen Protagonisten aufgrund der jugoslawischen Bewegung gegründet. Doch trachtete die serbische Monarchie unter dem Mantel des Jugoslawentums nach einer Serbisierung der nichtserbischen Völker, deshalb kam es schon bei der Gründung des ersten Jugoslawiens zu Auseinandersetzungen mit anderen Völkern. Während des Zweiten Weltkrieges wurden die Feindschaften zwischen den Völkern noch weiter entfacht, wobei die Besatzungsmächte eifrig mitmischten. Die Alliierten und die Sowjetunion halfen nach Kriegsende bei der Errichtung des neuen Jugoslawiens anstelle eines großserbischen jugoslawischen Königreichs der Tschetniki. Serbien wurde die Föderation von der Kommunistischen Partei von Jugoslawien (KPJ) aufgezwungen, die sich

¹ E. Laclau und Ch. Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy, Towards a Radical Democratic Politics*, London 1985, S. 178.

die Leninsche Lösung der Nationalfrage im zaristischen Rußland zum Vorbild nahm.

Im titoistischen Jugoslawien gingen die Nationalauseinandersetzungen weiter. Geheimdokumente aus Sitzungen des Politbüros der KPJ (später ZKJ) belegen, daß Tito schon am 14. März 1962 in einer geheimen Sitzung der staatsparteilichen Spitze das Weiterbestehen des jugoslawischen Staates wegen der damaligen nationalen Auseinandersetzungen in den Spitzen der Macht in den Republiken und der Föderation angezweifelt hat. In einer geheimen Sitzung am 12. November 1965 stellte Kardelj fest, daß das sozialistische Jugoslawien nach dem Abgang der Gründungspersönlichkeiten entweder unter großserbische Hegemonie fallen oder zerfallen werde. Deshalb schlug er eine Art Konföderation vor, die dann in der Verfassung von 1974 konzipiert wurde. Kardelj rührte das damalige System der Einparteiendiktatur kaum an, die das freie politische Leben drosselte. Er blieb bei seiner Vision des selbstverwaltenden Pluralismus der Interessen. Die zerstrittenen Seiten wagten im titoistischen Jugoslawien jedoch noch keine offenere Auseinandersetzung, weil alle eine Wiederholung der ungarischen Tragödie aus dem Jahre 1965 und der Besetzung der Tschechoslowakei im Jahre 1968 fürchteten.

Angesehene politische Historiker des einstigen Jugoslawiens, besonders die kroatischen, meinen sogar, daß die Gründung des jugoslawischen Staates im Jahre 1918 wegen der offensichtlichen großserbischen Hegemonie und der Auseinandersetzungen zwischen den Völkern geschichtlich verfehlt gewesen sei. Das monarchistische Jugoslawien bestand weiter nur durch den Willen der Kräfte der Entente und später der Sowjetunion, um beim ersten Ansturm der Hitlerdivisionen zu zerfallen.²

Die politischen Soziologen halten jedoch dieser These die Feststellung entgegen, daß der grundlegende Faktor für den Zerfall des titoistischen Jugoslawiens nicht der großserbische Hegemonismus sei, sondern in erster Linie die Beibehaltung der bolschewistischen Diktatur durch die serbische Elite - im modernen Europa ein eigenartiger geschichtlicher Anachronismus. Der Zerfall der Föderation und der kommunistischen Autokratie sei eine Folge des geschichtlichen Prozesses und von Entwicklungsveränderungen, der Notwendigkeit des Prozesses der Machtdenkonzentration und Raumpluralisierung. Durch die Demokratisierungsprozesse wurde jedoch auch der Drang nach Nationalautonomie und Eigenständigkeit gefördert.

In der Sowjetunion, in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und anderswo gab es zahlreiche demokratische Bewegungen. Diese setzten sich nicht nur neue Formen der Demokratie und das Mehrparteiensystem als Ziel, sondern auch die Demokratisierung und Autonomie der Nationaleinheiten, die ein Bestandteil der Demokratie ist. Die Entstalinisie-

² D. Bilandžić, *Mednarodna skupnost in jugoslovansko vprašanje* (Die internationale Gemeinschaft und die jugoslawische Frage), *Naši Razgledi*, Ljubljana, 11. September 1992, S. 581.

rung unter Hruščov ging mit einer wirtschaftlichen Dezentralisierung und Aufhebung der Repression gegen Nationalführer Hand in Hand. Durch den Prager Frühling wurden die Bundeseinheiten der Tschechoslowakei gestärkt. Der Fall des serbischen Protagonisten Ranković (1966) ermöglichte die konföderative Verfassung (1974) und die allmähliche Stärkung der Autonomie und Souveränität der Teilrepubliken. Geschichtliche Demokratisierungsprozesse heben die großen autokratischen Gebilde, die einen Hemmschuh für die Entwicklung in eine moderne Demokratie darstellen, notgedrungen auf. Der Demokratisierungsdrang war in Slowenien und Kroatien am stärksten spürbar. Die reformistischen Flügel von Slowenien und Kroatien sprengten auf dem 14. Kongreß die ZKJ, die stärkste Struktur und das Bollwerk der jugoslawischen Staatsstruktur, und bahnten damit dem gesellschaftlichen System der westlichen Demokratie den Weg.

Das turbulente Umfeld und das Gefühl, gefährdet zu sein

Auch die Prozesse im modernen Europa gilt es nicht außer acht zu lassen: Zwischennationale Konflikte ebten allmählich ab, es setzten europäische Integrationsprozesse ein. In der modernen europäischen Geschichte kam es zu einer vollkommenen Wendung: Die bolschewistischen Regime in den osteuropäischen Staaten und in der Sowjetunion brachen zusammen. Gorbatschow versuchte dem früheren größten Feind, den Vereinigten Staaten, versöhnend die Hand zu reichen und ermöglichte die deutsche Wiedervereinigung.

Die jugoslawische Föderation hatte bei ihrem Entstehen ein sehr turbulentes Umfeld: Es drohten Auseinandersetzungen mit amerikanischen und englischen alliierten Kräften, später wurde sie von sowjetischen Panzern und dem Warschauer Pakt gefährdet, im Süden drohten Albanien und Griechenland. Auch der italienische Drang nach Istrien, dem slowenischen Küstenland und Dalmatien wurde wieder wach. Mit anderen Worten: Die jugoslawische Föderation war von außen gefährdet und dieses Gefühl vermochte die jugoslawischen Völker für fast zwei Jahrzehnte zusammenschweißen. In den achtziger Jahren führten jedoch geschichtliche Prozesse in Europa eine Verringerung der Spannung und der äußeren Gefährdung herbei.

Das von mir in den Jahren 1985 bis 1988 geleitete jugoslawische Forschungsprojekt über das politische System brachte eine völlig geänderte geschichtliche Situation an den Tag. Die jugoslawischen Staatsbürger fühlten keine äußere Gefährdung mehr, sie waren der Meinung, daß militärische Druckausübung als Gefährdungsfaktor der SFRJ nicht ins Gewicht falle; nur 5,7 % der Staatsbürger erklärten, daß die SFRJ durch solche Druckausübung gefährdet sei. Das Gefühl, gefährdet zu sein, war in Serbien (ohne die beiden Provinzen), in Kroatien und in Mazedonien etwas stärker ausgeprägt. Als Faktor der tatsächlichen Gefährdung wurde die soziale Gefährdung an erster Stelle erwähnt. Über ein Drittel (39 %) meinte, der Staat sei durch den niedrigen Lebensstandard gewis-

ser Schichten und durch große soziale Unterschiede gefährdet. Das zweite Drittel (36 %) wies auf die Gefährdung durch das schlechte Wirtschaften hin. Sehr hoch rangierten Probleme der Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern (26,3 %) und die schlechte innenpolitische Lage (18,8 %). Das Forschungsprojekt brachte auch Deformationen im Bund der Kommunisten an den Tag, in erster Linie eine Verflechtung des ZK mit dem Staat, Deformationen in der Kaderpolitik und eine ganze Reihe von negativen Erscheinungen: gesetzwidrige Bereicherung, Korruption, Privilegien und andere Mißstände. Doch waren die diesbezüglichen Unterschiede von Republik zu Republik, von Umfeld zu Umfeld groß.³

Die verbindenden Elemente der multinationalen Föderation verschwanden allmählich; Jugoslawien war nicht mehr von außen gefährdet. Weder ein politisches, noch ein wirtschaftliches oder ein nationales Interesse für die alte Föderation waren gegeben. Der Kampf um die Kulturidentität der Völker und die Souveränität der Republiken forderte direkt die Vernichtung der alten Föderation. Jugoslawien ist heute nicht mehr möglich, weil es einfach nicht mehr notwendig ist. Es wurde nicht durch nationalistische Bewegungen gesprengt, diese haben nur das geschichtlich Unausweichliche beschleunigt. Es liegt offensichtlich kein genügend starkes Interesse für die in der kommunistischen Zeit gegründete alte Föderation vor. Und in der Politik sind nur Interessen von Dauer.⁴

Die Weltöffentlichkeit erkannte mit großer Verspätung, daß es sich beim Verfall der postkommunistischen Föderationen um einen anderen geschichtlichen Prozeß handelte als in der Zeit des amerikanischen Sezessionskrieges. Dort war der Zusammenschluß zur Föderation geschichtlich notwendig - ähnlich wie die Integrationsprozesse in Deutschland in den vergangenen Jahrhunderten. Die Erkenntnis dieser geschichtlichen Prozesse war wesentlich für die europäische Öffentlichkeit und die Weltdiplomatie. Als einer der ersten erkannte der deutsche Außenminister Hans Dietrich Genscher diesen Prozeß, er erkannte in Gorbatschow einen radikalen Reformisten und im slowenischen Präsidenten Milan Kučan den Träger der humanistischen Demokratie und des Pluralismus, im kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman dagegen einen Promotor der liberal-christlichen Demokratie.

³ F. Vreg, *Politička i odbrambeno-bezbednostna aktivnost u kriznim situacijama* (Politische und verteidigungs- und sicherheitspolitische Aktivitäten in Krisensituationen), in: *Pripremljenost društveno-političkog sistema*, Fakultet za sociologiju, političke nauke i novinarstvo u Ljubljani i Fakultet za pravne i političke nauke u Skopju, Ljubljana, Skopje 1987, S. 93-155.

⁴ B. Caratan, *Vojna in mir na Hrvaškem* (Krieg und Frieden in Kroatien), *Teorija in praksa*, Jg. 29, No. 1-2, Ljubljana 1992, S. 12-27.

Der Parasitismus der Bundesbürokratien und der unterentwickelten Gebiete

Ähnlich wie in der Sowjetunion und in anderen östlichen Ländern gab es auch in der jugoslawischen Föderation einen gigantischen staatlichen bürokratischen Apparat, der sich von der "Arbeit" der höherentwickelten Teilrepubliken nährte. Dieser Parasitismus wurde von den Hegemonisten mit der Ideologie der zentralisierten Wirtschaft begründet, die sich jedoch finanziell nicht rechnete. Die Unitaristen verurteilten die nationalen Ökonomien als nationalistische Konzeption und blockten die Einführung der Marktwirtschaft ab. Die weniger entwickelten Teilrepubliken, in erster Linie Serbien und Montenegro, bezogen auf Kosten der höchstentwickelten, d.h. vor allem von Slowenien und Kroatien, über ein halbes Jahrhundert lang Mittel aus Bundesfonds für unterentwickelte Gebiete. Die Föderation versorgte finanziell in sehr hohem Maße Montenegro, das von den Hegemonisten als halbserbische Republik betrachtet wurde, - dort sollten serbische Protagonisten gestärkt werden. Nur in den Fonds für die Löhne der Arbeitnehmer und in den Rentenfonds von Montenegro steuerte die Föderation etwa 70 % bei, mit ihrer eigenen Arbeit verdienten die Montenegriner kaum 30 %. Als Folge davon breiteten sich in Montenegro schlechte Arbeitsgewohnheiten, Schludrigkeit und Parasitismus aus, zugleich war gerade Montenegro eines der eifrigsten Befürworter des "sozialistischen" Jugoslawiens.

Montenegro war zwar eine Minirepublik, doch füllte es - nach serbischem Vorbild - den Bundesapparat mit einer unvergleichlich größeren Zahl von Bundesbeamten, Generälen, Ministern und Botschaftern als andere Republiken. Wegen gemeinsamer Interessen arbeiteten Serbien und Montenegro immer enger zusammen, immer stärker wurde das unitaristische Bewußtsein, großserbische und großstaatliche Tendenzen kamen wieder auf. Im Kräfteverhältnis hatte Serbien zusammen mit Montenegro eine große Übermacht: Beide beherrschten die Armee, die Polizei, den Staatsapparat und die Diplomatie, außerdem hatten sie auch das starke Bundeskapital in ihren Händen.

Auch die jugoslawische Volksarmee, zahlenmäßig unter den fünf stärksten von Europa, konnte nur in einem großen zentralisierten Staat bestehen, der imstande war, die "großartigen" Verteidigungsprojekte der Generalselite zu befriedigen. Die Armee kaufte modernste Waffen ein, sie produzierte Waffen und verkaufte sie an blockfreie Länder, sie hatte moderne Raketenbasen, russische Flugzeuge, eine Marine, einen gigantischen Kriegsindustriekomplex, ein eigenes Schul- und Mediensystem. Der Zerfall der Föderation bedeutete für die Armee die Reduktion der militärischen, menschlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, Erziehungs- und Medienpotentiale auf die Hälfte, von einigen sogar auf ein Drittel der früheren. Der Zerfall der Föderation bedeutete die Schrumpfung des Luftraumes, der Marine, der Grenzpotentiale, den Verlust von vielen Erholungszentren, Heimen, Villen, Jagdrevieren und anderen Privilegien der Militär- und Parteinomenklatur. Man muß bedenken, daß der Titosche Postsozialismus und die Verteidigungsdoktrin

der Blockfreien von den Generälen in der Residenz von Admiral Marmula und in prachtvollen Villen auf Brioni kreiert worden sind.

Der Zerfall von Jugoslawien bedeutete für die Generalität auch den Zerfall der Titoschen Verteidigungsdoktrin, der sie mehr verbunden war als die Parteionomenklatur, weil sie von der Wirklichkeit hermetisch abgekapselt lebte. Soziale, politische und nationale Krisenerscheinungen wurden von der Generalität als Versuche der Sprengung des sozialistischen Jugoslawiens und der marxistischen Ideologie gewertet. Deshalb stellte der Zerfall des jugoslawischen Staates für sie eine ungeheure Niederlage dar, er bedeutete ja den Untergang der Welt, in der sie gelebt hatte. Deshalb die unheimliche Reaktion der Generalität, die alle strategischen Initiativen von Milošević übernahm, auch seine großserbischen Territorialansprüche. Der Krieg mit Kroatien wurde als Auseinandersetzung mit einem antisozialistischen, ustaschafreundlichen, papsttreuen Staat aufgefaßt.

Frustrierte politische Ideen

In der jugoslawischen Föderation haben serbisch-montenegrinische großstaatliche Unitaristen und die serbenfreundliche Armee ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele verwirklicht. Die serbischen Führer haben in Jugoslawien die historische Möglichkeit der Verwirklichung des großserbischen Projektes eines starken "Reiches" gesehen, das die historischen Grenzen von Großserbien herstellen und alle serbischen Gebiete in Jugoslawien mit dem Mutterland Serbien verbinden sollte. Der Sozialismus wurde vom Standpunkt der geschichtlichen Vision von der Inkarnation von Großserbien und der Errichtung einer (serbischen) jugoslawischen Kultur auf dem ganzen Gebiet von Jugoslawien aufgefaßt. Der Zerfall von Jugoslawien stellte deshalb für sie eine geschichtliche Frustration dar.

Paradoxerweise konnte durch die Medienindoktrination ein großer Teil des serbischen und montenegrinischen Volkes davon überzeugt werden, daß es mit Kriegsmitteln die Heimat zu verteidigen gelte, insbesondere da ein großer Teil der Serben Jugoslawien als ihren eigenen Nationalstaat auffaßte. Der Krieg mußte ihnen deshalb als völlig natürlich und legitim erscheinen. Und eben deshalb ist das Kriegswüten so schrecklich.

Auch die Kroaten hatten eigene geschichtliche Ziele. Ihr Traum war seit jeher ein selbständiger Staat gewesen, nicht nur eine Banschaft oder untergeordnete Republik. Viele meinten, dieses geschichtliche Ziel mit dem unabhängigen kroatischen Staat (NDH) als Hitlerverbündete verwirklicht zu haben. Sogar Präsident Tudjman sah im faschistischen Staat von Pavelić den natürlichen kroatischen Drang nach Staatlichkeit. Er ließ sogar ustaschafreundliche Organisationen zu und bei Kriegsbeginn Ustascha-Kampfabteilungen, die wegen ihrer blutigen Gewaltanwendung nicht weniger "berüchtigt" sind als die Tschetniki von Šešelj. Erst nach der Anerkennung von Kroatien und dem Sieg bei den zweiten

Wahlen wandte sich Tudjman öffentlich von seinen ustaschafreundlichen Verbündeten ab.

HDZ, die politische Partei von Tudjman, hat unmittelbar nach dem Sieg bei den ersten Wahlen im Jahr 1990 den politischen Pluralismus in Wirklichkeit verworfen und das Staatsmonopol einer Partei durchgesetzt - die Opposition wurde in Marginalbereiche abgedrängt. Es wurden nationale Euphorien zugelassen, die geschichtliche Erinnerung an Großkroatien verherrlicht, die kroatischen Serben wurden in den Rahmen der provinziellen Unterwürfigkeit gepreßt. Die Furcht vor einem erneuten Genozid durch die Ustaschas war der Auslöser für den bewaffneten Aufstand. Straßenverbindungen mit dem "Ustascha"-Teil von Kroatien wurden blockiert, die "autonome Republik" von Knin gegründet. Die jugoslawische Armee unterstützte diese "Republik" militärisch und ein blutiger Kampf, der zu einem richtigen Krieg zwischen zwei Balkanländern - Kroatien und Serbien - ausgeartet ist, begann.

Weil der großserbische Hegemonismus im Rahmen des sozialistischen Jugoslawien nicht mehr möglich war, wurde der Krieg als natürliches Mittel für die Fortsetzung der früheren Politik betrachtet. Ihre Militärstrategen stellten fest, daß ein Krieg der "niedrigen Spannung" nicht mehr möglich sei. Folglich wurde die ganze gigantische Kraft der jugoslawischen Armee eingesetzt (die für einen zehnjährigen Krieg ausreichende Vorräte besitzt). Mit dem Krieg soll nun das geschichtliche Projekt des großserbischen Jugoslawien verwirklicht werden. Mit der Eroberung von Gebieten, der Gründung von autonomen Provinzen und ethnischen "Bereinigungen" wird das Projekt bereits verwirklicht. Als der Krieg auf Bosnien und Herzegowina übergriff, konnte sogar mehr Territorium besetzt werden, als ursprünglich vorgesehen war.

Autonomie oder Teilung von Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina ist kein neues Staatsgebilde, sondern ein historisch entstandenes Ganzes, ob es sich nun um die Franziskanerprovinz handelt (*Bosna srebrena*) oder um die vierhundertjährigen Grenzen des türkischen Reiches mit Österreich und Venedig oder um die spätere österreichisch-ungarische Provinz. Die Bosnier sind Slawen, ob sie nun Moslems, Katholiken oder serbisch-orthodox sind.

Erst in der geschichtlichen Zeit des türkischen Reiches wurden die Erstgenannten zu "Türken", die Zweitgenannten Kroaten und die Letztgenannten Serben. Mit dem Abzug der türkischsprachigen bosnischen Türken in die Türkei begann der Kampf der Serben und Kroaten um die Seelen der bosnischen (slawischen) Moslems. Die Einwohner von Bosnien und Herzegowina hatten jedoch keine geschichtliche Gelegenheit bekommen, sich zu einem Volk zu entwickeln. Diese Möglichkeit bot ihnen erst das sozialistische Jugoslawien, wo sie als Nation mit einer eigenen geschichtlichen Tradition, Kultur und Sprache anerkannt worden sind.

Über alle drei bosnischen ethnischen Gruppen herrschte immer jemand von außen, zunächst die echten Türken, die Osmanen in Istanbul, danach die österreichisch-ungarischen Monarchen in Wien, dann der serbische König in Belgrad und schließlich die Präsidenten der sozialistischen Föderation in Belgrad. Ab und zu fielen auch Bosniern wichtigere Funktionen in Belgrad zu: Branko Mikulić war bosnischer Serbe, Hamdija Pozderac bosnischer Moslem.

Die geschichtliche Vision der Zusammenschweißung zu einer Nation haben die Bosnier also erst in der SFRJ verwirklichen können, als sie eine eigene Republik bekamen. Das war mit ein Grund dafür, daß bosnische (in erster Linie moslemische) Führer die sozialistische Föderation immer sehr stark verteidigten. Noch lange nach Titos Tod behielten sie als fast einzige in Jugoslawien seinen Kult des antifaschistischen Kämpfers und Gründers des neuen Jugoslawiens und der Blockfreienbewegung (in der die Moslems in der Mehrheit sind) noch immer bei. Auch Präsident Izetbegović befürwortete die Föderation sehr lange, weil er damit um den Status quo in Bosnien kämpfte. In Bosnien befürwortete jedoch nur seine Moslem-Partei der Demokratischen Aktion (SDA) eine solche jugoslawische Lösung, in der Bosnien unverändert weiterbestehen würde mit einer Vorherrschaft der Moslems. Die moslemischen Führer Alija Izetbegović, Ejup Ganić und Fikret Abdić prahlten sehr lange, sie hätten Bosnien in die Selbständigkeit geführt, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. Doch brachte gerade ihr naives politisches Denken die moslemische Bevölkerung an den Rand der Katastrophe. Das Referendum der serbischen Bevölkerung in Bosnien stellte eine scharfe Warnung für Izetbegović dar. Dieser konterte mit seinem "Staatsbürgerreferendum", das von den Serben boykottiert wurde. Am 6. April 1992 verkündete Izetbegović die Souveränität des Staates Bosnien und Herzegowina, was den Bruch mit Belgrad und die bewußte Entscheidung für den Krieg bedeutete. Der serbische Führer in Bosnien Radovan Karadžić gründete seine serbisch-bosnische Republik und bezog Waffen und bosnische Offiziere von der jugoslawischen Volksarmee. Präsident Izetbegović drohte vergeblich, ein Bürgerkrieg in Bosnien werde ein totaler Krieg ohne Sieger sein.

Der demokratischen Welt drängt sich die Frage auf, ob das nationalistische Delirium ohne einen völligen Zusammenbruch überhaupt beendet werden kann. Geschichtliche Erfahrungen lehren, daß nur der vollständige Zusammenbruch dem faschistischen, nazistischen und japanischen paranoischen Kampf bis auf den letzten Mann ein Ende setzen konnte.

Die Passivität und Naivität des Präsidiums von Izetbegović war anfangs auch durch die Tatsache bedingt, daß darin die drei konstituierenden Nationen (Serben, Kroaten und Moslems) paritätisch vertreten waren, so daß die beiden serbischen Vertreter jede Aktion effektiv abblocken konnten. Ähnlich war die Lage im Parlament. Die moslemische Neutralitätspolitik kam der serbisch-montenegrinischen politischen und militärischen Elite in Belgrad in der Zeit der Kriegsführung in Kroatien sehr gelegen. Als sich jedoch der Krieg nach Bosnien ausbreitete, hörte jede

"Partnerschaft" der Nationalparteien (SDA, HDZ und der serbischen SDS) auf.

In der Zeit der "Friedensbemühungen" kam die Idee der Kantonisierung von Bosnien und Herzegowina auf, was bedeuten würde, daß unter dem Mantel eines "souveränen" Bosniens eine Teilung des Territoriums und der Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina durchgeführt werden sollte, ohne den "Grundsatz der Unveränderbarkeit der Grenzen" zu verletzen. Die Carringtonsche Konvention über die künftige Neuordnung von Jugoslawien sah jedoch auch die Möglichkeit der einvernehmlichen Grenzänderung vor, was in Kroatien Verhandlungen über das besetzte Gebiet und den Anschluß der Krajina an die neue Bundesrepublik Jugoslawien bedeutet hätte. Weil jedoch jede Territorialeinbuße für die Kroaten politisch inakzeptabel wäre, bestehen sie auf der Anerkennung der Legalität der bisherigen Republikgrenzen. Das nötigt sie aber auch zur Anerkennung der Souveränität von Bosnien und Herzegowina. Die Republik von Izetbegović könnte folglich eine ganzheitliche Republik bleiben, die Kantonidee müßte verworfen werden. Die Moslems könnten ihre Vorherrschaft beibehalten - mit Unterstützung der bosnischen Kroaten. Das ist auch durch die Unterzeichnung von Verträgen zwischen Tudjman und Izetbegović belegt. Eine Strategie, die im völligen Gegensatz zu den Absichten der bosnischen Serben und von Serbien steht.

Der Krieg in Bosnien - eine Herausforderung des Islams

Der Krieg in Bosnien hat nicht nur europäische und weltweite politische Ausmaße angenommen, zunehmend nimmt er auch den Charakter von Religionskonfrontationen der größten Religionen der Welt an. Die katholische Kirche sammelt bekannterweise jede Art von Hilfe für Kroatien und den kroatischen Teil von Bosnien und Herzegowina. Auch die serbisch-orthodoxe Kirche verstand sich als Verteidiger der Serben, doch hat sie sich neuerdings ein wenig von der Strategie von Milošević distanziert. Andererseits meldet sich die islamische Welt ganz offen zu Wort, nachdem die moslemischen Brüder in Bosnien und Herzegowina plötzlich wiederentdeckt wurden.

Nachdem die Führung von Saudiarabien zur Aktion der Unterstützung der moslemischen Brüder aufgerufen hatte, folgten auch andere Staaten des Rates für die Zusammenarbeit am Golf dieser Aufforderung: Kuwait, Bahrein, Katar, die Vereinigten Emirate und Oman. Iran rief zur Gründung der islamischen Armee zur Verteidigung der Moslems auf, aber auch die arabischen Staaten haben nicht mehr nur humanitäre Hilfe im Sinne. In der saudiarabischen Zeitung *Al Jaum* hier es: "Der Islam kann nur mit Waffenlieferungen und die Entsendung von erfahrenen Kämpfern nach Bosnien und Herzegowina verteidigt werden, wo sie den moslemischen Kämpfern (*Mudschahedinen*) bei ihrem Widerstand helfen könnten." Die Zeitung *Al Riad* meint, die Ereignisse in Bosnien und Herzegowina seien nur "das Vorspiel eines Krieges zwischen dem

Islam und dem Westen". Die Zeitungen fordern die moslemische Welt auf, den heiligen Krieg (*Djihad*) auszurufen und damit den Islam zu retten.

Etwas gemäßiger gibt sich die Organisation der islamischen Konferenz mit dem Sitz in Dschedda, in der fast ein Drittel der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, in erster Linie die Staaten der Blockfreienbewegung zusammengeschlossen sind. In einer Ministersitzung der Organisation im Juni 1992 in Istanbul, die sich vornehmlich mit dem Krieg in Bosnien und Herzegowina beschäftigte (aber auch mit den Verhältnissen in Zypern) wurden die Vereinten Nationen zu einer militärischen Intervention aufgefordert. Artikel 42 der siebten Abteilung der Gründungsakte der Vereinten Nationen sieht nämlich eine koordinierte militärische Aktion der Luft-, See- und Heerkräfte vor. Die Türkei wäre jederzeit bereit, ihre Militärpotentiale zur Verfügung zu stellen.

Unter den moslemischen Staaten befürwortet die Türkei konkrete Aktionen am eifrigsten. Die Bosnier hatten in der Geschichte schon den türkischen Schutz gesucht. Ihre Vorfahren waren zum Islam übergetreten, als die Balkanhalbinsel 1463 von den Osmanen erobert wurde. Als die Bosnier nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches den türkischen Schutz verloren, zogen um die Jahrhundertwende Hunderttausende in die Türkei. Heute gibt es in der Türkei etwa eine Million Nachkommen dieser bosnischen Auswanderer, die noch immer enge Beziehungen zu ihren Verwandten in Bosnien und Herzegowina pflegen. Die Türkei hat auch einige hundert bosnische Familien aufgenommen, doch gehen die meisten lieber nach Europa, das ihnen trotz ihrer islamischen Religion näher steht.

In der Türkei werden wieder Erinnerungen an die großen Zeiten des osmanischen Reiches wach, in politischen Kreisen in Ankara wird ein "neuer Ottomanismus" erwähnt. Auch hier lebt das geschichtliche Projekt der großen Türkei wieder auf, diese soll ihr Interessengebiet auf die nichtarabische islamische Welt vom Balkan bis nach Zentralasien ausweiten.

Die Türkei trifft mit ihren expansionistischen Zielen auf den Iran, der sich um eine dominierende Rolle in der islamischen Welt bemüht. Der geistige Führer der iranischen Republik, Ajatollah Khamenei, schickt bereits mit Lastflugzeugen Spenden für Flüchtlinge, verschiedene iranische Geheimorganisationen aber auch Waffen und Geschützbatterien. Angesichts des Gemetzels in Bosnien und Herzegowina kommt bei den Moslems in der ganzen Welt ein ungutes Gefühl und auch Mitleid auf. Außerdem wurden religiöse Elemente nicht zuerst von den Moslems ins Feld geführt, sondern von den Christen, den Serben und den Kroaten. Deshalb faßt die moslemische Welt heute das Geschehen auf der Balkanhalbinsel als "Teil des Feldzuges für die Vertreibung des Islams aus Europa" auf. Der ägyptische "Fernsehprediger" Mohamed al-Ghazali erklärt den Massen am Nil, daß das erst die "Spitze eines Eisberges" sei. Die Moslems müßten sich auf eine große Auseinandersetzung der christlichen Welt mit dem islamischen Osten wappnen.

Die bosnischen Moslems richten in ihrer Not ihre Blicke verständlicher Weise nach Mekka, so wie die Katholiken nach Rom und wie die Serben im orthodoxen Moskau um Verständnis werben. Zdravko Grebo, ein angesehener Universitätsprofessor aus Sarajewo, der trotz aller Greuel die Stadt nicht verlassen will, verneinte in einem Interview für die Zagreber Zeitschrift *Danas* die Behauptungen, die Moslems wollten aus Bosnien eine islamische Republik machen. "Bosnien kann kein islamischer Staat sein," meinte er. "Nicht nur, weil Europa das überhaupt nicht gerne sehen würde, es ist unmöglich wegen der ethnischen Zusammensetzung der Republik. Die Moslems erreichen hier nicht jene kritische Masse, die für die Errichtung eines islamischen Staates notwendig wäre. Andererseits ging auch die mehrheitliche Stimmung der Moslems hier nicht in diese Richtung." Er gibt jedoch zu, daß es in der SDA allerdings einen militanten Flügel gebe, der von Bosnien und Herzegowina träume.⁵

Es bestehen Möglichkeiten für einen Frieden auf dem Balkan! Doch gibt es solche Möglichkeiten nur, wenn die Interessen der kämpfenden Parteien mit der Idee des geschichtlichen Rechts übereinstimmen sollten. Ungerechte Lösungen können die Auseinandersetzung nur verlängern oder neue Kriege zum Ausbruch bringen. Die Suche nach der gerechten Lösung könnte jedoch relativ objektiviert werden durch internationale Maßstäbe, die in der demokratischen Weltgemeinschaft bereits standardisiert worden sind. Der Frieden ist also in den Händen von verständigen Initiativen und Vorschlägen internationaler Kommissionen und der Vereinten Nationen.

In Zukunft wird es sich herausstellen, ob die internationalen Unterhändler die Fähigkeiten transkultureller Vermittler aufweisen: die Empfindlichkeit für Wertunterschiede, Flexibilität in der Bewältigung des Unerwarteten, die Verständnis der Unterschiedlichkeit als Möglichkeit für die Eröffnung von Kommunikationen.⁶ Wenn sie solche Eigenschaften nicht haben, werden ihre Interventionen den Konflikt nur noch verschärfen.

⁵ A. Csepel, Pogovor z Zdravkom Grebom: Umrlji homo skupaj (Gespräch mit Zdravko Grebo: Wir werden zusammen sterben), *Danas*, Naši razgledi, 5. Juni 1992, S. 347.

⁶ F. Vreg, *Demokratsko komuniciranje* (Demokratische Kommunikation), NUB BiH, Sarajevo 1991, S. 286.

Dušan Reljić

Institutionen in postkommunistischen Gesellschaften.

Der Fall Jugoslawien

Das System der sozialistischen Selbstverwaltung in der Wirtschaft sowie in der kommunalen und staatlichen Organisation im Verbund mit der blockfreien Außenpolitik sowie der offiziellen Ideologie der "Brüderlichkeit und Einheit" bildeten die Tragpfeiler der gesellschaftlichen und politischen Ordnung Jugoslawiens.

Norm und Realität

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien besaß eine überinstitutionalisierte politische und gesellschaftliche Ordnung. Eine Unzahl von Gesetzen, Verordnungen sowie quasi-gesetzlichen "gesellschaftlichen Absprachen" und "Selbstverwaltungs-Abkommen" warf ein eng gestricktes Netz über Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Die Folge davon war, daß spontane, private oder andere im System der Institutionen nicht vorgesehene Initiativen als staatsfeindlich erachtet und im Keime erstickt wurden. Wenn die Machtzentren zu der Einschätzung kamen, daß sich bestimmte Interessen zu Initiativen bündelten, die systemsprengend hätten wirken können, z.B. die Gründung privater Presseprodukte, wurden verschiedene Formen der Repression angewendet, die bis zur strafrechtlichen Verfolgung reichten.

Das Gesellschaftssystem der SFRJ war hochkomplex, idealistisch und rigid. Deswegen blieb es immer nur ein Phantom, denn so wie es normativ verfaßt war, konnte es nicht funktionieren. Ein technischer Vergleich bietet sich hier an: In den vierziger Jahren entwickelten Flugzeugbauer gigantische Flugmaschinen mit starken und zahlreichen Motoren, die beeindruckend aussahen - sie flogen aber nie oder nur kurz und mit Mühe, weil sie gegen die Gesetze der Aerodynamik gebaut waren und deswegen nicht funktionieren konnten. So auch das jugoslawische System.

Deswegen bildeten sich nicht vorgesehene, zum Großteil nicht kodifizierte Institutionen, die der Gesellschaft und dem Individuum das Überleben sicherten. Die offiziellen Ideologen verheimlichten die Existenz dieser "parallelen Welt" nicht und kritisierten unentwegt sogenannte "nichtformelle Machtzentren" als unerwünschte, systemfremde Abweichungen.

Ein solches "nichtformelles Machtzentrum" im Betrieb war z.B. das "Triumvirat": der Direktor, der Parteisekretär und der Arbeiterratsvorsitzende. Alle Macht gehörte zwar normativ dem Arbeiterrat, aber

praktisch kontrollierte das Triumvirat alle Vorgänge. Im institutionell überfrachteten politischen System tendierte die Macht sowohl in den Republiken als auch im Bund dazu, bei der Parteispitze konzentriert zu sein.

In der Person von Josip Broz Tito, der seine Legitimation sowohl traditionell (aufgrund seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg) als auch charismatisch absicherte, konzentrierten sich die Machtfäden. Sein Wort genügte, um Gesetze außer Kraft zu setzen und Institutionen wie das Parlament oder das Staatspräsidium auszuschalten.

Für das Individuum hatte der Alltag oft kafkaeske Züge. Der Institutionen-Dschungel war undurchsichtig, der Zugang zu den Institutionen durch bürokratische Hindernisse versperrt, so daß ein Zurechtkommen meist nur über persönliche Beziehungen möglich war. Die Zuteilung von Wohnungen im Betrieb gelang gewöhnlich mit Hilfe von "Vitamin B" (Beziehungen), der politische Aufstieg funktionierte zumeist mittels Zugehörigkeit zu einem Clan.

Bald lernte auch der letzte Idealist, daß systemfremdes Handeln zweckmäßig war und daß systemkonformes Vorgehen in die Sackgasse führte.

Die Systemideologen faßten diese systemsprengende Institutionenumgehung gewöhnlich in zwei ideologischen Begriffen zusammen: Liberalismus und Nationalismus wurden als die Hauptfeinde der sozialistischen Selbstverwaltung angeführt. Im "Liberalismus" sahen sie den Versuch, die "sozialistische Selbstverwaltung" durch den "Kapitalismus" zu ersetzen, also bestehende Machtzentren tendenziell durch Institutionen der zivilen Gesellschaft auszuschalten. Der "Nationalismus" stellte die Bedrohung seitens eines anderen, nicht sozial sondern ethnisch gerechtfertigten Kollektivismus dar.

Implosion und Vakuum

Mit dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" veränderte sich schlagartig der Lebenszusammenhang der meisten Menschen im Osten Europas. In Jugoslawien folgte unmittelbar auf den Untergang der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung auch eine Implosion der politischen Ordnung. Auf einmal war nichts mehr da - die früheren staatlichen, politischen und ideologischen Institutionen versanken in Chaos und Krieg.

Menschen wurden über Nacht auf ihre primäre Identität zurückversetzt. Diese hat Dr. George Schoepflin von der London School of Economics in einem Interview mit dem Autor zu Fragen des Postkommunismus in drei Begriffen zusammengefaßt: Geschlecht, Familie, Nation. Politisch relevante Dimensionen dieser Identität birgt in sich allein die nationale Zugehörigkeit.

Im allgemeinen politischen Vakuum postkommunistischer Gesellschaften, die durch Abneigung gegen moderne Ideologien gekennzeich-

net sind, gewinnt deswegen der Nationalismus als traditionelles, tief im kollektiven Bewußtsein verhaftetes Denken, absoluten Vorrang.

Beim Versuch, Macht zu bewahren oder zu erhalten (in Serbien der regierende politische Führer Milošević, in Kroatien der zur Macht strebende Dissident Tudman), instrumentalisierte die politische Klasse den Nationalismus "als Opium des Volkes".

Postkommunisten wie im jugoslawischen Falle Milošević, Tudman oder auch der slowenische Präsident Kučan vertreten nicht die Gesellschaft, sondern die Nation, die im nationalen Staat ihre höchste Verwirklichung findet. Das ist sogar in die postkommunistischen Verfassungen eingeflossen: Kroatien wird z.B. als Staat der Kroaten, nicht aber als Staat der Bürger Kroatiens definiert. Aus der totalen Identifikation zwischen Individuum, Nation und Staat entsteht ein fast triebhafter Drang zur ethnischen und politischen Monolität. Das Individuum wird dem nationalen Kollektiv untergeordnet. Sein höchstes Ziel soll sein, als Teil des Ganzen der vom nationalen Führer vorgegebenen Linie folgen.

Eine solche Regierungsmacht kann nicht in Frage gestellt werden, höchstens - wie sie es sieht - von einer anationalen, unpartiotischen, aus dem Ausland bezahlten Opposition. Xenophobie, faschistoide Bestrebungen, Autoritarismus machen sich breit - und werden von den Regierenden und den ihnen unterstehenden ideologischen Multiplikatoren, vor allem dem staatlichen Fernsehen, gefördert.

Die individuellen Menschenrechte zählen weiterhin nicht viel, denn wie früher der sozialistische Kollektivismus, hat jetzt der nationale Kollektivismus die Oberhand. Verglichen mit der Endphase des Sozialismus ist es jetzt schlechter um die Lage des Individuums bestellt. Eine Selbstkontrolle der Regierenden, wahrscheinlich das Grundmerkmal demokratischer Rechtsstaatssysteme, existiert kaum.

Individuum und Staat

Politik- um wieder mit Dr. Schoepflin zu sprechen - funktioniert immer auf drei Ebenen: der ideologischen, der institutionellen und der persönlichen. In postkommunistischen Systemen ist die Vermittlung von Politik durch Institutionen entweder kaum vorhanden oder nicht relevant. Wenn eine politische Persönlichkeit aktiv wird, dann wird ihr Handeln als persönliche Eigenschaft, nicht als gesellschaftlich bedingt, verstanden. Deswegen die Identifikation der Massen mit dem Volksführer, die rechtlich verankerte Institutionen überflüssig macht, womit antidemokratische Tendenzen enorm an Bedeutung gewinnen.

Bald treten aber Enttäuschungen ein, denn politische Versprechen können nicht eingelöst werden, objektiv wegen der zumeist miserablen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und subjektiv, weil durchdachte Konzeptionen fehlen. Deswegen wird Politik sehr schnell als Spiel der Eliten, als eine Serie von Lügen und Betrügen abgestempelt. Die Folge sind Apathie, Zynismus, Politikverdrossenheit. Mit Politik, die in demokratischen Systemen wohl vor allem institutionalisiertes Austragen von

Interessenkonflikten bedeutet, will man nichts zu tun haben. Stattdessen werden einfache Antworten auf komplizierte Fragen gesucht. Die Massen werden anfällig, ja süchtig, für populistische Ideen und Bewegungen.

Moderne zivile Gesellschaften können nicht ohne den Primat von Institutionen über den individuellen Willen existieren. Vorhersehbarkeit, Konsequenz, routinemäßiges Funktionieren der Staatsmacht - dies sind Voraussetzungen für den inneren und äußeren Gesellschaftsfrieden.

Postkommunistische Gesellschaften verfallen schnell an Frustrationen. Dementsprechend stark treten Anomie-Erscheinungen auf wie Korruption und Kriminalisierung breiter Schichten durch Schmuggel, Schwarzarbeit, Spekulation, etc.

Ein neues gesellschaftliches Gleichgewicht könnte durch die Entstehung neuer Mittelschichten erreicht werden. Sie wären autonom gegenüber bisherigen, politisch weitgehend diskreditierten Eliten. Besitzende Mittelschichten brauchen gesicherte Rahmenbedingungen für die eigene Entfaltung, vor allem Rechtsstaatlichkeit und Abkehr vom staatlichen Dirigismus. All dies hängt ab von der Anerkennung und Achtung von Institutionen. Sollte dieser Stabilisierungsprozeß eintreten, müßte die Absolutierung der nationalen Idee und des Nationalstaates aufgehoben werden. Zwingend ist die Abkehr vom hier geschilderten postkommunistischen Syndrom erst recht durch die Teilnahme an europäischen Integrationsprozessen. Postkommunistische politische Eliten in Ostmittel- und Südosteuropa haben einen wesentlichen Teil ihrer politischen Popularität dadurch gewonnen, daß sie die früheren kommunistischen Machthaber wegen ihrer Abkehr von Westeuropa und ihrer Anlehnung an den "Asiatischen Despotismus", d.h. Unterwürfigkeit gegenüber der Sowjetunion, kritisiert haben. Jetzt müssen die neuen Regierenden ihr Versprechen erfüllen - ihren Ländern die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum ermöglichen oder Sicherheitsprobleme durch Mitgliedschaft im NATO-Koordinierungsrat lösen. Somit ist es für die Demokratisierung postkommunistischer Staaten von besonderer Bedeutung, inwiefern EG, OECD, NATO und andere supranationale Institutionen ihnen Teilhabe an kontinentalen Integrationsprozessen ermöglichen.

Niko Toš

Slowenien zwischen Westeuropa und Balkan

Institutionelle Veränderungen und Perspektiven der Demokratie

Sloweniens Demokratisierung, institutionelle Transformationen und wirtschaftliche Reformen werden von einer Reihe angesehener internationaler Politiker und Wirtschaftsfachleute in letzter Zeit als eine "Erfolgsgeschichte" - *success story* - bezeichnet. Bei der Bewertung der Transformationsprozesse in den sozialistischen Staaten - auch in Jugoslawien - hat man Slowenien schon vor Jahren, in der Anfangsphase der sowjetischen Perestroika, eine Sonderrolle sowie die Möglichkeit des Übergangs zu einer liberalen Demokratie zugeschrieben. Durch die Verschärfung der jugoslawischen Krise und durch tektonische Verschiebungen in der Sowjetunion (und in anderen ost- und mitteleuropäischen Ländern) wurde diese frühe liberale Entwicklung mit den Kennzeichen einer möglichen politischen Pluralisierung irgendwie in den Hintergrund gedrängt.

Um den gegenwärtigen Zustand und die Möglichkeiten der Integration eines demokratisierten Slowenien in Europa zu verstehen, braucht man eine Darstellung des sogenannten jugoslawischen Kontextes seiner Entwicklung, eine Darstellung der institutionellen Transformation und vor allem eine Darstellung der Veränderung der Werte.

1.0 Slowenien im jugoslawischen Kontext

Heute ist Jugoslawien nur noch ein historischer Begriff, ein historisches Relikt. Obwohl es in den vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein positives Image in der Welt hatte und Hoffnung auf die Entwicklung einer humanen Variante des Sozialismus und der Gleichberechtigung von mehreren Nationen in einem gemeinsamen Staat erweckte, erscheint es heute als eine große Illusion. Grundmerkmal seiner siebenjährigen Entwicklung ist die Repression.

So konnte Jugoslawien in der ersten Phase seiner Existenz - bis zum Zweiten Weltkrieg - nur als ein autoritärer, monarchischer Staat bestehen, mit einem entwickelten repressiven Apparat, der in den Händen der Serben war. Nach dem Zweiten Weltkrieg regenerierte sich Jugoslawien als ein föderativer Staat mit einer anerkannten Autonomie der Nationen, doch unter den Bedingungen des kommunistischen autoritären Systems und eines charismatischen Führers. Erst in der Mitte der achtziger Jahre, als die monolithische jugoslawische Partei zerfiel und innerhalb des Staates politische Kämpfe auf nationaler Basis stattfanden, wurde auch nach außen sichtbar, daß die serbische

politische Elite das deklarierte Prinzip der nationalen Autonomie und föderativen Staatseinrichtung nie akzeptierte hatte.

Die Tatsache, daß Jugoslawien historisch tot ist, wird auch dadurch illustriert, daß Serbien und Montenegro als zwei neue vereinigte Staaten den Namen Jugoslawien übernahmen und daß sie sich wichtige Teile des Territoriums des ehemaligen Staates anzueignen versuchen, vor allem Bosnien-Herzegowina und die wichtigen Teile Kroatiens, während die Frage der Aneignung des Territoriums Makedoniens noch immer offen ist.

Es ist kein Zufall, daß ähnliche mehrnationale Staaten nach dem Aufheben der totalitären Regime ebenfalls zerfallen. Die Auflösung der Tschechoslowakei wird voraussichtlich ruhig verlaufen, dagegen ist das Auseinanderbrechen der ehemaligen Sowjetunion mehr und mehr durch militärische Kämpfe charakterisiert, zu einem Zerfall der Russischen Föderation als eines mehrnationalen Staates ist es aber bisher noch nicht gekommen. Die Parallelen, die das ehemalige Jugoslawien, die ehemalige Tschechoslowakei und die ehemalige Sowjetunion verbinden, greifen aber tiefer in den europäischen Raum ein, nur daß hier demokratische Systeme dominieren, wodurch Spannungen zwischen den Nationen vorwiegend auf demokratischer Basis reguliert werden können. Natürlich gilt diese Feststellung nicht für Nordirland, für das Baskenland usw.

Zwischen den südslawischen Nationen bzw. Staaten auf dem ehemaligen Territorium Jugoslawiens haben sich heute die Konflikte zu Kämpfen mit der Waffe, zu Krieg oder kriegsähnlichen Zuständen, zu krimineller Vernichtung der Zivilbevölkerung, zu Genozid und Ethnozid ausgeweitet. Der Verlauf des Zerfalls des jugoslawischen Staates als eines kommunistischen Monolithen zeigt alle Komplexität und Kompliziertheit dieses gesellschaftlichen und politischen Prozesses. Neben der Hauptfront des Kampfes, die zwischen kommunistischen Machthabern einerseits und gesellschaftlichen Bewegungen, aufkommender Opposition und Bevölkerung andererseits verlief mit dem Ziel, das Parteimonopol zu erhalten bzw. ein pluralistisches politisches System einzuführen, zeigt sich der Kampf um politische Übermacht und Staatseinrichtung gleichzeitig auch als ein nationaler und religiöser Kampf. Die Wurzeln dieser Kämpfe zwischen den Nationen bzw. Republiken liegen in der spezifischen Kristallisation der territorial-bestimmten Modelle des Verhaltens, der politischen Kulturen und der kulturellen Archetypen.

Unter den Bedingungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise sowie des Zerfalls eines totalitären Systems am Ende der achtziger Jahre manifestierten sich latente Konflikte, und zwar deswegen, weil die Regulation des totalitären Staates und der Partei nachgelassen hat, bzw. weil unter den Bedingungen einer spontanen Liberalisierung des Systems erhöhte Möglichkeiten zur Durchsetzung alternativer Interessen bestanden haben.

Die Tatsache, daß die weitere Entwicklung Jugoslawiens als eines Staates bzw. einer politischen Gemeinschaft problematisch war, wurde schon am Ende der siebziger Jahre durch eine soziologische Analyse an-

gedeutet und wurde deswegen der politischen Repression ausgesetzt. Es wurde nämlich offenbar, daß die Probleme zwischen den Nationen trotz ihres andersartigen Aussehens noch nicht gelöst waren. Durch den Zerfall der monolithischen Partei wurden zwei gegensätzliche Tendenzen immer ausgeprägter: (1) die Tendenz nach einer Neudefinition der Lage der Nation bzw. des Nationalstaates, die in der konföderalen Konzeption und Befürwortung des politischen Pluralismus bestand, und (2) die Tendenz nach einer Restriktion des durchgesetzten Föderalismus und Stärkung des Monopols der Partei. Es hat sich auch herausgestellt, daß (trotz des humanen Gehalts der Idee) die Praxis der sogenannten Selbstverwaltung bzw. das Selbstverwaltungssystem nur als Kulisse für die Erhaltung des Monopols der Partei diene. Die wirtschaftliche Krise und die Frage der Abzahlung der Schulden gegenüber dem Ausland verschärften zusätzlich das Verhältnis zwischen den Republiken, was sich in Konflikten zwischen den entwickelten und den unentwickelten Republiken ausdrückte. Nationale politische Eliten in den entwickelten Republiken, besonders in Slowenien, unterstützten die Demokratisierung und lockerten das Monopol der Partei, während nationale politische Eliten in weniger entwickelten Republiken und vor allem die politische und kulturelle Elite in Serbien den ideologischen Druck verschärften und ihre monopolistische Rolle verstärkten.

Die Krise und der Zerfall des jugoslawischen Systems sind also nicht nur in den Konflikten zwischen den Nationen verwurzelt. Es handelt sich um tiefe ideologische und politische Kontroversen in den Beziehungen der politischen und kulturellen Eliten der einzelnen Völker bzw. Republiken zum politischen Pluralismus und zum Prozeß der Demokratisierung. Slowenien einerseits strebte nach möglichst großer Autonomie im Rahmen der Staatsgemeinschaft (Konzept der Konföderation) und nach innerer Demokratisierung (politischer Pluralismus), Serbien andererseits strebte nach Aufhebung der schon durchgesetzten Autonomie der Republiken, nach Restauration des autoritären Systems und nach Verstärkung des Monopols der Partei. So entwickelte sich in Slowenien eine Tendenz zur Verselbständigung und Gestaltung eines Staates auf demokratischen Grundlagen, während in Serbien kommunistischer Fundamentalismus sowie Ansprüche auf das Prinzip "ein Mensch eine Stimme" und damit auf Aufhebung der föderalen Einrichtung im politischen System, auf Redistribution, auf die Herrschaft einer Partei und auf serbische Übermacht auf allen Ebenen des Systems durchgesetzt wurden.

Unter den Bedingungen eines solchermaßen verschärften Konflikts formulierte ein Teil der serbischen intellektuellen und politischen Elite das Programm der serbischen national-territorialen Expansion. Auf dieser Grundlage wurden zuerst Massenprotestbewegungen gegen Albaner im Kosovo und gegen Slowenien hervorgerufen, danach verbreiteten sie sich als die Bewegung "Blut und Boden" mit Milošević als charismatischem Führer in allen jugoslawischen Republiken, vor allem in den Regionen außerhalb Serbiens, wo die autochtone serbische Bevölkerung lebte. Hierbei spielte der repressive Staatsapparat, besonders die Ar-

mee, die in der ganzen Zeit nach dem Krieg vorwiegend serbisch war, eine Sonderrolle.

An diesem Punkt kommt die politische Geschichte Jugoslawiens de facto zum Abschluß, doch wird ein neuer Typ von Beziehungen zwischen den neu entstandenen Staaten, Nationen, Religionsgemeinschaften aktiviert, der vor allem durch Kämpfe mit der Waffe, durch Krieg gekennzeichnet ist.

Unter solchen politischen Verhältnissen fanden im Jahr 1990 in den einzelnen jugoslawischen Republiken erste "demokratische Wahlen" bzw. "friedliche Revolutionen" statt. In bezug auf die politischen Veränderungen, die nach den Wahlen in den einzelnen jugoslawischen Republiken eintraten, könnte man sie mit einigen anderen osteuropäischen Ländern vergleichen: Slowenien und Kroatien sind der Tschechei und Ungarn ähnlich, Serbien und Montenegro dagegen Rumänien und Bulgarien, und doch überholten diese zwei Länder Serbien und Montenegro später im besonderem Maß hinsichtlich des Demokratisierungsprozesses. Makedonien und Bosnien-Herzegowina sind Grenzfälle, wenigstens bis zum Beginn des Krieges in Bosnien-Herzegowina. Wir werden die politischen Grundprozesse und den Ablauf der Demokratisierung in den einzelnen Republiken kurz beschreiben.

1.1. Serbien: Ideologischer Fundamentalismus, radikaler Nationalismus und Militärrepression

Die politische Wende in Serbien entspricht der These von Szeleny über "Readaptation des regierenden politischen Autoritarismus mit der Gefahr der Durchsetzung einer starken Partei des peronistischen Typs". Durch die Wahlen wurde zwar der formale politische Pluralismus durchgesetzt, die serbische kommunistische politische Elite hat aber ihre politische Mächte völlig erhalten und den Druck auf alle gesellschaftlichen Strukturen verschärft, besonders auf die Massenmedien und den wirtschaftlichen Bereich. Der Wahlkampf verlief im Zeichen der Verfolgung der Feinde und der national-territorialen Expansion mit der vollkommenen Unterstützung durch die Armee. Für die politischen Verhältnisse in Serbien sind ideologischer Fundamentalismus, Persönlichkeitskult und extremer, aggressiver Nationalismus charakteristisch.

Schien es bei dem zehntägigen Krieg in Slowenien um einen Konflikt zwischen der jugoslawischen Armee und dem souveränen slowenischen Staat zu gehen, handelte es sich in der nächsten Phase der militärischen Eskalation in Kroatien offensichtlich um einen Konflikt zwischen der serbischen Armee, die vermeintliche serbische Territorien in der Republik Kroatien okkupiert, und dem selbständigen kroatischen Staat. Serbien führte de facto Krieg gegen Kroatien auf dem Gebiet von Krajina und Slawonien und besetzte ein Drittel des kroatischen Staatsterritoriums. Später begann es auch gegen den international anerkannten Staat Bosnien-Herzegowina bzw. gegen seine moslemische und kroatische Be-

völkerung vorzugehen. Die Zerstörung und die Greuel dieses Krieges werden als "Massenproduktion des Todes" der Zivilbevölkerung bezeichnet. Bei der Realisierung der Konzeption von "Blut und Boden" wird die moslemische Bevölkerung vertrieben, in Konzentrationslagern gefangengehalten und vernichtet, was die Greuel des Zweiten Weltkriegs weitaus übersteigt.

Die Perspektive einer demokratischen Entwicklung Serbiens ist schwer einzuschätzen. Derzeit entwickeln sich die Verhältnisse unter dem Einfluß der Kriegerschöpfung und der internationalen Blockade in Richtung des Kriegskommunismus und des radikalisierten nationalen Expansionismus. Einzelne Merkmale (Demonstrationen bzw. Manifestationen organisiert von Oppositionsparteien, Ernennung des Amerikaners Panic zum Präsidenten der sogenannten Bundesrepublik Jugoslawien) bedeuten noch keine politische Wende zur Demokratie.

Wenn auch der Krieg in Bosnien-Herzegowina aufhören und wenn sich die serbische Armee aus den kroatischen Territorien zurückziehen würde, würde dies keine Garantie auf innere demokratische Prozesse bedeuten. Serbien wird die Folgen seines nationalistischen Expansionismus weiter auf dem Weg in das nächste Jahrtausend tragen.

1.2. Kroatien:

Scheinbare Demokratisierung, Nationalismus und Neotitoismus

Die innenpolitische Entwicklung Kroatiens schien wenigstens am Anfang der Sloweniens sehr zu gleichen. Und doch deuteten schon die Ergebnisse der ersten demokratischen Wahlen auf eine anderartige Orientierung hin. Die Regierung der Partei der Kommunisten wurde durch die Regierung einer anderen Partei, der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), ersetzt. Die "reformierten" politischen Parteien mit ihren Wurzeln aus der kommunistischen Ära wurden in die Opposition gedrängt, obwohl sie erhebliche Unterstützung von den Wählern bekommen hatten, vor allem von den in Kroatien lebenden Serben. Die HDZ als eine rechte, nationalistisch orientierte Partei hat sich zu einem Parteimonolithen entwickelt und durch eine Verfassungsreform ihre Präsidentenherrschaft durchgesetzt. Ein radikaler Nationalismus, die Wiederbelebung des Faschismus und eine starke Konfrontation mit der serbischen Ethnie (der autochtonen Mehrheitsbevölkerung auf dem Gebiet von Krajina) kennzeichnete Kroatiens Prozeß der Verselbständigung, mit dem es Slowenien folgte. Die Entscheidung über die Verselbständigung intensivierte den Prozeß einer inneren Spaltung und "Verselbständigung" der serbischen Regionen, besonders nachdem der Krieg in Slowenien beendet war. Der Krieg verbreitete sich epidemisch auf fast der Hälfte des kroatischen Territoriums. Angesichts der Krisensituation war die herrschende Partei mit dem Anschein einer allnationalen Koalition einverstanden (Regierung der nationalen Rettung), tatsächlich jedoch behielt der Präsident der Republik die gesamte Legislative und Exekutive sowie den Oberbefehl über das Militär in seinen

Händen. Als der Krieg teilweise nachließ, führte die regierende Partei Parlaments- und Präsidentenwahlen durch, um ihre Position zu stärken. Diese Wahlen, die unter den Verhältnissen der Okkupation eines Drittels des kroatischen Territoriums verliefen, festigten nachträglich die politische Macht der regierenden Partei und des Präsidenten der Republik.

Demzufolge wurde die Entwicklung der demokratischen Institutionen in Kroatien gestoppt. Dies zeigt sich besonders in der Zusammensetzung und Art der Tätigkeit des Parlaments, im Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative, zwischen Politik und Justiz sowie zwischen der HDZ und den Massenmedien, usw. Kritische Beobachter der politischen Verhältnisse in Kroatien sprechen von einer neuen Ära des Parteimonolithismus der HDZ und des Neotitoismus.

1.3. Bosnien-Herzegowina: Nationale Zerteilung, serbischer Expansionismus, militärische Vernichtung des Landes

Wegen des verschärften Druckes des serbischen und kroatischen Nationalismus im Raum von Bosnien-Herzegowina waren die Ergebnisse der politischen Wahlen identisch mit der ethnischen bzw. nationalen Teilung der Bevölkerung. Am Anfang traten die Serben aus der gemeinsamen Regierung aus, danach teilweise auch die Kroaten, so daß vorwiegend die Moslems Träger der legalen Regierung geblieben sind. Die Serben konstituieren sich innerhalb des Territoriums von Bosnien-Herzegowina als selbständige Republik und okkupieren diesen Raum stufenweise in militärischen Kämpfen. Die serbische Eroberung wird begleitet von solch barbarischen Kriegsverbrechen, Genozid und Ethnozid, wie sie Europa in diesem Jahrhundert noch nie erlebte. Die serbische militärische Aggression verläuft unter dem Anschein ethnischer Konflikte innerhalb von Bosnien-Herzegowina bei tatsächlicher Aktivierung des Militärapparats des ehemaligen Jugoslawiens als einer serbischen Militärmacht.

Die Perspektive der Demokratie in diesem gesellschaftlichen Raum ist die Perspektive des Friedens. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Bosnien-Herzegowina kann von einer demokratischen Entwicklung nicht die Rede sein.

Die Verhältnisse in *Montenegro* und *Makedonien* werden hier nicht gesondert beschrieben, weil schon die Darstellung der Verhältnisse in Serbien, Bosnien-Herzegowina und auch in Kroatien klar zeigt, daß die Perspektiven einer demokratischen Entwicklung dieser Gesellschaften äußerst beschränkt sind, daß es sich um einen ausgesprochenen Stillstand handelt.

Es bestünde die Hoffnung, daß im Falle eines entschiedeneren Eingriffs der internationalen Gemeinschaft, vor allem Europas, ein Demokratisierungsprozeß in Bosnien-Herzegowina und Serbien in Gang gebracht werden könnte. Tatsächlich ist die demokratische Entwicklung

dieser Gesellschaften in das nächste Jahrtausend verschoben. Die Verhältnisse auf dem Balkan werden die demokratische Entwicklung und den Integrationsprozeß nach Europa auch noch am Anfang der folgenden Jahrhunderte belasten.

2.0. Institutioneller Wandel in Slowenien

Um die politische Wende in Slowenien zu erläutern, könnten wir die These von Habermas über die "nachholende Revolution" anwenden. Seit den Wahlen erlebt Slowenien eine radikale politische und soziale Transformation, die sich in der Durchsetzung des politischen Pluralismus zeigt, in der Tatsache, daß unmittelbar nach den Wahlen die ehemalige Opposition ihre Koalitionsregierung formierte, daß das Parlament aufgrund des Plebiszites die Staatsunabhängigkeit Sloweniens erklärte, daß eine neue, den europäischen Verfassungsstandards angepaßte Verfassung verabschiedet wurde, daß das Gesetz über Reprivatisierung des Vermögens verabschiedet wurde, daß das Marktsystem durchgesetzt wurde, daß der Staat sich international-rechtlich durchzusetzen begann, usw. Im Prozeß des Nachholens der versäumten Entwicklung ("nachholende Revolution") hat Slowenien sicher die größten Fortschritte von allen ehemaligen jugoslawischen Republiken gemacht. Seine ausgesprochenen Vorteile dabei sind: (1) die historische Verbundenheit mit dem mittel- bzw. westeuropäischen Raum und die Tatsache, daß es mit ihm im zivilisatorischen, kulturellen, religiösen und besonders im ökonomischen und technologischen Sinne verbunden ist; (2) daß die in Slowenien regierenden Regime die Verbundenheit mit Westeuropa nie endgültig abgebrochen hatten und daß im letzten Jahrzehnt Verbindungen mit Europa systematisch gepflegt wurden; (3) daß das Regierungssystem in Slowenien mit Ausnahme des Zeitabschnitts unmittelbar nach dem Krieg nie extrem totalitär war. In Slowenien herrschte in den letzten Jahrzehnten ein demokratischeres Klima und die politischen Prozesse nahmen einen liberalen Verlauf, die Grenzlage Sloweniens ermöglichte seine Offenheit gegenüber dem europäischen Raum, höhere Produktivität kam auch in höherer Lebensqualität der Leute zum Ausdruck; (4) einzelne gesellschaftliche Subsysteme waren der politischen Domination weniger ausgesetzt und wurden relativ selbständig. Dies gilt vor allem für die Wirtschaft, wo sich ein verhältnismäßig wirksames Management, verbunden mit dem europäischen Markt, entwickelte. Relativ selbständig waren auch Gesundheitswesen, Wissenschaft und Kultur.

Im folgenden werden die Hauptmerkmale des institutionellen Transformationsprozesses aufgezeigt: politischer Pluralismus, Parlament, Struktur und Tätigkeit des Staates, des Marktes und Veränderungen auf dem Gebiet der Kultur, Ausbildung, Wissenschaft und Religion.

2.1. Politischer Pluralismus

Politische Parteien gab es in Slowenien Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts vor dem Zerfall der k.u.k. Monarchie und während der kurzen Zeit von der Gründung Jugoslawiens (1918) bis zum Ende der zwanziger Jahre, als die Rechte auf freie politische Vereinigung auf verschiedene Weisen wesentlich beschränkt wurden. Während des Zweiten Weltkrieges formierte sich aus der Volksbefreiungsbewegung die Kommunistische Partei. Es kam zur sozialistischen Revolution und es entstand das monistische politische Nachkriegssystem mit der hegemonistischen Rolle einer politischen Partei. Das konstitutionalisierte Ein-Parteien-System wurde während der späteren Entwicklung Jugoslawiens zwar "weicher" durch den Widerstand gegen den Stalinismus und die Entwicklung der Ideologie der sozialistischen Selbstverwaltung (Bibić, 1992). Dies wurde besonders in den entwickelteren Republiken des ehemaligen Jugoslawien, vor allem in Slowenien, evident. Das Monopol der Partei war aber im Bereich des repressiven Staatsapparates (Armee, Polizei) durchaus intakt. Die Selbstverwaltung eröffnete zwar den Raum für Reflexionen und die Formierung verschiedener sozialer Interessen, doch die Partei verhinderte die Umsetzung dieser Interessen im Bereich der politischen Verhältnisse und des Funktionierens des Staates. Die Formel des "Pluralismus der Selbstverwaltungsinteressen", die in der Ideologie der Mitte der siebziger Jahre dominierend war, verhinderte eine klare Artikulation der konkreten politischen Interessen und konnte also keinen Übergang zum parlamentarischen System mit mehreren Parteien gewährleisten. Die Prozesse der Differenzierung von Interessen, die im Bereich der sozialen Verhältnisse verliefen und die sich durch das Wirken verschiedener Bewegungen der Zivilgesellschaft zeigten, konnten im Bereich der bestehenden politischen Verhältnisse nicht geäußert werden, weil das Monopol einer Partei den Übergang aus der differenzierten Zivilgesellschaft zum politischen Pluralismus unmöglich machte.

Politischer Pluralismus ist also ein relativ neues Phänomen in der Geschichte Sloweniens und ist mit einer außerordentlichen Dynamik der gesellschaftlichen Bewegungen am Ende der achtziger Jahre verbunden.

Verschiedene Initiativen führten damals zur Entstehung der politischen Parteien:

- Standesinteressen, die im sozialistischen System nicht durchgesetzt werden konnten, im slowenischen Fall besonders die Interessen der kleinen Bauern (Slowenischer Bauernbund, Mai 1988) und der kleinen Privatunternehmer sowie der Gewerbeleute (Slowenische Gewerbepartei);
- aus gesellschaftlichen Bewegungen stammende Initiativen, besonders aus der ökologischen Bewegung (die Grünen Sloweniens, Juni 1989);
- eine allgemeine demokratische Tendenz, eine Tendenz zur Durchsetzung der liberalen Demokratie gegen das Ein-Parteien-System, vertreten vor allem von der humanistischen Intelligenz (Schriftsteller, Philosophen, Soziologen), die in Konflikt mit den Trägern des Sy-

stems geraten war. Diese Strömung war in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sehr stark und führte zur Gründung des Slowenischen Demokratischen Bundes;

- eine Bewegung, die sich der christlichen Tradition und dem christlichen Ethos verbunden fühlte, gründete 1990 die Partei der Slowenischen Christlichen Demokraten;
- in europäischer Tradition entstand im slowenischen Industriemilieu eine soziale demokratische Bewegung, die zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei führte. Die Bezeichnung "sozialdemokratisch" wurde später auch von anderen Parteien des linken Spektrums übernommen;
- der Bund der Kommunisten und andere gesellschaftlich-politische Organisationen des ehemaligen Systems transformierten sich im Jahr 1990 zu politischen Parteien mit linker bzw. links-zentraler Orientierung: der Bund der Kommunisten zur Partei der Sozialdemokratischen Reform, die ehemalige Jugendorganisation zur Liberal-Demokratischen Partei und der ehemalige Sozialistische Bund zur Sozialistischen Partei. Für alle diese Gruppierungen ist charakteristisch, daß sie beim Übergang eine Programm- und Personalreform erlebten und daß sie linke bzw. links-zentrale Positionen einnahmen. Alle drei Parteien nahmen in letzter Zeit aktiv am Übergang vom Ein-Parteien-System zum Mehr-Parteien-System teil. Nach den freien Wahlen (April 1990) hatten sie als Oppositionsparteien einem wichtigen Anteil an der Arbeit des Parlaments.

Die neuentstandenen politischen Parteien bildeten vor den Wahlen (April 1990) die Koalition Demos. Nach den Wahlen übernahmen sie mit ein bißchen mehr als der Hälfte die Macht im Parlament. Die Gestaltung und Gliederung des politischen Raumes Sloweniens findet auch nach den Wahlen statt, ähnlich wie in anderen ehemaligen sozialistischen Ländern (Wiatr, 1992; Blahož, 1992). So waren Mitte 1992 in Slowenien mehr als 100 politische Parteien registriert. Die hohe Fragmentierung des politischen Raumes ist eine Reaktion auf seine vorangegangene monolithische Struktur. Sie ist auch eine Folge der Unerfahrenheit mit dem politischen Pluralismus, also einer niedrigen demokratischen Kultur, und seiner systembedingten Vielschichtigkeit. Bei der Gründung der politischen Parteien artikulieren sich neben verschiedenen gegensätzlichen politischen Interessen, auch partielle regionale und lokale Interessen, persönliche Ambitionen einflußreicher Leute, usw.

Die tatsächliche Fragmentierung des politischen Raumes Sloweniens ist viel kleiner, da hier nur ca. 10 politische Parteien von größerer Bedeutung sind. Die wichtigsten Trennlinien - *lines of cleavages* - lassen sich ziehen zwischen linken bzw. links-zentralen, zentralen und rechten bzw. rechts-zentralen Parteien. Zur ersten Gruppe (links-zentral) gehören die Partei der Sozialdemokratischen Reform, die Sozialistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Liberal-Demokratische Partei, die im Parlament vertreten sind, und ein paar kleinere Parteien, die nicht im Parlament sind. Im Zentrum des politischen Spektrums sind zwei wichtigere Parteien und zwar die Slowenische Demokratische Partei und die

Grünen Sloweniens. In letzter Zeit gehört zur Position in der Mitte auch die Liberal-Demokratische Partei. Im rechten bzw. zentral-rechten Spektrum befinden sich die Slowenische Christliche Demokratie und Volkspartei (früher Bauernbund) sowie die National-Demokratische Partei und die Liberale Partei. Außerhalb des Parlaments behauptet sich vor allem die Slowenische Nationale Partei mit einem ausgesprochen nationalistischen Programm. Diese Einteilung des politischen Spektrums bestimmt auch die Verbindungen, die die verschiedenen Parteien vor den bevorstehenden Wahlen im Dezember 1992 miteinander eingegangen sind: die Partei der Sozialdemokratischen Reform mit der Gruppe der sozialen, auf die Zielgruppe der Arbeiter orientierten außerparlamentarischen Parteien in der linken, die Sozialistische Partei mit der Sozialdemokratischen Partei in der links-zentralen Position, die Demokratische Partei mit den Grünen Sloweniens in der Mitte des politischen Spektrums, die Slowenischen Christlichen Demokraten mit der Volkspartei in der rechts-zentralen und die Nationaldemokraten mit der Liberalen Partei in der rechten Position. Diese Verbindungen sind teilweise durch ein neu eingeführtes Verhältniswahlrecht für die Wahl der Staatsversammlung und des Präsidenten der Republik bedingt. Erst die zweiten freien Wahlen werden die politischen Verhältnisse in Slowenien aufgrund der neuen Verfassung und der neuen Verfassungsgesetzgebung deutlicher werden lassen.

2.2. Struktur und Tätigkeit des Staates

Die neue slowenische Verfassung beinhaltet grundsätzliche Änderungen in Struktur und Tätigkeit des Staates nach dem Umbruch. Bis zu den Wahlen im Dezember 1992 hat das Parlament noch seine alte realsozialistische Struktur. Es setzt sich aus drei Teilen zusammen: der politischen Versammlung, der Versammlung der vereinigten Arbeit und der Versammlung der Gemeinden. Nach der neuen Verfassung ist Slowenien ein parlamentarischer demokratischer Staat, wobei die Staatsversammlung als Vertreter der politischen Interessen die zentrale Rolle spielt. Neben der Staatsversammlung gibt es den Staatsrat mit einer Beratungs- und Kontrollfunktion. Der Präsident der Republik hat eine ausgesprochen repräsentative Rolle. Im Bereich der Staatsverwaltung und des Gerichtswesens gab es nach dem Umbruch keine bedeutenderen Organisations- oder Personaländerungen. Die neue Verfassung betont die Autonomie des Gerichtswesens und die Abhängigkeit der Exekutive vom Parlament. Eine Rationalisierung des Staatsapparats gemäß den westeuropäischen Erfahrungen ist in Vorbereitung. Die Verfassung beinhaltet auch wichtige Änderungen in der Tätigkeit des "kommunalen Systems". Die Gemeinde, die im bisherigen System die Staatsmacht auf der niedrigsten Ebene ausübte, erhält nach der neuen Verfassung nur die Selbstverwaltung. Bedeutende Änderungen gibt es auch bei der Organisation der Landesverteidigung. Slowenien entwickelt seine eigene territoriale Verteidigung, wobei positive Erfahrungen aus früherer Zeit

übernommen werden. Das System der territorialen Verteidigung hat sich während des sogenannten Zehntägigen Krieges nach der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens (Juni 1991) als äußerst erfolgreich bewährt. Daneben wurde auch die Organisation des Polizeisystems geprüft, das das frühere System der (Volks-)Miliz ersetzt hat. Von allen Diensten des Staatsapparates sind nach dem Umbruch nur beim Staatssicherheitsdienst wichtigere Personaländerungen eingetreten: die Kontrolle über die Tätigkeit dieses Dienstes, die in der Vergangenheit die Partei in Händen hatte, wird von einer Sonderkommission des Parlamentes ausgeübt. Nach der neuen Verfassung soll dieser Dienst aus dem Innenministerium ausgegliedert und in eine selbständige Sicherheits-Informationsagentur umgewandelt werden, die unmittelbar unter der Kontrolle der Regierung und des Parlaments stehen wird.

2.3. Wirtschaft: Privatisierung und Marktwirtschaft

In bezug auf den Umbruch des Systems ist es verständlich, daß die gründlichsten gesellschaftlichen Reformen gerade auf dem Gebiet der Wirtschaft stattfinden. In Jugoslawien hatte sich im Rahmen der Ideologie der Selbstverwaltung die sogenannte Konzeption des "gesellschaftlichen Eigentums" im Bereich der Wirtschaft durchgesetzt. Die Konzeption des gesellschaftlichen Eigentums beinhaltet eine unklare Festlegung der Rolle des Trägers des Eigentums, des Eigentümers. Der Begriff des Eigentümers ist verbunden mit verschiedenen Subjekten auf verschiedenen Ebenen. Die Mehrheit der Eigentumsanlagen ist konstitutionell auf der Ebene des Kollektivs der Hersteller definiert, also die "Organisation der vereinigten Arbeit" bzw. ihrer Verwaltungsorgane. Die Stufe der tatsächlichen ökonomischen Autonomie der wirtschaftlichen Subjekte bzw. Unternehmen hängt in der Praxis sicher von der Entwicklungsstufe der Umgebung und vom politischen Klima ab. So haben zum Beispiel Betriebe in Slowenien eine relativ hohe Stufe der Autonomie hinsichtlich der Innenorganisation und der wirtschaftlichen Geschäftstätigkeit entwickelt. Die hohe Autonomie der Unternehmen und ihre Orientierung auf westliche Märkte beeinflussten die Durchsetzung von Management. Vor dem Umbruch und Zerfall Jugoslawiens war die slowenische Wirtschaft das entwickelteste Segment der jugoslawischen Wirtschaft, gekennzeichnet durch eine relativ hohe Produktivität und Orientierung auf westlichen Märkten. Slowenien, das ungefähr 8 % der gesamten Bevölkerung Jugoslawiens darstellte, erzielte fast 20 % des Bruttosozialproduktes (BSP), mehr als 22 % des gesamten Exports und davon mehr als ein Drittel des gesamten Exports auf westlichen Märkten.

Die wirtschaftliche Krise, die Jugoslawien in den achtziger Jahren erlebte, und der Prozeß des Zerfalls der Föderation wirkten sich natürlich auf die wirtschaftliche Entwicklung Sloweniens aus. Wegen politischer Blockaden verlor Slowenien in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre den Markt in Serbien und nach der serbischen Agression in Kroatien

und durch den Kriegsausbruch in Bosnien-Herzegowina wurden alle wirtschaftlichen Verbindungen im einheitlichen jugoslawischen Wirtschaftsraum unterbrochen. Die slowenische Wirtschaft verlor also einen beträchtlichen Teil der Märkte aufgrund des Zerfalls des Zahlungssystems, der kompletten Unterbrechung der Verkehrsverbindungen und sogar wegen des physischen Verlustes wirtschaftlicher Partner. Politische Blockaden der kroatisch-slowenischen Wirtschaftsbeziehungen seitens Kroatiens bedeuten noch eine zusätzliche Verminderung des traditionellen slowenischen Marktes. All dies kommt natürlich in der verschärften Krise der slowenischen Wirtschaft zum Ausdruck. So gibt es heute in Slowenien, das traditionell keine Arbeitslosigkeit kannte, circa 13 % Arbeitslose (darunter mehr als 100 000 Arbeiter). Die meisten größeren Unternehmen, Banken und Infrastruktursysteme (Eisenbahn) befinden sich kurz vor dem Kollaps und in einem Zustand der Sanierungsbedürftigkeit.

Unter diesen wirtschaftlichen Verhältnissen setzen sich die beim Umbruch deklarierten Ansprüche auf Reprivatisierung (des nach dem Zweiten Weltkrieg unrechtmäßig konfiszierten Vermögens) und auf prinzipielle Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums in der Praxis nur schwer durch. Das Gesetz zur Reprivatisierung wurde vom slowenischen Parlament zwar verabschiedet und wird stufenweise durchgeführt (Rückerstattung des konfiszierten Vermögens *in natura*), doch hinsichtlich der Privatisierung des gesellschaftlichen Vermögens entwickelte sich zwischen den politischen Parteien ein Konflikt, der die Verabschiedung des Gesetzes im Parlament blockierte. Alle parlamentarischen politischen Parteien unterstützten das Verfassungsprinzip der Privatisierung, zum politischen Konflikt kam es aber wegen der Frage des Umfangs der "Verstaatlichung" des gesellschaftlichen Vermögens (Konzentration der Eigentumsrechte in den Händen der vom Staat verwalteten Fonds), des Umfangs der unabgezahlten Verteilung der Obligationen an die Bevölkerung und der Ersetzung von Managerstrukturen in Firmen (die sogenannten roten Direktoren) nach dem Willen des Staates. Der diese Fragen betreffende politische Konflikt resultierte im Zerfall der regierenden Koalition Demos und in der Bildung der neuen Regierung. Sie besteht aus zentralen und links-zentralen Parteien, während die rechts-zentralen und rechten Parteien in der Opposition sind (Christliche Demokraten, Volkspartei, National-Demokratische Partei, Liberale Partei). Hinsichtlich der Grundprinzipien der Privatisierung wurde inzwischen ein Inhaltskonsensus erzielt. Die links-zentralen Kräfte befürworten einen geringeren Einfluß des Staates auf den Verlauf der Privatisierung, die rechts-zentralen Kräfte eine erhöhte Teilnahme der Bevölkerung an der unabgezahlten Verteilung der Obligationen. Die Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament ist noch immer blockiert, weil die starke Opposition verhindern will, daß die gegenwärtige Regierung vor den Wahlen im Dezember 1992 Privatisierungsvorgänge veranlaßt.

Neben den demokratischen Wahlen ist die Privatisierung des gesellschaftlichen Eigentums natürlich die notwendige Bedingung für die

normale gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sowie für die graduelle wirtschaftliche und politische Integration Sloweniens in den europäischen Raum. Trotz der Blockade des Privatisierungsgesetzes findet die Privatisierung der Wirtschaft statt: sowohl durch Kapitalaufstockung der gesellschaftlichen Unternehmen mittels fremden Kapitals bzw. Verkauf gesellschaftlicher Unternehmen an fremde Firmen, als auch durch Expansion der Privatunternehmenschaft, durch Gründung zahlreicher neuer Unternehmen. Daneben ist auch ein Prozeß der stillen Übertragung des Eigentums bzw. Kapitals aus gesellschaftlichen in private Unternehmen im Gange.

2.4. Veränderungen auf dem Gebiet der Kultur, Ausbildung, Wissenschaft

Auf den Gebieten der Kultur, Ausbildung und Wissenschaft wurde in den achtziger Jahren in Slowenien ein liberaler Autonomismus dominant. Hier wurden in den verschiedenen gesellschaftlichen Dienstleistungsbereichen vorwiegend hohe europäische Standards erreicht (z.B. im Gesundheitswesen, im Grundschulsystem usw.). Interessengemeinschaften auf dem Gebiet der Kultur, der Ausbildung, des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung bestimmten als Selbstverwaltungsinstitutionen selbständig auch den Umfang der benötigten finanziellen Mittel und gaben der Entwicklung auf diesen Gebieten die Richtung. Diese Form der Verwaltung wurde aber schon vor dem Umbruch beseitigt und das diesbezügliche Verwaltungsrecht dem Staat zurückgegeben. Demzufolge sind nach dem Umbruch keine bedeutenden Veränderungen im Verwaltungssystem hinsichtlich der angesprochenen Bereiche wie auch bezüglich der vom Staat finanzierten Programme erfolgt. Zu verzeichnen ist allerdings ein allgemeiner Mangel an Mitteln und ein Druck, die Programme zu reduzieren. Die neuerabschiedeten Gesetze, die die hier angesprochenen Bereiche regulieren, setzen aber gleichzeitig Marktprinzipien durch (beschränkter Umfang der allgemeinen, verbindlichen Krankenversicherung und zusätzliche Privatversicherung; Beteiligung an den Kosten der ärztlichen Behandlung; Beschränkungen des Zuganges zu den Schulen bzw. zu Schulprogrammen; Erhöhung der Ausbildungskosten, die zu Lasten der Eltern gehen; Marketing im Bereich der Kultur usw.). Doch ist es wahr, daß die Aktivität auf diesen Gebieten in den letzten Jahren mehr oder weniger unverändert geblieben ist und daß es nach dem Umbruch zu keinen sichtbaren Programm- und Personaländerungen gekommen ist.

2.5. Kirche

Das Christentum ist ein Teil der kulturellen Tradition Sloweniens, doch spielt die katholische Kirche seit der postrevolutionären Zeit eine relativ konservative Rolle. Im Unterschied zur polnischen Kirche, die während

des Zweiten Weltkriegs Träger des nationalen Widerstands war, verhielt sich die slowenische Kirche damals passiv bzw. verband sich mit den politischen Kräften, die mit den Okkupationsmächten kollaborierten. Dieser Umstand und die herrschende kommunistische Ideologie beeinflussten die Marginalisierung und Beschränkung der Kirche in Slowenien. Das kirchliche Vermögen wurde verstaatlicht und die Trennung von Kirche und Staat durch Verfassung und Gesetze deklariert. Am Anfang der Nachkriegszeit war Religiösität ein negatives Kriterium bei der Personalselektion. Dies galt vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung und bei der Besetzung wichtiger Führungspositionen. Seit der Zeit des frühen Liberalismus (am Ende der sechziger Jahre) entwickelte sich die Kirche aber relativ selbständig und die Glaubensfreiheit nahm zu. Soziologische Forschungen zeigen, daß sich trotz der ideologischen Indoktrination durch das Schulsystem und trotz verschiedener Formen politischer Beschränkung der Kirche und der Gläubigen in der Vergangenheit, sich der Anteil der Gläubigen in der Bevölkerung Sloweniens während der ganzen Zeit nicht wesentlich veränderte: Er beträgt etwa 2/3 oder mehr. Die meisten sind Katholiken; es gibt aber auch noch eine kleinere autochthone evangelische Glaubensgemeinschaft unter den Slowenen und Ungarn im nordöstlichen Slowenien sowie einen orthodoxen und moslemischen Bevölkerungsanteil als Folge der ökonomischen Migration der letzten Jahrzehnte.

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Position der Kirche bzw. der Religionsgemeinschaften in Slowenien dem westeuropäischen Standard stufenweise angeglichen, ausgehend vom Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat. Die Kirche bekam verschiedene Formen staatlicher Unterstützung und kann nach dem Umbruch die Rückerstattung des größten Teils des verstaatlichten Kirchenvermögens erwarten (im Zuge der Reprivatisierung auch die Rückgabe des beträchtlichen früheren Besitzes an Wald und landwirtschaftlichen Flächen).

Nach dem gesellschaftlichen Umbruch ist die Kirche zu einem wichtigen Träger der nationalen Versöhnung geworden. Die neue slowenische Verfassung garantiert Wahlfreiheit im privaten und öffentlichen Leben, d.h. auch im Bereich des Glaubens. So sind Eltern berechtigt, ihren Kindern eine Glaubens- und Moralerziehung zu bieten, die im Einklang mit ihrer Überzeugung steht.

In den Massenmedien nimmt die Kirche wieder einen normalen Platz ein. Kindergärten auf der Grundlage der Erziehung nach katholischer Ethik sind gegründet worden. Auch hat die Kirche Anspruch auf Wiedereinführung des religiösen Unterrichts in den Schulen erhoben, was kontroverse Debatten hervorgerufen hat.

3.0. Wertewandel

Der Slowene von heute ruft einen widersprüchlichen Eindruck hervor. Er akzeptiert die Veränderungen des Systems und erkennt gleichzeitig kritisch die Folgen der Veränderungen für sein eigenes Leben. Er befreit sich von Illusionen, denen er unkritisch erlegen war. Die Erkenntnis

verlorener Jahrzehnte hat natürlich Enttäuschung zur Folge, doch ist auch ein neuer Optimismus entstanden. Es gibt etwas Manichäisches in der Vereinigung der Werte und Ziele, ausgeprägt in europäischer Orientierung und Ethnozentrismus, Marktorientierung und Egalitarismus, politischem Pluralismus und eigenartiger Idolatrie, Individualismus und Orientierung zur Privatwirtschaft und zur gleichen Zeit eine hohe Bewertung sozialer Sicherheit, usw. Der Slowene der neunziger Jahre zeigt eine bisher unbekannte Festigkeit, eine Kraft als einzelner und in seinem Volk.

Er drückt seine Meinung ungehinderter und freier aus. Wenn für die siebziger Jahre eine Demoralisierung, eine ethnische Begründung von zwischenmenschlichen bzw. gesellschaftlichen Beziehungen, ihre ideologische Verschleierung und institutionelle Fixierung charakteristisch ist, dann können wir für den Slowenen von heute behaupten, daß in ihm ein neues Ethos ist, ein neues Verständnis der eigenen, nationalen und gesellschaftlichen Möglichkeiten und Verantwortlichkeit. Die Intelligenz übernimmt wieder ihre natürliche Rolle als Gestalterin des kritischen Bewußtseins. Ein Schriftsteller, Journalist, Soziologe, Unternehmer und sogar ein Politiker begreift seine berufliche Rolle neu, er versteht sich als selbständig. Immer mehr gewinnt kreativer Individualismus in der Öffentlichkeit, im Bereich der Kultur, in der Wirtschaft an Gültigkeit. Der Slowene der neunziger Jahre zeigt nationales Selbstbewußtsein und eine Tendenz zu Selbständigkeit und Souveränität.

Die Zeit von 1968 bis 1990 ist von Egalitarismus gekennzeichnet, in jüngster Zeit allerdings zeigt sich eine leicht abnehmende Tendenz. Dennoch hat die Forschung einen hohen Grad von Religiosität festgestellt, wobei das Bekenntnis zu einer Religion seit kurzem zunimmt. In der Wertung der Institutionen nimmt die Kirche jedoch einen niedrigen Platz ein.

Über die grundlegenden Ziele der gesellschaftlichen Entwicklung herrscht weitgehende Übereinstimmung. Eine vollkommene Homogenisierung zeigt sich in folgenden Zielsetzungen: Jedes Volk soll das Recht auf Selbstbestimmung haben; Slowenien soll souverän sein; Slowenien soll ein Mitglied der EG werden; das Privateigentum soll aufgewertet werden (alle diesbezüglichen Beschränkungen sollen aufgehoben werden); Unternehmen sollen nach den Gesetzen des Marktes arbeiten; jeder soll das Recht haben, sich beruflich selbständig zu machen usw. In allen diesen Forderungen und Wertorientierungen drücken sich zur gleichen Zeit Skepsis und Optimismus aus. Die Leute erwarten grundlegende Veränderungen jetzt, heute, in diesem Jahr. Deswegen wurde der Opposition die Regierungsmacht übergeben.

Vielleicht ist es wahr, daß Optimismus und Aktivismus die einzig mögliche und wertbeständige Verarbeitung der kataklysmischen Phase der Krise, die wir durchleben, darstellen. Natürlich haben die Leute am meisten Angst davor, daß keine bzw. nur negative Veränderungen stattfinden.

Die Forschung zeigt, daß die gefährdesten Werte die Menschenwürde und die Existenz eines Volkes sind. Das Bestreben nach der Realisierung

eines Rechtsstaates, einer zivilen Gesellschaft und der Achtung der Menschenrechte wird immer noch, das zeigen auch die jüngsten Erfahrungen, als bedrohlich angesehen. Natürlich fühlen sich die Slowenen vor allem als Nation bedroht. Und die Bedrohung kommt in dieser Zeit nicht aus dem Norden, sondern von Süden.

Die Annäherung Sloweniens an Europa ist natürlich voll von Widersprüchen. Der bisherige soziale und politische Kontext hatte auch einzelne Vorzüge. Das zeigen auch unsere Befragungen aus der Periode 1968-1990. Die Leute haben vor allem die soziale Sicherheit, die relative Offenheit und den leichten Zugang zu Bildung, Kultur und Gesundheitswesen sowie die Sicherheit der Arbeitsplätze hoch geschätzt. Es ist naiv zu erwarten, daß alle diese "Erwerbungen" ohne Verluste "nach Europa" übertragen werden können. Vielleicht ist der Arbeitsmarkt der heikelste Punkt dieses Übergangs, aber auch die zunehmenden sozialen Unterschiede im Bereich von Arbeit und Kapital sind problematisch und werden von den betroffenen sozialen Schichten nicht leicht ertragen. Die Annäherung an Europa als ein Ausdruck der neuen sozialen Entwicklungs- und Werteorientierung ist also voll von Fallen.

Toleranz ist noch immer ein charakteristisches Merkmal der Slowenen, jedoch haben sie im Hinblick auf ihre nationale Souveränität keine Geduld.

Für die Slowenen ist die Familie der behütetste Wert, den sie auch unter größten Opfern schützen. Das stärkste Motiv zu arbeiten ist für sie die Arbeit für die Familie. An dieser Stelle können wir nicht ausführlich auf die Beziehung der Slowenen zur Familie eingehen. Hier sei nur gesagt, daß sie trotz der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte der Tradition sehr verhaftet sind, ihre Einstellung also konservativ zu nennen ist.

Der Gegensatz Kapitalismus-Sozialismus hat sich im Bewußtsein der Menschen verwischt. Die Slowenen streben nach einem gesellschaftlichen System, das nicht nur zu einem Schema gehört. Trotz der Vorzüge der modernen bürgerlichen Gesellschaften in der nahen Umgebung sehen Sie auch den Sozialismus noch als Wert. Sie wollen ein humanes, demokratisches System mit der Möglichkeit der Realisierung der verschiedensten Werte und Interessen.

Neue Konzepte des Denkens und Bewertens sind entstanden. Es scheint, daß die wenigsten Veränderungen auf der individuellen Ebene, d.h. in der Bewertung der Familie, stattgefunden haben und die meisten im Bereich der sozial-ökonomischen Beziehungen, bei der Bewertung der zerfallenden bzw. neu entstehenden Institutionen, usw.

Für die Slowenen ist Arbeit von jeher ein hoch angesiedelter Wert.

Die Vorstellung vom Westen ist für die Slowenen vor allem geprägt vom Konzept des Wohlfahrtsstaates und des offenen Zugangs zu Gütern, sie sehen aber nicht alle sozialen Fallen und Stacheln dieses Systems. Forschungsergebnisse zeigen, daß die Menschen die Notwendigkeit einer progressiven Transformation des nicht-produktiven öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Eigentums in privates positiv bewerten. Jedoch muß diese Umwandlung ökonomisch und rechtlich begründet sein. Die Angst vor Ausnutzung (Differentiation, sozialer Diskriminierung, Ar-

beitslosigkeit, Schutzlosigkeit) überschattet die Erwartung des Neuen, der neuen Rationalität, der neuen Wirtschaftlichkeit, der neuen Qualität des Lebens.

Das Gefühl einer ökologischen Bedrohung ist auch in Slowenien sehr stark. Unsere Untersuchungen zeigen aber leider nicht, ob die Slowenen auch bereit sind, ihr Verhalten zu verändern, auf etwas zu verzichten. Jedoch haben die "Grünen" eine politische Macht gewonnen, die mit anderen Ländern Europas vergleichbar, zum Teil sogar viel größer ist.

In Slowenien werden im Dezember dieses Jahres (1992) zum ersten Mal Parlamentswahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung und des Parteienpluralismus stattfinden. Dadurch werden auch in der Struktur des Parlaments Rezidive des Realsozialismus beseitigt werden. Wählerumfragen deuten darauf hin, daß links-zentrale und rechts-zentrale Parteien (Liberal-demokratische Partei, Christlich-demokratische Partei) den größten Erfolg haben werden.

Meiner Meinung nach hat Slowenien gute Chancen, den hohen europäischen Standard demokratischer Institutionen, der Menschenrechte und der politischen Privilegien zu verwirklichen.

Literatur

BERNIK Ivan, Dual Society. On Some Systemic Properties of the Eastern European Socialist "Ancien Regimes", *Revista International de Sistemas*, 2,3, 1990.

BERNIK Ivan, Functions of Egalitarianism in Yugoslav Society, *Praxis International* 9, 4/1990, pp. 423-432.

BERNIK Ivan, Dovstruka demistifikacija politike, *Sociologija* 32, 4, 1991, pp. 429-438.

BERNIK Ivan, (Ne)legitimnost oblasti v socialističnih družbah, *Družboslovne razprave*, 9/91, pp. 56-67.

BERNIK Ivan, 1991, The Role of Intellectuals in the Slovenian 'Velvet Ecolution' from Authoritarianism to Democracy. Referat na simpoziju "Intellectuals of the European Small States or Boundary-Culture Countries", University of Joensuu, Finska, September 1991.

BERNIK Ivan, *Dominacija in konsenz v socialistični družbi*, FDV, Ljubljana 1992.

BIBIĆ Adolf, 1990, *Civilno društvo i politički pluralizam*, Zagreb: Cekade.

BUČAR Franc, *Novi politični zemljevid Slovenije (The New Political Map of Slovenia)*, Delo, SP, October 5, 1990.

CONSTITUTION of the Republic of Slovenia, 1992, Ljubljana: Uradni list, (included also: Basic Constitutional Charter on the Independence and Sovereignty of the Republic of Slovenia).

DAHL Robert A., 1991, Transitions to Democracy, Pp. 9-20 v *Democracy and Political Transformations: Theories and East-Central European Realities*, uredil G. Szoboszlai. Budapest: Piremon.

HRIBAR Spomenka, *Zaustaviti desnico (To stop the Right)*, Delo, SP, March, 18, 1992.

HRIBAR Tine, *Začetek in konec Demosa (The Beginning and End of Demos)*, Nova revija, No. 116, 1991; (see also NR, No. 119, 121-122, 1992).

JAMBREK Peter, *Oblast in opozicija v Sloveniji (Power and Opposition in Slovenia)*, Maribor: Obzorja, 1989.

KLINAR Peter, *Slovenski intelektualci o slovenski narodni in nacionalni suverenosti*, Nova revija, 80/88, pp. 1954-1960.

KLINAR Peter, *Soziale Unsicherheit jugoslawischer Emigranten, v.: H. Korner: Die neue Ausländerpolitik in Europa*, Neue Gesellschaft, Bonn 1986 pp. 181-195.

KLINAR Peter, *Sociological Aspects of Multiculturalism*, Pazprave in gradivo, 18, INV, Lj. 1986, pp. 318-338.

KLINAR Peter, *Phenomena of Incongruences in Communication of Ethnic Minorities, in Minority Languages and Mass Communication*, Ljubljana 1987.

KLINAR Peter, *Družbena kriza in raziskovanje razredov ter slojev v jugoslovanski družni*, in: *Stratifikacijska analiza sodobnih družb*, SSD, Ljubljana 1988, pp. 232-253.

KLINAR Peter, *Nacionalizmi, etnična mobilizacija in mednacionalni konflikti*, *Teorija in praksa* 27, 12/90, p.p. 1429-1439.

KLINAR Peter, *O osamosvajanju in integriranju Slovenije*, Nova revija 95/90, pp. 269-307.

KLINAR Peter, *La Comunita Ethniche Imigrante e la loro condizione nella societa moderna*, in: *Ethnos e identiteta* 115/1990, SLORI, Trst.

KLINAR Peter, *Od etničnega pluralizma k interkulturalizmu*, *Migracijske teme* 1/1991, pp. 29-45.

KLINAR Peter, *Splošen občutek ogroženosti, Slovenci in etnični pluralizem*, *Sobotna priloga Dela*, 30.3.1991, p. 25.

KLINAR Peter, *O mednacionalnih odnosih v Sloveniji, Avtohtoni in imigranti*, *Teorija in praksa* 28, 3-4/91, p.p. 370-383.

KLINAR Peter, Pogledi na prihodnost Slovenija, Teorija in praksa 28, 5-6/91, pp. 505-517.

KLINAR Peter, Slovenija in jugoslovanski etnični konflikti, Teorija in praksa 28, 10-11/91, 1201-1211.

KLINAR Peter, Pasti in obeti nacionalnih držav, Teorija in praksa 5-6/92.

KLINAR Peter, Postsocialist Societies, Ethnic Conflicts and Migration in Europe, Inter-Congress 92 of RC on Migration, April 7th Lisbon.

KLINAR Peter, Ethnic Conflicts in Postsocialist Societies in Europe, The Role of Small Nations and those Relations and Circumstances, The Case of Yugoslavia and Slovenia, Kleine Nationen und Ethnische Minderheiten im Umbruch Europas, München, Slavice Verlag A. Kovač, str. 282-290, 1993.

MARKIČ Boštjan, Zaznave Slovencev o političnem sistemu, Teorija in praksa 3-4/91, pp. 384-393.

MASTNAK Tomaž, Vzhodno od raja (To the East of Eden), Ljubljana, DZS, 1992.

PRZEWORSKI Adam, 1991, Could We Feed Everyone? The Irrationality of Capitalism and the Infeasibility of Socialism, Politics and Society 19, 1: 1-38.

ROTER Zdenko, Cerkev in politika v novih razmerah, Teorija in praksa, XXVII, No. 12, 1990, str. 1534-1540.

ROTER Zdenko, Pozabljena preteklost, Ljubljana 1991, Založnik "Delo", pp. 1-191.

ROTER Zdenko, Kriteriji pravovernosti, Teorija in praksa, Vol. 28, No. 1-2, pp.101-106, Ljubljana, 1991.

ROTER Zdenko, Prepoznavanje in razumevanje preteklosti, Teorija in praksa, 28, 1991, No. 3-4/91, pp. 393-401.

ROTER Zdenko, Kako je s klerikalno nevarnostjo?, Delo, Sobotna priloga, 6.4.1991, p. 5.

ROTER Zdenko, The Church and Contemporary Slovene history, Nationalities Papers, Vol. XXI, Number 1, Spring 1993, USA.

RUPEL Dimitrij, Slovenstvo kot politično prepričanje (Slovenianism as Political Persuasion), Ljubljana: Kres, 1992.

RUS Veljko, 1991, Demosov socialni inženiring, NR 40, 18: 509-510 (27. September)

RUS Veljko, Med antikomunizmom in postsozializmom (Between Anticommunism and Postsocialism), Ljubljana: FDV, 1992.

SCHOEPFLIN George (1991), Conservatism and Hungary's Transition, Problems of Communism, XL, 1-2, p. 60-68.

SPLIČHAL Slavko, Izgubljene utopije (The lost utopia), Ljubljana: ZPS, 1992.

TOŠ Niko, Democracy in East Europe, The Case of Slovenia, Ljubljana, September 1991, p. 93.

TOŠ Niko, co-author, Jugoslavija na kriznoj prekretnici, Institut društvenih nauka, Beograd 1991, p. 335.

TOŠ Niko, Volilci in politične stranke, Ljubljana, Teorija in praksa 1-2/92, p.109.

TOŠ Niko, Ideološka strukturiranost volilnega telesa (Zavest o levem in desnem), Ljubljana, Teorija in praksa 3-4/92, p. 211.

TOŠ Niko, Demokratisierungsprozesse in Slowenien 1980-1990, in: 60 Jahre nach Marienthal, Aufbruch in Osteuropa, Universitätsverlag, Wien, 1992.

TOŠ Niko, ured., Slovenski izziv, Dokumenti SJM, FDV IDV, Center za raziskovanje javnega mnenja, Ljubljana 1992.

WIATR Jerzy J., Four Essays on East European Democratic Transformation, Institute of Sociology, Warsaw University, Political Sociology Section, Scholar Agency 1992.

Sándor Kurtán

Systemwechsel, Institutionen und Eliten in Ungarn

Einführung

Um eine kurze Analyse der Frage zu geben, wie sich die Probleme des demokratischen Umbruchs in Ungarn in den Jahren zwischen 1988 und 1990 zum Wandel der Institutionen und der politischen Eliten verhalten, ist es vielleicht nicht ganz unnützlich, ganz kurz auf einige Aspekte des Systems vor dem Umbruch hinzuweisen.

Die Lehren der Revolution von 1956 haben in Ungarn ab Mitte der sechziger Jahre zu jenem bekannten Konsens geführt, der im wesentlichen das unveränderte Fortbestehen des politischen Systems sicherte: führende Rolle der Staatspartei, Fehlen einer Opposition, Unmöglichkeit der öffentlichen Diskussion tatsächlicher Alternativen, daraus folgend Abhaltung von Scheinwahlen, daraus wiederum folgend ein Scheindasein der Repräsentativorgane - vor allem des Parlaments; der andererseits aber - verglichen mit der Zeit zwischen 1949 und 1956 - eine Entpolitisierung des Privatlebens, eine für breite Schichten der Bevölkerung tatsächlich spürbare Verbesserung des Lebensniveaus, einen steigenden Wohlstand, "kleine Kreise der Freiheit" (z. B. Reisemöglichkeiten, gewisse - wenn auch nicht gesetzlich garantierte - Freiheiten für Kunst und Wissenschaft) und vor allem die Möglichkeit individueller Lebensstrategien mit sich brachte: die Möglichkeit also, individuell den eigenen Wohlstand zu steigern. Kurz gesagt, in der ungarischen Gesellschaft spielte sich eine beschränkte Verbürgerlichung (oder eher Verkleinbürgerlichung) ab, die sich in erster Linie auf den Konsumbereich bezog, weniger auf das Gebiet der Freiheitsrechte. Der totalitären Diktatur folgte eine autoritär-paternalistische Variante der Herrschaftsausübung, die dann während der achtziger Jahre immer "weicher wurde". Diese Prozesse sind erwähnenswert und wichtig, denn sie ermöglichten zur Zeit der wachsenden Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren für viele (einige Untersuchungen schätzen bis zu zwei Drittel der Bevölkerung) ein Ausweichen in die geduldete und z.T. geförderte sogenannte "zweite Wirtschaft". Diese Ausweichmöglichkeiten bestimmten auch das Verhältnis zum Gesamtsystem und trotz Krisenerscheinungen kam es gerade aus solchen Gründen in Ungarn nicht zu massenhaften Auseinandersetzungen zwischen Macht und Bevölkerung. Deshalb entstand in Ungarn keine Massenbewegung und deshalb hatte auch die Tätigkeit verschiedener Oppositionsgruppen in den achtziger Jahren kaum gesellschaftlichen Widerhall. Diese Tatsachen sind außerdem auch deshalb wichtig, weil sie bis zum heutigen Tag eine Rolle spielen und das Verhalten der Bürger zur Politik und politischen Institutionen bestimmen.

Es ist natürlich sehr schwer festzustellen, wann der Systemwandel in Ungarn tatsächlich begann. Am ehesten ist in dieser Hinsicht vielleicht das Jahr 1987 zu nennen: Es ist das Jahr, in dem in dem berühmten Zelt in Lakitelek das Ungarische Demokratische Forum als breite Bewegung gegründet wurde. Es ist das Jahr der Reformprogramme: Kritische Wirtschaftswissenschaftler und andere Sozialwissenschaftler stellten die Studie "Wende und Reform" zusammen, die die schwierigen Wirtschaftsproblemen behandelte und unorthodoxe Lösungen vorschlug; in "Reform und Demokratie" des Politologen Mihály Bihari wurden das politische System analysiert und zu seiner Reform Vorschläge ausgebreitet, und auch die Demokratische Opposition meldete sich mit dem "Gesellschaftsvertrag". Auch dies letztere Werk befaßte sich mit der Umwandlung der politischen Systems. Und im Jahr 1987 wurde im Parlament ein Gesetz über Rechtsschaffung verabschiedet, das die Kompetenzen des Präsidialrates der Volksrepublik einschränkte und als als erster vorsichtiger Schritt in Richtung eines echten Parlamentarismus angesehen werden kann.¹

Es ist nicht unser Ziel, hier die einzelnen Etappen des ungarischen Systemwechsels zu verfolgen (aus der reichen Literatur siehe dazu u.a. East 1992, Tókécs 1990, Bayer 1991, Szabó 1992), und daher wollen wir im weiteren unser Augenmerk auf die "neue" Verfassung lenken, die als wichtigster Faktor bei der Umwandlung des Institutionensystems betrachtet werden kann. Das Gesetz Nr. XXXI. vom 23. Oktober 1989 war formal "bloß" eine Modifizierung der Verfassung aus dem Jahre 1949, inhaltlich gesehen bedeutete sie aber die beinahe völlige Änderung der stalinistischen Verfassung (80 Prozent des Gesetzestextes wurde modifiziert). Da auch in deutscher Sprache mehrere Studien über dieses Thema geschrieben worden sind (siehe z.B. Halmai 1990), seien hier nur die wichtigsten neue Züge hervorgehoben:

- Ungarn wurde wieder zur Republik;
- Verwirklichung einer echten Gewaltentrennung im Gegensatz zur Einheit der Macht in der früheren Verfassung;
- Privateigentum und Staatseigentum sind gleichberechtigt;
- ein mit Garantien versehener und mit neuen Elementen erweiterter Grundrechtekatalog (z.B. Recht auf das Verlassen des Landes, Petitionsrecht, Streikrecht);
- Abschaffung des Präsidialrates und Wiederherstellung des Amtes des Präsidenten der Republik in der Tradition von 1946;

¹ Der Präsidialrat der Volksrepublik war ein kollektiver Staatspräsident nach sowjetischem Muster und hatte in bezug auf die Gesetzgebung praktisch die gleichen Rechte wie das Parlament. Er war eigentlich das Vollzugsorgan der Parteispitze der herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und erlaubte so die Existenz eines (Schein-)Parlaments. Das Land wurde aber nicht durch Gesetze, sondern durch Verordnungen des Präsidialrates gesteuert. So wurden nach 1949 jährlich durchschnittlich vier bis fünf Gesetze verabschiedet, durch den Präsidialrat aber über dreißig Verordnungen herausgegeben. (Kerekes 1987)

- Errichtung eines Verfassungsgerichts mit weitreichenden Kompetenzen;
- Anerkennung des Pluralismus.

Somit war ein wichtiger Schritt in Richtung Rechtsstaat vollzogen. Als ein weiteres wichtiges Moment des Ausbaus des politischen Institutionensystems kann der Pakt zwischen den beiden stärksten Parteien nach dem Wahlen 1990 betrachtet werden. Das Ungarische Demokratische Forum, das die größte Partei der neuen Regierungskoalition wurde, und der Verband der Freien Demokraten als stärkste Oppositionspartei einigten sich u.a. auf die Reduzierung der Anzahl der sogenannten Zweidrittel-Gesetze um die Regierbarkeit des Landes zu erleichtern, und auf das nach deutschem Muster eingeführte konstruktive Mißtrauensvotum, das einen starken Ministerpräsidenten zur Folge hat.

Für die Bewertung der Tätigkeit der neuen Institutionen bietet sich u.a. die Verwirklichung der Gewaltenteilung an. Wenn auch oft mit schweren Konflikten beladen, hat sich das System der Gewaltenteilung oder - vielleicht besser ausgedrückt - der checks and ballances zwischen Parlament, Regierung, Staatspräsident und Verfassungsgericht als funktionsfähig erwiesen. Dabei muß man natürlich auch darauf hinweisen, daß die einzelnen Institutionen selber noch lange nicht optimal funktionieren. Wenn zum Beispiel im Parlament Abgeordnete der Regierungskoalition oft Dutzende oder gar Hunderte von Modifizierungsanträgen zu einem Gesetz vorlegen, dann deutet dies sowohl auf die inneren Koordinationsschwierigkeiten der Regierungskoalition als auch auf Identitätsprobleme der Parlamentarier hin, gar nicht zu schweigen von den Störungen, die sich aus der Geschäftsordnung ergeben, zu deren globalen Änderung sich das Parlament aber noch nicht durchringen konnte. (So muß z. B. jeder Gesetzesvorschlag vom Verfassungsausschuß behandelt werden, der dadurch zum Engpaß wird und den Gang der Gesetzgebung erheblich verlangsamt.)

Ähnliche Probleme gelten auch für die Regierung, den Staatspräsidenten und das Verfassungsgericht, die zum Teil auch damit zusammenhängen, daß die Verfassungsänderung wohl auf einem Konsens beruhte, aber letzten Endes doch nicht ein in allen Einzelheiten kohärentes Gesetz ergab.

Im weiteren möchte ich den Transformationsprozeß des Institutionensystems an drei Beispielen beleuchten: an der Entstehung des Mehrparteiensystems, an der Entfaltung echter Interessenverbände und durch die Frage, wie die Bürger die politischen Institutionen beurteilen.

Entstehung des Mehrparteiensystems

Eigentlich sollte man nicht bloß von einer einfachen Wiedergeburt des Mehrparteiensystems in Ungarn sprechen, sondern vielmehr von *der* Geburt des Mehrparteiensystems. In der Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert gab es sehr wohl Zeitspannen, in denen mehrere Parteien existierten und politisch agierten. Aber wenn man das Mehrparteiensy-

stem nicht einfach auf das Vorhandensein von diesen mehreren Parteien reduziert, sondern auch noch die Bedingungen des Rechtsstaates und des allgemeinen und geheimen Wahlrechts dazu nimmt, so kommen aus der Zeit vor dem Systemwechsel nur wenige Jahre in Frage: nämlich höchstens die Zeit zwischen 1945 und Ende 1947. (Aber auch hier ergeben sich Probleme durch die Eigenheiten der sowjetischen Besatzung, durch das Fehlen einer demokratischen Verfassung.) Die Zeit nach 1988 ist also nicht einfach eine Wiedergeburt, nicht nur ein neuerlicher Anlauf, sondern wegen der günstigen innen- und außenpolitischen Umstände ergab sich erstmals die Möglichkeit der Stabilisierung des demokratischen Mehrparteiensystems auf lange Sicht. Im weiteren möchten wir einen kurzen Überblick über jene drei wichtigsten Phasen der Parteienentwicklung geben, in der das heutige ungarische Parteiensystem zustande kam.

Mitte der achtziger Jahre neigte sich der Kádárismus seinem Ende zu. Das durch wirtschaftliche Krisenphänomene immer stärker zerrüttelte System konnte immer schwerer den Konsens aufrechterhalten, auf dem es seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre ruhte. Mit dem Zerbröckeln dieses Konsenses begann sich die Gesellschaft vorsichtig zu repolitisieren, die Zivilgesellschaft erwachte aus ihrem Dornröschenschlaf. 1987 und 1988 entstanden im ganzen Lande, besonders aber in der Hauptstadt und in den größeren Städten, dutzendweise Klubs, Diskussionszirkel, Vereine, Freundeskreise und Gesellschaften. Mit diesen traten auch bisher existierende, aber verborgene geistig-politische Strömungen immer offener zu Tage und versuchten sich zu organisieren. In der *ersten Phase* der Verparteilichung sind drei solche, an frühere Traditionen anknüpfende Strömungen hervorzuheben: die *national-volkstümliche*, die *urban-demokratische*, und die *reformkommunistische*. Für die erste - deren Träger in erster Linie Schriftsteller waren - ist das Aufzeigen und die Beschäftigung mit den nationalen Werten, dem ungarischen Charakter, den Problemen der Agrarsphäre, die Suche nach dem "ungarischen Weg", ein Kollektivismus in der Art des skandinavischen Genossenschaftswesens und die Beleuchtung der nationalen Schicksalsfragen (Demographie, Selbstmord, Verschwinden der nationalen Werte) typisch. Sie zeigt ein ambivalentes Verhältnis zur Marktwirtschaft auf und betont den Widerspruch zwischen den materiellen und moralischen Werten.

Die urban-demokratische Bewegung hat mehrere Wurzeln: die sogenannte Renaissance des Marxismus in Ungarn Mitte bis Ende der sechziger Jahre, die ungarische bürgerlich-radikale Politik, die liberalen Sozialisten und die Tradition von 1956. Sie ist jene Strömung, die schon in den achtziger Jahren in der Demokratischen Opposition eine organisatorische Form fand, sich vom Marxismus ab- und liberalen Werten zuwandte, auf die fehlenden demokratischen Rechte und Institutionen hinwies und versuchte, gegen die von der Staatspartei bevormundete offizielle Öffentlichkeit eine "zweite Öffentlichkeit" zu organisieren.

Die Bedeutung der Reformkommunisten ist deshalb wichtig, weil sie innerhalb der herrschenden Partei nach Möglichkeiten für Reformen

suchte. Ihre Zielsetzung war 1988/89 die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus, eine klare Abkehr von den stalinistischen Traditionen.

Zwei Prozesse liefen parallel nebeneinander, die aber auch miteinander in Wirkung standen: Erstens der Kampf innerhalb der Staatspartei, wobei das Ziel der Reformen war, die monopolistische Stellung der Partei zu zerbrechen, den bolschewistischen Charakter der USAP aufzuheben und in Richtung sozialistische Partei westeuropäischer Prägung zu gehen und letztendlich auch mit der entstehenden Opposition in irgendeiner Weise Konsens zu finden. Zweitens versuchten die neuen politischen Gruppierungen die Zivilgesellschaft zu mobilisieren, und zwar mit ähnlichem Ziel, nämlich die Monopolstellung der USAP zu zerbrechen, aber darüber hinaus einen politischen Systemwechsel einzuleiten und die Grundlagen von freien demokratischen Wahlen zu schaffen.

Im Spätsommer '87 wurde das *Ungarische Demokratische Forum* (UDF) gegründet. Es war eine Versammlung von Intellektuellen der national-volkstümlichen und der reformkommunistischen Strömung. Zahlreiche aktuelle Probleme der damaligen ungarischen Gesellschaft wurden angesprochen und diskutiert. Die Schlußerklärung wies auf die tiefe Krise des Landes hin und sprach sich für tiefgreifende Reformen aus.

Ein weiterer wichtiger Wendepunkt war der März 1988, als der *Verband der Jungen Demokraten* (VdJD) gegründet wurde. Das UDF existierte um diese Zeit mehr als geistige Bewegung, der VdJD durchbrach erstmals das poststalinistische Institutionensystem als eine von der USAP unabhängige politische Jugendorganisation. Der Verband stützte sich auf Gruppen radikaler Studenten, die sich schon seit Jahren in sogenannten Fachkollegien der Universitäten und in der Klubbewegung formierten. Im Mai folgte dann die Gründung des *Netzwerkes Freier Initiativen*, eine lose Bewegung der liberal orientierten Intellektuellen, aus der dann im Herbst 1988 der *Verband der Freien Demokraten* hervorging. Damit waren die Ansätze der Protoparteien gegeben.

Ende 1987 bis Anfang 1988 beschleunigte sich auch der Differenzierungsprozeß innerhalb der USAP immer mehr. Langsam nahmen drei Gruppierungen Konturen an: die Altkonservativen (um J. Kádár), die Neukonservativen (um K. Grósz) und die (lange nicht einheitlichen) Parteireformer. Als vierte Gruppe könnte man die Mehrheit der Parteimitglieder bezeichnen, die passiv die inneren Kämpfe beobachtete.²

² Etwas vorgreifend kann man ungefähr abschätzen, wie groß diese Gruppen waren. Heute hat die Ungarische Sozialistische Partei, die einen Teil der ehemaligen Reformen umfaßt, 40 000 Mitglieder, genausoviel wie die neue USAP, die eher die altkonservativen und neukonservativen Elemente der früheren Staatspartei versammelt. Die alte USAP hatte noch Anfang der achtziger Jahre 800 000 Mitglieder. Wir wissen nicht, wieviele dieser Leute in anderen heutigen Parteien tätig sind, viele werden es nicht sein. Die Mehrheit ist also nicht mehr parteipolitisch aktiv.

Als erste Protoparteien formierten sich also diejenigen geistigen Strömungen, deren Wurzeln bis zu den früheren achtziger Jahre zurückreichen.

Eine zweite Quelle des im Entstehen begriffenen Parteiensystems war die Revitalisierung der "Altparteien", also der Parteien, die schon vor 1948 existierten und die - abgesehen von der kurzen Zeit Ende 1956 - nach der Machtübernahme der Kommunisten ihre Tätigkeit einstellen mußten. Diese "Nostalgieparteien", vor allem die *Sozialdemokratische Partei*, die *Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte*, die *Christlichdemokratische Volkspartei* und die *Nationale Bauernpartei* organisierten sich im Herbst 1988 neu.

Das Jahr 1989 kann als die *zweite Phase*, die offen-extensive Phase, bei der Herausbildung des Mehrparteiensystems betrachtet werden, die bis zum Februar 1990 dauerte. Diese entscheidende Periode ist dadurch charakterisiert, daß erstens im Februar 1989 die USAP gezwungen war, das Mehrparteiensystem anzuerkennen, zweitens die USAP sich - und dies ist viel wichtiger - im Oktober auflöste und die an ihre Stelle tretende *Ungarische Sozialistische Partei* (USP) sich unter die anderen Parteien einreichte, *ihren Monopolcharakter von selbst aufgab* und damit weitgehend den friedlichen Charakter des Umbruchs in Ungarn möglich machte. In der Zeitspanne zwischen diesen beiden Zeitpunkten verlor die herrschende Partei immer mehr an Legitimität, die neuen Parteien hatten aber noch keine durch Wahlen bestätigte Legitimität, konnten aber doch durch die Gründung des *Runden Tisches der Opposition* ihre Kräfte vereinen (März 1989) und die USAP zwingen (wobei natürlich der innere Druck durch die Bewegung der Reformer und dem Ausgang der Parlamentswahlen in Polen nicht zu vernachlässigen ist), am *Nationalen Runden Tisch* über die Bedingungen des friedlichen Übergangs zu verhandeln (Juni bis September 1989).³

Langsam wurden auch die Unterschiede zwischen den Parteien sichtbar, wobei der Zeitpunkt der Parteigründung einer der wichtigsten Differenzierungspunkte ist. Der VdFD, das UDF und der VdJD bilden die erste Generation. Sowohl zahlenmäßig als auch hinsichtlich ihre Führungskader sind sie in führender Position. Sie haben praktisch alle bedeutenden oppositionellen Persönlichkeiten an sich gezogen. Schon zu diesem Zeitpunkt wird ein charakteristischer Zug der ungarischen Parteien sichtbar, nämlich daß sie *durch Eliten von oben gegründet* worden sind und auch im weiteren ihren Elitecharakter behalten haben. Die zweite Generation bilden die "Nostalgieparteien", die von Anfang an mit bedeutenden inneren Problemen belastet sind: mit dem Konflikt der "Alten" und der jüngeren Mitglieder. Dieser Zwiespalt der Generationen verbirgt zugleich programmatische Auseinandersetzungen, etwa in der Richtung: Soll man dort weitermachen, wo man 1948 aufgehört hat oder die Programmatik an die veränderten Bedingungen anpassen. Da diese Meinungsverschiedenheiten sehr schwer aufgearbeitet werden

³ Diese Verhandlungen sind auch deshalb wichtig, weil durch sie eine professionelle Politikergarde in den neuen Parteien entstand.

können, sind diese Parteien ständig durch innere Kämpfe, Spaltungen charakterisiert.⁴

Im Spätherbst fanden zwei - für die weitere Entwicklung des Parteiensystems wichtige - Ereignisse statt. Im UDF kam es zu einem Führungswechsel, der heutige Ministerpräsident J. Antall wurde Parteivorsitzender. Dies hatte auch ideologisch-politische Folgen. Die Politik des "dritten Weges" wurde in den Hintergrund gedrängt und Antall versuchte aus dem Forum eine christlichdemokratische Partei westlicher Prägung zu machen. Die Initiierung einer Volksabstimmung im November 1989, die gegen wichtige Machtpositionen der ehemaligen Staatspartei gerichtet war, verhalfen dem VdFD und dem VdJD zu großer Popularität, die damit zu bedeutenden Parteien im neuen Mehrparteiensystem wurden. Wenn wir noch die schon erwähnte Umwandlung der Staatspartei dazuzählen und dies als einen Versuch einer ehemals bolschewistische Charakterzüge tragenden Partei betrachten, sozialdemokratisch zu werden (was zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz eindeutig war), so können wir feststellen, daß auch in Ungarn *die Konturen eines konservativ-christlichen, eines liberalen und eines sozialistisch-sozialdemokratischen Pols im Parteiensystem* sichtbar wurden.

Ende 1989 folgte die dritte Generation: eine Reihe von Kleinparteien, die die verschiedensten ideologisch-politischen Positionen vertreten (von den Grünen über die Partei der Rentner bis hin zu recht-nationalen Gruppierungen.) Damit ging ein wahres Parteigründungs-fieber durchs Land, die Zahl der Parteien stieg an die neunzig. Als am Anfang 1990 Parlamentswahlen in Aussicht waren, nahm die *dritte Phase* der Verparteilichung ihren Anfang: Durch den nahenden Wahlkampf entstand ein echtes Konkurrenzsystem. Mit den Parlamentswahlen im März/April 1990 fand die erste große Periode der Verparteilichung ihr Ende.

Der rechtliche Rahmen des Mehrparteiensystems wurde durch das Parlament am 18. Oktober 1989 gesichert. Die geänderte Verfassung betont in ihrer Präambel, daß diese Änderung "im Interesse der Förderung des friedlichen politischen Übergangs zum Rechtsstaat für die Realisierung des Mehrparteiensystems, der parlamentarischen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft..." vollzogen wird. Absatz 2 des Paragraphen 3 sagt aus: "Die Parteien nehmen an der Gestaltung und Kundgebung des Volkswillens teil". Damit war das Mehrparteiensystem nicht nur de facto, sondern auch de jure anerkannt und im rechtlichen System

⁴ Das bekannteste Beispiel dafür ist die Sozialdemokratische Partei, die sich in einer langen Reihe von inneren Intrigen, Kongressen und Gegenkongressen zermürbte. Die Partei der Kleinen Landwirte konnte deshalb erfolgreich sein, weil sie mit dem Programm der Reprivatisierung von Grund und Boden eigentlich als "single issue"-Partei bedeutende Teile der Bauernschaft ansprechen konnte. Da sie aber diese Programm nicht realisieren konnte, versank auch diese Partei in endlosen inneren Streitereien, die Parlamentsfraktion spaltete sich. Heute gibt es mindestens fünf Kleinlandwirteparteien. Die Christdemokraten sind bis zum heutigen Tage eher eine gesichtslose, graue Partei geblieben.

verankert. (Es wurde auch auf Grund der Vereinbarungen des Nationalen Runden Tisches ein Parteigesetz verabschiedet, das sich aber in erster Linie mit den Fragen der Parteifinanzierung beschäftigt.)⁵

Viel wichtiger für die weitere Entwicklung des Parteiensystems war aber das Gesetz über die Wahl der Parlamentsabgeordneten. In der politologischen Literatur ist die Diskussion darüber wohlbekannt, ob und wie das Wahlgesetz das Parteiensystem beeinflusst, welche Wirkungen es darauf ausübt. In Ungarn jedenfalls hatte das Gesetz wesentliche Folgen. Ungarn hat ein Zweistimmenwahlrecht, wobei 176 Abgeordnete in Einzelwahlkreisen mit absoluter Mehrheit gewählt werden, 152 Abgeordnete durch Parteilisten in 20 Wahlkreisen (diese entsprechen den 19 Komitaten und der Hauptstadt) und weitere 58 auf einer sogenannten Landesliste nach Zusammenzählen aller Reststimmen. Im Gesetz sind eine Reihe von Filtern (unter ihnen eine 4-Prozent-Sperrklausel) eingebaut, die letztendlich in ihrer Wirkung dazu dienen, daß nicht zu viele kleine Parteien ins Parlament gelangen. Das Ziel war klar: dadurch *eine möglichst stabile Regierung zu gewährleisten*. Wie wirkten sich diese Filter nun konkret aus? Von den 65 registrierten Parteien konnten 28 mindestens einen Kandidaten stellen. Landeslisten konnten auf Grund der oben angeführten Bedingungen 19 Parteien aufstellen. Beim nächsten Filter, der Aufstellung einer Landesliste, blieben 7 Parteien hängen. Von diesen 12 Parteien konnten 6 Parteien die 4-Prozent-Hürde überspringen, also Abgeordnete ins Parlament schicken.⁶

Wenn das ungarische Wahlsystem auch stark verzerrende Effekte aufzeigt, kam ein Parlament zustande, welches eine stabilen Regierung ermöglicht.

Zusammengefaßt kann festgestellt werden, daß trotz der Eigenarten des ungarischen Systemwechsels, also seines Verhandlungscharakters, *bei dem in erster Linie die aufsteigende neue Elite und Teile der alten politischen Elite die Hauptrolle spielten*, die Bevölkerung eher passiv blieb ("stille Revolution", "traurige Revolution"). Die Herausbildung der Parteien begann noch in einer Periode, als ein nicht unbedeutender Enthusiasmus vorhanden war und die Aktivisten freudig an die Gründung der neuen Organisationen herangingen (und natürlich auch die politischen Rahmenbedingungen dazu relativ günstig waren). Andererseits existierte wegen der spezifischen ungarischen Verhältnisse keine große gegen das Einparteiensystem gerichtete Massenbewegung wie z.B. in Polen, die sich aufgrund bald auftretender Enttäuschungen zersplitterte und ein extrem fragmentiertes Parteiensystem zur Folge hatte. Zur Zeit dieser

⁵ Die Notwendigkeit des Parteigesetzes geht darauf zurück, daß das im Frühjahr 1989 verabschiedete Vereinsgesetz die Frage der Parteigründung nicht regelte. Die damalige politische Führung glaubte nämlich, dadurch die Pluralisierung der Gesellschaft aufhalten zu können.

⁶ Dies sind das Ungarische Demokratische Forum, der Verband der Freien Demokraten, die Unabhängige Partei der Kleinen Landwirte, die Ungarische Sozialistische Partei, der Verband der Jungen Demokraten und die Christlichdemokratische Volkspartei.

Enttäuschungen war das ungarische Parteiensystem schon relativ gefestigt.

Aufgrund der zweieinhalb Jahre, die seit den Parlamentswahlen vergangen sind, können die wichtigsten Züge des heutigen ungarischen Parteiensystems im folgenden zusammengefaßt werden:

- Wohl hat sich das Parteiensystem relativ verfestigt, die *Entwicklung der Parteien ist noch lange nicht abgeschlossen*. Die Parteien sind un-
ausgegoren, d.h. innerhalb einer Partei findet man "mehrere Parteien",
mehrere Strömungen, und das Verhältnis dieser innerparteilichen
Gruppierungen ist noch nicht endgültig gelöst.
- Die Parteien haben immer noch *keine feste Wählerbasis*. Schon vor den
Wahlen konnten die Meinungsforscher eine große Unsicherheit und
Fluktuation unter der Wählern feststellen, was natürlich bei einem
jungen Mehrparteiensystem nicht verwunderlich ist.
- Aufgrund des schon öfters erwähnten Elitecharakters der Parteien
kann das ungarische Parteiensystem als ein *schwebendes Parteiensy-
stem* (Bihari 1991) aufgefaßt werden. Die Parteien suchen nach ihrer
Basis, aber auch bedeutende gesellschaftliche Gruppen suchen nach
"ihrer" Partei. Die Parteien sind nicht fest in der Gesellschaft veran-
kert.

Durch die Parlamentswahlen ist in Ungarn ein *mittelmäßig fragmen-
tiertes Parteiensystems zustande gekommen*, das sich um drei ideologische
Pole konzentriert, den christlich-konservativen, den liberalen und den
sozialistischen. In letzter Zeit sind einerseits Anzeichen einer verstärk-
ten Polarisierung und Divergenz zwischen diesen Polen spürbar (be-
sonders in der Dimension Opposition-Regierungskoalition), andererseits
ein verstärktes Hervortreten rechts-populistischer Gruppierungen, auch
innerhalb des UDF.

Die Zahl der außerparlamentarischen Parteien hat sich stark vermin-
dert, sie spielen weder in der Landespolitik noch auf kommunaler Ebene
eine bedeutende Rolle. Die Versuche, Föderationen und ähnliches zu
gründen, hat an dieser Situation nicht geändert. Auch Versuche, neue
Parteien zu gründen, übten bisher keine große Wirkung aus.⁷

Die Entfaltung der neuen Interessenvertretungen

Die spektakulärsten Ereignisse des Systemwechsels in Ungarn waren die
verfassungsrechtlichen Veränderungen, das Entstehen des Mehrpartei-
ensystems, die demokratischen Wahlen, die Etablierung eines echten
Parlamentarismus. In dieser Hinsicht wandte sich das Augenmerk der
Beobachter und Sozialforscher auf die Parteien und auf die neuen de-
mokratischen Institutionen. In welcher Weise wurden aber die Interes-
senverbände von dem Umbruch berührt? Da in Ungarn keine so macht-

⁷ 1992 wurden drei neue Parteien gegründet, deren Führungspersönlichkeiten als unab-
hängige Abgeordnete im Parlament sitzen (bei den Wahlen 1990 aber als verschiedene
andere Parteien ins Parlament gelangten).

volle oppositionelle Gewerkschaftsbewegung existierte wie in Polen, rückte dieser Aspekt des Wandels in den Hintergrund. Dies hatte aber auch noch andere, tiefere Gründe. Denn während in der Makrosphäre des politischen Systems durch die Wahlen, durch die Stabilisierung des Parteiensystems, eine gewisse Konsolidierung vor sich ging und dies auch - wenn auch mit großen Vorbehalten - für die Mikrosphäre gilt, so ist die Schwäche der Mesosphäre, die "fehlende Mitte" (Ágh 1992), auffallend und wird so zu einem Defizit der neuen ungarischen Demokratie: denn es können gesellschaftliche Interessen nur in einem beschränktem Maße tatsächlich artikuliert und aggregiert werden.

Das wichtigste Forum der Konzertierung von Interessen ist der *Rat für Interessenabstimmung*. Sein Ursprung geht noch auf den Oktober 1988 zurück, als die damalige Regierung "im Interesse der Schaffung eines institutionellen Systems der wirtschaftlichen Interessenabstimmung" sich an die Spitzengremien der wichtigsten Interessenverbände (Gewerkschaft, Ungarische Wirtschaftskammer, Industriegenossenschaften, Landwirtschafts-genossenschaften, Konsumgenossenschaften) wandte und sie aufforderte, Vertreter in diesen Rat zu entsenden. Dieser Schritt, verschiedene wirtschaftliche Interessen auf der Makroebene abzustimmen, kann als Institutionalisierung latent schon vorhandener Strukturen aufgefaßt werden.

Natürlich zeigte auch Ungarn die typischen Züge des Einparteiensystems, in dem die Einheitsgewerkschaft und die wenigen nach 1949 übriggebliebenen Interessenorganisationen als Transmissionsriemen zwischen der Partei(spitze) und der Bevölkerung aufgefaßt wurden und auch dementsprechend funktionierten, d.h., quasi als Ergänzung des zentralisierten Staatsapparates, als Behörden, auftraten. Dieses Modell lockerte sich in Folge der vorsichtigen Wirtschaftsreformen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre.

Über die Ministerien als intermediäre Organisationen entwickelte sich ein latenter Apparate-Pluralismus, und durch die (hinter den Kulissen abgewickelte Praxis) der Aushandlung der Jahrespläne zwischen den Betrieben und dem Staats- und Parteiapparat entstand ein *autoritärer Korporatismus* ungarischer Art. Dies waren die Hauptformen der Interessenartikulation und Interessenausdrückung im Spätkádárismus.

Als im Jahre 1988 der Übergang zu marktwirtschaftlichen Methoden verstärkt zur Geltung kam und u.a. ein neues Steuersystem eingeführt wurde, hatte dies zur Folge, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und ihre Verbände immer stärker ihre Interessen anmeldeten.

So wurde im Oktober der Landesrat für Interessenabstimmung gegründet mit dem eingeschränkten Ziel, wichtige lohnpolitische Entscheidungen auszuarbeiten. Dies war aber nur der erste Schritt in Richtung einer tripartistischen Interessenkonzertierung. Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage und aufgrund verschiedener Regierungsentscheidungen, die auch die Unternehmungen hart trafen, wuchs auf beiden Seiten, also sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite, der Wunsch, auf höchster Ebene an wichtigen wirtschaftspolitischen Ent-

scheidungen teilnehmen zu können. Den Rahmen für die Realisierung dieser Bestrebungen bildete der Prozeß des Systemwechsels.

Im August 1990 wurde der Rat für Interessenabstimmung (RI) wieder ins Leben gerufen, mit leicht geändertem Namen (ein Zeichen des politischen Systemwechsels), in einer neuen Form und mit neuen Aufgaben. Ziele und Aufgaben wurden in dem erst ein Jahr später (am 20. September 1991) verabschiedeten Statut endgültig festgelegt. Demnach ist "seine Aufgabe, sich mit grundlegenden und umfassenden wirtschaftlichen, einkommenspolitischen, sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen zu beschäftigen, die die Akteure der Arbeitswelt betrifft.

Ziel des Rates für Interessenabstimmung ist es, die Interessen, Bestrebungen der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der Regierung aufzuzeigen, abzustimmen, den eventuellen Konflikten vorzubeugen sowie auf Grund von Informationsaustausch, der Untersuchung von Vorschlägen und Alternativen Abkommen auszuarbeiten.

Der Rat für Interessenabstimmung leistet durch tripartistische Handhabung der Konflikte Hilfe in der Arbeitswelt."

Die Mitglieder des Rates für Interessenabstimmung sind die Regierung, die Interessenverbände der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber.

Formal gesehen hat der RI eine gesamtwirtschaftliche Ausrichtung und dementsprechend Ähnlichkeiten mit neokorporatistischen Strukturen westeuropäischer Demokratien. Echte Kompetenzen hat aber diese Form der Interessenabstimmung bloß auf dem Gebiet der Arbeitsbeziehungen, wo auch eine Verrechtlichung im Gange ist.

Die institutionellen Voraussetzungen für die Konzertierung wirtschaftlicher Interessen auf Landesebene sind also in Ungarn gegeben. Die große Frage ist allerdings, ob die einzelnen Sozialpartner überhaupt fähig sind, an der Interessenabstimmung effizient teilzunehmen und dadurch wirkliche Kooperation zu realisieren. Die Hauptprobleme bilden in dieser Hinsicht einerseits die *organisatorische Zersplitterung und innere Zerstrittenheit der Arbeitnehmerverbände*, andererseits die *Einstellung der Regierung zum RI*.

Mit der Selbstauflösung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP), dem Zusammenbruch des Staatssozialismus verlor die Staatsgewerkschaft bzw. ihr Spitzengremium (SZOT - Landesrat der Gewerkschaften) den politischen Rückhalt. Es begann damit einerseits der Zerfall der bis dahin herrschenden Einheitsgewerkschaft - sichtbar am Rückgang der Gewerkschaftsmitgliedschaft und an Abspaltungen -, andererseits entstanden neue Gewerkschaften. Mit der Gründung der Demokratischen Gewerkschaft der wissenschaftlich Tätigen im Mai 1988 war das Signal gegeben und es brach - ähnlich wie bei den Parteien - ein wahres Gründungsfieber aus. Zum Teil begannen die Arbeitnehmer dort, wo sie schon einmal vor hundert Jahren begonnen hatten: mit dem Aufbau neuer Organisationen. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer zersplitterte sich extrem. Heute gibt es ungefähr 2 500 bis 3 000 Gewerkschaften (genaue Angaben stehen nicht zur Verfügung). Mit der Zeit folgte dann die Integration und die Gründung sieben landesweiter Konföderationen.

Eines der der zentralen Probleme auf der Arbeitnehmerseite war und ist das *Legitimationsproblem*. Die alt-neue MSZOSZ verlor Mitglieder, ihr haftet das "Brandmal" der Nachkommenschaft des alten Systems an. Die neuen Gewerkschaften konnten wohl einen Teil der Arbeitnehmer für sich gewinnen, es ist aber ungewiß, welche Unterstützung sie tatsächlich besitzen. Das niedrige Ansehen der Institution Gewerkschaft bezieht sich nämlich auch auf die neuen Organisationen. Das ist auch daran ablesbar, daß sie nur einen Teil der "entlaufenen" Gewerkschaftsmitglieder des alten SZOT auffangen konnten. Vor 1988 war praktisch jeder Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied (das bedeutet ca. 4,5 Millionen Mitglieder). Zur Zeit sind ungefähr 2,7 Millionen aktive Arbeitnehmer/innen gewerkschaftlich organisiert. Zu diesem Tiefstand des Ansehens der Arbeitnehmerinteressenverbände tragen noch weitere Faktoren bei. Bei steigender Arbeitslosigkeit wächst auch die Angst, durch unbeliebte Gewerkschaftsaktivität in den Chefetagen aufzufallen und dadurch den Arbeitsplatz zu verlieren. Darüber hinaus werden Reflexe aus der Kádár-Ära wach: die Suche nach individuellen Aufstiegschancen bzw. nach Möglichkeiten, den gegebenen Lebensstandard zu sichern, sowie die Loyalität gegenüber den Vorgesetzten. Dies alles wirkt der Bildung von Solidarität und damit einer starken Gewerkschaftsbewegung entgegen.

Nicht nur die Arbeitnehmerseite, sondern auch die Arbeitgeberseite ist, wenn auch in einem geringeren Maße, zersplittert. Die Arbeitgeber werden im RI durch neun Organisationen vertreten. (Dabei spielen die landwirtschaftlichen Interessenverbände eine marginale Rolle und auch die Vertreter des Handels, des Kleingewerbes und der Genossenschaften haben bloß eine untergeordnete Stellung.)

Die Positionen der Arbeitgeberverbände sind durchaus auch von Unklarheiten geprägt. Da der Staat immer noch der größte Eigentümer ist, "vermischen sich bei ihnen noch die Eigentümer- und (gegenüber dem Staat) die Arbeitnehmer-Attitüden. Dies erklärt auch, daß sie in etlichen, wirtschaftlich grundlegenden Fragen keine klar definierte Meinung haben: Sie stellen sich in den Auseinandersetzungen des RI entweder auf die Seite der Regierung oder auf die der Gewerkschaften. So kann es geschehen, daß bei den Abkommen das entscheidende Wort der Regierung zufällt." (Bossányi 1992)

Man sieht also, daß sowohl die Arbeitnehmerseite, als auch die Arbeitgeberseite *stark fragmentiert und innerlich zerstritten* ist. Dies stärkt nicht nur die Position der Regierung, sondern blockiert oft das Zustandekommen von Kompromissen.

Wie verhält sich nun die dritte Seite, die Regierung, in bezug auf den RI? Die Praxis zeigt, daß die Regierung nicht an dem Aushandeln von Kompromissen innerhalb des RI interessiert ist. Durch verschiedene Schritte trägt sie zur Lähmung dieser Institution oft selber bei. So verhandeln Regierungsvertreter oft ohne wirkliche Entscheidungsvollmacht. Es gibt mehrere Fälle (neue Arbeitsverfassung, Zusammensetzung der Selbstverwaltungen der Sozialversicherungen), in denen es innerhalb des RI zum Konsens kam. Im Parlament wurden aber die Ge-

setze mit ganz anderen Inhalt verabschiedet, weil die Abgeordneten der Regierungskoalition (unter Stillschweigen der Regierung) mit Modifizierungsvorschlägen alles in eine andere Richtung lenkten. So kann eines der wichtigen Element der tripartistischen Kooperation (die auch im Statut des RI festgehalten ist) nicht zur Geltung kommen, nämlich Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. "Die heutige Regierung ist der Meinung, daß die Verängstigung und Teilung der Partner, die Sonderverhandlungen und politischen Kampagnen geeignet sind, daß die sozialen Partner ruhig bleiben. Sie führt die Methode der Kádár-Ära weiter: mit starken Gruppen im geheimen, im Hintergrund Abkommen abzuschließen, schwache Gruppen oder die, die sich offen organisieren, auszuschließen. Dies treibt die Vertretung der Interessen nicht in Korporationen, sondern kanalisiert die Interessenvertretung in die Staatsverwaltung und Parteiorganisationen." (Lengyel 1992).

Daß Interessenabstimmungen zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat notwendig sind, kann nicht bestritten werden. Daß nach dem Systemwechsel ein Sozialpakt oder einer Reihe von Sozialpakten notwendig sind, kann auch nicht abgestritten werden: Ihr Fehlen in der ungarischen Gesetzgebung ist eines der großen Versäumnisse der heutigen Regierungskoalition. Fraglich ist, ob Kooperation und Interessenabstimmung allein in der Form in der Form des "starken Korporatismus" realisiert werden kann. Unseres Erachtens reichen die Voraussetzungen in Ungarn nicht zu einer Sozialpartnerschaft, jedenfalls nicht zu einer à la Österreich.⁸ Was Ungarn aber heute konkret benötigt, wäre nicht die einfache Nachahmung oder Kopierung des starken Korporatismus, sondern der Weg von Sozialpakten (ähnlich Spanien in den siebziger Jahren).

Vertrauen in die Institutionen

Beim Übergang von totalitären oder autoritären Systemen ist nicht nur die Entstehung demokratischer politischer Systeme interessant und wichtig, sondern auch das Problem der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung dieser Systeme. In dieser Hinsicht spielt es natürlich eine wichtige Rolle, wie sich die Bevölkerung zu diesen neuen Institutionen verhält.

Das Vertrauen in die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Institutionen ist ein Gebiet, wo schon empirisches Material aus der Zeit vor dem Systemwechsel vorliegt. Die Situation des Jahres 1985 kann durch spätpaternalistische Orientierungen charakterisiert werden. Diese entsprangen der Situation, die durch den omnipotenten Staat auf der einen Seite gekennzeichnet war, der mit selbstsicherem Wissen feststellte, was für die Gesellschaft gut war, auf der anderen Seite durch die

⁸ Die heutigen Bestrebungen der Regierung zeigen eher in Richtung des autoritären Korporatismus, also zur Rückkehr zu gewissen, schon in der Kádár-Ära bekannten Formen.

Degradierung des Staatsbürgers zum Untertan, anders ausgedrückt durch die *Infantilisierung* des Staatsbürger (Bruszt/Simon 1990). In einer Umfrage aus dem Jahre 1985 sind die Zeichen des infantilen Vertrauens noch klar sichtbar. Die Erschütterung dieses Vertrauens erfolgte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Das schnelle Dahinschmelzen der Legitimation des Systems ist aus dem Schwinden des Vertrauens in die USAP und der mit ihr eng verflochtenen Gewerkschaften sichtbar. Aber auch die Regierung verlor viel an Vertrauen. Unter den gesellschaftlichen Institutionen konnten nur die *Kirchen* der Welle der wachsenden Unzufriedenheit entgehen. Und auch *Medien* konnten ihre Positionen halten.

Die Regierung ist diejenige Institution, deren Beurteilung am meisten von ihrer täglichen Leistung, aber vor allem von der wirtschaftlichen Situation abhängt. Dies gilt besonders für Ungarn, wo wegen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, während der sich die Bevölkerung einer markanten materialistischen Wertorientierung zuwandte, das Vertrauen in die politischen Institutionen von der Bewertung der wirtschaftlichen Lage des einzelnen abhängig geworden ist. Wie Untersuchungen der Meinungsforschung ergaben, *ist beim ungarischen Staatsbürger der Begriff der Demokratie mit Freiheit und Wohlstand fest verbunden*. Wenn die wirtschaftlichen Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, dann werden auch die Institutionen der Demokratie dementsprechend beurteilt.

Tabelle 1a Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen (in Prozenten)

	1985	1989 März	1989 November	1990 November
Polizei	-	58	51	48
Armee	-	58	53	54
Regierung	88	42	38	26
Medien	-	73	69	-
Parlament	66	65	64	45
Kirchen	-	68	69	-
Gewerkschaft(en)	66	35	31	-

(Quelle: Bruszt/Simon 1990; Bruszt/Simon 1991a)

Tabelle 1b Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen (in Prozenten)

	1991 Sept.	1992 Jan.
Polizei	64	n.a.
Armee	66	52
Regierung	57	43
Parlament	57	33
Kirchen	61	56
Gewerkschaften	39	k.A.
Presse, Radio, Fernsehen	67	-
Ung. Radio		61
Ung. Fernsehen		48

(Quelle: Lázár 1992)

Daten zum Vertrauen in die Regierung während der Zeit des Systemwechsels sind aus der Tabelle 2 ersichtlich.

Tabelle 2a Vertrauen in die Regierung

	1989 März	1989 Nov.	1990	1991
vollständig	13	8	6	9
in großen Maße	29	30	20	22
in kleinem Maße	58	54	58	56
überhaupt nicht	8	7	16	18

(Quelle: Simon 1992)

Tabelle 2b Was für eine Leistung hat die Regierung seit ihrem Amtsantritt erbracht (in Prozenten)

	1991 III.	1991 IX.	1991 XII.	1992 III.	1992 VI.	1992 IX.
sehr gut	1	2	-	1	1	1
gut	16	25	20	16	17	17
schwach	56	52	52	48	45	47
sehr schwach	24	16	21	29	33	30
weiß nicht	3	5	6	4	4	4
insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Lázár 1992

Die Verschlechterung der Bewertung der Regierung kam Ende 1991 zum Stillstand. Es scheint, die Lage der Regierung hat sich bei einem höheren Grad der Unzufriedenheit stabilisiert (Lázár 1992). Wenn wir dabei noch in Betracht ziehen, daß ungefähr zur gleichen Zeit auch bei der potentiellen Wahlbeteiligung gleiches zu beobachten ist, so kann die Hypothese formuliert werden, daß die ungarische Gesellschaft in einen Zustand des Gleichgewichts gekommen ist, der gespenstisch an die Zustände des Spätkádárismus erinnert: *Die Bevölkerung ist unzufrieden, protestiert aber nicht, wendet sich eher von der Politik ab und versucht mit der Suche nach individuellen Überlebensstrategien die sich verschlechternden oder stagnierenden Lebensumstände abzuwehren.* Das Vertrauen in die Familie, in die Verwandtschaft ist sehr hoch. Wir finden hier an prämoderne, bäuerliche Gesellschaften erinnernde Werte (Bruszt/Simon 1991b), obwohl die dazu gehörenden Gemeinschaften sich in Ungarn schon aufgelöst haben. Auch das Vertrauen in die Nachbarschaft und die Arbeitskollegen ist hoch. Bei der Verwirklichung der individuellen Lebensstrategien spielen die Freundschaftsbeziehungen, die Verwandtschaft eine wichtige Rolle. In dieser Hinsicht stoßen wir auf eine hohe Kontinuität der Attitüden. Die Gesellschaft ist weiterhin atomisiert, die Gruppensolidarität weiterhin niedrig (siehe z.B. Vertrauen in die Gewerkschaften).

Mindestens so wichtig ist, welche Attitüden die Bevölkerung gegenüber dem Parlament und dadurch gegenüber den Parteien aufzeigt. Das Parlament wird von den meisten als notwendig und wichtig empfunden und auch ein nicht zu vernachlässigender Teil interessiert sich für seine Tätigkeit. Wenn wir die Frage aber differenzierter untersuchen, können wir mindestens zwei Gruppen unterscheiden: jene, die bedingungslos für eine parlamentarische Demokratie sind, und jene, die prinzipiell dafür sind, aber mit der konkreten Erscheinungsform unzufrieden sind. Der Anteil der ersten beträgt 30-35 %, die der zweiten 40-60 %. Offensichtlich spielt in Ungarn die große Öffentlichkeit der Parlamentssitzungen eine Rolle, da diese größtenteils live im Fernsehen übertragen werden, und in vielen Fällen haben die heftigen Zusammenstöße, die anzüglichen Angriffe der Abgeordneten, die Skandale oder gerade die leeren Sitzreihen eher eine abstoßende Wirkung. Auch die Beurteilung der Effektivität der Gesetzgebung trägt zum nicht sehr positiven Bild des Parlaments bei.

Tabelle 3 Aufgabenerfüllung durch das Parlament

In % meinen, daß

das Parlament erfüllt	gut	halb- wegs	schlecht
Gesetzgebung	9	61	19
Kontrolle der Regierung	16	54	20
Öffentliche Diskussion	15	52	22

(Quelle: Projekt: Demokratie und Parlamentsverständnis)

Die widersprüchliche Situation, das kritische Verhältnis zum Parlament spiegelt auch die Tatsache wider, daß 52 % die Behauptung verwerfen, daß das Parlament viel zur Schaffung des demokratischen Ungarns beigetragen habe (Lázár 1992 - Zeitpunkt der Umfrage Mai 1991).

Auch die Meinungen über die Parteien sind in vieler Hinsicht ähnlich. Die Notwendigkeit der Parteien wird nur von einigen Prozent in Frage gestellt. Auf Anfangsstörungen der neuen Demokratie deutet aber die Tatsache hin, daß die Behauptung, wonach "ohne Parteien der Wille des Volkes nicht repräsentiert werden könne", bloß 50 % für wahr hielten und 44 % verwarfen. Dies hängt offensichtlich mit der Unkenntnis der tatsächlichen Rolle der Parteien in den modernen Demokratien zusammen, mit den Störungen des eigenen Rollenverständnisses der Parteien bzw. mit der schon erwähnten Eigenheit des ungarischen Parteiensystems zusammen ("schwebendes Parteiensystem"). Demzufolge ist es nicht verwunderlich, daß das Vertrauen in die Parteien nicht groß ist. Ein Jahr nach dem Parlamentswahlen meinten 69 %, daß die Parteien sich nicht mit den Fragen beschäftigen, die die Menschen interessieren (Projekt: Demokratie- und Parlamentsverständnis). Die Parteien sind für die Bürger nicht attraktiv genug. Auf den unausgegorenen Zustand des ungarischen Parteiensystems ist zurückzuführen, daß 37 % keinen Unterschied zwischen den Parteien sehen (Simon 1992 - Umfrage im Dezember 1991). Im Zusammenhang mit dem Unbehagen über die Parteien erscheint generalisiert eine mehrheitliche Meinung (Übereinstimmung von 61 %), daß das Mehrparteiensystem nicht zur Lösung der Probleme beigetragen hat. Eine Illusion weniger. Erinnern wir uns: Im Jahre 1989 glaubte die Mehrheit, daß der Pluralismus den Ausweg für Ungarn bedeutet.

Kurz über die Eliten

Wie schaut nun das Problem des Elitenwechsels in Ungarn aus? Natürlich ist schon die Definierung der Elite ein nicht unproblematisches soziologisches und politologisches Problem. Allgemein besteht aber Einverständnis, daß man zwischen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Elite unterscheiden kann. Im weiteren wollen wir uns nur mit der politischen Elite befassen, da wir ja bisher versucht haben, einige Aspekte des Wandels politischer Institutionen zu verfolgen. Aber auch hier ergeben sich nicht unbedeutende Probleme. Was versteht man unter politischer Elite? Ohne tiefer in diese Diskussion eintreten zu wollen (für den ungarischen Fall siehe Arbeiten von Tókécs 1991 und Hankiss 1989), wollen wir kurz fünf Gruppen der politischen Elite überblicken: die *Parlamentsabgeordneten*, die *Regierung*, die *Bürgermeister* und *Abgeordneten der kommunalen Selbstverwaltung*, die *Parteiführer* und die *ministerielle Bürokratie*. Nach den Wahlen im Frühling 1990 wurde praktisch das ganze ungarische Parlament ausgewechselt. Bloß ca. 20 Abgeordnete

übten ihr Amt schon im vorhergehenden Parlament aus.⁹ Einige von ihnen wurden bei den Zwischenwahlen 1899/1990 gewählt und waren somit auch "neue Politiker". Von den Spitzenpolitikern der alten Staatspartei blieben kaum einige in dieser politischen Arena. Im Parlament kam es als zu einem völligen Elitenwechsel. Das gleiche gilt für die Regierung. Kein Regierungsmitglied war Mitglied der ehemaligen Staatspartei; die Mehrheit übte früher keine politische Aktivität aus, kam meistens aus dem Wissenschaftsbereich. Anders sieht es bei den Bürgermeistern und bei den Abgeordneten der kommunalen Selbstverwaltungen aus. Von den ca. 2 930 Bürgermeistern waren 1 000 politische "Neulinge", die übrigen übten schon im alten System politische Funktionen aus. Von den 24 000 Abgeordneten der kommunalen Selbstverwaltungen sind schätzungsweise 80 % neu.

Bei den Spitzenpolitikern der neuen Parteien finden wir ein ähnliches Bild wie bei den Parlamentarabgeordneten: Die führenden Persönlichkeiten der neuen Parteien waren nicht in der alten Staatspartei tätig.¹⁰

Ein schwieriges Problem ist der Kreis der führenden Kader in den Ministerien. Hier stößt man natürlich auf das Dilemma, wie weitreichend sich der Elitenwechsel auswirken soll. Dabei muß man einige spezifisch ungarische Entwicklungen in Betracht ziehen. Wie die Untersuchungen des Soziologen F. Gázsó zeigen, vollzog sich in den achtziger Jahren ein tiefgreifender Wandel in der oberen Staatsführung. Während ein Jahrzehnt zuvor bloß circa 9 % der staatlichen Funktionäre ausgewechselt wurde, strömte in den achtziger Jahren eine Schicht gut ausgebildeter Fachleute in diese Stellungen.

So ergab sich für die neuen Regierung die Möglichkeit, eine Reihe von qualifizierten Fachleuten zu übernehmen. Es muß aber bemerkt werden, daß ein bedeutender Teil, gerade wegen seines konvertierbaren Fachwissens, den Staatsapparat verließ und sein "Kapital" in die Wirtschaft "hinüberrettete". Grund dafür war die Verunsicherung durch die Slogans der Wahlkampagne 1990. Sowohl das UDF als auch der VdFD versprachen damals nämlich eine "Säuberung". Die siegreiche Koalition konnte dies (und nach dem Sieg bei den Kommunalwahlen im Herbst 1990 in Budapest auch der VdFD) nicht realisieren, da sie diese Personen benötigte, weil sie selber nicht genug Fachleute stellen konnte. (Ein Drittel der Akademiker waren Mitglieder der Staatspartei.)

⁹ Von diesen "Altparlamentariern" sind einige in der Fraktion der Ungarischen Sozialistischen Partei zu finden, andere in den Reihen des Ungarischen Demokratischen Forums, aber auch bei den Freien Demokraten.

¹⁰ Dies gilt in beschränktem Maße selbst für die USP. Die Parteiführer waren wohl Mitglieder der USP, aber mit einigen Ausnahmen nicht in Spitzenpositionen.

Tabelle 4 Soziologische Charakteristika der oberen Staatsführung

	1981 N = 74	1989 n = 431
Hochschulbildung	77,5	92,8
Doktorat	19,1	26,5
Akademischer Titel	14,6	18,9
Kenntnis einer Fremdsprache	53,7	69,4
Kenntnis mehrerer Fremdsprachen	28,5	43,6
Längere Tätigkeit als Fachmann	39,4	55,5
Konvertierbares Fachwissen	49,6	71,4

(Quelle: Gázsó 1990)

Einige Schlußbemerkungen

In der Transitologie, jenem Bereich der Politikwissenschaft, der sich mit dem Übergang von diktatorisch-autoritären Systemen zur Demokratie beschäftigt, beruft man sich oft auf die drei Phasen des Übergangs, auf eine Periodisierung, die auf D. Rustow zurückgeht: die Phase der ursprünglichen Krise, der eigentliche Übergang und die Konsolidierungsphase. Ungarn befindet sich zur Zeit in der zweiten Phase in zweierlei Hinsicht: Einerseits sind die institutionellen Wandlungsprozesse noch lange nicht abgeschlossen, u.a. ist es noch nicht zu einer Verabschiedung einer vollständig neuen Verfassung, zur Verabschiedung einer neuen Geschäftsordnung des Parlaments gekommen, auch ist - worauf schon hingewiesen wurde - das Parteiensystem im Fluß. Andererseits kann man den Systemwechsel und damit den Wandel des Institutionensystems auch von einem anderem Aspekt aus bewerten. Wohl ist ein Mehrparteiensystem entstanden, es wurden wichtige Schritte in Richtung Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung gemacht. Aber - wie schon erwähnt - bedeutet dies noch lange nicht, daß sich damit auch die demokratischen Strukturen endgültig verfestigt und von den Bürgern verinnerlicht wurden. Die ungarische Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts lehrt uns, daß äußerliche Formen manchmal täuschen und hinter schein-demokratischen Fassaden sich autoritäre Systeme verbergen können. Auch aus diesem Grund ist der Demokratisierungsprozeß noch keineswegs abgeschlossen, obwohl zweifellos in Ungarn die Voraussetzungen für eine echte Demokratie günstig sind.

Literatur

ÁGH Attila (1992) A politika és a társadalom párbeszéde: a mezo- és makropolitika kapcsolata Nyugat-Európában és Magyarországon. (Der Dialog der Politik und der Gesellschaft: die Verknüpfung der Meso- und Makro-Politik in West-Europa und Ungarn), in: Budapest Papers on Democratic Transition No.16.

BAYER József (1991) Vom latenten Pluralismus zur Demokratie. In: Deppe Rainer/Dubiel Helmut/Rödel Ulrich: Demokratischer Umbruch in Osteuropa. Frankfurt/Main 1991.

BIHARI Mihály (1991) Change of Regime and Power in Hungary, in: Kurtán Sándor/Sándor Péter/Vass László (Hrsg.): Magyarország Politikai Évkönyve 1991 (Politisches Jahrbuch Ungarns 1991), Budapest.

BOSSÁNYI Katalin (1992) Szociális partnerek - pórázon (Sozialpartner an der Leine), in: Mozgó Világ 1992/1.

BRUSZT László/Simon János (1990) A lecsendesített többség (Die zum Schweigen gebrachte Mehrheit), Budapest 1990.

BRUSZT László/Simon János (1991a) A "választások éve" a közvélemény-kutatások tükrében (Das "Jahr der Wahlen" im Spiegel der Meinungsforschungen), in: Kurtán Sándor/Sándor Péter/Vass László (eds.): Magyarország Politikai Évkönyve 1991 (Politisches Jahrbuch Ungarns 1991).

BRUSZT László/Simon János (1991b) Political Culture, Political and Economical Orientations in Central and Eastern Europe during the Transition to Democracy. The Codebook. Budapest.

EAST Roger (1992) Revolutions in Eastern Europe. London-New York 1992.

GAZSÓ Ferenc (1990) A káderburokrácia és az értelmiség (Die Kaderbürokratie und die Intelligenz), Társadalmi Szemle 1990/11.

HALMAI Gábor (1990) Die Verfassung der Republik Ungarn. Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart.

HALMAI Gábor (1991) A népköztársaságtól a köztársaságig. Útban a jogállamiság felé (Von der Volksrepublik zur Republik. Auf dem Weg zur Rechtsstaatlichkeit).

HANKISS Elemér (1989) Kelet-Európai alternatívák (Osteuropäische Alternativen), Budapest 1989.

KEREKES Zsuzsa (1987) Válaszúton a parlament (Das Parlament am Scheideweg), Medvetánc 1987/3-4.

LÁZÁR Guy (1992) A politikai közvélemény a Medián kutatásainak tükrében (Die öffentliche Meinung im Spiegel der Erhebungen des Meinungsforschungsinstitutes Medián), in: Kurtán Sándor/Sándor Péter/Vass László (eds.): Magyarország Politikai Évkönyve 1992 (Politisches Jahrbuch Ungarns 1992), Budapest.

LEHMBRUCH Gerhard (1985) Sozialpartnerschaft in der vergleichenden Politikforschung, in: Gerlich Peter/Grande Edgar/Müller Wolfgang C.: Sozialpartnerschaft in der Krise, Wien.

LENGYEL László (1992) Berendezkedés (Einrichtung), in: 2000, 1992/6.

POKOL Béla (1985) Az érdekképviseleti szervek a politikai akaratképzésben (Die Interessenverbände im politischen Willensbildungsprozeß), in: Társadalomtudományi Közlemények 1985/1.

PROJEKT: Demokratie- und Parlamentsverständnis in Ost-Mitteleuropa. In: P.Gerlich/P.Ultraam/F.Plasser: Regimewechsel. Wien 1992.

RUSTOW Dankwart (1970) Transitions to Democracy. *Comparativ Politics* 1970/April.

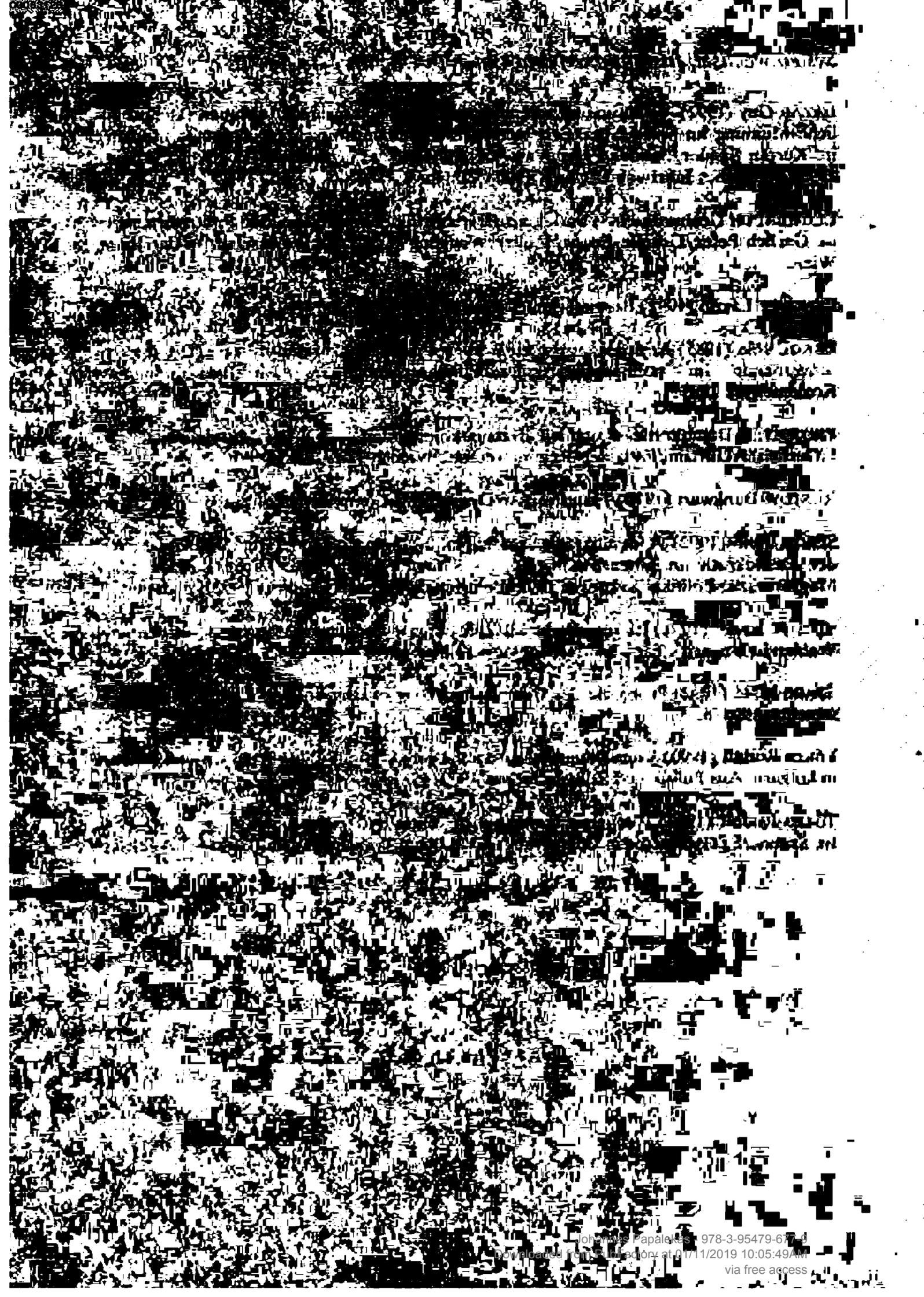
SIMON János(1992) A demokrácia "másnapja" Magyarországon (Der "Katzenjammer" der Demokratie in Ungarn), in: Kurtán Sándor/Sándor Péter/Vass László (eds.): Magyarország Politikai Évkönyve 1992 (Politisches Jahrbuch Ungarns 1992), Budapest.

STUMPF István (1991) Pártosodás és választások Magyarországon (Verparteilichung und Wahlen in Ungarn), *Társadalomtudományi Közlemények* 1991/1-2.

SZABÓ Máté (1992) Probleme der Demokratisierung in Ungarn. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 1992/6.

TÓKÉS Rudolf (1990) Vom Kommunismus zur Demokratie. *Politik, Parteien und Wahlen in Ungarn. Aus Politik und Zeitgeschichte*. 1990/45.

TÓKÉS Rudolf (1991) Hungary's New Political Elites: Adaption and Change, 1989-1990. In: Szoboszlai György (ed.): *Democracy and Political Transformation*. Budapest 1991.



Verzeichnis der Autoren

Dr. Walter Althammer
Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft, Königswinter

Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt
Technische Universität Berlin

Josef Bata, Dipl.Theol.
Nürnberg

Dr. Hansjörg Brey
Südosteuropa-Gesellschaft, München

Prof.Dr. Alexandru Duțu
Institut für südosteuropäische Studien, Bukarest

Anneli Ute Gabanyi, M.A.
Südost-Institut, München

Gent Halili, LL.M.
Universität Heidelberg

Ognian Hishov
Nürnberg

Prof. Dr. Wolfgang Höpken
Universität Leipzig

Prof.Dr.Dr. Anastasios Kallis
Universität Münster

Dr. Sándor Kurtán
Wirtschaftsuniversität Budapest

Prof.Dr. Wolfgang Lipp
Universität Würzburg

Dr. Gregor M. Manousakis
Athen

Prof.Dr. Johannes Chr. Papalekas
Universität Bochum/Universität Wien

Dušan Reljić,
RFE/RL, München

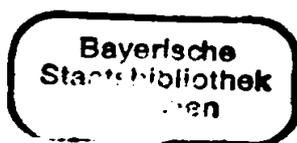
Prof.Dr. Franz Ronneberger
Universität Erlangen-Nürnberg

Prof.Dr. Holm Sundhaussen
Freie Universität Berlin

Prof.Dr. Niko Toš
Universität Ljubljana

Prof.Dr. France Vreg
Universität Ljubljana

Ass.Prof.Dr. Christodoulos Yiallourides
Panteios-Universität Athen



Veröffentlichungen der Südosteuropa-Gesellschaft

Eine vollständige Liste der bisher von der SOG herausgegebenen Publikationen ist über die Geschäftsstelle, Widenmayerstraße 49, D-80538 München, zu beziehen.

SÜDOSTEUROPA-JAHRBÜCHER

- Band 21:** **Wandlungen in der Eigentumsverfassung der sozialistischen Länder Südosteuropas.** Hrsg. von Georg Brunner und Dieter Pfaff. 111 S., München 1990. (DM 28,-)
- Band 22:** **Die Volkskultur Südosteuropas in der Moderne.** Hrsg. von Klaus Roth. 356 S., 31 Abb., München 1992. (DM 72)
- Band 23:** **Deutschland und die Völker Südosteuropas.** Festschrift für Walter Althammer zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Hans Peter Linss und Roland Schönfeld. 416 S., München 1993. (DM 34,-)
- Band 24:** **Ostmittel- und Südosteuropa im Umbruch.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 170 S., München 1993. (DM 34,-)
- Band 25:** **Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa.** Hrsg. von Johannes Chr. Papalekas. 246 S., München 1994 (DM 56,-)

SÜDOSTEUROPA-STUDIEN

- Band 42:** **Industrialisierung und gesellschaftlicher Wandel in Südosteuropa.** Hrsg. von Roland Schönfeld. 139 S., München 1989. (DM 22,-)
- Band 49:** **Politischer Pluralismus und Verfassungsstaat in Deutschland und Ungarn.** Hrsg. von Georg Brunner. 183 S., München 1992. (DM 36,-)
- Band 51:** **Transformation der Wirtschaftssysteme in Ostmitteleuropa (Transforming Economic Systems in East Central Europe).** Hrsg. von Roland Schönfeld. 211 S., München 1993 (vergr.)
- Band 52:** **Volksgruppen in Ostmittel- und Südosteuropa.** Hrsg. von Georg Brunner und Hans Lemberg. 323 S., Baden-Baden (Nomos-Verlagsgesellschaft) 1994. (DM 98,-)
- Band 54** **Transition to a Market Economy at the End of the 20th Century (Übergang zur Marktwirtschaft am Ende des 20. Jahrhunderts).** Hrsg. von Ivan T. Berend. München 1994 (im Druck)

SÜDOSTEUROPA AKTUELL

- Heft 7:** **Interkulturelle Kommunikation in Südosteuropa.** Hrsg. von Franz Ronneberger. 132 S., München 1989. (DM 15,-)
- Heft 8:** **Die Interessen der Anliegerstaaten am Rhein-Main-Donau-Kanal.** Hrsg. von Werner Gumpel. 72 S., München 1990. (DM 7,-)
- Heft 11:** **Europa und die Türkei in den neunziger Jahren.** Hrsg. von Werner Gumpel. 82 S., München 1991. (DM 7,-)
- Heft 12:** **Das vereinte Deutschland als Partner Ostmittel- und Südosteuropas.** Hrsg. von Walter Althammer. 120 S., München 1991. (DM 12,50)
- Heft 13:** **Die Agrarwirtschaft Südosteuropas im Wandel.** Hrsg. von Karl-Eugen Wädekin. 204 S., München 1992. (DM 17,50)
- Heft 14:** **Staatliche Einheit und Teilung - Deutschland und Jugoslawien.** Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. 154 S., München 1992. (DM 16,-)
- Heft 15:** **Barrieren im Bereich der Verkehrs-, Energie- und Agrarwirtschaft in Ost- und Südosteuropa.** Hrsg. von Werner Gumpel und Peter Hampe. 130 S., München 1993. (DM 15,-)
- Heft 16:** **Integration des bulgarischen Verkehrs in das europäische System.** Hrsg. von Werner Gumpel. 90 S., München 1993. (DM 10,-)
- Heft 17:** **Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Südosteuropa.** Hrsg. von Günther Wagenlehner. 242 S., München 1994. (DM 22,50)
- Heft 18:** **Südosteuropa und die europäische Integration.** Hrsg. von Hartmut Wolff. 128 S., München 1994. (DM 15,-)

SÜDOSTEUROPA-SCHRIFTEN

- Band 11:** **Mihai Eminescu 1889-1989. Nationale Werte - Internationale Geltung.** Hrsg. von Ioan Constantinescu. 150 S., München 1992. (DM 42,-)
- Band 13:** **Südosteuropäische Populärliteratur im 19. und 20. Jahrhundert.** Hrsg. von Klaus Roth. 416 S., München 1993. (DM 78,-)

WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN

- East European Security Reconsidered.** Edited by John R. Lampe and Daniel N. Nelson. In collaboration with Roland Schönfeld. 217 S., Washington D.C. 1993. (DM 37,-)